

## Was ist dran an den Ost-West-Mythen?

- VON RALPH BOLLMANN UND CORINNA BUDRAS, AKTUALISIERT AM 09.09.2019
- 



*Nach dem Wahlerfolg der AfD in Sachsen und Brandenburg diskutiert das Land wieder über die deutsch-deutsche Spaltung. Wir haben näher hingeschaut – und nehmen zehn Mythen unter die Lupe.*

### 1. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind gar nicht mehr so groß.

Das könnte man meinen, wenn man florierende Ost-Städte wie Leipzig oder Potsdam, Jena oder Rostock sieht – und auf der anderen Seite arme West-Kommunen im Ruhrgebiet oder im Nordosten Bayerns. Im Ganzen ist der Unterschied aber enorm. Das fängt schon bei den Einkommen an: 3434 Euro im Monat verdient der durchschnittliche Vollzeitbeschäftigte im Westen, 2707 Euro sind es im Osten. Das mittlere Vermögen liegt im Westen mit 92.500 Euro sogar viermal höher als im Osten mit 23.400 Euro.

Selbst das ist noch die halbe Wahrheit, denn bei Älteren ist die Kluft noch viel größer, und richtig große Vermögen gibt es im Osten praktisch nicht. Riesig ist auch der Abstand bei den Führungskräften: Sogar in Ostdeutschland selbst stammen nach einer Studie der Universität Leipzig aus dem Jahr 2016 rund 80 Prozent der Chefs aus dem Westen.

### 2. Die Ostdeutschen sind benachteiligt, vor allem bei der Rente.

Wenn es um die Ungleichheit zwischen Ost und West geht, ist die Rente wohl das emotionalste Thema. Es stimmt einerseits, dass Ostdeutsche, die schon in Rente sind, im Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung weniger ausbezahlt bekommen als Westdeutsche. Andererseits werden aber auch die Beiträge höher gewichtet, die Arbeitnehmer in die Rentenkasse einzahlen. Wer also seit 1990 einen größeren Teil der Zeit gearbeitet hat, fährt mit dem getrennten Rentenrecht besser als mit einem gemeinsamen. Ganz davon abgesehen, dass im Osten mehr Frauen arbeiten und die Ausbildungszeiten im Schnitt kürzer sind, was sich positiv auf die Durchschnittsrenten auswirkt.

### 3. Im Osten gibt es kaum mehr junge Menschen.

Die Wiedervereinigung hat den Osten Deutschlands leergefegt. Ganze Abiturjahrgänge sind damals abgewandert, um im Westen ihr Glück zu suchen. Insgesamt waren es über die Jahre mehr als 3,6 Millionen Menschen, fast ein Viertel der Bevölkerung. Da lässt sich leicht das Bild des alten, frustrierten Ostdeutschen zeichnen. Natürlich hat diese Abwanderung ihre Spuren hinterlassen, aber verschwiegen wird häufig, dass es auch 2,4 Millionen Zuzüge aus dem Westen gab – und dass die Abwanderung schon seit Jahren gestoppt ist.

Inzwischen kommen mehr Menschen in die neuen Bundesländer als abwandern. In Studentenstädten wie Leipzig, einer der am stärksten wachsenden Städte Deutschlands, gehört man als Mittvierziger deshalb schon längst zum alten Eisen. Von einem Brain-Drain, also dem nachhaltigen Verlust von gut ausgebildeten Menschen, kann ebenfalls keine Rede sein. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatte 2017 im Westen knapp ein Drittel der Menschen (32,8 Prozent) mindestens ein Fachabitur, im Osten waren es 27,6 Prozent.

#### 4. Im Osten leben die Abgehängten.

Was unter „Abgehängten“ eigentlich zu verstehen ist, liegt im Auge des im Pauschalieren geübten Betrachters. Gut möglich, dass sich das Wort an das „Tal der Ahnungslosen“ anlehnt, wo all jene in der DDR lebten, die kein Westfernsehen empfangen konnten. Und wenn das Internet das neue Fernsehen ist, muss man feststellen: Beim Breitbandausbau hat Ostdeutschland ganz klar das Nachsehen. Sachsen-Anhalt liegt im Ländervergleich auf dem letzten Platz mit einer Verbreitung von etwas mehr als 68 Prozent der Haushalte. Der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt mit 88 Prozent klar darüber. An der Spitze stehen Bremen, Hamburg und Berlin. Auch mit der Mobilfunktechnologie 4G ist der Osten nicht voll ausgestattet, aber das Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind in diesem Punkt noch schlechter dran.

Wer jedoch mit „abgehängt“ vor allem auf das Fehlen von familiärem Anschluss abzielt, einer tragenden Säule für das Wohlbefinden, täuscht sich im Osten. Laut dem Statistischen Bundesamt liegt die Zahl der Einpersonenhaushalte in den ostdeutschen Bundesländern nur leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Single-Hochburgen sind Berlin, Hamburg und Bremen, mit jeweils mehr als 27 Prozent – genau dort ist übrigens die Breitbanddichte am höchsten.

#### 5. Der Westen hat den Osten komplett überrollt.

Durch die Wiedervereinigung hat sich das Leben der Ostdeutschen fundamental geändert, viele Menschen verloren ihren Job, Schätzungen gehen sogar von bis zu 80 Prozent der Erwerbstätigen aus. Das ging mit vielen Verletzungen, aber auch manchen Erfolgen einher. Doch Soziologen weisen immer wieder darauf hin, dass der Wandel keine Einbahnstraße war. In einigen Bereichen waren und sind die ostdeutschen Bundesländer Trendsetter, das gilt insbesondere für die Erwerbstätigkeiten von Frauen und das Angebot von Kindergartenplätzen.

Die höchste Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren gibt es nach wie vor im Osten des Landes: Dort wird jedes zweite Kind in öffentlichen Einrichtungen betreut, im Westen sind es wesentlich weniger, in Bayern zum Beispiel nicht mal 30 Prozent. Dabei würden gerne auch viele Eltern in Westdeutschland auf eine gute Kinderbetreuung zurückgreifen – dort gibt es aber die größten Lücken.

#### 6. Die Ostdeutschen wählen alle AfD.

Wenn sich am Wahlabend die Landkarten im Fernsehen blau einfärben, glauben das viele im Westen – und übrigens auch manche im Osten. In der Tat liegen die AfD-Resultate in den östlichen Ländern ungefähr doppelt so hoch wie in den westlichen, und zwar sowohl in den Hochburgen als auch in der großstädtischen Diaspora der Rechtspopulisten.

Aber das Bild vom blauen Meer trügt dennoch. In Sachsen und Brandenburg stimmten am vorigen Sonntag drei Viertel der Wähler nicht für die AfD, die meisten von ihnen sehr bewusst nach einer stark polarisierenden Kampagne. Weil die Partei ihre Erfolge aber vor allem in Wahlkreisen mit wenig Bevölkerung und großer Fläche feiert, sieht ihr Resultat auf der Landkarte beeindruckender aus, als es ist: Das Blau bedeckt rund die Hälfte der Fläche, dahinter verbirgt sich aber bloß ein Viertel der Wahlkreise. In den Großstädten gibt es durchaus Stimmbezirke, in denen die AfD „nur“ auf rund zehn Prozent kommt.

## 7. Geld löst die Probleme im Osten.

Das ist das Rezept, das man seit den neunziger Jahren vergeblich versucht hat: Geld zu geben und zu glauben, dass man sich dann um sonst nichts mehr kümmern muss. Gemessen an der Einwohnerzahl, verfügen viele Regionen Ostdeutschlands heute über eine bessere Infrastruktur als der Westen. Das sieht man nicht nur, wenn man über die menschenleere Ostsee-Autobahn fährt. Auch die Statistik sagt, dass die östlichen Bundesländer trotz des zurückliegenden Stellenabbaus immer noch etwas mehr öffentliches Personal beschäftigen als ihre Pendanten im Westen. Ähnliches gilt für die Kultur.

Allerdings sind die Wege weit, gerade im Nordosten zählen manche Gegenden weniger als 30 Menschen je Quadratkilometer – nach den Maßstäben der Vereinten Nationen handelt es sich dabei um „unbewohntes Gebiet“. Hier braucht es spezielle Rezepte. Die meisten Bundesländer haben deshalb den Personalabbau ebenso gestoppt wie Pläne für weitere Kreisreformen oder Theaterfusionen. Das allein wird das Gefühl mangelnder Anerkennung allerdings nicht beheben.

## 8. Die AfD-Wähler meinen das gar nicht so.

Es ist ein Klischee, das an Wahlabenden in vielen Politiker-Statements aufscheint: Viele Funktionäre der AfD mögen rechtsextremistisch sein, viele ihrer Wähler sind es nicht. Auf den ersten Blick wird das durch Umfragen gestützt, wonach 56 Prozent der AfD-Anhänger nur aus Protest für die Partei stimmten, nicht aus inhaltlichen Gründen. Aber es gibt doch Hinweise, dass hohe Ergebnisse für die AfD mit verfestigten demokratiekritischen Haltungen korrelieren. In einer neueren Allensbach-Umfrage gaben nur 42 Prozent der Ostdeutschen an, dass die in Deutschland gelebte Demokratie die beste Staatsform sei, im Westen fanden das 77 Prozent.

Auch bei der Haltung zu Einwanderern zeigt sich ein klarer Unterschied: Während im Westen fast 70 Prozent glauben, Deutschland könne die hohe Zahl an Flüchtlingen verkraften, sagen das im Osten nur gut 50 Prozent. In Sachsen schätzten fast alle AfD-Wähler nach eigenen Angaben vor allem die Positionen der Partei zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Noch krasser werden die Unterschiede, wenn es um fremdenfeindliche Straftaten geht: In Brandenburg oder Sachsen liegt das Risiko, zum Opfer einer rechtsextremistischen Gewalttat zu werden, zehnmal höher als in Bremen oder Hessen.

## 9. Im Osten gibt's doch fast gar keine Ausländer.

Tatsächlich liegt der Anteil der Wohnbevölkerung ohne deutschen Pass im Westen bei 14,2 Prozent, im Osten hingegen nur bei 5 Prozent. Aber genau darin liegt ein Grund dafür, dass die Flüchtlinge in den östlichen Ländern ein viel größeres Thema waren: Hier fiel die Steigerung der jüngsten Vergangenheit sehr viel mehr auf. So stieg der Ausländeranteil in Thüringen zwischen 1991 und 2018 sage und schreibe um 728 Prozent, in Hamburg hingegen nur um 45 Prozent – ganz einfach, weil in Hamburg vorher schon mehr Einwanderer wohnten.

Der Anstieg veränderte Lebenswelt und Straßenbild im Osten spürbar, so hielten sich auf zuvor leeren Plätzen plötzlich Menschen auf. Der frühere sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich bemerkte einmal spöttisch, jetzt würden seine Landsleute einmal sehen, dass man den Abend nicht zwangsläufig daheim vor dem Fernseher verbringen müsse.

## 10. Der Westen hat keine Ahnung vom Osten.

Die Kenntnisse der Westdeutschen über ihre Landsleute im Osten sind tatsächlich übersichtlich. Auch 30 Jahre nach der Wende war jeder fünfte Westdeutsche noch nie in Ostdeutschland. Dagegen sind die Ossi leichter für den Westen zu begeistern: 95 Prozent von ihnen haben seit der Wiedervereinigung die alten Bundesländer besucht.

Ignoranz ist gemeinhin der beste Nährboden für Vorurteile, die schnell in gut gemeinte, aber schlecht gemachte Ratschläge münden: Fast die Hälfte der Ostdeutschen hält die Wessis noch immer für „besserwesserisch“, wie eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF ergeben hat.

**Le Figaro, no. 23350**

Le Figaro, mercredi 11 septembre 2019 791 mots, p. 15

Opinions

## La BCE fera-t-elle neiger les euros à Noël ?

Bayart, Bertille

Le 4 novembre prochain, Christine Lagarde prendra possession de son nouveau bureau à Francfort. Et certains demandent déjà à la nouvelle présidente de la Banque centrale européenne (BCE) d'organiser le plus fantastique pot d'arrivée qui soit, en distribuant directement de l'argent aux citoyens de la zone euro. Daniel Cohen, directeur du département d'économie de l'École normale supérieure, est le dernier économiste en date à avoir évoqué cette idée ( *Les Échos du 6 septembre* ) : « *La BCE pourrait par exemple verser 1 000 euros à chaque citoyen le jour de Noël ! Ça ferait 340 milliards.* » Il pleuvrait, ou plutôt il neigerait, des euros sur le Vieux Continent, directement dans nos poches.

L'hypothèse paraît baroque. On soupçonne un effet secondaire d'un visionnage compulsif de la série *La casa de papel* dont la saison 3 met en scène un largage par dirigeable de billets de banque sur des Madrilènes estomaqués. En réalité, les économistes et autres spécialistes de la chose monétaire envisagent bel et bien la possibilité d'une telle distribution, le dirigeable en moins. Eux parlent d' « helicopter money » .

Le principe est relativement simple : la banque centrale, en créditant les comptes des Européens, agirait directement sur la demande, et donc sur l'inflation comme le veut son mandat.

Sur le plan de la politique monétaire, la « monnaie hélicoptère » est une rupture : à la différence des mesures expansionnistes extraordinaires mises en oeuvre depuis la crise financière, il n'y aurait ici aucun achat d'actif en contrepartie de la création monétaire.

Sur le plan économique, l'efficacité reste à démontrer. Passé l'effet « waouh » de l'éventuel cadeau de Noël de Christine Lagarde, rien ne dit que les Européens ne s'empresseront pas de faire de cet argent inattendu la même chose que ce qu'ils font aujourd'hui de leur revenu disponible : l'épargner.

Sur le plan politique enfin, la « monnaie hélicoptère » décale la frontière entre les compétences respectives de la banque centrale, indépendante et des gouvernements. Aujourd'hui, ce sont les gouvernements qui, pour le meilleur ou pour le pire, décident de la façon dont ils utilisent les marges de manoeuvre créées par la BCE. C'est la prérogative du politique. Par exemple, la France a longtemps profité de la baisse des taux pour financer son indolence budgétaire ; plus récemment, pour payer les mesures post- « gilets jaunes » nécessaires à l'acceptabilité sociale des réformes engagées (marché du travail, fiscalité du capital, assurance chômage, retraites).

Beaucoup demandent aujourd'hui à la BCE de repousser ainsi encore les limites de son action, déjà extraordinaire pendant le mandat de Mario Draghi - qui, en huit ans, n'aura jamais relevé les taux. Et cette pression résulte de trois facteurs. Le premier, c'est justement la désespérance qui s'est installée vis-à-vis de la capacité du politique à agir sur l'économie tandis que les banques centrales semblent devenues les détentrices du véritable pouvoir. Face aux incendiaires sur les marchés financiers, le banquier central, comme l'a décrit Nicolas Sarkozy ( *Le Figaro du 29 août 2018* ), c'est celui qui peut dire : « *Je suis en liaison avec le bon Dieu et je peux faire dix jours de pluie !* »

Le deuxième facteur de pression, c'est que beaucoup veulent qu'il continue à pleuvoir sur les marchés, quel que soit le moyen utilisé par la BCE : achats d'actifs, financement direct d'un plan de relance par l'investissement ou largage d'euros par hélicoptère. Tant que la musique joue, dit-on dans les salles de marchés, on continue à danser.

Même si c'est sur un volcan. Et c'est là le troisième facteur : la peur. Celle qui gagne à la fin d'un cycle déjà long de plus de dix ans, amorcé après la grande crise financière. Qu'ils travaillent à la BCE, qu'ils soient chercheurs ou gestionnaires d'actifs, tous ceux qui analysent les données économiques se disent aujourd'hui que, où qu'ils regardent, ça cloche. Rien ne va ! L'inflation a disparu, même là où le plein-emploi est atteint. Oublions la courbe de Phillips... Les gains de productivité aussi ont disparu, alors que le numérique provoque sous nos yeux une nouvelle révolution industrielle. Ni l'argent, ni le risque, ni le temps n'ont plus de prix. On emprunte moins cher à long terme qu'à court terme (c'est l'inversion de la courbe des taux). Un tiers de la dette mondiale, soit 17 000 milliards de dollars, se traite à taux négatifs. Et les rendements des actifs s'écrasent. Au train où vont les choses, on gagnera bientôt plus en s'endettant qu'en plaçant son argent ! Bref, le monde économique est cul par-dessus tête. Instable, fragile, et donc dangereux.

Dans ce contexte, on se plaît à croire que les banques centrales ont encore les moyens et les idées pour affronter la prochaine crise. La « monnaie hélicoptère » ne sera vraisemblablement pas leur arme. Mais l'imaginer est déjà une catharsis, et un antidote au désarroi.

GENERALDEBATTE IM BUNDESTAG:

## Merkel fordert „Kraftakt“ für den Klimaschutz

- AKTUALISIERT AM 11.09.2019-10:15
- 



*In der Haushaltsdebatte im Bundestag hält Angela Merkel ein engagiertes Plädoyer für den Klimaschutz. Dieser sei eine „Menschheitsherausforderung“. Beim Thema Brexit gibt sich die Kanzlerin derweil weiter optimistisch.*

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zu einem finanziellen Kraftakt für den Klimaschutz aufgerufen. „Wenn wir den Klimaschutz vorantreiben, wird es Geld kosten“, sagte Merkel am Mittwoch in der Haushaltsdebatte des Bundestags. „Dieses Geld ist gut eingesetzt. Wenn wir ihn ignorieren, wird es uns mehr Geld kosten.“ Sie begreife den Klimaschutz als „Menschheitsherausforderung“, sagte die Kanzlerin. Der Stopp der Erderwärmung sei ein „gewaltiger Kraftakt“, bei dem Industrieländer wie Deutschland vorangehen müssten.

Merkel sprach sich abermals für eine Bepreisung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase in Deutschland aus. Dies sei „der richtige Ansatz“: Ein Preis etwa auf CO<sub>2</sub> werde „mit größter Wahrscheinlichkeit Innovation und Forschung auch dort stattfinden lassen, wo wir uns das gar nicht vorstellen können als Politiker“. Die Bürger dürfe ein solcher Mechanismus aber nicht zusätzlich belasten. Es gehe nicht darum, „dem Staat mehr Geld einzunehmen, sondern Geld an die Bürger zurückzugeben“, um den Einstieg in ein klimaschonenderes Wirtschaften zu ermöglichen, sagte Merkel.

Ende kommender Woche wollen sich die zuständigen Minister der großen Koalition im Klimakabinett auf gesetzliche Maßnahmen zum Klimaschutz verständigen. Sie sollen dafür sorgen, dass Deutschland die selbst gesetzten Klimaziele bis 2030 erreicht.

Ungeachtet der unklaren Situation beim Brexit hofft Merkel unterdessen weiter auf ein Abkommen zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. „Wir haben nach wie vor alle Chancen, das geordnet hinzubekommen“, sagte die Kanzlerin. Allerdings sei Deutschland auch auf einen unregelmäßigen Brexit vorbereitet. Merkel verwies zugleich darauf, dass die EU nach einem Austritt Großbritanniens „einen Wettbewerber vor der eigenen Haustür“ haben werde.

Angesichts weltweiter Kräfteverschiebungen rief Merkel zu einer engeren Zusammenarbeit in der Europäischen Union auf. Es sei nun die Stunde, neue Stärke zu entwickeln, sagte die CDU-Politikerin. Merkel verwies auf die wachsende Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China, ein „geostrategisches Wiedererstarben“ Russlands und den geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU. Dies habe tiefgreifende Folgen.

Merkel sagte weiter, die EU müsse ihren Rückstand bei wichtigen Technologien aufholen. Europa sei technologisch nicht mehr in allen Bereichen auf der Höhe der Zeit. Sie verwies etwa auf die Herstellung von Chips, die Plattformwirtschaft und die Batteriezellenproduktion.

Merkel lobte die Vorstellung der künftigen EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen für die Aufgabenverteilung in der neuen Kommission. Sie sprach von einer „global ausgerichteten Kommission“, die Europas Rolle in der Welt festigen werde. Die Kanzlerin rief dazu auf, noch vor der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im zweiten Halbjahr 2020 den EU-Haushalt zu verabschieden. Mit Blick auf Kritik der Vereinigten Staaten sagte Merkel, Deutschland werde seine Versprechen einhalten, den Anteil der Verteidigungsausgaben in Richtung zwei Prozent zu erhöhen. Die EU wolle außerdem ihre gemeinsame Verteidigungspolitik stärken.

### **Weidel wirft Regierung „grün-sozialistische Ideologie“ vor**

Zum Auftakt der Generaldebatte hatte die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel die Politik der Bundesregierung scharf kritisiert. Die große Koalition verfolge eine „im Kern grün-sozialistische Ideologie, die unser Land ruiniert“, sagte Weidel und nannte als Beispiel die „Demontage der Autoindustrie durch Klimaschutzwahn“. Als größte Oppositionsfraktion hatte die AfD als erste Partei das Wort, danach sprach Angela Merkel. Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung sagte Weidel: „Die Krise kommt nicht, die Krise ist bereits da.“ Deutschland stehe vor einer Rezession, die „in erster Linie hausgemacht“ sei, da die Bundesregierung eine „wirtschaftsfeindliche Politik“ betreibe.

Die Klimapolitik sei „nichts anderes als ein monströses Deindustrialisierungsprogramm“, sagte die AfD-Politikerin. Einen großen Teil der Rede Weidels nahm auch die Flüchtlingspolitik ein. Sie warf der Bundesregierung vor, Seenotretter noch zu „ermuntern“, anstatt die Migration über das Mittelmeer zu beenden.

Quelle: dpa/afp



<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/gedenken-an-bombennacht-ueber-darmstadt-16378370.html?premium>

BOMBEN ÜBER DARMSTADT:

## Die Nacht, in der 11.000 Menschen starben

- VON SONJA JORDANS
- -AKTUALISIERT AM 11.09.2019-13:13



*Der 11. September 1944 ist in Darmstadt als Brandnacht in die Geschichte eingegangen. Bomben zerstörten die Stadt stärker als später Dresden. Heute wird daran erinnert.*

Selbst Bunker und Keller boten nur unzureichend Schutz, als sich in der Nacht vom 11. auf den 12. September 1944 ein Feuersturm über Darmstadt ausbreitete. „Entweder war die Hitze zu stark, oder die Menschen erstickten, weil das Feuer ihnen den Sauerstoff nahm“, sagt Peter Engels, Leiter des Stadtarchivs Darmstadt. Wer in jener Nacht, die als Darmstädter Brandnacht in die Stadtgeschichte einging, etwa in Kellern der Rheinstraße Schutz gesucht hatte, war verloren. „Dort hat niemand überlebt.“ In weniger als einer halben Stunde starben mehr als 11.000 Menschen. Es war der folgenreichste einer Reihe von Bombenangriffen, die Darmstadt im Zweiten Weltkrieg erlebt hat.

Am heutigen Mittwoch jährt sich die Brandnacht zum 75. Mal. Die Stadt erinnert mit Kranzniederlegungen, einem Gedenkgottesdienst und Glockengeläut (siehe Kasten) an das Ereignis. Mit einer neu konzipierten Ausstellung zeichnet das Stadtarchiv die Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg nach. Zu sehen ist sie von heute an im Haus der Geschichte. Danach wird die als Wanderausstellung entwickelte Schau unter anderem in dem Stadtteil Wixhausen und dem Kongresszentrum Darmstadtium gezeigt.

Die letzte Ausstellung zur Brandnacht war vor 25 Jahren zu sehen. Diese habe sich hauptsächlich den Stunden des Angriffs und dessen Folgen gewidmet, berichtet Engels. „Insgesamt aber gab es während des Krieges fast 40 Bombenangriffe auf Darmstadt, denen haben wir nun mehr Raum gegeben.“ Eine große Zeittafel zeige, was wann in Darmstadt geschah. Der Fokus liege in der aktuellen Ausstellung stärker auf historischen Dokumenten als auf Zeitzeugenberichten. „Wir haben seit der letzten Ausstellung viele Dokumente neu entdeckt, die wir jetzt erstmals präsentieren“, erläutert der Leiter des Stadtarchivs. Sie stammen aus Privatbeständen und Archiven. So werde unter anderem eine Luftschutzapotheke dokumentiert, die der Versorgung von Brandopfern diene.

### **Stärker zerstört als Dresden**

Die Brandnacht habe nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Stadtgeschichte, auch wenn immer mehr Zeitzeugen sterben würden, sagt Engels. Deshalb sei es wichtig, daran zu erinnern. Da Darmstadt

als Luftschutzort „zweiter Ordnung“ klassifiziert gewesen sei, habe die Stadt nur wenige öffentliche Bunker errichten können. Die Keller der Wohnhäuser seien aber oft nicht sicher genug gewesen. Die Stadt habe während des Zweiten Weltkrieges zehn Prozent ihrer Einwohner verloren. „Nur Pforzheim verlor im Krieg mehr Einwohner, da waren es 25 Prozent“, sagt Engels. Im Verhältnis zu seiner Stadtfläche sei Darmstadt stärker zerstört worden als Dresden.



Rundgang: Amerikanische Offiziere nehmen auf der Ludwigstraße die zerstörte Stadt und auch die Stadtkirche in Augenschein. :Bild: Stadtarchiv Darmstadt

Die ersten Opfer durch Bombenangriffe hat es laut Aufzeichnungen im Juli 1941 gegeben, als im Martins- und im Johannesviertel zehn Menschen umkamen. Den ersten Großangriff erlebte die Stadt im September 1943, als Bomben auf die Altstadt fielen – fast ein Jahr vor der Brandnacht.

Die Ausstellung wird sich aber nicht nur mit den Kriegsjahren befassen, wie der Leiter des Stadtarchivs sagt. „Auch an den 25. März 1945, den Tag, als die Amerikaner nach Darmstadt kamen, erinnern wir.“ Die Schau spanne einen Bogen vom Beginn des Krieges bis zu der Zeit, als die Alliierten in Darmstadt angekommen gewesen seien. „Zwei Drittel widmen wir dem Bombenkrieg, ein Drittel der amerikanischen Eroberung, der Trümmerräumung und dem, was sonst noch geschah.“

### **„Darmstadt war wohl einfach dran“**

Warum ausgerechnet Darmstadt so stark ins Visier geriet, ist laut Engels unbekannt. „Darmstadt war wohl einfach dran.“ Dass die Stadt eine Art „Probelauf“ für den Angriff auf Dresden gewesen sei, wie oft behauptet werde, sei eine Mär. Vielmehr habe die Stadt mit vielen anderen auf einer Liste der englischen Streitkräfte gestanden, die zerstört werden sollten.



1943 erreicht der erste Großangriff Darmstadt: Bomben. :Bild: Stadtarchiv Darmstadt

„Eigentlich hätte es Darmstadt schon früher treffen sollen“, sagt Engels. Schon für August sei ein Angriff geplant gewesen, er schlug jedoch fehl. Dafür fielen am 11. September von 23.55 Uhr an Bomben aus 234 Flugzeugen, die fächerweise über die Stadt zogen. 25 Minuten später war alles vorbei. Die Stadt lag in Trümmern. Neben den mehr als 11.000 Toten galten zahlreiche Menschen als vermisst. „Viele waren zu Asche verbrannt“, sagt Engels. Von den überlebenden Darmstädtern waren etwa 65.000 obdachlos geworden.

Der Angriff sei auch nicht der letzte gewesen, der auf Darmstadt niederging, so Engels: „Amerikanische Bomber flogen später noch Präzisionsangriffe auf strategisch wichtige Ziele, unter anderem auf Bahnschienen, Firmen wie etwa Merck und den Flugplatz in Griesheim.“

#### Termine zum Gedenken an die Brandnacht

- **Ausstellung „75 Jahre Brandnacht** – Die Zerstörung Darmstadts im Zweiten Weltkrieg“ im Foyer des Darmstädter Hauses der Geschichte, Karolinenplatz 3, ist bis zum 25. Oktober zu sehen. Öffnungszeiten sind montags von 9 bis 19.30 Uhr, dienstags bis donnerstags von 9 bis 17.30 Uhr und freitags von 9 bis 15 Uhr. Außerdem ist die Schau am Sonntag von 12 bis 18 Uhr und am Wochenende, 28. und 29. September, zwischen 11 und 17 Uhr geöffnet. Am 29. September bietet der Leiter des Stadtarchivs von 14 Uhr an eine Führung durch die Ausstellung an. Ferner werden Vorträge und weitere Führungen für Schulklassen und Gruppen angeboten. Informationen dazu gibt es unter: <https://dablog.hypotheses.org/8641>.  
Quelle: F.A.Z.

157,11

<https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/article199866264/Einkommen-Die-wahren-Unterbezahlten-leben-im-Westen.html>

EINKOMMENSVERGLEICH

## Die wahren Unterbezahlten leben im Westen

Stand: 07:33 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Frank Stocker**

Finanz-Redakteur

*Die Löhne im Osten sind nach wie vor niedriger als im Westen, zeigen neue Gehaltszahlen. Doch auch die Lebenshaltung ist dort günstiger. Wirklich benachteiligt sind Arbeitnehmer in einigen Regionen im Westen*

Es klingt absurd, ist aber deutsche Realität: Wer als Fachkraft in Westdeutschland gearbeitet hat und nun auf einen Führungsposten im Osten wechseln will, der muss mit einem Gehaltsabschlag rechnen. Denn im Durchschnitt verdient beispielsweise ein Sachbearbeiter in Hessen mit 51.900 Euro pro Jahr mehr als der Teamleiter im angrenzenden Thüringen (49.600 Euro). Fast 30 Jahre nach dem Fall der Mauer zeigen die Gehaltsstatistiken, wie groß das Gefälle noch ist.

Viele halten das für einen Skandal. Wenn die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West gefordert wird, dann stehen dabei neben den Renten regelmäßig die Löhne im Fokus. Doch so einfach ist die Lohninheit nicht. Denn zum einen gibt es gute Gründe, warum das Gehaltsgefüge im Osten nach wie vor niedriger ist. Zum anderen bedeuten geringere Löhne nicht, dass sich die Menschen dort auch weniger leisten können – im Gegenteil. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die wahren Verlierer des Gehaltsgefälles heute ganz woanders sitzen, oder besser: arbeiten.

Was die Menschen in Ost und West heute im Mittel verdienen, zeigt eine aktuelle Auswertung des Jobportals StepStone, das wie WELT AM SONNTAG zur Axel Springer SE gehört. So liegt das mittlere Einkommen – der Betrag, bei dem genau die Hälfte der Angestellten mehr beziehungsweise weniger verdient – für Fach- und Führungskräfte in Westdeutschland bei knapp 61.000 Euro brutto im Jahr, in Ostdeutschland (inklusive Berlin) beträgt es nur 48.900 Euro. Das ist ein Abschlag von rund 20 Prozent.

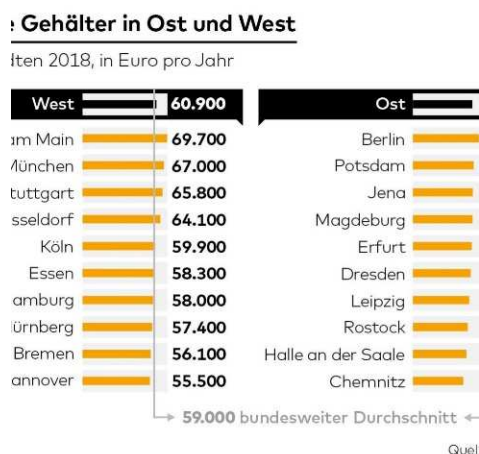
Die Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern sind sogar noch größer. So steht Hessen bei den Einkommen an der Spitze; Fach- und Führungskräfte verdienen hier im Mittel 65.800 Euro. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern kommen sie dagegen nur auf 43.800 Euro – das ist

sogar ein Abstand von einem Drittel. Und betrachtet man einzelne Städte, ist die Differenz noch extremer. Einem mittleren Einkommen von 69.700 Euro in der Bankenstadt Frankfurt stehen 41.500 im sächsischen Chemnitz gegenüber – 40 Prozent weniger.

Warum ist das so? Ökonomen haben für die Unterschiede in den vergangenen Jahren mehrere Ursachen ausgemacht. Eine davon ist die Produktivität. Einer aktuellen Studie des IWH Halle zufolge liegt sie im Osten 30 Jahre nach dem Mauerfall im Schnitt rund 20 Prozent unter der in den alten Bundesländern.

Dazu gesellt sich noch eine Reihe weiterer Faktoren, wie die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur. In Süddeutschland herrschen beispielsweise vielerorts verarbeitende Betriebe der Automobilindustrie vor, die traditionell hohe Löhne zahlen. Dies ist in Ostdeutschland in weit geringerem Maße der Fall. Wenn es dort entsprechende Betriebe gibt, sind es meist Tochterunternehmen – die höher bezahlten Managerjobs sind beim Mutterkonzern im Westen angesiedelt.

Zudem sind die Betriebe im Osten im Durchschnitt kleiner als jene im Westen – 464 der 500 größten deutschen Unternehmen haben ihren Sitz im Westen der Republik. Größere Betriebe zahlen jedoch tendenziell höhere Löhne. Gleiches gilt auch für tarifgebundene Unternehmen – die Tarifbindung ist im Osten weit geringer. Der Hans-Böckler-Stiftung zufolge gilt im Westen für 56 Prozent der Beschäftigten ein Tarifvertrag, im Osten sind es nur 45 Prozent.



Quelle: Infografik WELT

Ein weiterer Faktor klingt als Grund für den Unterschied zunächst seltsam: die Frauenerwerbsquote, die im Osten höher ist als im Westen. Frauen verdienen im Schnitt weniger als Männer – was man

beklagen muss. Doch solange dies so ist, führt die höhere Frauenerwerbsquote im Osten dazu, dass das durchschnittliche Lohnniveau sinkt.

„Die Zerlegung des Ost-West-Lohnabstandes verdeutlicht, dass die persistenten Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu einem nicht unerheblichen Teil auf strukturelle Unterschiede zwischen den beiden Großraumregionen zurückgeführt werden können“, schlussfolgern Jan Kluge und Michael Weber vom ifo-Institut in Dresden in einer Studie, in der sie die einzelnen Faktoren untersuchten.

Darin erwähnen sie jedoch noch einen weiteren wichtigen Punkt: das unterschiedliche Preisniveau. Zwar mögen die Löhne unterschiedlich sein, die Lebenshaltungskosten differieren jedoch mindestens ebenso stark. Das hat sich in den vergangenen Jahren teilweise noch verstärkt, seit die Wohnkosten in vielen Großstädten drastisch gestiegen sind.

Auf der Website [Financescout24.de](https://www.financescout24.de) lassen sich die Lebenshaltungskosten für einzelne Städte und Regionen in Deutschland vergleichen. Dabei werden diese Kosten auch in Einzelteile zerlegt – Miete, Lebensmittel, Transport sowie Sport und Freizeit. Stellt man hier einzelne Städte gegenüber, so zeigen sich teilweise erstaunliche Ergebnisse.

Wer beispielsweise in Frankfurt 69.700 Euro verdient – das mittlere Einkommen der Fach- und Führungskräfte laut StepStone-Datenbank –, der muss in Chemnitz nur 41.500 Euro verdienen, um den gleichen Lebensstandard genießen zu können. Das Erstaunliche ist: Dies ist exakt jener Wert, der sich aus den StepStone-Daten als mittleres Einkommen der Fach- und Führungskräfte in Chemnitz errechnet.

Auch für die anderen ostdeutschen Städte sind die Ergebnisse ähnlich: Mit dem niedrigeren Gehalt lässt sich dort ebenso gut leben wie mit dem weit höheren in Frankfurt. Zwar kosten viele Produkte bundesweit gleichviel, der entscheidende Faktor in der Rechnung ist aber die Miete. Sie liegt beispielsweise in Chemnitz im Schnitt um 60 Prozent unter jener in Frankfurt.

Dieser Vergleich zeigt zudem: Die wahren Unterbezahlten sind in einigen Regionen des Westens zu finden. Denn wer beispielsweise 41.500 Euro in Chemnitz verdient, der müsste in München mit 81.100 Euro fast das Doppelte bekommen, um den gleichen Lebensstandard zu haben. Das mittlere Gehalt für Fach- und Führungskräfte liegt in der bayerischen Landeshauptstadt jedoch gerade einmal bei 67.000

Euro, ist also rund 18 Prozent niedriger. In Stuttgart wären rund 72.000 Euro nötig, der mittlere Wert dort liegt aber rund zehn Prozent darunter.

Nimmt man nun beispielsweise das Gehaltsniveau von Magdeburg – im Mittel 49.200 Euro – als Ausgangspunkt, so sind die Differenzen noch eklatanter. In der Lebenshaltungskostenrechnung können nur Bremen und Essen überhaupt noch mithalten. In allen anderen westdeutschen Großstädten bietet das dortige Gehaltsniveau dagegen weit schlechtere Möglichkeiten – in München müsste eine Fachkraft sogar 90.000 Euro verdienen, um den gleichen Lebensstandard genießen zu können wie ein entsprechender Arbeitnehmer in Magdeburg mit seinem Einkommen von knapp 50.000 Euro.

Vor diesem Hintergrund kann es also durchaus sinnvoll sein, von einem Posten ohne Führungsverantwortung in Hessen auf eine Leitungsfunktion nach Thüringen zu wechseln, selbst wenn man dafür weniger Gehalt bekommen sollte. Der Lebensstandard, der damit in Thüringen möglich ist, dürfte dennoch höher sein.

12. September 2019, 9:51 Uhr

**Geldpolitik:**

## Die EZB entscheidet am Bürger vorbei



*Die Europäische Zentralbank könnte an diesem Donnerstag die Zinsen noch weiter drücken als bisher schon. Doch die Notenbank arbeitet mit veralteten Inflationszielen, das ist gefährlich.*

### ***Kommentar von Markus Zydra***

Mario Draghi möchte die Geldschleusen der Notenbank an diesem Donnerstag noch einmal weit öffnen. Der Strafzins soll erhöht werden, um Banken zu zwingen, mehr Kredite zu vergeben. Sogar ein Neustart des Anleihekaufprogramms ist im Gespräch. Man fragt sich zu Recht, was das soll. Europas Wirtschaft schwächelt, aber eine Krise der Euro-Zone ist nicht in Sicht. Doch der scheidende EZB-Präsident verweist auf sein Mandat, das ihm keine andere Wahl ließe: Die Notenbank müsse für stabile Preise sorgen. Tatsächlich schreibt das der EU-Vertrag vor.

Nun ist es aber so, dass die Preise stabil sind. Die Geldentwertung ist niedrig. Im Juli lag die Inflationsrate im Euro-Raum bei einem Prozent. Im Januar waren es 1,4 Prozent, vor einem Jahr noch 2,1 Prozent. Die Inflation sinkt, und das ist gut, solange von einer womöglich gefährlichen Deflation nichts zu spüren ist. Warum greift die Notenbank trotzdem ein? Die EZB hat ein großes Problem.

Sie hält an altem Denken fest - und steuert daher in die falsche Richtung. Im Jahr 2003 beschloss der EZB-Rat, das Ziel der Geldwertstabilität zu konkretisieren. Seit damals möchte die Notenbank "die Inflationsrate auf mittlere Sicht unter, aber nahe zwei Prozent halten". Ja, so kompliziert klingt es, wenn Notenbanker Ziele haben. Was man unter "mittlere Sicht" versteht, ob drei oder 20 Jahre - wird nicht verraten. Ob "unter, aber nahe zwei Prozent" schon mit 1,6 Prozent zufriedenstellend erreicht ist oder erst bei 1,9 Prozent, das wird flexibel gehandhabt. Fest steht aber, dass die EZB meint, eine Teuerungsrate von einem Prozent sei zu niedrig.

Braucht die Euro-Zone also eine höhere Inflation, was Draghis Maßnahmen zumindest auf dem Papier rechtfertigen würde? Die Bevölkerung hegt da Zweifel. Das öffentliche Empfinden geht eher in die Richtung, dass bestimmte Dinge schon sehr teuer sind. Wohnen zum Beispiel, wobei dieser starke Anstieg der Immobilienpreise im Verbraucherpreisindex, an dem sich die EZB orientiert, noch nicht einmal ausreichend abgebildet ist.



Auch Wissenschaftler sind sich unsicher, ob das Inflationsziel von zwei Prozent, an dem sich seit den 1990er-Jahren weltweit fast alle Notenbanken orientieren, noch zeitgemäß ist. Die akademische Gemeinde steht wegen der global niedrigen Inflation vor einem Rätsel. Eigentlich hätte die Teuerungsrate in den westlichen Industriestaaten angesichts der lockersten Geldpolitik aller Zeiten rasant ansteigen müssen - doch die Realität folgte nicht den ökonomischen Lehrbüchern.

Die Notenbank fördert auch Preisblasen an den Immobilienmärkten

In der Debatte kursieren viele Erklärungen: Womöglich habe sich im globalen Wirtschaftssystem etwas grundlegend verändert, was den Preisdruck tendenziell hemmt, etwa weil die Menschen älter werden und mehr sparen. Oder bleiben die Preise niedrig, weil die Löhne, anders als früher, nicht mehr in dem Maße steigen, als dass sie die Teuerungsrate beschleunigen könnten? Die Experten grübeln darüber, was heute anders ist. Die akademische Unsicherheit spiegelt sich in der Geldpolitik der EZB nicht ausreichend wider. Die Notenbank hält robotergleich an dem Zwei-Prozent-Ziel fest, was der EZB-Rat jederzeit ändern könnte.

Draghi wollte an diesem Ziel nicht rütteln. Er fürchtete um die Glaubwürdigkeit der EZB an den Finanzmärkten. Aber er unterschätzte die Gefahr, dadurch die Glaubwürdigkeit der Institution im Rest der Gesellschaft zu verspielen. Der EZB droht ein Legitimationsdefizit. Durch ihre lockere Geldpolitik werden Reiche reicher, während der Großteil der Bevölkerung deutlich weniger profitiert. Die Strafzinsgeldpolitik widerspricht dem marktwirtschaftlichen Grundsatz, dass Kreditaufnahme durch einen angemessenen Risikozins entschädigt werden sollte. Dadurch fördert die Notenbank Preisblasen an Immobilienmärkten und eine Zombifizierung der Wirtschaft, weil unproduktive Unternehmen weiterleben.

Die EZB sollte ihre Geldpolitik daher grundsätzlich überdenken. Das starre Inflationsziel ist nicht mehr haltbar. Die Notenbank darf nicht alles machen, nur um partout zwei Prozent Inflation zu erzwingen. Das ist unverantwortlich. Vielen Bürgern ist es bestimmt lieber, wenn die Preise nur 1,2 Prozent statt zwei Prozent steigen. Die geldpolitischen Maßnahmen via Leitzins und Anleihekäufe sind ausgereizt. Der Ankauf anderer Wertpapiere wie Aktien würde nur die Spekulationsblase antreiben. Die intellektuelle Herausforderung für Draghis Nachfolgerin Christine Lagarde besteht darin, diese notwendige Neuausrichtung der Geldpolitik zu moderieren. Europas Notenbank muss ihren Instrumentenkasten neu sortieren.

GELDPOLITIK:

# Die EZB senkt die Zinsen und beschließt neue Anleihekäufe

- AKTUALISIERT AM 12.09.2019-13:47



*Die Euro-Währungshüter um Mario Draghi lockern die Geldpolitik ein weiteres Mal – mit einem ganzen Maßnahmen-Paket. Die Kritik folgt prompt.*

Die Europäische Zentralbank lockert die Geldpolitik in der Währungsunion mit einem ganzen Maßnahmen-Bündel. Die Negativzinsen, die Banken auf ihre Einlagen auf den Notenbank-Konten zahlen müssen, steigen von 0,4 auf 0,5 Prozent. Der Leitzins verbleibt auf null Prozent.

Zudem haben die Notenbanker um den EZB-Präsidenten Mario Draghi auf ihrer Sitzung an diesem Donnerstag beschlossen, wieder mehr Wertpapiere zu kaufen: Ab November sollen netto wieder Papiere im Volumen von 20 Milliarden Euro erworben werden – monatlich.

Fachleute und Anleger hatten im Vorfeld der Sitzung neue Maßnahmen der EZB erwartet, nachdem Draghi diese in den vergangenen Wochen in Aussicht gestellt hatte. Allerdings spekulierten sie bis zuletzt darüber, welche Instrumente die Währungshüter wählen würden.

Ungewöhnlich deutlich hatten zudem führende Zentralbanker vor der Entscheidung gemahnt, nicht zu viel neuen Stimulus zu beschließen – darunter nicht nur Bundesbank-Präsident Jens Weidmann, sondern beispielsweise auch der Chef der französischen Notenbank. Weidmann steht gerade den Anleihekäufen kritisch gegenüber, weil sie seiner Ansicht nach Gefahr bergen, die Trennlinie zwischen der Geldpolitik und der Finanzpolitik zu verwischen.

## „Draghis letzter großer Wurf“

„Deflationsgefahren sind im Euroraum weit und breit nicht zu erkennen; auch die aktuelle wirtschaftliche Schwächephase rechtfertigt kein weiteres geldpolitisches Notprogramm“, sagte Bankenverbands-Präsident Hans-Walter Peters. Er bemängelte: „Mehr noch: Mögliche Abwertungseffekte für den Euro, die mit der heutigen Entscheidung einhergehen und die Wirtschaft beleben könnten, sind angesichts der globalen Handelskonflikte vergiftet. Denn damit steigt erheblich die Wahrscheinlichkeit ähnlicher Zinssenkungen in anderen Wirtschaftsräumen und das könnte eine Abwertungsspirale in Gang setzen, die niemand wollen kann.“ Sparkassenpräsident Helmut Schleweis kritisierte: „Die noch expansivere Geldpolitik bringt mehr Schaden als Nutzen.“

„Das ist Mario Draghis Abschiedsgeschenk an die Märkte“, erklärte LBBW-Chefvolkswirt Uwe Burkert. „Es ist der vorletzte Entscheid Mario Draghis als EZB-Präsident und sein letzter großer

Wurf“, kommentierte Sebastian Wanke, Ökonom der KfW: „Dieser fällt in etwa so aus wie von den Finanzmarktteilnehmern erwartet. Jedoch glauben aber wahrscheinlich nur noch die wenigsten, dass solche Maßnahmen Konjunktur und Inflation zusätzlich spürbar stimulieren können.“

Die EZB hatte ihr gewaltiges Netto-Kaufprogramm von Staats- und Unternehmensanleihen im vergangenen Dezember vorerst beendet, das gerade in Deutschland umstritten ist und sogar vor dem Bundesverfassungsgericht landete. Seit Januar fließt kein frisches EZB-Geld mehr in diesem Rahmen, die Notenbanken ersetzen seither indes nach wie vor auslaufende Wertpapiere durch neue. Von März 2015 bis Ende 2018 steckte die EZB gemeinsam mit den nationalen Notenbanken ungefähr 2,6 Billionen Euro in Anleihekäufe.

An der expansiven Ausrichtung der Geldpolitik wird sich aller Voraussicht nach so schnell nichts ändern: Draghis designierte Nachfolgerin an der EZB-Spitze, die Französin [Christine Lagarde](#), hat bereits deutlich gemacht, dass sie eine sehr lockere Geldpolitik für absehbare Zeit für nötig hält. Die bisherige Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) sagte aber auch: „Wir müssen die negativen Folgen und Nebeneffekte im Blick behalten.“

Quelle: FAZ.NET

157,19

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-zinsentscheidung-strafzins-1.4598022>

12. September 2019, 13:46 Uhr

Geldpolitik:

## **EZB drückt die Zinsen noch tiefer**

**Die Europäische Notenbank verschärft die Strafzinsen für Banken - aus Sorge um die Konjunktur in der Euro-Zone. Das hat auch Folgen für Sparer und Kreditnehmer.**

Von [Markus Zydra](#), Frankfurt

Die Europäische Zentralbank ([EZB](#)) drückt den Strafzins für Einlagen von Banken tiefer in negatives Terrain. Damit stemmt sich die Notenbank gegen die mögliche Eintrübung der Konjunktur: Künftig müssen Banken ein halbes Prozent zahlen, wenn sie Geld bei der Notenbank parken. Zusätzlich wird die EZB wieder neu Anleihen kaufen - von November an im Volumen von monatlich 20 Milliarden Euro. Zuletzt hatte sie nur noch die bestehenden Programme immer wieder neu verlängert. Was die Entscheidung nun bedeutet - ein Überblick.

### **Warum hat die EZB die Geldpolitik in der Euro-Zone erneut gelockert?**

Der Handelsstreit zwischen den USA und China, die Regionalkonflikte in Asien und der drohende harte Brexit könnten Europas Wirtschaft in eine Krise stürzen. Draghi möchte vorausschauend reagieren, gleichzeitig macht er Druck auf Deutschland, die schwarze Null aufzugeben, neue Schulden aufzunehmen und das Geld in Investitionen zu pumpen. Grundsätzlich verweist Draghi aber auf das Mandat der EZB: die Erhaltung der Geldwertstabilität. Hier hat sich die Notenbank 2003 das Ziel gesetzt, die Inflationsrate nahe zwei Prozent zu fixieren. Dieses Ziel verfehlt die EZB seit Jahren, im Juli lag die Teuerungsrate im Euro-Raum bei einem Prozent.

### **Was spricht gegen die Lockerung?**

Europas Wirtschaft schwächelt, aber es droht bislang keine schlimme Rezession. Damit beraubt sich die Notenbank ihres geldpolitischen Spielraums. Was soll die EZB machen, wenn wirklich eine Wirtschaftskrise kommt? Der Zins liegt schon unter null Prozent, und Anleihen kann die Notenbank aus juristischen Gründen nicht unbegrenzt kaufen. Blieben noch Aktien oder unbesicherte Bankanleihen - doch diese Maßnahmen sind umstritten.

### **Welche Konsequenzen hat die Erhöhung des Strafzinses von 0,4 auf 0,5 Prozent?**

Die Maßnahme erhöht den Druck auf Europas Banken, ihre überschüssiges Geld zu verleihen. Nur so können sie dem Strafzins entgehen. Die Währungshüter möchten die Kreditwirtschaft dadurch motivieren, die Wirtschaft mit Kredit zu versorgen. Doch das ist schwierig, weil Unternehmen nicht so viel Kredit nachfragen. Auch deshalb meinen Kritiker, dass eine weitere Absenkung des Zinsniveaus für das Wirtschaftswachstum nichts mehr bringe.

## **Warum gibt es in Deutschland so scharfe Kritik am Strafzins?**

Viele Sparer beklagen, ihre Vermögen würden real schrumpfen. Tatsächlich zahlen die Bürger drauf, wenn sie ihr Geld auf dem Giro- oder Sparkonto liegen lassen. Der mickrige Zins kann die Inflationsrate nicht ausgleichen. Das Niedrigzinsumfeld mindert auch die Erträge der privaten Rentenversicherungen. Pensionskassen und Versorgungswerke legen die Beiträge der Bürger meist in Anleihen an, die allerdings kaum mehr Renditen abwerfen. Es besteht also die Gefahr, dass Menschen im Alter weniger Rente erhalten, als sie erwartet haben.

## **Wie sollen die negativen Auswirkungen für die Banken eingedämmt werden?**

Die EZB führt eine Staffelung des Strafzinses ein, um die Belastungen aus dem Negativzins für die Kreditwirtschaft zu reduzieren. Banken erhalten Freibeträge, die nicht mit dem Strafzins belastet werden.

## **Haben Nullzinsen nicht auch etwas Gutes?**

Niemand ist ja nur Sparer, sondern auch noch Arbeitnehmer, Kreditnehmer oder Steuerzahler. Bundesbankpräsident Jens Weidmann sagte jüngst: Eine gute Konjunktur mit hoher Beschäftigung und steigenden Löhnen, angetrieben durch niedrige Zinsen, sorgt dafür, dass die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung profitiert. Außerdem kann sich der deutsche Staat günstig refinanzieren, davon profitieren die Steuerzahler, die weniger zur Kasse gebeten werden.

## **Warum vergibt die EZB zusätzlich noch günstige Kredite an Banken?**

Europas Kreditinstitute hängen schon lange am Tropf der Notenbank. Bald laufen die langfristigen Notenbankdarlehen aus. Deshalb hat die EZB beschlossen, die Kreditinstitute erneut günstig mit liquiden Mitteln auszustatten.

## **Wie viele Anleihen wird die EZB kaufen?**

Die EZB wird von November an monatlich 20 Milliarden Euro in den Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen sowie Pfandbriefen stecken. Damit nimmt sie ihr Kaufprogramm wieder auf, nachdem sie es erst Anfang des Jahres ausgesetzt hatte. Bis dahin hatte die EZB bereits 2,7 Billionen Euro in den Markt gesteckt. Wenn Anleihen fällig werden, dann wird die EZB auch künftig das Geld in den Bond-Markt reinvestieren. So drückt die Notenbank den langfristigen Zins. Für die Euro-Staaten hat es den Vorteil, dass sie sich billig verschulden können. Der deutsche Staat kann sich schon jetzt Geld zum Nulltarif oder gar mit Gewinn leihen. Die Renditen sind je nach Laufzeit negativ, das heißt, der Bundesfinanzminister muss später weniger zurückzahlen, als er sich geliehen hat.

## **Warum jammern die Banken hierzulande?**

Natürlich belasten die Strafzinsen die Ertragslage. Im vergangenen Jahr mussten Deutschlands Banken 2,4 Milliarden Euro an die EZB zahlen. Doch das Gezeter der deutschen Bankenindustrie ist oftmals übertrieben. Viele Institute möchten davon ablenken, dass ihnen eine gute Geschäftsidee fehlt.

## **Wie geht es mit den Immobilienkrediten weiter?**

Immobilienkäufer profitieren seit Jahren von den niedrigen Hypothekenzinsen. Mit der Verschärfung des Strafzinses auf Bankeinlagen könnten Kredite noch günstiger werden. Baukredite mit zehnjähriger Laufzeit gibt es für deutlich weniger als ein Prozent. Inzwischen diskutiert die Branche auch schon, ob und wie man den Kunden Negativzinsen anbieten könnte. Dann müsste der Häuslebauer weniger zurückzahlen, als er sich geliehen hat.

## **Was ist das grundsätzliche Problem an der EZB-Zinspolitik?**

In einer Marktwirtschaft sollten Kreditnehmer einen Zins bezahlen müssen, um das Ausfallrisiko für den Gläubiger zu entschädigen. Doch inzwischen rentieren weltweit Anleihen im Wert von 17 Billionen Dollar negativ. Das heißt, die Kreditgeber legen drauf. Das ist gefährlich, denn Unternehmen und Haushalte tendieren in einem solchen Umfeld dazu, sich leichtfertiger zu verschulden. Es drohen Preisblasen.

## **Was bedeutet die Entscheidung der EZB für Draghis Nachfolgerin Christine Lagarde, die am 1. November ihren Job antritt?**

Draghi hat Leitplanken gesetzt, an denen sich Lagarde orientieren muss. Sie kann nicht von heute auf morgen alles anders machen. Allerdings hat die Französin angekündigt, sie werde in der EZB eine Grundsatzdebatte zur künftigen Geldpolitik führen. Auch das Inflationsziel von zwei Prozent soll überprüft werden.

## **Was wäre das letzte Mittel der EZB?**

Es kursiert seit langem die Idee vom Helikoptergeld. In der schlichten Variante gäbe die EZB direkt Geld an die Bürger - per Überweisung. In der elaborierten Facon könnte die EZB für den äußersten Notfall einen riesigen Geldbetrag beiseitelegen, der dann in Abstimmung mit den Regierungen der Euro-Staaten als Stützungsmaßnahme in die Wirtschaft investiert würde.

157,22

<http://www.lefigaro.fr/conjoncture/la-zone-euro-a-besoin-d-une-politique-economique-commune-pas-de-nouveaux-gadgets-monetaires-20190911>

Mercredi 11 septembre 2019 - 18:01 UTC +02:00 752 mots Robin, Jean-Pierre

## La BCE est impuissante à soutenir l'économie

### **DÉCRYPTAGE - La zone euro a besoin d'une politique économique commune, pas de nouveaux gadgets monétaires, selon Jean-Pierre Robin.**

La zone euro est comme ce petit garçon qui recherche sous le réverbère la pièce qu'il a perdue. «Es-tu sûr de l'avoir perdue là?», lui demande le vieux monsieur. «Non, répond l'enfant, mais il n'y a qu'ici où on y voit clair.»

Le grand avantage de la politique monétaire est d'être visible. Mieux, c'est le seul domaine où les pays européens disposent aujourd'hui d'un instrument commun, la Banque centrale européenne. La BCE fonctionne de façon fédérale, à l'instar de la Fed américaine, alors que la zone euro n'est pas une fédération. En particulier, il n'y a toujours pas de budget européen digne de ce nom, ni même de véritable coordination des politiques budgétaires nationales. Comment comprendre que l'Allemagne dégage cette année un surplus de ses finances publiques de 0,7 % du PIB, quand la France affiche un déficit de 3,1 %? Pourquoi Berlin enregistre un excédent extérieur de 6 % à 7 % de son PIB alors que Paris est dans le rouge à hauteur de 1 % à 2 %?

#### Biais malsain

Ces disparités - on pourrait en citer bien d'autres et en dehors du couple franco-allemand - ne constituent pas une condamnation de l'Union économique et monétaire comme le voudraient les eurosceptiques. Mais qui peut croire que la politique monétaire de la BCE soit la panacée, qu'elle détienne la réponse universelle aux problèmes macroéconomiques de l'heure? Et le plus fondamental d'entre eux, le plus urgent, est le ralentissement de la croissance de la zone euro.

À coup sûr, Mario Draghi est visible. Le président de la BCE, même s'il n'est que le *primus inter pares* au sein du collège des gouverneurs de la BCE, concentre en ses mains un pouvoir exorbitant. Il fixe le prix de l'argent et donc du crédit, ce qui est absolument essentiel pour l'économie et encore plus pour les marchés financiers. Or c'est là un aspect du problème que l'on aurait tort de sous-estimer: sous prétexte que les Bourses et les marchés de l'argent réagissent en temps réel, la problématique de la politique monétaire est constamment regardée avant tout sous le prisme des acteurs financiers. Ce biais est malsain: il fausse à maints égards la prise de décision de la BCE elle-même.

En outre, et ce n'est évidemment pas péjoratif, son président est par définition un haut fonctionnaire. En tant que tel il remplit un mandat, certes en toute indépendance, et rien d'autre: la «stabilité des prix», en pratique «une hausse des prix à la consommation inférieure à, mais voisine de 2 %», selon les textes. Or force est de constater que depuis dix ans on est toujours très en dessous de cet objectif; l'inflation de ces douze derniers mois est d'à peine 1 %. Mais est-ce une raison suffisante pour qu'il continue d'inonder le marché de liquidités jusqu'à plus soif et d'aller encore plus loin dans la voie des taux négatifs?

Parmi les mesures décidées par la BCE ce jeudi, le taux (négatif) a été porté de 0,4 % à 0,5% sur les dépôts des banques au guichet de la BCE. Après tout la Banque nationale suisse n'a-t-elle pas un taux directeur négatif de 0,75 %? Sauf que comparaison n'est pas raison. «La BNS doit faire face à un afflux de capitaux spéculatifs qu'elle doit dissuader de venir. Depuis juillet, elle a dû intervenir sur les marchés à hauteur de 13 milliards de francs suisses pour freiner sa hausse», fait observer Valentin Bissat, senior économiste de la banque suisse Mirabaud.

#### Entreprises zombies

La fuite en avant de la BCE s'avère de plus en plus contre-productive: spéculation immobilière, fragilisation des banques et des compagnies d'assurance, maintien sous perfusion d'entreprises zombies, etc. Son seul véritable avantage est finalement d'assurer la solvabilité des États. Au risque d'encourager les paniers percés à s'enfoncer dans la dette publique.

Il est grand temps que les États de la zone euro s'accordent sereinement pour prendre leurs responsabilités. Ils doivent regarder en face la nature de leurs problèmes de croissance au lieu de s'en remettre lâchement à leur grand argentier et à sa planche à billets diabolique.

157,23

<https://www.nzz.ch/meinung/die-medizin-der-ezb-ist-zum-gift-geworden-ld.1508358#>

KOMMENTAR

## Die EZB erleichtert es den Euro-Staaten, ihre Schuldenpolitik fortzusetzen. Das ist keine Medizin, sondern Gift

Die Europäische Zentralbank drückt die Zinsen noch tiefer in den negativen Bereich. Die unbeabsichtigten Nebenfolgen dieser Politik dürften schwerer wiegen als die heilsame Wirkung.

Thomas Fuster 12.9.2019, 18:36 Uhr

Wilder Aktionismus ist meist ein Zeichen der Ohnmacht. Das gilt besonders für die Europäische Zentralbank (EZB). Was die Währungsbehörde am Donnerstag an Maßnahmen präsentierte, darf mit Fug als Aktionismus bezeichnet werden. Nicht nur werden die Zinsen für Bankeinlagen bei der EZB – erstmals seit 2016 – noch tiefer in den negativen Bereich gedrückt. Auch das Programm zum Kauf von Staats- und Unternehmensanleihen, das Ende 2018 zunächst beendet worden war, wird reaktiviert, und zwar auf unbestimmte Zeit. Die EZB erleichtert es dadurch den Euro-Staaten, ihre Schuldenpolitik mit noch billigerem Geld fortzusetzen. Zudem will die EZB die Gelder aus auslaufenden Anleihen weiterhin großzügig reinvestieren.

### **Von Paracelsus lernen**

Wer noch vor Jahresfrist auf eine Normalisierung der Zinspolitik gehofft hatte, sieht sich eines Besseren belehrt. Wenige Wochen vor seiner Ablösung durch Christine Lagarde lockert Mario Draghi die Geldversorgung zusätzlich und lanciert für den Euro-Raum ein weiteres Stimulierungsprogramm. Ganz ohne Widerstand seiner Kollegen konnte Draghi das Programm aber nicht beschließen. Vielmehr mehren sich endlich auch im 25-köpfigen EZB-Rat die Stimmen jener, die Zweifel anmelden, ob die primär strukturellen Probleme des Euro-Raums mit stets noch mehr Gratisgeld gelöst werden können. Die Opposition war aber zu schwach. Dem EZB-Chef blieb eine Schmach kurz vor dem Rücktritt erspart.



Einmal mehr fühlt man sich beim Blick auf Europas Geldpolitik an Paracelsus erinnert. Der Schweizer Naturphilosoph erkannte schon im 16. Jahrhundert, dass die Dosis entscheidet, ob ein Mittel zum Gift wird. Eine kleine Schmerztablette kann heilsame Wirkung haben, das Schlucken einer ganzen Packung aber zum Tod führen. Bei der Geldpolitik im Euro-Raum ist es ähnlich. Deren wohltätige Wirkung nimmt zusehends ab, je aggressiver sie eingesetzt wird; es profitieren bald nur noch die Aktienanleger, Hausbesitzer, Schuldner. Die Volkswirtschaft als Ganzes leidet hingegen unter den Nebenfolgen. Die anfänglich heilsame Medizin verkommt zum Gift. Ein kluger Arzt würde nun das Medikament infrage stellen, die EZB setzt aber auf eine weitere Erhöhung der Dosis.

### **Beschädigte Glaubwürdigkeit**

Die Argumente für dieses Festhalten überzeugen nicht. Gewiss, die Konjunktur hat sich etwas abgekühlt. Zuvor fand aber ein breit abgestützter Aufschwung statt. Während der Abschwung nun sofort eine Lockerung bewirkt, hatte der Boom keine Straffung zur Folge. Will heißen: Die EZB reagiert einseitig und asymmetrisch auf die Konjunktur; dies schadet der Glaubwürdigkeit. Fragwürdig ist zudem der stete Verweis auf die angeblich zu tiefe Inflation. So lag die Inflation zwischen 2017 und 2019 im Schnitt bei 1,6 Prozent, also sehr nah am Zielwert von knapp 2 Prozent. Das Ziel der Preisstabilität kann als erfüllt betrachtet werden, zumal es für eine Notenbank ohnehin unmöglich ist, die Inflationsrate punktgenau zu steuern.

(...)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/muslimbruderschaft-die-europaeische-mission-des-politischen-islam-16379528.html?premium>

MUSLIMBRUDERSCHAFT:

## Die europäische Mission des politischen Islam

- VON HEIKO HEINISCH UND NINA SCHOLZ
- -AKTUALISIERT AM 13.09.2019-06:39

*Der legalistische Islamismus ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Sein Einfallstor ist die Bildung – sein Ziel die Errichtung eines islamischen Gottesstaats mit friedlichen Mitteln. Ein Gastbeitrag.*

Mit dem Begriff „Islamismus“ verbinden die meisten von uns Bilder von Terroranschlägen, Berichte über Gräueltaten des IS, über Sklavenmärkte und schwerbewaffnete, bärtige Männer, die schwarze Flaggen mit Aufdruck des islamischen Glaubensbekenntnisses schwenkend Allahu Akbar in die Kameras schreien. Islamismus wird in erster Linie mit Gewalt assoziiert. Auch Angela Merkel vertrat anlässlich des Anschlags auf die Redaktion von Charlie Hebdo die Meinung, Islamismus beginne dort, wo Gewalt im Namen der Religion ins Spiel komme.

Diese Sicht verkennt das Wesen von Ideologien, die angetreten sind, die Gesellschaft von Grund auf zu verändern. Die Frage der Gewalt ist dabei immer nur eine taktische. Während der Terror im Fokus unserer Aufmerksamkeit steht, haben sich legalistisch arbeitende Islamisten auf den Weg gemacht, unsere Gesellschaft von innen zu transformieren, während die einen zur Waffe greifen, um ihre Utopie herbeizuzwingen, begeben sich andere auf den berühmten Marsch durch die Institutionen.

In seinem jüngsten Jahresbericht warnt der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen ungewöhnlich deutlich vor dem legalistischen Islamismus, der versuche, die Gesellschaft islamischen Regeln entsprechend umzugestalten. Die Bedrohung für die freiheitlich demokratische Grundordnung, die von diesem Typus des Islamismus ausgehe, ist nach Einschätzung der Verfassungsschützer auf lange Sicht sogar größer als jene durch den Dschihadismus. Denn während letzterer wohl ein Randphänomen bleiben werde, hat der legalistische Islam mittlerweile ein dichtes Netzwerk von Vereinen und Organisationen aufgebaut, das weite Kreise in Politik und Gesellschaft zieht.

### **Einteilung der Welt in „Gläubige“ und „Ungläubige“**

Dabei verfolgen legalistische Islamisten mit gewaltfreien Mitteln dieselbe Utopie wie militante: Abschaffung der Demokratie und Errichtung eines weltweiten islamischen Staates unter einem Kalifat. Ihre Ideologie basiert auf einigen wenigen Prämissen: Einteilung der Welt in „Gläubige“ und „Ungläubige“, also in Muslime und Nicht-Muslimen; Überlegenheit des Islam gegenüber allen anderen Religionen und Weltanschauungen; Ablehnung von liberaler Demokratie, allgemeinen Menschenrechten sowie der Trennung von Religion und Staat; Gleichwertigkeit von Mann und Frau vor Gott, aber unterschiedliche Rechte und Pflichten im Diesseits. Außerdem beruft man sich auf ein Opfernarrativ, in dem Muslimen als eine über alle Zeiten hinweg verfolgte Gemeinschaft imaginiert werden.

Das Ziel des politischen Islam oder Islamismus – beide Begriffe werden synonym verwendet – ist im Motto der größten und einflussreichsten islamistischen Organisation, der Muslimbruderschaft, auf den Punkt gebracht: „Der Islam ist die Lösung“. Das taktische Verhältnis zur Gewalt kommt im Logo der Bruderschaft zum Ausdruck: Zwei unter dem Koran gekreuzte Schwerter, versehen mit der Aufforderung „Seid vorbereitet!“

## **Der Weg nach Europa**

Die ersten Islamisten kamen in Gestalt der Muslimbrüder Mitte der fünfziger Jahre als Flüchtlinge aus Ägypten und erhielten in westlichen Ländern politisches Asyl, nachdem ihre Organisation in ihrem Herkunftsland verboten worden war. Sie errichteten hier ihre ersten großen Niederlassungen, die Islamischen Zentren in Genf und München.

Seit den siebziger Jahren etablierte sich mit der türkischen Milli-Görüs-Bewegung eine weitere islamistische Bewegung in Europa, die als Bruderorganisation der Muslimbruderschaft betrachtet werden kann. Der türkische Präsident Erdogan ist der politische Ziehsohn des Milli-Görüs-Gründers Necmettin Erbakan. Milli Görüs (deutsch „Nationale Sicht“) hat sich bis heute nicht von ihrem Gründer distanziert, der nicht zuletzt mit antisemitischen Verschwörungstheorien von sich reden machte: „Seit 5700 Jahren regieren Juden die Welt. Es ist eine Herrschaft des Unrechts, der Grausamkeit und der Gewalt.“

Die ersten Schritte des politischen Islam in Europa blieben der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Selbst als in den neunziger Jahren ein islamistisches Gründungsfieber ausbrach, interessierten sich weder Politik noch Medien dafür. Heute verfügt der politische Islam über ein dichtes Netzwerk an Organisationen, Unterorganisationen und Moscheen. Allein das Netzwerk der Muslimbruderschaft besteht nach Schätzungen derzeit aus über zweihundert Organisationen, zahlreichen Bildungseinrichtungen und unzähligen Moscheen in Europa, Tendenz steigend. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit und den zahlreichen Verboten in der islamischen Welt klug geworden, verschleiern die meisten Organisationen und Personen in Europa heute ihre Zugehörigkeit.

### **Gebildet, eloquent, rhetorisch geschult**

Im Unterschied zum Salafismus präsentiert sich der legalistische Islamismus nach außen modern, seine Vertreter und Vertreterinnen sind gebildet, eloquent und rhetorisch geschult. Das Geflecht von Vereinen und Organisationen, das er gebildet hat, ist auf den ersten Blick oft nicht einmal als islamisch erkennbar. Man umgibt sich mit einer demokratischen Fassade, geschmückt mit Diversitätsappellen, Gendersternen und neuerdings auch Umweltbewusstsein, während nach innen oft genug fundamentalistisch und demokratiefeindlich kommuniziert wird.

Im Netzwerk des politischen Islam tauchen an zentralen Stellen immer wieder die gleichen Akteure auf. Einer der bekanntesten ist Ibrahim El-Zayat, der nach einer Gerichtsentscheidung als Funktionär der Muslimbruderschaft bezeichnet werden darf. Eine seiner wichtigsten Funktionen war die des Generalbevollmächtigten der Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft, die die rund dreihundert Moscheen der Milli-Görüs-Bewegung in Deutschland verwaltet. Zudem übte er in maßgeblichen muslimbrudernahen Organisationen hohe Funktionen aus. Er war Präsident der IGD (kürzlich umbenannt in: Muslimische Gemeinschaft Deutschland), die vom Verfassungsschutz als „wichtigste und zentrale Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft in Deutschland“ eingestuft wird, Gründungsmitglied und Vorsitzender beim Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (Femyso), dem Dachverband muslimbrudernaher europäischer Jugendorganisationen, sowie Funktionär in der FIOE, dem Dachverband muslimbrudernaher Organisationen in Europa. Heute tritt er unter anderem als Vertreter des European Trust auf, des finanziellen Arms der FIOE. Hauptsponsor des ominösen European Trust ist die Maktoum Charity Foundation mit Sitz in Qatar. Qatar ist Zentrum und Hauptfinanzier der Muslimbruderschaft.

Zudem saß Ibrahim El-Zayat im Aufsichtsrat des Institut Européen des Sciences Humaine, einer privaten Hochschule der Muslimbruderschaft in Frankreich, die einen Ableger in Frankfurt unterhält. Dort werden unter anderen Religionslehrer und -lehrerinnen für öffentliche Schulen ausgebildet. Im wissenschaftlichen Beirat sitzt der aktuelle Chefideologe der Muslimbruderschaft, der in Qatar lebende Yusuf al-Qaradawi. Dieser wurde in Europa dadurch bekannt, dass er die Todesstrafe für den Abfall

vom Islam, hundert Peitschenhiebe als Strafe für Homosexuelle und Selbstmordattentate von Palästinensern befürwortet, den Holocaust für eine Strafe Gottes hält und Hitler für den Mann, dem es gelungen sei, die Juden zurechtzuweisen.



Yusuf al-Qaradawi :Bild: UPI/laif

Die Bundesregierung kennt zwar die Warnungen der Verfassungsschützer, zieht daraus aber keine Konsequenzen. So geht aus einer Anfrage der FDP im April 2019 hervor, dass die Regierung um die Verbindungen des Wohltätigkeitsvereins Islamic Relief, in dessen Vorstand wieder Ibrahim El-Zayat saß, zur Muslimbruderschaft weiß. Es ist auch bekannt, dass ein Großteil der Spendengelder an die Mutterorganisation in Birmingham – dort war El-Zayat als Treuhänder tätig – abgeführt werden, die wiederum im Verdacht steht, die Terrororganisation Hamas finanziell zu fördern. Die Warnungen hielten das Auswärtige Amt jedoch nicht davon ab, die Organisation 2015 und 2017 mit jeweils rund 1,5 Millionen und 2016 gar mit 2,6 Millionen Euro zu fördern, wie aus den Jahresberichten von Islamic Relief hervorgeht.

Dies ist nur ein Beispiel unter unzähligen, die den aberwitzigen und gefährlichen Umgang der Politik mit dem politischen Islam illustrieren. Mit ihrem Vorgehen leistet die Politik der Strategie der Islamisten Vorschub, sei es aus Naivität, Wunschenken oder wahltaktischem Kalkül.

### **Ein brisanter Fund**

Dabei ist diese Strategie seit langem bekannt: Unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September 2001 fanden in ganz Europa Hausdurchsuchungen statt, darunter bei dem in der Schweiz lebenden Muslimbruder Yusuf Nada, einem der Gründer des Islamischen Zentrums München. In seiner Wohnung fand man ein Dokument, das damals, weil es sich nicht mit Terrorismus befasste, wenig Aufsehen erregte und wieder in Vergessenheit geriet. Es handelte sich um ein bereits 1982 verfasstes Papier der Muslimbruderschaft mit dem aufschlussreichen Titel „Der Weg zu einer weltweiten Strategie für islamische Politik“. In zwölf Punkten wird ein Plan zur Unterwanderung von Gesellschaften skizziert und das langfristige Ziel der Etablierung eines weltweiten islamischen Staates formuliert.

Das Strategiepapier fordert von Kadern, flexibel und an die lokalen Gegebenheiten angepasst vorzugehen. Um die Sache der Muslime und des Islam zu vertreten, so heißt es im Text, sollen sie Freiheiten, die ihnen in den Ländern ihrer Tätigkeit geboten werden, nutzen und in Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen aller Art eintreten und sich in Parlamente wählen lassen. Die Unterstützung für Palästina wird als eigener Punkt erläutert. Dschihadistische Gruppen in der Region seien aufzubauen und zu unterstützen. Frieden und Versöhnung mit „den Juden“ werden als Defätismus verurteilt.

## **Erziehung der Jungen**

In den 37 Jahren seit der Niederschrift des Strategiepapiers haben Muslimbruderschaft und assoziierte Organisationen mit beachtlichem Erfolg an der Umsetzung gearbeitet. Ihre Anhänger sind heute in Parteien und NGOs vertreten und haben unzählige Organisationen gegründet, die auf EU-, auf nationaler bis hinunter zur kommunalen Ebene mit der Politik in engem Kontakt stehen. So war, um nur ein Beispiel zu nennen, der Dachverband muslimbrudernaher Jugendorganisationen Femyso Partner des EU-Parlaments für die EU-Wahl-Kampagne 2019.

Besonderes Augenmerk legen Organisationen des politischen Islam auf den Bildungsbereich. Schon für den Gründer der Bruderschaft, Hasan Al-Banna, standen Bildung und Erziehung der jungen Generation und der Bau von Schulen und Moscheen im Mittelpunkt. Auch der türkische Staatschef Erdogan hat die Erziehung einer „frommen Generation“ zum Regierungsziel erklärt. Seit vielen Jahren gründen politisch-islamische Organisationen private Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zum Gymnasium.

### **„Empfehlungen“ für islamkonformes Leben**

Doch nicht nur über Bildung versucht die Muslimbruderschaft ihre puritanische und fundamentalistische Auslegung des Islam in die Communitys zu tragen. 1997 gründete sie den Europäischen Rat für Fatwa und Forschung, der in Europa lebenden Muslimen „Empfehlungen“ für ein islamkonformes Leben in nicht-islamischer Umwelt erteilt. Die von dieser inzwischen gut etablierten Institution mit Sitz in Dublin ausgegebenen Fatwas zielen immer wieder ausdrücklich auf Segregation der Muslime vom Rest der Gesellschaft. Die Islamgelehrten des Rates betonen etwa, dass die strikte Einhaltung der Speisegesetze nicht allein der Einhaltung religiöser Regeln diene, sondern auch der Unterscheidung zu Andersgläubigen. Wer sich strikt an diese Auslegung des Islam hält, wird nicht in der Gesellschaft ankommen. Genau darum geht es Islamisten.

Im Fatwa-Rat, der seit drei Jahren auch eine deutsche Zweigstelle in Rüsselsheim am Main unterhält, sitzen neben Vertretern der Bruderschaft auch solche der Milli Görüs und der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet, zu der die deutschen Ditib-Moscheen gehören. Somit erreichen die „Empfehlungen“ des Rates die Mitglieder der größten deutschen Moscheeverbände.

Dass trotz seiner islamistisch eingestellten Gelehrten, trotz demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Ausrichtung und trotz offener Hitlerverehrung seines Gründers Yusuf al-Qaradawi ein solches Gremium mitten in Europa schalten und walten kann, weil die Regierungen von Irland und Deutschland es gewähren lassen, ist vielleicht das eigentliche Problem.

Legalistische Islamisten nutzen die Möglichkeiten des demokratischen Rechtsstaats, aber es wäre ein fataler Irrtum, in ihnen Demokraten zu sehen. Ihr Ziel ist ein Staat auf Grundlage der Scharia. Der soeben erwähnte Chefideologe der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, formulierte bereits vor einem Jahrzehnt unverblümt das Ziel für Europa: „Ich erwarte, dass der Islam Europa erobern wird, ohne zum Schwert oder zum Kampf greifen zu müssen – mittels Dawa und durch die Ideologie. Die Muslime müssen zu handeln beginnen, um diese Welt zu erobern.“

*Die Autoren sind Historiker und Politikwissenschaftler. Im April haben sie im Molder Verlag das Buch „Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert“ publiziert.*

157,29

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-draghi-zinsen-geldpolitik-1.4597721>

12. September 2019, 21:08 Uhr

EZB:

## Mario Draghi hat sich verrannt



[Detailansicht öffnen](#)

Mario Draghi bei der Pressekonferenz zur aktuellen Zinsentscheidung der EZB.

(Foto: Getty Images)

***Europas Zentralbankchef hat sich enorme Verdienste um den Euro erworben, doch er hat zu lange an der Politik des billigen Geldes festgehalten. Seine Nachfolgerin muss dringend umsteuern.***

*Kommentar von [Alexander Hagelüken](#)*

Es gibt eine Anekdote, die das deutsche Verhältnis zu Mario Draghi charakterisiert. Als der Italiener die [Europäische Zentralbank](#) übernahm, schenkte ihm die *Bild*-Zeitung eine preußische Pickelhaube. Viele Deutsche glauben ja, sie müssten andere Europäer zur Stabilität erziehen. Draghi nahm die militärische Kopfbedeckung an, er lachte für den Fotografen. Recht machte er es den meisten Deutschen trotzdem nie. Wer seine achtjährige Ära bilanziert, darf sagen: gottlob. Denn Draghi hat mit stark kritisierten Maßnahmen Großes geleistet. Die Beschlüsse von diesem Donnerstag zeigen jedoch, dass er sich nun verrannt hat. Seine Nachfolgerin, die Französin Christine Lagarde, muss umsteuern.

Draghi, der bald abtritt, ist in der 20-jährigen Geschichte des Euro erst der dritte EZB-Präsident. Auch für seine Amtszeit galt: Die Macht von Währungshütern ist groß, obwohl die Bürger so wenig über sie wissen. Notenbanker steuern mit ihren technokratischen Schachtelsätzen ganze Volkswirtschaften. Sie können Investoren ermutigen oder entmutigen, Arbeitsplätze ermöglichen oder vernichten, Finanzkrisen beruhigen - oder diese noch befeuern. US-Fed-Chef Alan Greenspan zum Beispiel, lange zum Helden verklärt, beschwor mit Billigzinsen den Wirtschaftscrash von 2008 herauf.

Misst man Draghi daran, war er lange ein Krisenberuhiger. Als der Euro zu kollabieren drohte, waren Europas Politiker uneins, also schwach. Es war der EZB-Chef, der die Währung rettete - indem er Spekulanten gegen den Euro mit der Finanzkraft entmutigte, die ein Gelddrucker eben hat. In Deutschland, dessen Exporte der Euro nutzt, erntete er kaum Lob - stattdessen Vorwürfe der CSU, er sei ein "Falschmünzer", die zur antieuropäischen Folklore der Partei gehören.

Ebenso abwegig war die Kritik, Draghi lasse die Preise steigen. "Mamma mia, bei den Italienern gehört Inflation zum Leben wie Tomatensoße zur Pasta", warnte die *Bild*-Zeitung. Doch Inflation lässt sich nirgends erkennen. Als noch die heilige Bundesbank über die Mark wachte, gab es nie eine längere Phase niedriger Preise als heute unter dem Italiener aus Rom.

Falsch ist auch die Behauptung, niemand hätte den Deutschen je so etwas zugemutet wie der EZB-Chef. Ja, es stimmt, seine Nullzinsen schmerzen die Sparer. Es gab allerdings in der D-Mark-Epoche ebenfalls 15 Jahre, in denen der Ertrag von Bankguthaben bei Berücksichtigung der Inflation negativ

ausfiel. Die Lehre: Die Bundesbürger sollten sich weniger auf klassische Sparformen fixieren. Sie sollten lieber mehr in Aktien und Immobilien investieren - und der Staat müsste ihnen helfen, dabei Vermögen aufzubauen.

Draghi jedenfalls kann für sich in Anspruch nehmen, dass er seine schmerzvolle Nullzinskur in einer historischen Notlage verordnete: als sich die Baufehler des Euro offenbarten und die Politik erneut versagte, das zweite Mal nach der Konstruktion der Währung in den 90er-Jahren.

Ein Vorwurf lässt sich Draghi allerdings machen, und der wiegt schwer: Er hat zu lange an der Politik des billigen Geldes festgehalten. Sein wahrscheinlich letztes Maßnahmenpaket - die höhere Strafgebühr für Banken und die Wiederaufnahme der Anleihenkäufe - erscheint dafür symptomatisch. Draghi will den wirtschaftlichen Abschwung bremsen. Doch gut gemeint ist in diesem Fall schlecht gemacht. Der Meister hat sein Instrumentarium überreizt, sodass es wenig bringt, noch einen draufzusetzen. Andere können derzeit viel mehr bewirken. Die Bundesregierung etwa: Sie sollte die niedrigen Zinsen nutzen, um der Wirtschaftsschwäche mit Investitionen zu begegnen.

Auf Dauer verzerren Nullzinsen das Geschäftsleben

Draghi hat sich am Ende verkalkuliert. Er wollte den Euro-Staaten Zeit für die nötigen wirtschaftspolitischen Reformen und Umbrüche etwa in der Bankbranche geben. Doch die ließen teils auf sich warten, einige Politiker enttäuschten ihn erneut. So hielt er noch am billigen Geld fest, als die Konjunktur das nicht mehr erforderte. Europas Wirtschaft funktionierte wieder ganz gut, doch er drückte geldpolitisch weiter das Gaspedal durch. So schwollen die Gefahren seines Kurses an.

Auf Dauer verzerren Nullzinsen das Geschäftsleben. Und auf Dauer beschwören sie Spekulationsblasen wie vor der Finanzkrise herauf. Und, vielleicht am wichtigsten: Weil Draghi sein Instrumentarium überzogen eingesetzt hat, kann seine Nachfolgerin Christine Lagarde kaum noch handeln. Was ist, wenn Donald Trumps Handelskrieg die Welt wirklich in eine tiefe Rezession stürzt? Dann müsste man die Wirtschaft durch Zinssenkungen ankurbeln. Das geht aber nicht, wenn die Zinsen schon bei null liegen.

Christine Lagarde, die bisherige Chefin des Internationalen Währungsfonds, tritt kein leichtes Erbe an. Sie muss die Geldpolitik vorsichtig normalisieren, während die globale Konjunktur zu schwächeln droht. Falls ihr das gelingt, ist [Mario Draghis](#) Werk vollendet, den Euro zu retten und Europas Wirtschaft wieder in ruhige Bahnen zu führen. Aber nur dann.

13. September 2019

## Kann Draghis Geldspritze die Konjunktur retten?

*Kurz vor dem Ende der Amtszeit von Mario Draghi hat die EZB ihr Anleihekaufprogramm wieder aufgenommen. Den Leitzins beließ sie zudem bei null Prozent. Draghi forderte von den Eurostaaten Investitionen, um die Konjunkturschwäche abzuwenden. Während sich einige Kommentatoren über diese Anreize freuen, verweisen andere auf negative Effekte der lockeren Geldpolitik.*

**DE MORGEN (BE)** / 13. September 2019

### **Jetzt ist die richtige Zeit für Investitionen**

De Morgen freut sich, dass Draghi die Regierungen anspricht, zu investieren:

„Unsere Wirtschaft und unser Energiesektor müssen grüner werden. ... Das erfordert enorme Anstrengungen, und wann sollte man das besser tun können als jetzt, da Staaten für 30 Jahre gratis Geld leihen können? ... Auch unsere öffentliche Infrastruktur schreit nach Modernisierung. Von verrottenden Betonbrücken und Straßen bis zu überalterten Krankenhäusern, Schulen und Sozialwohnungen. ... Die internationale Zusammenarbeit braucht mehr Geld, um die südlichen Volkswirtschaften zu stabilisieren und die chaotische Migration umzuformen zu einer Arbeitsmobilität, die einen Win-Win-Effekt hat. Und mit gezielter Staatsunterstützung kann man den öffentlichen Arbeitnehmern - Pflegepersonal, Lehrern, Polizisten, Soldaten - endlich guten Lohn für ihre Arbeit geben.“

**FINANCIAL TIMES (GB)** / 13. September 2019

### **Schluss mit der deutschen Sparpolitik**

Nach der EZB ist jetzt vor allem die Regierung in Berlin gefordert, die Wirtschaft in Europa anzukurbeln, appelliert die FT:

„Es gab für Europa selten einen besseren Zeitpunkt, um in seine Zukunft zu investieren. Es gibt keine Inflation mehr, dafür überall in Deutschland Haushaltsüberschüsse - bei Bund, Ländern und Gemeinden. Kredite kosten nichts. ... Wenn eine Rezession zu einer tiefen Krise der Eurozone führte, würde Berlin natürlich handeln. Unter diesen Umständen wäre es viel leichter, Maßnahmen politisch zu verkaufen. Doch wir sollten nicht davon ausgehen, dass Deutschland die Feuerwehr schickt, bevor wir es mit einem Großbrand zu tun haben.“

**NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (CH)** / 13. September 2019

### **Gift für die Volkswirtschaften**

Die Geldpolitik der EZB wird dramatische Folgen haben, warnt die Neue Zürcher Zeitung:

„Einmal mehr fühlt man sich beim Blick auf Europas Geldpolitik an Paracelsus erinnert. Der Schweizer Naturphilosoph erkannte schon im 16. Jahrhundert, dass die Dosis entscheidet, ob ein Mittel zum Gift wird. Eine kleine Schmerztablette kann heilsame Wirkung haben, das Schlucken einer ganzen Packung aber zum Tod führen. Bei der Geldpolitik im Euroraum ist es ähnlich. Deren wohltätige Wirkung nimmt zusehends ab, je aggressiver sie eingesetzt wird; es profitieren bald nur noch die Aktienanleger, Hausbesitzer, Schuldner. Die Volkswirtschaft als Ganzes leidet hingegen unter den Nebenfolgen. Die anfänglich heilsame Medizin verkommt zum Gift.“



**WIENER ZEITUNG (AT)** / 13. September 2019

### **Undemokratische Umverteilung**

Zehn Jahre Nullzinspolitik unter Mario Draghi haben die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht, resümiert Christian Ortner in der Wiener Zeitung die Amtszeit des Italieners als EZB-Chef:

„Das Verrückte daran: Diese enorme Umverteilung ist nicht im Geringsten das Ergebnis eines demokratischen Prozesses, sondern einer bürokratischen Entscheidung geschuldet - jener der EZB-Spitzenorgane, die keinem Parlament verantwortlich sind. Es ist schon bemerkenswert: Jede noch so kleine Erhöhung einer Steuer bedarf in der Demokratie selbstverständlich einer Abstimmung im Parlament - über die gewaltige Umverteilungspolitik der EZB hingegen hat keine demokratisch dazu legitimierte Instanz je abgestimmt oder auch nur diskutiert. Sie wurde stattdessen dekretiert. Einfach so, weil die EZB das kann.“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/rechtsradikale-in-frankreich-ausgrenzung-kann-helfen-16381506.html>

RECHTSRADIKALE IN FRANKREICH:

## Ausgrenzung kann helfen

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 13.09.2019-10:16



*Durch strikte Abgrenzung oder gezieltes Umwerben versuchen Frankreichs Rechtsbürgerliche die Le-Pen-Partei klein zu halten – für die Debatte über „bürgerliche“ Bündnisse in Deutschland verspricht das wichtige Erkenntnisse.*

Für die Debatte über „bürgerliche“ Bündnisse zwischen AfD und CDU/CSU verspricht ein Blick nach Frankreich wichtige Erkenntnisse. Die französische Schwesterpartei von CDU/CSU, die seit 2015 den Namen Les Républicains (LR) führt, streitet seit gut zwei Jahrzehnten über den Umgang mit einer starken Kraft am rechten Rand.

Der Einwand, dass die AfD anders als der in seiner Gründungsphase neofaschistisch inspirierte Front National (heute: Rassemblement National) andere Entstehungsmotive hatte, fällt angesichts des europäischen Bündnisses der beiden Parteien in der Fraktion „Identität und Demokratie“ kaum noch ins Gewicht. Unter der Führung Marine Le Pens seit 2011 hat die Partei politische Salonfähigkeit erreicht und geht strikt gegen antisemitische und rechtsradikale Mitglieder vor.

Der Fall des Franzosen Guillaume Pradoura, der inzwischen als parlamentarischer Mitarbeiter des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krahn arbeitet, ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Pradoura war wegen einer antisemitischen Entgleisung als parlamentarischer Mitarbeiter des RN-Europaabgeordneten Nicolas Bay entlassen und aus seiner Partei ausgeschlossen worden, bevor er von der AfD rehabilitiert wurde.

### „Wir dürfen uns nicht kompromittieren“

Die bürgerliche Rechte in Frankreich hat seit dem Aufstieg des Front National (FN) zu einer ernstzunehmenden Kraft auf lokaler, regionaler und schließlich nationaler Ebene unterschiedliche Phasen durchlaufen: strikte Abgrenzung, Eindämmung, Themenaneignung, das Umwerben der Wähler und zuletzt den Versuch, die Partei rechts zu überholen. Rückblickend lässt sich feststellen, dass allein die vom damaligen Präsidenten Jacques Chirac verteidigte Strategie der strikten Abgrenzung die Attraktivität seiner Partei für die bürgerliche Wählerschaft sicherte. Anders als in Deutschland stand in Frankreich in der Sprachwahl dabei nicht die Bürgerlichkeit, sondern die Republik („la République“) für den Wunsch, den Wertekanon der offenen Gesellschaft zu verteidigen.

Gegen den FN, der mit seinem Ruf nach einer „nationalen Präferenz“ diese Werte auszuhöhlen drohte, wurde ein „Front républicain“ gebildet. Das war schon zur Jahrtausendwende nicht selbstverständlich.

Bei den Regionalwahlen 1998 hatten sich in gleich fünf Regionen Parteifreunde des früheren Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing mit Stimmen des FN an der Macht gehalten.

Jean-Marie Le Pen wollte damals testen, wie ernst es der bürgerlichen Rechten mit ihrer Zurückweisungsstrategie war. In der konservativen Zeitung „Le Figaro“ warb Jean d'Ormesson dafür, den Machterhalt der Rechten zu sichern, „indem wir den FN aus dem politischen Getto holen“. Chirac als starke Führungspersönlichkeit wies seine Parteifreunde zurecht: „Wir dürfen uns nicht kompromittieren.“ Die frühe Positionierung gestattete es ihm 2002, als Kandidat der „republikanischen Front“ mit mehr als achtzig Prozent der Stimmen gegen Le Pen wiedergewählt zu werden.

### **Annäherung oder Abgrenzung?**

Auch Nicolas Sarkozy hielt am Dogma seines Vorgängers fest, keine Kooperationen mit der Partei Le Pens einzugehen. Aber im Wahlkampf 2007 besetzte er erfolgreich Themen wie Angst vor Überfremdung und unkontrollierten Einwanderungsströmen, vor Kriminalität und wachsender Unsicherheit, die bis dahin zu Le Pens Repertoire gezählt hatten. Der Einfluss von Sarkozys Berater Patrick Buisson, der zuvor jahrelang Le Pen zugearbeitet hatte, war dabei beträchtlich.

Auf Buissons Anregung geht beispielsweise die Idee eines Ministeriums für „Einwanderung, Integration und nationale Identität“ zurück, das die Kehrtwende in der Migrationspolitik symbolisieren sollte. Nach drei Jahren wurde das Ministerium für „nationale Identität“ mangels nachweisbarer Ergebnisse wieder aufgelöst und die Zuständigkeit für die Einwanderungspolitik von neuem beim Innenminister verortet.

Die Wahlkampfstrategie des „Themenklaus“ beim FN, mit der Sarkozy die Partei an den Urnen so erfolgreich auf zehn Prozent gedrückt hatte, erwies sich als kurzlebig. 2012 erschien Sarkozy trotz eines offensichtlichen Rechtsrucks, der auch zur Ausladung der Bundeskanzlerin als Wahlkampfhelferin führte, nur noch wie eine billige Kopie. Die Wähler stärkten lieber das Original, das mit der neuen Parteichefin Marine Le Pen zudem ein gefälligeres Gesicht bot.

In den Vorwahlen 2016 warb allein Alain Juppé für eine Rückkehr zu Chiracs klarer Abgrenzungsstrategie. Das machte ihn zur Zielscheibe einer Kampagne, in der er als naiver Verfechter einer „glücklichen Identität“ in einer Multikulti-Gesellschaft, als Verteidiger unkontrollierter Einwanderungsströme oder gar als „Ali“ Juppé angeprangert wurde.

### **„Es gab noch nie so viele Einwanderer“**

Die Mehrheit der rechtsbürgerlichen Vorwähler zog in der entscheidenden Stichwahl François Fillon vor, der sich mit einer Streitschrift „gegen den islamischen Totalitarismus“ empfohlen hatte. Fillons Wahlkampf scheiterte nicht nur an Korruptionsvorwürfen, sondern auch an seinem Glauben, dass ihm die Rückbesinnung auf den reaktionären Kern der Partei Wähler vom rechten Rand zutreiben würde.

Die Strategie scheiterte, auch wenn Fillon nach seiner Niederlage an die „republikanische Front“ erinnerte und seine Wähler aufrief, für Emmanuel Macron zu stimmen, um Marine Le Pen zu verhindern. Laurent Wauquiez verweigerte sich dieser Wahlempfehlung. Als Parteichef löste er die sprachliche Abgrenzung zu Le Pens Vokabular auf und warb für eine Wende, „damit Frankreich Frankreich bleibt“.

„Es gab noch nie so viele Einwanderer“, beklagte er. Bei den Europawahlen schickte Wauquiez den Philosophielehrer François-Xavier Bellamy ins Rennen, der als Gegner von Abtreibungen und Homoehe in der Wertedebatte reaktionärer auftrat als Le Pen. Damit gewann die Partei keinen Le-Pen-

Wähler zurück, trieb aber die rechtsbürgerlichen Wähler massiv der Präsidentenpartei Macrons in die Arme.

Bei den Europawahlen im Mai schrumpfte LR unter die symbolische Zehn-Prozent-Grenze auf knapp 8,5 Prozent der Wählerstimmen. Wauquiez trat vom Parteivorsitz zurück, ein Nachfolger soll Mitte Oktober bestimmt werden. Sarkozy formulierte es sarkastisch: Fillon habe das Grab seiner Partei geschaufelt, Wauquiez nagele den Sarg zu.

157,37

[https://www.lemonde.fr/economie/article/2019/09/13/mario-draghi-general-desabuse-par-un-combat-sans-gloire-et-sans-fin\\_5509877\\_3234.html](https://www.lemonde.fr/economie/article/2019/09/13/mario-draghi-general-desabuse-par-un-combat-sans-gloire-et-sans-fin_5509877_3234.html)

## « Mario Draghi, général désabusé par un combat sans gloire et sans fin »

*Dans un contexte d'économie languissante, la Banque centrale européenne a annoncé de nouvelles mesures généreuses, mais aux effets pervers à long terme, dont il sera difficile de sortir tant que l'inflation ne reviendra pas, note Philippe Escande, éditorialiste économique au « Monde ».*

Publié aujourd'hui à 11h01, mis à jour à 13h33 Temps de Lecture 2 min.



Le président de la Banque centrale européenne (BCE), Mario Draghi, à Francfort (ouest de l'Allemagne), le 12 septembre. Ralph Orlowski/REUTERS

**Pertes et profits.** Avec son air de chien battu, Mario Draghi semble revenir sans cesse épuisé du champ de bataille, général désabusé par un combat sans gloire et sans fin. Il a sauvé la zone euro en 2012 en noyant son économie sous les liquidités, comme avaient fait ses collègues américains de la Fed, la banque centrale américaine, quelques années plus tôt. Mais il faut en permanence retourner au front.

Face à une économie européenne languissante, il a annoncé, jeudi 12 septembre, de nouvelles mesures généreuses pour doper l'activité des pays membres : des taux d'intérêt encore plus négatifs, une reprise des rachats par la BCE des titres de dettes (obligations) des Etats, voire des entreprises. Avec dans l'idée que ce crédit quasi gratuit poussera les entreprises à investir plus et les Etats à stimuler la consommation, les deux principaux moteurs de la croissance économique. Pourtant, rien n'y fait. Avec le ralentissement mondial des échanges, l'ambiance de guerre économique avec la Chine et l'épée de Damoclès du Brexit, la reprise n'est pas au rendez-vous. L'Allemagne, fer de lance de la zone euro, pourrait prochainement entrer en récession.

Or cette politique d'argent facile de la banque centrale, pour généreuse qu'elle soit, affiche de plus en plus d'effets pervers. D'une part, elle met à genoux les intermédiaires financiers que sont les banques et les assureurs-vie, dont la marge et les capacités d'investissement sont étroitement liées aux taux d'intérêt. D'autre part, cette facilité d'emprunt pousse à la formation de bulles d'endettement.

## Risques pour les citoyens européens

La plus évidente, et la plus dangereuse, est l'immobilier et ses prix stratosphériques dans les grandes capitales. Dangereuse par sa capacité à se transmettre aux banques, comme on l'a vu en 2008. Enfin, en incitant les Etats à gagner de l'argent en s'endettant, ce qui est le cas de la France actuellement, on ne les pousse pas vraiment à la vertu. Ce qui rend presque impossible une sortie de ce régime pour une bonne partie des pays européens, Grèce et Italie en tête.

La recette ne marche donc plus très bien et fait courir des risques de long terme à tous les citoyens européens. Pourquoi, alors, la poursuivre ? Parce que le seul moyen de débrancher la perfusion de

morphine serait de retrouver suffisamment d'inflation pour relancer la machine économique et réduire progressivement les dettes accumulées, ce qui permettrait à la BCE de remonter ses taux. Pour cela, il faudrait que les salaires, puis les prix, repartent à la hausse, ce qui bizarrement n'est pas le cas, en dépit des tensions sur l'emploi.

C'est le grand mystère des temps modernes. Le chômage est au plus bas, mais les salariés ne sont plus en position de force pour négocier (cas des Etats-Unis) et les prix ne peuvent augmenter faute d'innovation et face à la pression concurrentielle (cas de l'Europe). C'est pourquoi Mario repart inlassablement au combat.

KRITIK AN DER EZB:

## „Über das Ziel hinausgeschossen“

- VON INKEN SCHÖNAUER AKTUALISIERT AM 13.09.2019



*Nach dem großen Lockerungspaket der Europäischen Zentralbank melden sich prominente Kritiker zu Wort – auch solche, die wie Bundesbankpräsident Weidmann dem geldpolitischen Rat der EZB angehören.*

Die Beschlüsse rund um das jüngste Zins- und Anleihepaket der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden offenbar gegen große Widerstände gefasst. Bundesbankpräsident Jens Weidmann sagte in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung: „Die Konjunktur hat sich abgekühlt – vor allem in Deutschland, aber auch sonst im Euroraum.“ Der EZB-Rat habe nun ein sehr umfangreiches Paket beschlossen, um die Geldpolitik abermals zu lockern. „Aus meiner Sicht ist er damit aber über das Ziel hinausgeschossen.“ Nach dieser Entscheidung sei klar, dass die Zinsen uns noch eine geraume Zeit erhalten blieben.

Ungewöhnlich deutlich kritisierte Klaas Knot, der Präsident der Niederländischen Nationalbank, die Entscheidungen. „Dieses breite Maßnahmenpaket, insbesondere die Wiederaufnahme des Anleiheankaufprogramms steht in keinem Verhältnis zu den derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen“, kommentierte Knot in einer öffentlichen Stellungnahme. Es gebe weder die Gefahr einer Deflation, noch gebe es Anzeichen für eine Rezession. EZB-Präsident Mario Draghi hatte am Donnerstag zur Begründung des Pakets gesagt. „Wir glauben weiterhin, dass die Wahrscheinlichkeit einer Rezession in der Euro-Zone niedrig ist, aber sie steigt.“

Knot hielt dem nun am Freitag entgegen, dass die Wirtschaft des Euroraums voll ausgelastet sei und die Löhne steigen würden. Die derzeitigen Finanzierungsbedingungen würden weder die Kreditvergabe, noch den Konsum oder die Investitionen behindern. Knot räumte allerdings ein, dass es angesichts der konjunkturellen Schwächephase länger dauern könne bis das Inflationsziel von knapp zwei Prozent erreicht werde. Es sei aber nicht außerhalb der Reichweite.

Kritische Töne gab es auch vom Chef der österreichischen Notenbank, Robert Holzmann. Auf die Frage, ob die Entscheidungen vom Donnerstag ein Fehler gewesen seien, sagte Holzmann der Nachrichtenagentur Bloomberg (was später gegenüber der F.A.Z. bestätigt wurde): „Diese Idee kam einigen Leuten in den Sinn. Sie kam mir definitiv in den Sinn.“ Er äußerte zudem die Hoffnung, dass es Spielraum gebe, über den sich in Zukunft diskutieren lasse. Es sei etwa an der Zeit, dass sich die EZB von den Niedrigzinsen verabschiede. Einige EZB-Räte seien der Meinung gewesen, dass ein noch niedrigerer Einlagenzins der falsche Weg sei. Vor allem die Wiederaufnahme des Anleihe-rückkaufprogramms ist offenbar auf kräftige Widerstände gestoßen.

Unbestätigten Berichten zufolge sollen sich die Notenbankpräsidenten aus Deutschland, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und Estland gegen die Käufe ausgesprochen haben. Offenbar haben sich auch die Direktoren aus Deutschland, Sabine Lautenschläger, und Frankreich, Benoît Cœuré, dem angeschlossen. In den Kreisen der Chefvolkswirte deutscher Banken wird unterdessen, davon ausgegangen, dass das nun beschlossene Paket nicht das Ende aller Maßnahmen gewesen sein könnte. Jörg Krämer von der Commerzbank erwartet, dass der Einlagenzins im kommenden Frühjahr um weitere 10 Basispunkte auf dann minus 0,6 Prozent gesenkt werden könnte.

AFD-CHEF IN THÜRINGEN:

## Höcke bricht Interview ab und droht Redakteur

- AKTUALISIERT AM 15.09.2019-21:37



*Bei einem ZDF-Interview wird der thüringische AfD-Chef Höcke zu seinem Sprachgebrauch befragt. Der ist mit dem Verlauf nicht einverstanden und will das Gespräch neu beginnen – und spricht eine Drohung aus.*

Der thüringische AfD-Chef Björn Höcke hat ein ZDF-Interview abgebrochen, in dem es um seinen Sprachgebrauch und NS-Begriffe ging. „Wir beenden das Interview“, sagte Höcke in dem am Sonntagabend in der Sendung „Berlin Direkt“ ausgestrahlten Interview, das bereits am Mittwoch geführt wurde.

Zuvor waren Höcke im Rahmen des Interviews Aussagen von Parteikollegen gezeigt worden. Diesen hatte der Redakteur Aussagen von Höcke vorgelegt und sie gefragt: „Ist das aus 'Mein Kampf' oder von Herrn Höcke?“ Bei einem Beispiel antwortete der AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier: „Wenn, eher aus 'Mein Kampf' würde ich sagen, aber nicht von Herrn Höcke.“

Dass die eigenen Parteikollegen den Sprachduktus des thüringischen AfD-Chefs nicht von dem Adolf Hitlers unterscheiden können, schien Höcke nicht zu überzeugen. Er sagte in dem Interview: „Ich glaube nicht, dass es eine allgemein gültige Definition dessen gibt, was eine NS-Diktion, was NS-Sprache ist.“ Kritiker, die ihm eine sprachliche Nähe zum Nationalsozialismus vorwerfen, seien „Stellenmarkierer“. Diese wollten „kontaminieren, was angeblich nicht mehr sagbar ist“, fügte Höcke hinzu.

**„Ich kann Ihnen sagen, dass das massive Konsequenzen hat“**

Höckes Sprecher stellte wegen der unliebsamen Fragen die Forderung, das Interview zu wiederholen – wohl mit dem Ziel, bereits getätigte Aussagen wieder zurückzuziehen: „Ich würde sagen, das sollten wir einfach wiederholen. Das geht so nicht. Das geht so nicht. Sie haben jetzt Herrn Höcke mit Fragen konfrontiert, die ihn stark emotionalisiert haben. Diese Emotionen, glaube ich, sollte man so nicht im Fernsehen bringen.“ Höcke war nach eigenen Aussagen davon ausgegangen, dass es in erster Linie um den Landtagswahlkampf gehen würde. Das ZDF betont, dass es laut Absprache nicht um Thüringen, sondern die bundespolitische Bedeutung Höckes gehen sollte.

Eine Wiederholung des Interviews lehnte der zuständige Redakteur jedenfalls ab. In diesem Zusammenhang sprach Höcke eine unmissverständliche Drohung aus: „Passen Sie auf, dann haben wir ein manifestes Problem und dann wird das entsprechende Konsequenzen haben. Ich kann Ihnen sagen, dass das massive Konsequenzen hat.“



Für die Zukunft könne sich Höcke nach eigener Aussage vorstellen, eine „interessante persönliche, politische Person in diesem Land“ zu werden. „Könnte doch sein.“ Für diesen Fall hat er eine weitere Drohung für den ZDF-Redakteur parat: „Dann ist klar, dass es mit mir kein Interview mehr für Sie geben wird.“

Das Interview wurde am vergangenen Mittwoch in Erfurt geführt. Das ZDF hat das komplette Interview und den Wortlaut online gestellt.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands, Frank Überall, reagiert in einer Pressemitteilung mit klaren Worten auf den Eklat. „Björn Höcke hat ein weiteres dunkles Kapitel des gestörten Umgangs der AfD mit der Pressefreiheit im allgemeinen und kritischen Journalistinnen und Journalisten im besonderen aufgeschlagen.“ Es sei völlig richtig gewesen, dass sich der ZDF-Kollege nicht darauf eingelassen habe, das Interview in Höckes Sinn weichzuspülen. „Der Abbruch des Gesprächs durch den Interviewten zeigt, dass er auf kritische Fragen keine intelligenten Antworten hat.“ Überall schlussfolgert: „Herr Höcke hat die Schwelle von der Demokratie zu faschistischen Fantasien überschritten.“

Quelle: pasc./afp/dpa

KLIMADEBATTE:

## Muss die Demokratie durch eine Ökodiktatur ersetzt werden?

- VON PETER GRAF KIELMANSEGG
- -AKTUALISIERT AM 16.09.2019-06:32



*Die Demokratien haben die Herausforderungen der ökologischen Krise in den vergangenen Jahrzehnten verkannt. Dabei hat gerade in dieser Zeit die Furcht vor Klimakatastrophen apokalyptische Qualität angenommen. Ein Gastbeitrag.*

Für Apokalypsen waren einmal die Religionen zuständig. Sie sagten das Weltende voraus, beschrieben seine Schrecken und verkündeten die Heilszusagen, die mit dem Weltende auch verbunden zu sein pflegten. Es konnte nicht anders sein. Denn das Weltende konnte nur als göttliche, als kosmische Fügung gedacht werden, nicht als menschengemacht. Politik wurde im dunklen Schatten, den das Weltende vorauswarf, bedeutungslos.

Die Möglichkeit einer menschengemachten Apokalypse trat mit der Erfindung der Atombombe in die Menschheitsgeschichte ein. Denn mit der Atombombe erwarb der Mensch die Fähigkeit, alles Leben auf dieser Erde auszulöschen. Er wurde Herr der Apokalypse. Zynisch ließe sich sagen: Mit seiner apokalyptischen Fähigkeit hat der neuzeitliche Mensch das Ziel, zu dem er vor ein paar Jahrhunderten aufbrach, das Ziel, sich die Welt ganz und gar untertan zu machen, auf schauerliche Weise erreicht.

Die vier Jahrzehnte des Kalten Krieges hindurch hat die Menschheit ziemlich nahe am atomaren Abgrund gelebt. Zwei nuklear hochgerüstete Blöcke standen einander gegenüber – Gegner nicht nur im Sinn traditioneller Großmachtrivalität, sondern Feinde bis tief in die Wurzeln ihres Selbstverständnisses. Jeder kriegerische Zusammenstoß zwischen ihnen konnte in die finale Katastrophe führen. Aber die Menschheit hat den Kalten Krieg überlebt. Und es war, so darf man im Nachhinein erstaunt sagen, sogar verhältnismäßig einfach, die apokalyptische Drohung unter Kontrolle zu halten.

Die Entscheidungen lagen in der Hand einiger weniger Mächtiger, die damit freilich auch wussten, dass sie die Verantwortung trugen. Sie mussten wechselseitig, gestützt auf ein Minimum an Kommunikation und die Verlässlichkeit der technischen Apparaturen, in einem elementaren Sinn auf eine dem eigenen Überleben verpflichtende Rationalität der jeweils anderen Seite vertrauen. Unter dieser schlichten Voraussetzung konnte das Gleichgewicht des Schreckens den apokalyptischen Krieg

verhindern und hat ihn tatsächlich verhindert – ein Hitler war glücklicherweise nicht unter den maßgeblichen Akteuren. Nur einmal ist das strategische Schachspiel gefährlich eskaliert, in der Kuba-Krise des Jahres 1962. Und auch da blieb am Ende die Überlebensrationalität der Mächtigen bestimmend.

Die Menschheit hingegen konnte und durfte verdrängen, dass sie im Schatten der atomaren Dauerbedrohung ihrer Existenz lebte. Vermutlich hat sie gut daran getan, über den tiefen Schatten dieser Bedrohung, so gut es ging, hinwegzusehen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Mächtigen und Verantwortlichen klüger mit den existentiellen Risiken der Konfrontation umgegangen wären, wäre verstörende Überlebensangst das bestimmende, allgegenwärtige Lebensgefühl der Epoche gewesen. Da jedenfalls, wo diese Angst gelegentlich durchbrach, wo die Apokalypse öffentlichkeitswirksam beschworen wurde, im Aufstand gegen die Nachrüstung der Nato in den frühen achtziger Jahren in der Bundesrepublik etwa, hat sie die Bedrohlichkeit der Lage nicht gemindert, sondern eher gesteigert.

### **Die Parole der Stunde**

Jetzt, fast vier Jahrzehnte danach, ist eine ganz andere Art von Endzeitstimmung dramatisch über uns hereingebrochen. Zwar hatten die Debatten über die ökologische Krise spätestens seit dem ersten Bericht des Club of Rome (1972) – mit wechselnden Akzenten – immer einen apokalyptischen Unterton. Aber erst mit dem eher späten Thema Klimawandel oder genauer Erderwärmung hat die Furcht vor einer ökologischen Katastrophe apokalyptische Qualität angenommen. Das „Sterben“ der Natur – des Waldes, der Bienen, der Korallen, der Arten überhaupt – ist in aller Munde. „Den Planeten retten“ ist die Parole der Stunde. Und von den Fachleuten hört man auf zugleich bedrohliche und dunkle Weise, das Klima werde „kippen“, wenn das 1,5-Grad-Ziel nicht erreicht werde – was immer das bedeutet. Der Politik wächst in diesem apokalyptischen Szenario eine Schlüsselrolle zu. Sie soll, sie muss „den Planeten retten“.

Das freilich ist eine ganz andere Aufgabe als die Bewahrung des Planeten vor der atomaren Verwüstung. Auf der einen Seite steht, dass es nicht um den Weltuntergang geht. Es geht darum zu verhindern, dass die Bedingungen des Fortlebens der Menschheit sich einschneidend verschlechtern. Auch darum, irreversible Naturzerstörungen zu verhindern. Wer da von der „Rettung des Planeten“ spricht, nimmt den Mund etwas zu voll.

Auf der anderen Seite steht, dass die Aufgabe, die fortschreitende Erwärmung der Erde möglichst rasch zu stoppen, eine ganz andere Qualität hat als die Aufgabe, die atomare Selbstvernichtung der Menschheit zu verhüten. Sie ist viel schwieriger zu bewältigen – davon wird noch genauer zu reden sein. Denn wir haben es nicht mit einer Gefahr zu tun, die zur Katastrophe nur wird, wenn einer der wenigen Mächtigen auf den roten Knopf drückt, sondern gerade umgekehrt mit einem schleichend fortschreitenden Prozess der Zerstörung, der sich gleichsam von selbst verwirklicht, wenn wir, wir alle nicht handeln.

Wenn es aber so ist, ist es dann nicht richtig, ja sogar dringend geboten, apokalyptisch zu denken und zu reden? Wie anders soll sich der Druck aufbauen, der die schwerfällige Politik zum Handeln bringt und die Menschen aus den Lebensgewohnheiten herauschreckt, in denen sie gefangen sind? Ist nicht die Drohung mit der Apokalypse die einzige Chance, die wir haben, die letzte, wie uns die Fachleute versichern, um unsere Zivilisation auf den richtigen Weg zu bringen? Greta Thunberg hat in ihrer bemerkenswerten Rede vor dem Weltwirtschaftsforum Davos genau das gesagt: „Ich will, dass ihr Panik spürt ..., dass ihr handelt, als ob das Haus brennt, denn so ist es.“

Die Sogkraft solcher Sätze ist groß. Und das Argument, nur Visionen des äußersten Schreckens könnten etwas bewegen, kann man nicht einfach beiseiteschieben. Aber ist Panik wirklich das Gebot der Stunde? Wie, um dieser zunächst nur rhetorischen Gegenfrage eine klare Richtung und einen

präzisen Sinn zu geben, fügen sich apokalyptisches Denken und Reden und der demokratische Modus der Politik zusammen? Sind sie überhaupt vereinbar?

## **Nachteile einer pluralistischen Gesellschaft**

Apokalyptisches Denken kennt nur ein Thema – die Rettung der Welt. Alles andere ist, wenn es denn überhaupt noch wahrgenommen wird, zweit-, dritt-, viertrangig. Apokalyptisches Denken hat in der Regel einen und nur einen Feind im Visier, denn es kämpft sich besser, wenn man genau weiß, wer sich der Rettung der Welt entgegenstellt. Für apokalyptisches Denken schlägt die Uhr eben jetzt zwölf. Was geschehen muss, muss ohne jeden Verzug geschehen, augenblicklich.

Kein Tag darf mehr verlorengehen. Schließlich: Für apokalyptisches Denken hängt die Legitimität des Handelns immer stärker und am Ende ganz und gar daran, dass es auf das eine und einzige Ziel, das zählt, ausgerichtet ist: die Rettung der Welt. Der alles überragende Rang dieses Zieles verdunkelt den Sinn des komplexen Regelsystems des demokratischen Verfassungsstaates immer mehr, bis es nur noch als Hindernis wahrgenommen wird.

Für den politischen Prozess des demokratischen Verfassungsstaates gilt in ziemlich allen Punkten das Gegenteil. Er ist regelgebunden und offen. Regelgebunden heißt: Demokratische Legitimität resultiert aus demokratischer Legalität. Ihre Verfahren sind die Quintessenz der verfassungsstaatlichen Demokratie. Alle Ziele politischen Handelns müssen sich dem Diskurs im geregelten Verfahren stellen. Offen heißt: Der Prozess ist offen für die Beteiligung, für die Intervention aller Bürger.

Das aber bedeutet, dass er es immer mit einer Vielzahl von Themen, einer Vielzahl von Interessen, einer Vielzahl von Weltwahrnehmungen und damit notwendig einer Vielzahl von Konfliktlagen zu tun hat. Deshalb können politische Probleme nicht anders als in Verhandlungen bearbeitet werden. Verhandlungen aber enden in der Regel mit Kompromissen. Überhaupt haben Offenheit und Regelgebundenheit, hat die Komplexität demokratischer Politik ihren Preis: Sie bewegt sich im Allgemeinen nur in kleinen Schritten, ist störungsanfällig und eher gegenwartsfixiert als zukunftsorientiert.

Wie soll man umgehen mit der Spannung zwischen der Unbedingtheit, der Unerbittlichkeit der apokalyptisch begründeten Forderungen an die Politik und der Schwerfälligkeit des demokratischen politischen Prozesses? Die Antwort kann nur lauten: Es muss gelingen, die Herausforderung der Klimakrise so ernst zu nehmen, wie sie ist, ohne sie ins Apokalyptische zu übersteigern. Der demokratische Verfassungsstaat muss zeigen, dass er sich aus dem politischen Alltagsrott zu lösen und im Gewirr der auf ihn eindringenden, einander widersprechenden Einwirkungen die von der Lage gebotenen Prioritäten zu setzen vermag, ohne in den Sog apokalyptischer Panik zu geraten.

Denn gerade in der Krise muss sich Handlungsentschlossenheit auf ein Maximum an Klarheit der Diagnose und ein Maximum an ruhiger Überlegung bei der Suche nach der richtigen Antwort gründen. Der auf die drohende Katastrophe fixierte Tunnelblick der Panik lässt dafür keinen Raum. Die Metapher von der sinkenden „Titanic“ – „We want panic on the Titanic“ – wendet sich denn auch eher gegen die, die sich ihrer bedienen. Panik ist genau das, was auf einem sinkenden Schiff vermieden werden muss, wenn möglichst viele Menschen gerettet werden sollen.

Die Zeichen politischer Panik sind in den vergangenen Monaten auf der Titanic bereits deutlich sichtbar geworden. In hektischer Folge glaubte die Politik, Tag für Tag mit neuen Vorschlägen zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen aufwarten zu müssen. Von ruhiger Überlegung, sorgfältigem Abwägen, strategischem Denken, das die Übersicht über die komplexen Zusammenhänge bewahrt, war wenig zu spüren. Als hätten wir noch keine Erfahrungen mit der Problematik folgenreicher Entscheidungen gemacht, mit denen einfach nur auf die Gefühlslage eines bestimmten Augenblicks reagiert wurde.

## **Kein Platz für Irrationalität**

Dass der panische Ausstieg aus der Kernenergie nach Fukushima und den Ausstieg aus der Kohle, der jetzt, wenige Jahre später, als absolut vordringlich erscheint, nicht gerade erleichtert, darf man inzwischen jedenfalls wieder sagen, auch wenn da nichts mehr gutzumachen ist. Und ob es klug war, dass alle in Betracht kommenden Bundesländer der Speicherung von CO<sub>2</sub> eilig rechtliche Riegel vorgeschoben haben, darf man auch bezweifeln. Die wissenschaftliche Krisendiagnose mag so eindeutig sein, wie sie es in diesem Fall ist: Politik muss immer zwischen verschiedenen Handlungsoptionen wählen und hat dabei immer mehr als nur einen Gesichtspunkt zu berücksichtigen. Je kritischer die Lage ist, desto weniger kann sie sich dabei Irrationalitäten leisten.

Die These, apokalyptisches Denken und Reden ließen für den demokratischen Modus der Politik keinen Raum, mag überzeugen. Eine Antwort auf die entscheidende Frage ist damit noch nicht gegeben. Jedenfalls für den, der ernst nimmt, was uns die Wissenschaft über die Bedrohungen, die von der Erderwärmung ausgehen, und über das Zeitfenster, das für unser Handeln noch offen steht, sagt – und wer bei Verstand ist, muss es ernst nehmen –, lautet diese Frage in ihrer elementarsten Fassung ganz einfach: Schafft die Demokratie es? Die Aufgabe heißt – und an diesem Punkt ist ein großes Wort unvermeidlich: Eine Zivilisation ist umzusteuern, und das unter hohem Zeitdruck. Kann Politik das? Kann Politik, die nach den Regeln der verfassungsstaatlichen Demokratie funktioniert, das?

Dass es Grund zur Skepsis gibt, ist offensichtlich. Auch die Demokratien haben trotz wachsender Sensibilität für Umweltzerstörungen auf die säkulare Herausforderung der ökologischen Krise in den vergangenen Jahrzehnten zu spät, zu langsam, zu unentschlossen reagiert. Auf die notwendige Frage, woran das liege, mit raschen Schuldzuweisungen – „die Politik“ oder „die Wirtschaft“ sind die üblichen Verdächtigen – zu antworten ist wenig hilfreich. Denn die erklären nichts. Sie blockieren nur das Nachdenken. Wer ist das denn – „die Politik“? Sind in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen nicht wir alle politische Akteure? Und wer ist das denn – „die Wirtschaft“? Steuern wir nicht alle als Konsumenten über den Markt die Wirtschaft in erheblichem Maße mit?

## **Die Entscheidung der Bürger**

Ausgangspunkt für die Beantwortung unserer Frage muss die schlichte Einsicht sein: Es sind die Bürger, die letztlich darüber entscheiden, ob Demokratien mit den ihnen verfügbaren politischen Mitteln eine Zivilisationswende herbeiführen können oder ob sie an dieser Aufgabe scheitern. Denn die Handlungsspielräume demokratischer Politik werden in letzter Instanz vom Wähler bestimmt. Das heißt nicht, dass sie den Politikern einfach vorgegeben seien.

Es gehört zu den Schlüsselaufgaben von Politikern in der Demokratie, sich, so gut es geht, die Handlungsspielräume argumentativ zu schaffen, die sie brauchen. Wohl aber heißt es, dass Politiker dabei auf Grenzen stoßen. Und dass diese Grenzen, je nach Art und Maß der Betroffenheit der Wähler, ziemlich eng gezogen sein können. Wie die Wähler über die Notwendigkeit und die Dringlichkeit der zivilisatorischen Wende denken und wie sie sich zu ihr verhalten, ist deshalb für die Handlungsfähigkeit und -bereitschaft der Demokratie in Sachen Erderwärmung entscheidend.

Diese Einsicht relativiert übrigens die Bedeutung der gelegentlich heftig diskutierten Frage, ob es vor allem auf intrinsisch motivierte Veränderungen des Verhaltens eines jeden Einzelnen oder auf politische Regulierungen ankomme. In der Demokratie, die Politik letztlich – im Voraus wie im Nachhinein – an die Zustimmung der Bürger bindet, hängt das eine mit dem anderen auf das engste zusammen. Regulatorisches politisches Handeln setzt die Bereitschaft jedenfalls einer Mehrheit von Wählern voraus, die Konsequenzen dieses Handelns, die sie vorhersehbar treffen werden, hinzunehmen.

Ohne die Erwartung, diese Bereitschaft wenn nicht vorzufinden, so doch herbeiführen zu können, werden gewählte Regierungen mit ihren parlamentarischen Mehrheiten die Handlungsentschlossenheit und die Handlungsstärke nicht aufbringen, derer es bedarf. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Bürger von jedem Versuch der Politik, die ökologisch gebotene zivilisatorische Wende in Gang zu bringen, unausweichlich gerade in den Essentialia ihres alltäglichen Lebens betroffen sind, der Art sich zu ernähren, den Mobilitätsgewohnheiten, den Freizeitpraktiken.

### **Andere sollen handeln**

Selbst wenn es der Politik auf diesen sensiblen Handlungsfeldern an der nötigen Entschlossenheit nicht fehlt, bleibt immer noch die große Frage „Wie handeln?“. Ein freiheitliches Gemeinwesen kann das Netz der Gebote und Verbote nicht beliebig eng knüpfen. Eine Steuerung des Verhaltens über den Markt läuft auf eine Steuerung über Preise hinaus. Preise treffen Reiche und Arme unterschiedlich – das kann eine Demokratie nicht ignorieren. Versucht sie aber, die Steuerung durch Preise sozial abzufedern, läuft sie Gefahr, den Steuerungseffekt, um den es geht, zu stark abzuschwächen.

Die Hoffnung auf intrinsisch motivierte Verhaltensänderungen schließlich stößt auf das, was man in Analogie zum bekannten Free-rider-Effekt (man nutzt ein öffentliches Gut, ohne zu seiner Erstellung beizutragen) den Lonely-rider-Effekt nennen könnte: Man wäre bereit, sich in der Nutzung öffentlicher Güter einzuschränken, aber der eigene Anteil an der Gesamtnutzung ist so infinitesimal klein, dass der isolierte eigene Verzicht als sinnlos erscheint. Alles in allem: eine politische Aufgabe von beängstigenden Dimensionen.

Und wie steht es um die Bereitschaft der Bürger, der Politik die Handlungsspielräume einzuräumen, die sie braucht? Was uns demoskopische Daten, die in den vergangenen Monaten, in jener Zeit also, in der die „Klimakatastrophe“ das Schlüsselthema der öffentlichen Diskussionen war, in eher zufälliger Auswahl durch die Medien wanderten, über das Problembewusstsein der Öffentlichkeit verraten, ist nicht sehr ermutigend.

Zwar machen Mehrheiten sich inzwischen, so jedenfalls ihre Antwort, große Sorgen wegen des Klimawandels, finden auch, dass zu wenig getan werde. Aber wenn es konkret wird, sieht es anders aus. Eine klare Mehrheit spricht sich gegen eine CO<sub>2</sub>-Steuer aus. Nur 27 Prozent sind bereit, höhere Treibstoffpreise zu zahlen, noch weniger höhere Strompreise. Für die wirksamste Maßnahme im Kampf gegen die Erderwärmung hält man den Schutz des Regenwaldes. Das mag richtig sein oder nicht, aber vor allem heißt es: Andere sollen handeln.

Die Verhaltensmuster entsprechen den Einstellungen. Der Flugtourismus – gerade einer von 100 deutschen Flugreisenden zahlt Kompensationen – boomt ebenso ungebrochen wie der Kreuzfahrttourismus. Spritfressende Geländewagen verkaufen sich besser denn je. Der Versandhandel braucht ganze Lastwagenflotten, um die Besteller zu bedienen. Grillpartys sind das sommerliche Freizeitvergnügen schlechthin. Überhaupt kann offensichtlich kein noch so begründeter ökologischer Appell der Lust auf Fleisch etwas anhaben.

### **Eine Stimme für die Grünen**

Die wachsende Sensibilität, mit der ökologische Katastrophenwarnungen auf- und in abstrakter Weise wohl auch ernst genommen werden, und das ungerührte Festhalten an der vertrauten Wohlstandslebensweise sind, scheint es, eine Verbindung eingegangen, mit der sich, so eigentümlich sie ist, ganz bequem leben lässt. Man entzieht sich der Spannung, die in dieser Verbindung angelegt ist, indem man die Verantwortung für alles Handeln auf die Politik abschiebt, eine Politik, mit der man selbst nichts zu tun hat; allenfalls ist mit einer Stimme für die Grünen das Nötige getan. Weithin scheint man sich, fürs Erste jedenfalls, in dem Glauben einzurichten, man könne sich in Sachen Klimawandel den Pelz waschen lassen, ohne dabei nass zu werden.

Die Daten, die über die Deutschen Auskunft geben, lassen sich nicht ohne weiteres verallgemeinern. Aber Deutschland gehört, was die Klimakrise angeht, sicher zu den am stärksten sensibilisierten Ländern. Das Gesamtbild dürfte eher düsterer sein. Zu ihm gehört vor allem auch, dass in zwei der Schlüsselstaaten, in den Vereinigten Staaten und in Brasilien, in freien Wahlen gewählte Staatschefs amtieren, die leugnen, was offensichtlich ist, um den ökonomischen Tagesinteressen Vorrang vor ihrer Verantwortung für die Zukunft geben zu können.

Tatsächlich ist die Frage, ob die handlungsschwache, gegenwartsfixierte Demokratie nicht durch eine allein der Weltrettung verpflichtete Diktatur, eine „Ökodiktatur“, ersetzt werden müsse, immer wieder einmal aufgeworfen worden. Hans Jonas etwa hat sie 1979 in seinem Buch „Das Prinzip Verantwortung“ gestellt. Zu Ende gedacht worden ist dieser Gedanke freilich nie – aus guten Gründen. Wie soll man sich angesichts der unauflöslich dichten Verflechtung aller Politikbereiche miteinander eine auf das ökologische Segment beschränkte Diktatur vorstellen? Und wie soll Machtmissbrauch verhindert werden, wenn die diktatorische Macht nicht sektoral beschränkt wird? Welche Erfahrung spricht eigentlich dafür, dass Diktatoren ihre Handlungsmacht verantwortungsbewusster, zukunftsorientierter nutzen würden als Politiker der Demokratie?

### **Hinter der demokratischen Schwäche liegen oft auch Stärken**

So viel Grund zur Skepsis auch gegeben sein mag, wir haben keine andere Chance als die, die die Demokratie uns eröffnet. Für die Demokratie spricht vor allem, dass eine zivilisatorische Wende nicht als Oktroi, sondern nur mit dem Einsatz vieler gelingen kann. Sie ist zwar auf die Einsicht der vielen angewiesen; darauf, dass die vielen begreifen: Sie sind mitverantwortlich dafür, dass die Menschheit eine säkulare Bewährungsprobe besteht. Aber wo ist die Hoffnung, dass sich diese Einsicht rechtzeitig durchsetzt, größer als in offenen Gesellschaften? Hinter den Schwächen der Demokratie liegen oft auch Stärken. In den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts haben ihre Gegner das zu ihrer Überraschung erfahren.

Ob Demokratien eine Zivilisationswende herbeiführen können, ist freilich nicht die einzige Frage, vor die uns die ökologische Krise stellt. Diese Krise ist eine Weltkrise. Da globale Autoritäten mit hinreichender Durchsetzungsmacht fehlen, kann sie nur von der Staatengemeinschaft in gemeinsamer Anstrengung bewältigt werden. Das mag am Ende die noch größere Herausforderung sein.

Der Zweifel, ob die Staatengemeinschaft sich zu einer solchen Anstrengung fähig erweisen wird, ist mindestens so berechtigt wie der, ob die Demokratie „es schafft“. Gewiss: Die ersten Schritte eines Lernprozesses sind getan. Die Einsicht, dass nicht jeder Staat die Weltallmende Atmosphäre nach eigenem Gutdünken beliebig belasten kann, ohne dass die Folgen irgendwann auch ihn selbst treffen, dämmert. Aber ob die Staaten schnell genug lernen, steht dahin. Die Versuchung, die Weltallmende nach den Bedürfnissen des Hier und Heute auszubeuten, ist unverändert groß. In Trumps umweltfeindlicher Politik wie in Bolsonaros zynischem „Der Amazonas gehört uns“ zeigt sich drastisch, wie stark der Staatenegoismus immer noch ist. Der Ausgang ist offen.

Kurz vor dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro im Jahr 1992 trat der Biologe Hubert Markl, bis 1991 DFG-Präsident und ab 1996 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, in dieser Zeitung mit einer dramatischen Beschreibung des Zustandes unserer Erde und einem leidenschaftlichen Plädoyer für eine „Vernunft der Krise“ an die Öffentlichkeit. Für Markl freilich war die immer noch beängstigend fortschreitende Vermehrung der Menschheit das eigentliche Zentrum der Umweltkrise. Ob es gelingen werde, diese Vermehrung rasch zu verlangsamen und bald zu stoppen, daran hing für ihn die Zukunft.

Es mag durchaus sein, dieser Gedanke geht dem heutigen Leser des Markl'schen Appells durch den Kopf, dass der Tunnelblick auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen uns Entscheidendes aus den Augen verlieren lässt. Aber wie immer es sich damit verhält, das Stichwort, auf das es hier ankommt, heißt „Vernunft der Krise“. Die Vernunft der Krise hat nichts Panisches. Sie ist Vernunft, Vernunft, die den Ernst der

Stunde begriffen hat und sich, immer lernbereit, der Herausforderung mit äußerster Konzentration und allen ihr eigenen Kräften stellt.

Der Verfasser ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim.

Christiane Baumgartner, Deutscher Wald, 2007, Holzschnitt auf Kozo-Papier © Courtesy Christiane Baumgartner and Alan Cristea Gallery, London / VG Bild-Kunst, Bonn 2019

Quelle: F.A.Z.



15. September 2019, 15:14 Uhr

**Musik:**

## Lautstark gegen Rechts - Grönemeyer löst Debatte aus



Herbert Grönemeyer macht sich stark gegen Rechts. Foto: Carsten Rehder (Foto: dpa)

Berlin (dpa) - Außenminister Heiko Maas hat sich in eine politische Debatte um Herbert Grönemeyer eingeschaltet. Er stärkte dem [Musiker](#) nach einem umstrittenen Konzertvideo den Rücken für sein Engagement.

"Es liegt an uns, für eine freie Gesellschaft einzutreten und die Demokratie gemeinsam zu verteidigen", schrieb der SPD-Politiker am Sonntag auf Twitter. "Danke an Herbert #Groenemeyer und allen anderen, die das jeden Tag tun."

Dazu stellte Maas das Video eines Konzerts, das vergangene Woche bei einem Auftritt in Wien entstanden sein soll. Darin ruft Grönemeyer dazu auf, "keinen Millimeter nach rechts" zu rücken. Der 63-Jährige hat sich bereits oft so geäußert. Diesmal bekam er aber Kritik wegen des Stils und seines Tonfalls. Bei Twitter gab es am Wochenende Stimmen unter anderem von AfD-Politikern, die Grönemeyers teilweise herausgebrüllten Aufruf mit Nazi-Propaganda verglichen. Einige Kommentare störten sich auch daran, dass der Musiker das Wort "diktieren" nutzte.

Grönemeyer sagt in dem Konzertvideo etwa, auch wenn Politiker schwächelten, und das sei in Österreich nicht anders als in [Deutschland](#), "dann liegt es an uns zu diktieren, wie 'ne Gesellschaft auszusehen hat. Und wer versucht, so 'ne Situation der Unsicherheit zu nutzen für rechtes Geschwafel, für Ausgrenzung, Rassismus und Hetze, der ist fehl am Platze (...)."

Kritik an dem Auftritt kam nicht nur aus dem rechten Lager. Der Autor und Dramaturg Bernd Stegemann, Unterstützer der linken Sammlungsbewegung "Aufstehen", schrieb auf Twitter: "Der Tonfall, mit dem Grönemeyer sein Publikum politisch anheizt, macht mir ein wenig Angst. Ich sags ungern, aber er klingt wie ein Redner vor 1945."

Verteidigt wurde der Musiker etwa vom Kabarettisten Florian Schroeder. Als Besucher des Berliner Grönemeyer-Konzerts könne er bestätigen und beruhigen: Grönemeyer brülle alle seine Moderationen so wie diese. "Grönemeyers Aufruf mit einer Sportpalast-Rede zu vergleichen, ist infam und vor allem dumm", schrieb Schroeder auf Twitter. Entscheidend sei der Inhalt einer Rede, nicht der Ton. "Wer den Ton, die Form, vom Gesagten trennt oder darüber stellt, betreibt gerade das Geschäft der Faschisten."

Der Satiriker Shahak Shapira schrieb: "Vergleichen Leute jetzt Grönemeyer mit Goebbels, nur weil er eine Rede in ähnlicher Lautstärke gehalten hat? Mein Föhn ist ungefähr so laut wie eine Kettensäge und ich bekomme trotzdem unterschiedliche Ergebnisse, wenn ich sie mir an den Kopf halte."

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, twitterte: "Das ist die furchterregendste, übelste, totalitärste Hassrede, die ich je gehört habe." Das sei Ton und Furor "des neuen Terrors von links", schrieb sie. "Wer das unterstützt, ist - wie Heiko Maas - ein Fall für den Verfassungsschutz."

Deutschpop-Star Grönemeyer ("Männer", "Mensch") gehört zu den Musikern in Deutschland, die sich immer wieder politisch äußern. Im Juli trat er bei einem Festival in Chemnitz auf. Dort hatte er gesagt: "Das Land ist unser Land. Wir halten es fest und stabil und lassen es nicht nach rechts ausschwenken."

Dass Maas sich mit Musikern gegen Rechts solidarisch zeigt, ist nicht neu: So lobte er 2016 neben Campino von den Toten Hosen und dem Rapper Marteria die linke Punkrockband Feine Sahne Fischfilet für ihr Engagement. Das brachte dem SPD-Politiker auch Ärger ein.

Grönemeyer äußerte sich auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur zunächst nicht. Maas' Bundestagsbüro schrieb, es werde am Sonntag keine weitere Stellungnahme geben.

<https://www.watson.de/deutschland/musik/870824065-herbert-groenemeyer-sorgt-mit-statement-gegen-rechts-fuer-wirbel>

## "Keinen Millimeter nach rechts": Grönemeyer sorgt mit Statement für Wirbel

Herbert Grönemeyer ist ein Mann der klaren Worte. Auf einem Konzert sorgte der 63-Jährige am Donnerstag in Wien nun mit einem Statement für Aufsehen. Die 14.000 Konzertbesucher warnte er vor einem Rechtsruck.

***"Keinen Millimeter nach rechts! Keinen einzigen Millimeter nach rechts! Und das ist so. Und das bleibt so."***

Zuvor machte er auf die politische Entwicklung in [Deutschland](#) und [Österreich](#) aufmerksam:

"Ich kannte das nur vom Hörensagen, in Zeiten zu leben, die so zerbrechlich, so brüchig und so dünnes Eis sind. Und ich glaube, es muss uns klar sein, auch wenn Politiker schwächeln, das ist, glaube ich, in Österreich nicht anders als in Deutschland, dann liegt es an uns."

"Dann liegt es an uns, zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat. Und wer versucht, so eine Situation der Unsicherheit zu nutzen, wer rechtes Geschwafel für Ausgrenzung, [Rassismus](#) und Hetze, der ist fehl am Platze! Diese Gesellschaft ist offen und humanistisch."

### *Kritik auf Social Media*

Besonders auf [Twitter](#) sorgt der Aufruf für Wirbel. Während die einen den Musiker für sein deutliches Statement feiern, kritisieren andere Tonfall und Wortwahl des Sängers. Besonders der Satz "Dann liegt es an uns, zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat", stößt einigen bitter auf.

### *Heiko Maas bedankt sich bei Grönemeyer*

Unterstützung kommt von der [SPD](#). Außenminister Heiko Maas bedankte sich bei Grönemeyer. "Es liegt an uns, für eine freie Gesellschaft einzutreten und die Demokratie gemeinsam zu verteidigen", schreibt er auf Twitter.



### [Heiko Maas](#)

Es liegt an uns, für eine freie Gesellschaft einzutreten und die Demokratie gemeinsam zu verteidigen. Danke an Herbert [#Groenemeyer](#) und allen anderen, die das jeden Tag tun.

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/herbert-groenemeyer-goebbels-vergleiche-nach-rede-gegen-rechts-16386130.html>

KONZERT IN WIEN:

## Maas unterstützt Grönemeyer nach Rede gegen rechts

- AKTUALISIERT AM 15.09.2019-18:07



*Grönemeyer hat sich schon oft gegen den Rechtsruck ausgesprochen – nun auch bei einem Konzert in Wien. Auf Twitter regt sich Kritik: Die Rede erinnere an totalitäre Sprache von früher, beklagt etwa eine AfD-Politikerin.*

Außenminister Heiko Maas hat sich in eine politische Debatte um [Herbert Grönemeyer](#) eingeschaltet. Er stärkte dem Musiker nach einem umstrittenen Konzertvideo den Rücken für sein Engagement. „Es liegt an uns, für eine freie Gesellschaft einzutreten und die Demokratie gemeinsam zu verteidigen“, schrieb der SPD-Politiker am Sonntag auf Twitter. „Danke an Herbert #Groenemeyer und allen anderen, die das jeden Tag tun.“

Dazu stellte Maas das Video eines Konzerts, das vergangene Woche bei einem Auftritt in Wien entstanden sein soll. Darin ruft Grönemeyer dazu auf, „keinen Millimeter nach rechts“ zu rücken. Der 63 Jahre alte Sänger hat sich bereits oft so geäußert. Diesmal bekam er aber Kritik wegen des Stils und seines Tonfalls. Bei [Twitter](#) gab es am Wochenende Stimmen unter anderem von AfD-Politikern, die Grönemeyers teilweise herausgebrüllten Aufruf mit Nazi-Propaganda verglichen. Einige Kommentare störten sich auch daran, dass der Musiker das Wort „diktieren“ nutzte.

Grönemeyer sagt in dem Konzertvideo etwa, auch wenn Politiker schwächelten, und das sei in Österreich nicht anders als in Deutschland, „dann liegt es an uns, zu diktieren, wie ’ne Gesellschaft auszusehen hat. Und wer versucht, so ’ne Situation der Unsicherheit zu nutzen für rechtes Geschwafel, für Ausgrenzung, Rassismus und Hetze, der ist fehl am Platze (...)“

Kritik an dem Auftritt kam nicht nur aus dem rechten Lager. Der Autor und Dramaturg Bernd Stegemann, Unterstützer der linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“, schrieb auf Twitter: „Der Tonfall, mit dem Grönemeyer sein Publikum politisch anheizt, macht mir ein wenig Angst. Ich sags ungern, aber er klingt wie ein Redner vor 1945.“

Verteidigt wurde der Musiker etwa vom Kabarettisten Florian Schroeder. Als Besucher des Berliner Grönemeyer-Konzerts könne er bestätigen und beruhigen: Grönemeyer brülle alle seine Moderationen so wie diese. „Grönemeyers Aufruf mit einer Sportpalast-Rede zu vergleichen, ist infam und vor allem dumm“, schrieb Schroeder auf Twitter. Entscheidend sei der Inhalt einer Rede, nicht der Ton. „Wer den Ton, die Form, vom Gesagten trennt oder darüber stellt, betreibt gerade das Geschäft der Faschisten.“

Der Satiriker Shahak Shapira schrieb: „Vergleichen Leute jetzt Grönemeyer mit Goebbels, nur weil er eine Rede in ähnlicher Lautstärke gehalten hat? Mein Föhn ist ungefähr so laut wie eine Kettensäge und ich bekomme trotzdem unterschiedliche Ergebnisse, wenn ich sie mir an den Kopf halte.“

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, twitterte: „Das ist die furchterregendste, übelste, totalitärste Hassrede, die ich je gehört habe.“ Das sei Ton und Furor „des neuen Terrors von links“, schrieb sie. „Wer das unterstützt, ist - wie Heiko Maas - ein Fall für den Verfassungsschutz.“

Den Außenminister will wie ausdrücklich [#Groenemeyer](#) die [#Diktatur](#). Das ist die furchterregendste,übelste, totalitärste Hassrede, die ich je gehört habe. Das ist Ton u Furor des neuen Terrors von links. Wer das unterstützt, ist - wie [@HeikoMaas](#) -ein Fall für den Verfassungsschutz <https://twitter.com/heikomaas/status/1173139512576360448> ...

Deutschpop-Star Grönemeyer („Männer“, „Mensch“) gehört zu den Musikern in Deutschland, die sich immer wieder politisch äußern. Im Juli trat er bei einem Festival in Chemnitz auf. Dort hatte er gesagt: „Das Land ist unser Land. Wir halten es fest und stabil und lassen es nicht nach rechts ausschwenken.“

Dass [Maas](#) sich mit Musikern gegen Rechts solidarisch zeigt, ist nicht neu: So lobte er 2016 neben Campino von den Toten Hosen den Rapper Marteria und die linke Punkrockband Feine Sahne Fischfilet für ihr Engagement. Das brachte dem SPD-Politiker auch Ärger ein.

Grönemeyer äußerte sich auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur zunächst nicht. Maas' Bundestagsbüro schrieb, es werde am Sonntag keine weitere Stellungnahme geben.

157,54

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-09/herbert-groenemeyer-konzert-rede-gegen-rechts-kommentar>

Herbert Grönemeyer:

## Gib mir mein Hetz zurück

Ein Popstar brüllt ins Publikum und wird mit Nazirednern verglichen. Das liegt auch daran, dass die Deutschen Faschismus zuerst als Form und nicht als Inhalt begreifen.

Ein Kommentar von **Johannes Schneider**

16. September 2019, 6:57 Uhr [88 Kommentare](#)



Herbert Grönemeyer © Christian Augustin/Getty Images

Der Einzelne und die Masse, seine überkippende Stimme und ihr Jubel. Beim gemeinsamen Crescendo von Volk und Führungsgestalt wird Deutschland sensibel. Faschismus erkennt es an der Tonlage. All die Jahrzehnte mit Guido Knopp, all die Hitler-Reden im Deutschunterricht, die Satireshows mit "Wollt ihr den totalen ..." haben Wirkung gezeigt. Wer brüllt, verrät sich selbst.

Deshalb ist Unbehagen eine wenig überraschende Reaktion, wenn ausgerechnet der Chefdiplomat des Landes Heiko Maas (SPD) bei Twitter ein Video empfiehlt, in dem infernalisch Politisches ins Halbdunkel einer Halle voller johlender Menschen geschrien wird. Gemessen an der Ähnlichkeit der Szene zum kollektiv Erinnerungsbild entbehren Rammstein-Konzerte jeder zwingenden Analogie. Die Naziassoziation musste sich die AfD nicht ausdenken, sie liegt in jedem Hinterkopf.

Dass sich der Schreiende, Deutschlands vielleicht bekanntester männlicher Popstar Herbert Grönemeyer, dabei recht mainstreamtauglich (hoffentlich) gegen "rechtes Geschwafel, Rassismus und Hetze" ausspricht, dass er befindet, "diese Gesellschaft ist offen, humanistisch, sie bietet Menschen Schutz", hilft da auch nicht weiter. Er brüllt es halt. Und weil sich in seinem Wortschwall auch die missliche Formulierung findet, es liege nun "an uns, zu diktieren, wie 'ne Gesellschaft auszusehen hat", ist auch – in Kombination mit dem Tonfall – gleich klar, wie dieses "diktieren" hier nur gemeint sein kann: diktatorisch natürlich.

### **Gebrüll als Stilmittel**

Es gehört zur kollektiven Erzählung dieses Landes, dass es als Folge der Hitler-Diktatur vor allem sein öffentliches Sprechen zivilisiert hat. Mochten die alten Nazis auch weiter in den Apparaten sitzen, von

den Mikrofonen der Rundfunkanstalten waren sie bald weg. Legendär ist heute der nationale Unterschwang von Fußballkommentatoren in den Siebziger- und Achtzigerjahren. Beckenbauer zu Overath, Overath zu Müller, Müller, Tor. Tonlosigkeit als Identitätsmerkmal.

Den Bereich der populären Musik hat das natürlich nie wirklich betroffen. Popstars schreien anders als Demagogen – und als die hier noch herrschten, schrien die populären Sängerinnen gar nicht. Zarah Leander war nicht Annette Humpe. Vielleicht ist es auch deshalb noch nie jemandem sauer aufgestoßen, dass Herbert Grönemeyer eine ganze Bühnenpräsenz aus dem Schreien, dem Kieksen, der überkippenden Stimme aufgebaut hat. Wer Grönemeyer mal live gehört hat (oder einen Livemitschnitt von ihm), der kennt das Crescendo bis zum Gebrüll als Stilmittel. Nur dass sich von Flugzeugen im Bauch eben niemand angegriffen fühlt.

Wer aber könnte sich nun von einem flammenden Appell gegen Rassismus und Intoleranz angegriffen fühlen? Neben den Rassisten und Intoleranten sind es vielleicht noch die, die Pluralismus als Gespräch mit Rassisten und Intoleranten missverstehen; ferner jene, die fortwährend befürchten, kommunikative Akte der Ausgrenzung von Ausgrenzern trieben die gesellschaftliche Spaltung nur voran. Vor allem aber sind es Leute, die Faschismus und Antifaschismus für "gleich schlimm" halten, respektive für die zwei sich nahenden Enden eines Hufeisens.

Wer entsprechenden Extremismustheorien anhängt (beziehungsweise ihren populären Missverständnissen), dem fehlen die Kategorien, um das wirklich Schlimme und Zersetzende von einer misslichen Bühnenpräsenz zu trennen. Wer gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht von der Feindschaft zur Gruppe der Menschenfeinde unterscheiden kann, dem bleibt nur der Tonfall als Unterscheidungsmerkmal zwischen dem Harmlosen und dem Gefährlichen.

Für den wird der glühende Demokrat selbst zum Faschisten, sobald ihm die Stimme kippt; und der Faschist erntet seine Sympathien, sobald er sich, vergleichsweise ruhig und etwas rührselig, als "auch nur ein Mensch" bezeichnet. Das tat Björn Höcke, als er ein am Sonntag veröffentlichtes kritisches ZDF-Interview abbrach. Es sei allen ans Herz gelegt, die glauben, Herbert Grönemeyer betreibe die Spaltung einer Gesellschaft, deren Konsensfigur er nun leider nicht mehr ist.

## Wortlaut der Ansage von Grönemeyer



[https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id\\_86451178/herbert-groenemeyer-saenger-bezieht-stellung-und-wird-von-rechten-attackiert.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_86451178/herbert-groenemeyer-saenger-bezieht-stellung-und-wird-von-rechten-attackiert.html)

"Ich kannte das nur vom Hörensagen, in Zeiten zu leben, die so zerbrechlich, so brüchig und so dünnes Eis sind. Und ich glaube, es muss uns klar sein, auch wenn Politiker schwächeln - das ist, glaube ich, in Österreich nicht anders als in Deutschland - dann liegt es an uns.

Dann liegt es an uns, zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat. Und wer versucht, so eine Situation der Unsicherheit zu nutzen, wer rechtes Geschwafel für Ausgrenzung, Rassismus und Hetze, der ist fehl am Platze! Diese Gesellschaft ist offen und humanistisch.

Die Gesellschaft ist offen, humanistisch, bietet Menschen Schutz ... – und wir müssen diesen Menschen so schnell wie möglich und ganz ruhig den Spaß daran austreiben. Keinen Millimeter nach rechts! Keinen einzigen Millimeter nach rechts! Und das ist so und das bleibt so!"

### **Der Song "Fall der Fälle"**

<https://youtu.be/d1DfdFhNGWA?t=5>

Die Rede dient als Anmoderation zu Grönemeyers Song "Fall der Fälle", der ebenfalls in die Zeile "Kein Millimeter nach rechts" gipfelt und vor den Gefahren des Faschismus warnt. Es stammt vom Ende 2018 erschienenen Album "Tumult", das auch der Tour seinen Namen leiht und als das bislang politischste Werk Grönemeyers gilt.



<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/fluechtlingspakt-syrien-tuerkei-sicherheitszone-eu-usa-trauma-kriegsgebiet/komplettansicht>

Flüchtlingspakt:

## Die Türkei will das nicht mehr schaffen

Millionen syrischer Flüchtlinge haben in der Türkei Schutz gefunden. Viele Türken wollen, dass sie gehen. Auch deshalb droht Präsident Erdoğan mit dem Ende des EU-Deals.

Von **Issio Ehrich**

16. September 2019, 10:24 Uhr 10 Kommentare



Haben syrische Flüchtlinge in der Türkei eine Zukunft? Das Foto zeigt ein Mädchen in einem syrischen Camp in Kafr Lusin nahe der türkischen Grenze. © Aaref Watad/AFP/Getty Images

### Die Türkei will das nicht mehr schaffen – Seite 1

Mazen Mamoun, der in Wahrheit anders heißt, hat es weit gebracht: Als der syrische Flüchtling 2013 in Istanbul ankam, lebte er auf der Straße. "Wie ein Obdachloser", sagt er heute. Mamoun sprach kein Wort Türkisch, er hatte keine gültigen Papiere und keine Ahnung, wie es für ihn weitergehen sollte. Inzwischen lebt der 33-Jährige in einer WG, beherrscht die Landessprache und entwirft 3D-Renderings für Architekturbüros. Die Zeiten, in denen er beschämt in Hostels fragte, ob er sich waschen dürfe, sind lange vorbei. Seit einigen Wochen allerdings fühlt sich für Mamoun wieder alles falsch an in der Türkei. Er wagt es nicht, sich unter seinem echten Namen zu äußern. "Nicht bei dem Thema, nicht jetzt." Denn auch bei ihm ist das Gefühl zurück, vor dem so viele Syrerinnen und Syrer geflohen sind: Angst.

Die Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei ist an einem kritischen Punkt. Wie Mamoun haben sich viele ein neues Leben aufgebaut. Und wie er müssen sie sich nun fragen: Haben wir hier wirklich eine Zukunft? Denn immer mehr Türken wollen, dass die Syrer gehen. Und Präsident Recep Tayyip Erdoğan schickt sich an, zu liefern, obwohl es in Syrien noch heftige Gefechte gibt. Wovon Erdoğan früher nur sprach, nimmt langsam Gestalt an: eine von Militärs bewachte "Sicherheitszone" auf syrischem Boden. Mindestens eine Million Flüchtlinge will Erdoğan dort ansiedeln. Die EU soll ihm dabei helfen. Er droht: Wenn sie seine Migrationspolitik nicht unterstützten, würde er das EU-Türkei-Abkommen platzen lassen und die "Tore" gen Europa wieder öffnen. Steht ein neuer syrischer Exodus bevor?

ZEIT ONLINE hat ein Dutzend Flüchtlinge, türkische Bürger, Migrationsexperten und Aktivisten kontaktiert; per Telefon, WhatsApp und E-Mail. Dem Autor, der seit Jahren aus der Türkei berichtet, wurde die Akkreditierung für Recherchen vor Ort ohne Angabe von Gründen verwehrt. Dass das Thema in diesen Tagen heikel ist, damit hat Mamoun offenbar recht.

**"Ich habe dieselben Probleme, warum hilft mir niemand?"**

Eigentlich ist die Aufnahme so vieler, die vor dem syrischen Krieg geflohen sind, eine Erfolgsgeschichte in der Türkei. Mamouns Weg vom Obdachlosen zum Computerexperten ist nur eines von vielen Beispielen. Mit mehr als 3,6 Millionen Flüchtlingen beherbergt das Land so viele Schutzsuchende wie kein anderer Staat. Anfangs gab es kaum Geld, kaum Schulplätze und keine reguläre Arbeit für die Menschen. Mittlerweile haben mehr als 1,6 Millionen der registrierten Syrerinnen und Syrer Sozialhilfe bekommen. Mehr als 96 Prozent der syrischen Kleinkinder gehen zur Grundschule. In 84 Prozent der Flüchtlingsfamilien hat laut einer Umfrage internationaler Hilfsorganisationen mindestens ein Mitglied einen Job. Die Türkei hat eigenen Angaben zufolge mehr als 37 Milliarden Euro investiert, unter anderem in ein kostenloses Gesundheitssystem. Von der EU kamen 6 Milliarden Euro hinzu. Das hat gewirkt.

Nigar Göksel, die Direktorin des Türkeiprojekts der International Crisis Group, sagt: "Die syrischen Flüchtlinge haben sich in der Türkei gut eingerichtet. Auch wenn es noch viel zu tun gibt." Schätzungen zufolge sind Hunderttausende Syrer, die illegal ins Land gekommen sind, nicht registriert und damit von Sozialhilfe ausgeschlossen. Teenager besuchen deutlich seltener die Schule als Grundschulkindern. Es fehlt dort an Betreuern, die ihnen mit Sprache und Integration helfen. Mädchen werden früh verheiratet und Jungs müssen mitverdienen, damit es für ihre Familien reicht. Denn auch wenn es in den meisten Haushalten Erwerbstätige gibt, ist das Einkommen oft dürftig. Eine offizielle Arbeitserlaubnis hatten Ende des vergangenen Jahres nur 65.000 syrische Flüchtlinge. Die meisten arbeiten schwarz – ohne Mindestlohn, ohne Urlaubsregelungen, ohne Altersabsicherung.

Trotzdem sagen fast alle Syrer, die mit ZEIT ONLINE gesprochen haben, dass es ihnen eigentlich gut gehe. Das Problem ist: Viele Türken glauben, dass es ihnen zu gut geht. "Wenn Syrer einen Laden aufgemacht haben, drückten die Behörden bei den Steuern früher oft mal ein Auge zu", sagt Göksel. "Das hat unter türkischen Ladenbesitzern für gehörige Verstimmungen gesorgt." Auch einige der Hilfsprogramme, wie die psychosoziale Betreuung in Gemeindezentren, seien für viele Türken ein Ärgernis: "Sie fragen sich: Ich habe dieselben Probleme, warum hilft mir niemand?" Neid ist entstanden, begünstigt durch die schwache türkische Wirtschaft. Laut einer Studie der Istanbuler Kadir Has Universität stört es mittlerweile zwei von drei Türken, dass Syrer Unterschlupf in der Türkei genießen – der mit Abstand höchste Wert seit Jahren. Die Ablehnung entzündete sich mitunter in Gewalt, in wütenden Mobs, die bewaffnet mit Messern und Knüppeln durch die Straßen zogen. Es gab Tote.

## **"Anfangs habe ich mich kaum getraut, meine Wohnung zu verlassen"**

Die Ablehnung kennt keine Parteigrenzen. Besonders kritisch sind laut der Umfrage allerdings Anhänger der kemalistischen CHP rund um den neuen Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu. Auch die prokurdische HDP-Wählerschaft ist erpicht darauf, die Syrer loszuwerden. Während des Kommunalwahlkampfes Anfang des Jahres trieb İmamoğlu Erdoğan mit diesem Thema geradezu vor sich her, Erdoğan's Kandidat verlor die wichtigste Stadt des Landes. Gut einen Monat später setzte seine Partei AKP eine Regelung in Kraft, die weltweit auf Kritik stieß: Die türkischen Behörden stellten den Syrerinnen und Syrern in Istanbul ein Ultimatum. Wer nicht in der Stadt registriert ist, müsse binnen Wochen in die Provinz zurückkehren, für die er Papiere habe. Und wer keine Papiere hat, müsse in ein Flüchtlingscamp. Beamte patrouillieren seither in der Metro und auf Straßen. Das mutmaßliche Kalkül: innenpolitischen Druck abbauen in der Metropole, die besonders viele Syrer anzieht.

Einige der Syrer, die mit ZEIT ONLINE gesprochen haben, zeigen Verständnis. Viele Flüchtlinge entzogen sich der Registrierung – teils bewusst, teils durch Achtlosigkeit. Damit machten sie es der Regierung nur noch schwerer, die Lage zu bewältigen. Bei Mamoun und den meisten anderen verschrecken die Maßnahmen dagegen. Denn immer wieder machen Meldungen die Runde, dass Flüchtlinge ohne Papiere nicht nur in eine andere Provinz, sondern nach Syrien abgeschoben würden. Sie fürchten seither, dass die Kampagne den Beginn der Umsiedlung in die "Sicherheitszone"

markieren könnte. "Anfangs habe ich mich kaum getraut, meine Wohnung zu verlassen", sagt Mamoun.

Die türkische Regierung beteuert, dass es nur "Umsiedlungen" innerhalb der Türkei gebe, keine Abschiebungen nach Syrien. Dorthin würden nur freiwillige Rückkehrer gebracht. Doch das beruhigt Mamoun und viele andere Syrer nicht. Die Türkei gehört zu einer kleinen Zahl von Ländern, die die Genfer Flüchtlingskonventionen nur mit Vorbehalt unterzeichnet haben. Der Schutz gilt lediglich für Flüchtlinge aus dem Westen. Mamoun und die anderen schließen zwar nicht aus, dass Landsleute zurück nach Syrien wollten, aber bestimmt nicht in Kriegsgebiete, in einen militärischen Sperrbezirk oder gar das Herrschaftsgebiet von Präsident Baschar al-Assad. "Wir sind hier nicht mehr sicher", sagt Mamoun. "Wer als junger Mann nach Syrien geschickt wird, wird in die Hölle geschickt."

Die Opposition pusht das Thema weiter. Für das Ende des Monats plant die CHP eine internationale Syrien-Konferenz in Istanbul. Aufnahmestaaten wie die Türkei sollen dabei nach Antworten auf die "Syrien-Frage" suchen und die "friedliche Rückkehr" der Flüchtlinge erörtern. In der Türkei ist ein migrationspolitischer Überbietungswettkampf in Gang geraten: Wer ist am härtesten?

Platz als nächstes das Flüchtlingsabkommen mit der EU? Gerald Knaus, der Architekt des Deals, ist besorgt. Allerdings nicht wegen Erdoğan's Drohungen, die "Tore" nach Europa wieder zu öffnen. "Die Türkei hat kein Interesse, zum Durchzugsland zu werden", sagt er. Das würde der Wirtschaft nur noch mehr schaden. Wenn das Abkommen scheitert, davon ist Knaus überzeugt, dann weil es die Europäer selbst kaputt machen.

## **"Das Abkommen ist von Anfang an in der Umsetzung gescheitert"**

Flüchtlinge haben kaum Anlass, sich Hoffnungen auf eine legale Umsiedlung nach Europa zu machen. Statt Hunderttausende Syrer in *Resettlement*-Programme zu stecken, wovon in den Verhandlungen zum Flüchtlingspakt laut Knaus die Rede gewesen ist, konnte sich Europa bisher nur auf 20.000 Menschen einigen. Flüchtlinge, die es dagegen auf die griechischen Inseln schaffen, können sich sicher sein: Sie dürfen nicht nur in der EU bleiben, sondern irgendwann auch aufs Festland übersetzen. Seit Inkrafttreten des Abkommens ist es Europa nicht einmal gelungen, 2.000 Flüchtlinge zurück in die Türkei zu schicken. Die griechischen Behörden sind mit den Asylverfahren überfordert und die EU findet nicht zusammen, um zu helfen.

Damit krankt es am Kern des Deals, der illegale Migration durch geordnete Migration ersetzen sollte. "Das Abkommen ist von Anfang an in der Umsetzung gescheitert", sagt der Mann, der die Grundlagen dafür skizziert hat. Flüchtlinge können laut Knaus abwägen: Geben sie Hunderte, vielleicht Tausende Euro für Schlepper aus und nehmen die harten Monate in Lagern wie Moria in Kauf für eine sichere Chance in Europa? Oder bietet ihnen das Leben in der Türkei zu viel für diese Odyssee?

## **"Wenn jetzt nichts passiert, könnte es kippen"**

Bisher fiel diese Abwägung fast immer zugunsten der Türkei aus. Doch zuletzt deutete sich langsam an, dass sich etwas verschiebt. Im August kamen rund 8.000 Menschen auf den griechischen Inseln an. Das ist eine verschwindend geringe Zahl im Vergleich zu früheren Zeiten und doch ist es die höchste, seit die EU und die Türkei im März 2016 ihren Flüchtlingsdeal geschlossen haben. Dabei fällt auf: Die meisten Neuankömmlinge sind Afghanen, nicht Syrer. Und das hat einen naheliegenden Grund: Sie haben nichts zu verlieren. Afghanen schiebt die Regierung in Ankara bereits rigoros in ihre Heimat ab. Für Syrer gilt das so noch nicht.

Migrationsforscher Knaus hält die Lage noch für kontrollierbar, sagt aber: "Wenn jetzt nichts passiert, könnte es kippen." Er fordert eine kollektive Anstrengung der EU, um die Verfahren auf den Inseln zu beschleunigen. Europa müsse Flüchtlinge wirklich in die Türkei zurückschicken. Zugleich pocht er darauf, mehr in die syrischen Flüchtlinge zu investieren. Die sechs Milliarden Euro der EU sind

weitgehend verplant und über eine neue Tranche wird in Brüssel nicht einmal ernsthaft debattiert. Knaus glaubt, dass Erdoğan deshalb vom Bruch des Deals gesprochen hat, obwohl er diesen gar nicht will. Ein Bluff. Aus berechtigten Gründen, wie Knaus findet: "Es ist völlig naiv, zu glauben, dass die Türkei sich allein um mehr als 3,6 Millionen Menschen kümmert."

Nach den vergangenen Wochen hat Mamoun eigentlich genug von der Türkei. Doch er sei noch nicht bereit, in ein Schlauchboot zu steigen und in Moria einzusitzen, sagt er. Mamoun hat sich an Universitäten in Deutschland beworben. Er hofft auf ein Studentenvisum. Erst wenn die Regierung begännen, Flüchtlinge im großen Stil nach Syrien zu deportieren, würde er über einen Plan B nachdenken: "Lass uns nicht mehr darüber reden. Mein Herz rast schon beim Gedanken daran."

## **"Ich träume oft, dass mich das Assad-Regime schnappt"**

Das Assad-Regime ist derweil im Begriff, die letzte noch von seinen Gegnern gehaltene Region Syriens wieder unter seine Kontrolle zu bringen: Idlib. Medien berichten, dass sich schon jetzt 500.000 Flüchtlinge auf den Weg in Richtung der türkischen Grenze gemacht haben. Dort stoßen sie auf eine Mauer, die Erdoğan bauen ließ. Gewissermaßen praktiziert er damit bereits, was viele Syrerinnen und Syrer in der Türkei vor dem Projekt "Sicherheitszone" Angst haben lässt: Der türkische Präsident sperrt die Menschen in Not aus. Will die EU verhindern, dass viele sich nun wieder auf den Weg nach Europa machen, muss sie also offensichtlich schnell dafür sorgen, dass Erdoğan einen anderen Weg geht.

Mitten in der Nacht meldet sich Mamoun noch einmal. Er spricht von Panikattacken, von posttraumatischen Belastungsstörungen und Whisky zum Einschlafen. "Ich träume oft, dass mich das Assad-Regime schnappt", sagt er. "Dann werde ich gefoltert ... auf die widerwärtigste Weise, die sich ein Mensch vorstellen kann." In dem Traum werfen die Folterknechte Mamoun vor, ein Verräter zu sein, weil er geflohen ist. Er kann sie nicht vom Gegenteil überzeugen.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/es-bleiben-viele-fragen-an-bjoern-hoecke-nach-interview-abbruch-16387332.html>

NACH INTERVIEWABBRUCH:

## Es bleiben viele Fragen an Höcke

- EIN KOMMENTAR VON REINHARD MÜLLER AKTUALISIERT AM 16.09.2019-14:04



*Die Aufregung über den Interview-Abbruch und die Drohungen von Björn Höcke verstellt den Blick auf die eigentliche Frage: Was Geistes Kind ist der AfD-Politiker?*

Das größte Verbrechen ist aus Sicht mancher Journalisten offenbar der Abbruch eines Interviews. Dabei steht das selbstverständlich jedem frei. Das mag dann peinlich wirken und auch unprofessionell sein. Und die „Drohung“, keine Interviews mehr zu geben? Ein gar nicht so seltenes Gegenmittel von Politikern, wenn sie sich auf den Schlipf getreten fühlen. Aber hat der Thüringer AfD-Landesvorsitzende dadurch tatsächlich „die Schwelle von der Demokratie zu faschistischen Phantasien überschritten“, wie der Vorsitzende des Journalistenverbandes meint?

Gut, man kann aus dem Inaussichtstellen von „massiven Konsequenzen“ für den Fall, dass aus Höcke doch noch eine „interessante persönliche, politische Person in diesem Land“ wird (würde er interviewt, wenn er nicht schon eine wäre?), eine „Drohung“ herauslesen.

Aber spannend ist doch herauszubekommen, was Geistes Kind Höcke ist. Dazu taugt die ausführliche Befragung von AfD-Mitgliedern, ob ein bestimmtes Zitat aus Hitlers „Mein Kampf“ oder von Höcke stammt, allerdings weniger. Der Output ist hier auch recht unergiebig. Interessanter ist tatsächlich das von ihm verwendete Vokabular – und vor allem, was er denn damit genau meint.

So ist es befremdlich, wie Höcke darauf herumreitet, dass es Begriffe wie „entartet“ schon vor dem Nationalsozialismus, und danach und insbesondere in der Biologie gegeben habe. Nun wirft aber gerade dieses Wort Fragen auf, wenn es heute verwendet wird – von einem Politiker, dessen „Flügel“ vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird.

Stimmt also das Etikett „völkisch“ – auch Alexander Gauland hat dieser Etikettierung durch Bundespräsident Steinmeier ja nicht widersprochen. Und was folgt darauf für die Politik der AfD? Was genau schwebt Höcke für eine Politik vor, wenn er den Begriff des „Lebensraums“ verwendet? Was meint er, wenn er in einem Buch von einem „großangelegten Remigrationsprojekt“ spricht und sich auf Sloterdijks Wort von der „wohltemperierten Grausamkeit“ beruft?

Fragen gäbe es viele an Höcke. Völlig unklar, warum sein Pressesprecher den Abbruch des Interviews herbeiführte. Das macht aber Höcke noch nicht zum Faschisten.

Quelle: FAZ.NET

157,62

<https://www.faz.net/aktuell/politik/zukunft-der-eu-souveraen-sein-gibt-es-nicht-als-sonderangebot-16383256.html?premium>

SOUVERÄNITÄT DER EU:

## Der neue europäische Imperativ

- VON KLAUS-DIETER FRANKENBERGER
- -AKTUALISIERT AM 16.09.2019-17:23



*Der Ruf nach einer unabhängigen europäischen Außenpolitik ist angesichts des Verlusts des Vertrauens in Amerika unüberhörbar. Doch souverän sein gibt es nicht als Sonderangebot.*

Woche den Faden wiederaufgenommen, den sie vor ein paar Wochen ausgerollt hatte. Der Faden führt zur „europäischen Souveränität“, und die wiederum gehört zu einem Dreiklang, der das Hauptmotiv werden soll, wenn die neue Kommission, falls das Europäische Parlament seinen Segen gibt, am 1. November die Arbeit aufnimmt: Selbstbewusst, wettbewerbsfähig und souverän soll die Europäische Union unter von der Leyens Führung werden.

Europas Stärke und Selbstbewusstsein haben auch andere schon beschworen; die Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit wird Bundeskanzlerin Merkel nicht müde anzumahnen. Und doch spricht nicht gerade Kleinmut aus den Vorhaben der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin. Vielleicht ist es auch nur Realismus, der sich manifestiert, ein Überlebensprogramm für die EU, besonders in den Sparten Sicherheit und Wohlstand, in einer ebenso unsicheren wie unberechenbaren Welt, in der die Rivalität von Super-, Groß- und Schwellenmächten wieder der *Modus Operandi* ist.

### **Eine neue Ordnung aufbauen**

Geprägt hat die Wortkombination „europäische Souveränität“ der französische Präsident Macron. Er versteht „souverän“ weniger in einem streng staatsrechtlichen Sinne, sondern als Form selbstbestimmter Interessenwahrnehmung. Neulich sagte Macron auf einer Konferenz französischer Botschafter: „Wir dürfen uns nicht mit unserem Schicksal abfinden, sondern müssen versuchen, eine neue Ordnung aufzubauen, die unseren Werten und unseren Interessen entspricht.“

Das ist nicht weit von dem entfernt, was die Bundeskanzlerin im Frühsommer 2017, nach Begegnungen mit dem damals noch neuen amerikanischen Präsidenten Trump, gesagt hatte: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück weit vorbei.“ Und sie fügte einen Satz hinzu, der eine Art europäischer Imperativ werden könnte: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“

Anders formuliert: Die Zeiten, in denen andere für uns entschieden, die Hand über uns gehalten und für uns die Kohlen aus dem Feuer geholt haben, die sind vorbei. Für die Durchsetzung europäischer Interessen sind in allererster Linie die Europäer selbst zuständig und verantwortlich. Das ist jetzt, dank Trump, Allgemeingut, und daran ändert auch die Tatsache nichts, dass das europäisch-amerikanische

Verhältnis nach wie vor von enormer Bedeutung ist, „bilateral“, allianzpolitisch, für die globale Ordnung.

## **Zweifel an Amerika**

Doch der Ruf nach „Unabhängigkeit“ ist unüberhörbar. Die Erfahrungen, die Merkel mit dem amerikanischen Präsidenten gemacht hat, sind in das öffentliche Bewusstsein eingesickert, als bohrende Zweifel, ob die Vereinigten Staaten noch immer ihr Sicherheitsversprechen für Europa erfüllen werden. Im dritten Jahr der Regierung Trump ist der Verlust des Vertrauens in Amerika und insbesondere in seinen Präsidenten massiv; das fördert Umfrage nach Umfrage zutage, zuletzt eine, die für den European Council on Foreign Relations (ECFR) erstellt worden ist.

Danach äußern Bürger in 14 EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, Polen und Italien, überdies starke Unterstützung für eine gemeinsame und effektive, selbstbestimmte und unabhängige europäische Außenpolitik. Die harte Wirklichkeit globaler Politik sei bei den Leuten angekommen, schreibt Susi Dennison in der ECFR-Studie. Viele Bürger wollten eine starke EU, die als unabhängiger globaler Akteur mit eigenen Prioritäten auftrete. Das gilt unbeschadet der Zweifel, die viele haben, ob „Europa“ die europäischen Interessen angemessen vertreten könne, und zwar besonders die Wirtschaftsinteressen gegenüber starken Wirtschaftsmächten, die das Heil in Handelskriegen suchen. Noch größer sind allerdings die Zweifel, ob die nationalen Regierungen dazu in der Lage sind.

Was heißt stark und unabhängig nach Auffassung vieler Bürger? Nicht zuletzt, dass die EU in Konflikten zwischen den Vereinigten Staaten und Russland sowie zwischen den Vereinigten Staaten und China neutral bleiben und einen Mittelweg einschlagen solle. Das sei die klare Präferenz der Befragten. Die einzige Ausnahme stellt Polen dar: Dort wollen die Befragten im Falle einer russisch-amerikanischen Auseinandersetzung, dass sich die Europäer an die Seite Washingtons stellen. Im Fall eines chinesisch-amerikanischen Konflikts befürwortet auch eine Mehrheit der Polen Neutralität; die proamerikanische Minderheit ist dabei stärker als in allen anderen Ländern.

Die Präferenz für Neutralität in geopolitischen Konflikten wird als Votum für europäische strategische Souveränität gedeutet; was wiederum bedeutet: Amerika und Europa ziehen nicht mehr an einem Strang. Diejenigen, die daran interessiert sind, dass der Westen in Blöcke zerfällt, die womöglich noch gegeneinander stehen, können sich die Hände reiben.

Auf der anderen Seite, das ist hinreichend bekannt, gehört zur Wahrheit, dass es mit europäischer Handlungsfähigkeit in puncto Sicherheit und Militär nicht weit her ist. Der Europäische Rechnungshof hat soeben ein Defizit von Hunderten Milliarden Euro beklagt. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU fällt der Mangel an militärischen Kapazitäten und damit an Handlungsfähigkeit noch stärker ins Gewicht. Wer es also mit Europas „Souveränität“ ernst meint, kommt um die logische Schlussfolgerung und die sich darin anschließenden Entscheidungen nicht herum. Souverän sein gibt es nicht als Sonderangebot.

## Immer diese alten Geschichten

Die Sprachkritik an der AfD wirkt zunehmend hilflos. Denn das Problem ist nicht, wie Björn Höcke spricht - sondern was er, seine Partei und ihre Wähler mit unserer Gesellschaft vorhaben.

Eine Kolumne von [Stefan Kuzmany](#)



Björn Höcke: "Leute, ich kann's nicht mehr hören."

Montag, 16.09.2019 17:02 Uhr

So wird das nichts. [Björn Höcke](#) schaut gequält in die Kamera, wir befinden uns bereits im Nachgespräch [des gescheiterten ZDF-Interviews](#) mit dem AfD-Spitzenkandidaten für die [Landtagswahl in Thüringen](#), und Höcke seufzt auf. "Direkt wieder dieses... oah... diese alte Chose. Ich kann's auch nicht mehr hören. Leute, ich kann's nicht mehr hören."

So alt ist diese Chose allerdings gar nicht, nämlich gerade mal 15 Monate. Das Team von "Berlin direkt" hat sich zwei Zitate aus dem im Juni 2018 erschienenen Höcke-Gesprächsband "Nie zweimal in denselben Fluß" herausgeschrieben, AfD-Bundestagsabgeordnete damit konfrontiert und sie gefragt: Ist das aus "Mein Kampf" oder von Herrn Höcke?

### Ein leider abgeschmacktes Spielchen

Keiner der Abgeordneten kann die Frage beantworten. Er habe weder das eine noch das andere Buch gelesen, sagt etwa der [AfD](#)-Mann Kay Gottschalk. Sein Fraktionskollege Jens Maier wagt einen Tipp: "Wenn, eher aus 'Mein Kampf', würde ich sagen, aber nicht von Höcke."

"Wer hat's gesagt - X oder Hitler?" ist, man muss es leider sagen, ein ziemlich abgeschmacktes Spielchen, ein naseweises Empörungs-Quiz mit bescheidenem Erkenntnisgewinn. "Herr Höcke, Ihre eigenen Leute können jetzt da nicht sagen, ob das noch Höcke oder schon Hitler ist. Was sagt das über Ihre Sprache aus?", will der ZDF-Journalist wissen. Und Höcke kann darauf naheliegender antworten: "Vor allen Dingen, dass sie mein Buch gar nicht gelesen haben."

Gedacht offenbar als Entlarvung ist das ZDF-Interview bis dahin nur ein weiteres Dokument des fruchtlosen Versuchs, den Rechten per Sprachkritik beizukommen. Schaut her, wir haben herausgefunden: Höcke klingt ja wie Hitler! Das allerdings wussten wir bereits.

### Höcke muss nicht mehr entlarvt werden

Geschichtsbewusste Demokraten gruseln sich selbstverständlich, wenn Höcke totalitäre Machtfantasien formuliert, wenn er sagt, dass "die Deutschen keine halben Sachen" machen würden, "wenn die Wendezeit gekommen ist", dann würden "die Schutthaufen der Moderne beseitigt". Sie finden es gefährlich, wenn er "die Sehnsucht der Deutschen nach einer geschichtlichen Figur"



beschwört, "welche einst die Wunden im Volk wieder heilt". Seine Wähler jedoch haben damit nicht das geringste Problem. Er formuliert, was sie sich wünschen. Endlich sagt's mal wieder einer.

Es gibt bei Björn Höcke nichts mehr zu entlarven. Er ist bekannt. Die Fixierung auf den Sprachschwulst der AfD lenkt nur ab von dem, was sie inhaltlich aussagt und mit dieser Gesellschaft vorhat. Wer sich mit Höcke darüber streitet, ob sein Reden dem eines [Nationalsozialisten](#) gleicht, gibt ihm die Möglichkeit, im Wettbewerb der Wortklauberei zu entwischen. Er verwende den Begriff "entartet", hält ihm der ZDF-Journalist vor. Ja, der sei ja auch aus dem Biologieunterricht bekannt, entgegnet Höcke. Kein Wort darüber, was Höcke denn nun für "entartet" hält, was mit "Entartetem" zu tun sei, wenn einst "die Wendezeit" gekommen ist.

Dabei sind das die Fragen, die der AfD und ihren Wählern gestellt werden müssen. Was genau meint etwa [Alexander Gauland](#), wenn er sich im ZDF-Morgenmagazin von der "Ideologie der Grünen" abgrenzt, die "wiedergutmachen wollen, was unsere Väter und Vorväter sozusagen angerichtet haben", die "Fremde aufnehmen, das Klima retten, anderen Menschen helfen" möchten - und er die AfD im Gegensatz dazu als Partei positioniert, die für das Deutschland eintritt, "was wir von unseren Vorvätern übernommen haben"?

### **Ungeplant aufklärend**

Dennoch ist das [ZDF-Interview mit Björn Höcke](#) ein gelungenes, weil aufklärendes Stück Journalismus - allerdings offenbar eher ungeplant.

Da sind zum einen die Reaktionen der AfD-Abgeordneten auf den Hitler-Höcke-Test. Sie können die furchtbaren Zitate nicht zuordnen - geschenkt. Viel aufschlussreicher ist jedoch, dass ihnen dies offenbar vollkommen egal ist. Sie reagieren nicht etwa schockiert auf die Zitate und den Vergleich mit dem Diktator, sondern geradezu belustigt. Fast alle müssen kurz lachen, als seien sie ertappt worden und nur ganz leicht peinlich berührt. Ach, schau an, Parteifreund Höcke redet wie Hitler, und man kann es kaum unterscheiden? Ist ja amüsant.

Aufschlussreich wird das gescheiterte Gespräch mit Höcke, als es eigentlich bereits beendet ist. Sein Sprecher, der ehemalige Springer-Journalist Günther Lachmann, verlangt vom ZDF-Team, noch mal neu anzusetzen, weil die Fragen seinen Chef "stark emotionalisiert" hätten - das "sollte man so nicht im Fernsehen bringen".

Der ZDF-Reporter lehnt dieses gänzlich unübliche Ansinnen ab, es entwickelt sich eine Diskussion darüber, ob das Interview so oder anders vereinbart gewesen sei. Das Treffen steht vor dem Abbruch. "Ich kann Ihnen sagen, dass das massive Konsequenzen hat", sagt Höcke. "Wir wissen nicht, was kommt..... Dann ist klar, dass es mit mir kein Interview mehr für Sie geben wird." Was denn kommen könnte, will der ZDF-Mann wissen? "Vielleicht werde ich auch mal eine interessante persönliche, politische Person in diesem Lande. Könnte doch sein", antwortet Höcke.

Es ist bitter, dass wir in diesem Land Politiker haben, die meinen, Journalisten sollten ihnen so lange immer wieder dieselben Fragen stellen, bis sie selbst mit ihren Antworten zufrieden sind - aber solche gibt es nun mal. Es ist abstoßend, dass wir in Deutschland Politiker haben, die denken und reden wie Nazis - aber davon gab es leider immer welche.

Wirklich beängstigend jedoch ist es, dass solche Leute heute wieder gewählt werden. Unerträglich ist es, dass Björn Höcke sich auf dem Weg zur Macht sieht. Und das womöglich zu Recht.

ALLENSBACH-UMFRAGE:

## Wie der Klimaschutz die Deutschen polarisiert

- VON RENATE KÖCHER
- -AKTUALISIERT AM 17.09.2019-17:15
- 



*Stehen beim Thema Erderwärmung Junge gegen Alte? Oder verläuft der Graben zwischen den Anhängern der Parteien?*

Die Debatte über den Klimawandel und Maßnahmen zum Klimaschutz hat das Potential, die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft gravierend und nachhaltig zu verändern. Der Klimawandel beschäftigt die Bevölkerung zunehmend, und das nicht erst seit Beginn der Schülerdemonstrationen. Seit Anfang 2017 ist der Anteil der Bevölkerung, der über die Klimaveränderungen beunruhigt ist, von 37 auf 61 Prozent angestiegen, in der jungen Generation von 44 auf 68 Prozent. In der politischen Agenda der Bürger spielen Umwelt- und Klimaschutz heute eine wesentlich größere Rolle als noch vor zwei, drei Jahren. Gut 70 Prozent der Bevölkerung fordern, dass hier in den nächsten Jahren einer der Schwerpunkte der Regierungsarbeit liegen sollte.

Die „Fridays for Future“-Demonstrationen treffen vor diesem Hintergrund quer durch alle Generationen auf breite Unterstützung. Allerdings ist der gesellschaftliche Rückhalt in den letzten Monaten schwächer geworden: Die ersten Schülerdemonstrationen im Frühjahr fanden die Zustimmung von 69 Prozent der Bevölkerung; jetzt unterstützen noch 57 Prozent diese Aktionen. Auch die mittlere und ältere Generation stehen mehrheitlich hinter den Demonstranten; die Generationen scheiden sich allerdings an der Frage, ob die Schüler auch während des Unterrichts demonstrieren sollten. Was aus der Sicht vieler Jüngerer eine Win-Win-Konstellation ist, findet in der Generation der Eltern und Großeltern weitaus weniger Unterstützung. Alle Generationen sind jedoch überzeugt, dass die Demonstrationen Wirkung entfalten werden.

Nur eine Gruppe bezweifelt das entschieden: die Anhänger der AfD. Die große Mehrheit von ihnen ist überzeugt, dass die Demonstrationen weitgehend wirkungslos bleiben werden, und hofft auch, dass das der Fall sein wird. Die Mehrheit von ihnen sieht diese Aktionen kritisch, hält sie auch für überflüssig, da die überwältigende Mehrheit der AfD-Anhänger die Klimadebatte eher als aufgebauscht einschätzt und nicht als Diskurs über ein reales Problem. Nur eine kleine Minderheit der AfD-Anhänger ist über die Klimaentwicklung besorgt – anders als die Mehrheit der Bevölkerung und die überwältigende Mehrheit der Anhänger der Grünen. Hier entsteht eine neue Polarisierung, bei der die AfD zum Sammelbecken derjenigen wird, die die Klimadebatte mit großem Misstrauen verfolgen.

Besonders scharf zeigt sich die Polarisierung bei der Haltung zur Galionsfigur der „Fridays for Future“-Demonstrationen, Greta Thunberg. 51 Prozent der Bevölkerung haben von ihr eine gute Meinung, 57 Prozent sehen sie als Vorbild für die junge Generation – wenngleich nur 25 Prozent sie für kompetent beim Thema Klimaschutz halten.

Während Greta Thunberg jedoch für die Anhänger der Grünen geradezu eine Ikone ist, trifft sie bei den Anhängern der AfD auf Ablehnung und Misstrauen. 81 Prozent der Anhänger der Grünen sehen in ihr ein Vorbild für die Jugend, 80 Prozent bewerten sie insgesamt positiv. Völlig anders die Resonanz unter AfD-Anhängern: Nur 21 Prozent sehen in ihr ein Vorbild. 69 Prozent der AfD-Anhänger geht die geballte Berichterstattung über Greta Thunberg auf die Nerven; knapp zwei Drittel sind überzeugt, dass sie von anderen gesteuert wird, die im Hintergrund bleiben.

Eine derart scharfe Polarisierung zwischen den Anhängern verschiedener Parteien ist selten. Für die Grünen war Umweltschutz immer das zentrale identitätsstiftende Thema. Für die AfD wird jedoch offensichtlich eine kritische Haltung zur Klimadebatte ein neues identitätsstiftendes Thema, das ihre Anhänger ähnlich eint wie die Grundhaltung zu Migration. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass Skepsis gegenüber Aktionen und Debatten zum Klimaschutz in Ostdeutschland wesentlich weiter verbreitet ist als in Westdeutschland. So unterstützen 60 Prozent der Westdeutschen, aber nur 43 Prozent der Ostdeutschen die Schülerdemonstrationen; 54 Prozent der Westdeutschen, aber nur 39 Prozent der Ostdeutschen sehen Greta Thunberg positiv.

Bei der Bewertung konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz ist die Polarisierung zwischen den verschiedenen Parteien schwächer, dafür aber meist auch die Geschlossenheit der jeweiligen Anhänger geringer. Das gilt insbesondere für die Grundsatzfrage, ob mehr auf Einschränkungen und finanzielle Belastungen oder auf Anreize und Innovationen gesetzt werden sollte. 28 Prozent halten den ersten Weg, 45 Prozent den zweiten grundsätzlich für aussichtsreicher. Wenn beide Optionen konkretisiert werden, halten noch 23 Prozent es für effektiver, beispielsweise Autofahren und Inlandsflüge zu verteuern, während 62 Prozent überzeugt sind, dass es „besser ist, neue umweltschonende Produkte zu entwickeln und die Leute durch finanzielle Anreize dazu zu bringen, ihr Verhalten zu ändern. Das bringt mehr als Verbote oder höhere Steuern.“ Auch die Mehrheit derjenigen, die sich über die Klimaentwicklung große Sorgen machen, vertreten diese Position, auch die meisten Wähler der Grünen. Zwar ist die Mehrheit überzeugt, dass Klimaschutz nicht zum Nulltarif zu haben ist. So gehen drei Viertel der Bevölkerung davon aus, dass die Veränderung der Rahmenbedingungen für Mobilität zu steigenden Mobilitätskosten führen wird. Gleichzeitig hoffen die meisten jedoch auf technologische Innovationen – wie auf die Weiterentwicklung und Förderung schadstoffarmer Antriebssysteme und auf eine vernetzte intelligente Verkehrssteuerung –, auf die fortgesetzte Umsteuerung auf regenerative Energien, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und finanzielle Anreize für klimaschonendes Verhalten. Und die Mehrheit ist überzeugt, dass Deutschland und Europa allein nur wenig bewirken werden, wenn es nicht zu einer gemeinsamen internationalen Anstrengung kommt, an der sich insbesondere die Vereinigten Staaten und China beteiligen sowie die südamerikanischen Länder durch den Schutz des Regenwaldes. 79 Prozent der Bevölkerung halten es für besonders wichtig, dass es zu einer internationalen Klimaschutz-Allianz kommt, 73 Prozent, dass die Regenwälder geschützt und aufgeforstet werden.

Die finanzielle Opferbereitschaft hält sich dagegen in Grenzen – trotz der großen Bedeutung, die die meisten dem Klimaschutz zuschreiben. Unterstützung für ein abstraktes Ziel ist nicht gleichbedeutend mit der Bereitschaft, zugunsten dieses Ziels höhere Kosten oder Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Dies illustriert auch die Haltung zur Energiewende, die nach wie vor von der überwältigenden Mehrheit für richtig gehalten wird. Die Mehrheit sieht in der Umsteuerung auf regenerative Energien einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Gleichzeitig erklärt sich jedoch nur eine Minderheit bereit, zugunsten von Klimaschutz höhere Energiepreise zu akzeptieren; die Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen im Bereich der Versorgungsinfrastruktur geht sogar zurück, insbesondere die

Unterstützung für den Bau von Windrädern, aber auch von ohnehin niedrigem Niveau aus die Unterstützung für den Bau von Stromtrassen.

Eine CO<sub>2</sub>-Steuer trifft stabil weit überwiegend auf Ablehnung. Lediglich 21 Prozent der Bürger sind dafür. Die Mehrheit glaubt weder, dass es gelingen kann, eine Mehrbelastung sozial schwächerer Schichten zu vermeiden, noch trauen die meisten den Kompensationsangeboten in Form einer Klimaprämie. Trotz der intensiven Debatten über eine CO<sub>2</sub>-Steuer und die Alternative des Zertifikatehandels haben die Bürger wenn überhaupt nur diffuse Vorstellungen, was genau zur Debatte steht, aber durchaus weit verbreitet Befürchtungen.

Auch in der jungen Generation ist nur eine Minderheit überzeugt, dass Einschränkungen und höhere Belastungen am ehesten zum Ziel führen. Generell unterscheidet sich die politische Agenda der Jüngeren nur sehr begrenzt von der Agenda ihrer Eltern und Großeltern. Die Beziehungen zwischen den Generationen sind eng, die Übereinstimmung ist groß, auch beim Klimaschutz. Einzelne öffentliche Aktionen verstellen eher den Blick auf die Einstellungen der Mehrheit der Jüngeren. So haben beispielsweise unlängst Jugendliche in Frankfurt Straßen blockiert und mehr Zufahrtsbeschränkungen gefordert. Der Stimmungslage in der jungen Generation entspricht das nicht: Nur jeder Vierte unterstützt Zufahrtsbeschränkungen in die Innenstädte, zehn Prozent der Bevölkerung und acht Prozent der unter 25-Jährigen die Forderung nach mehr Fahrverboten. Wie die Mehrheit der Bevölkerung setzt auch die junge Generation vor allem auf den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Verflüssigung des Verkehrs durch vernetzte Ampelschaltungen, mehr Fahrradwege und die Förderung schadstoffarmer Antriebe.

Tatsächlich gibt es beim Thema Klimaschutz zwischen den Generationen keinen nennenswerten Dissens. Die Klimadebatte trägt jedoch dazu bei, dass die Abkehr der Jüngeren von politischen Themen und gesellschaftlichem Engagement gestoppt wurde. Seit den neunziger Jahren ging das Interesse der jungen Generation an Politik wie auch an Umweltthemen, Wirtschaft und Wissenschaft kontinuierlich zurück. Bei Politik und Umweltthemen ist dieser Trend gebrochen, das Interesse wieder deutlich gestiegen.

Nach wie vor ist der Kreis der unter 25-Jährigen, die sich ausgeprägt für diese Themen interessieren, jedoch geringer als in der Generation ihrer Eltern und vor allem ihrer Großeltern: 14 Prozent der 18- bis 24-Jährigen interessieren sich sehr für politische Themen. Die politisch mit Abstand interessierteste Generation sind die Achtundsechziger, die heute zwischen Mitte 60 und Mitte 70 sind. Anders als die Achtundsechziger damals hat die junge Generation heute nicht den Eindruck, dass die Gesellschaft insgesamt tiefgreifend umgekrempelt und reformiert werden müsste. Sie setzt sich mit Elan für ein Anliegen ein, getragen von dem Wohlwollen der Bevölkerungsmehrheit – und hat damit die politische Agenda beeinflusst.

Quelle: F.A.Z.

IDEE DES BILANZABKOMMENS:

## Rettet den Zins!

- VON CARL FRIEDRICH VON WEIZSÄCKER -AKTUALISIERT AM 18.09.2019-06:42  
*Die Notenbanken sind überfordert damit, für ordentliche Zinsen zu sorgen. Dabei müssen auch die Staaten mitmachen. Ein internationales Bilanzabkommen könnte helfen – ein Gastbeitrag.*

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Nullzinsen. Seit Jahren klagen die Sparer, dass sie keine Zinsen mehr erhalten. Und viele von ihnen haben den Sündenbock schon ausgemacht: die Europäische Zentralbank (EZB) und insbesondere ihren Präsidenten Mario Draghi. Auch unter den volkswirtschaftlich versierten Experten Deutschlands ist diese Schuldzuweisung häufig anzutreffen. Nicht selten wird neuerdings der Ruf nach einem positiven Mindestzins laut. Einen Mindestlohn gibt es ja schon.

Ich halte diese Kritik an der EZB für grundlegend verfehlt. Sie entspricht dem Verhaltensmuster, dass der Übermittler der schlechten Nachricht an den Galgen gehängt wird. Eine tiefere Erforschung der Ursachen der Nullzinsen ist erforderlich. Mit ihr versteht man, dass diese „schlechte Nachricht“ nur die Kehrseite einer Medaille ist, auf deren Vorderseite eine sehr gute Nachricht zu lesen ist: Weltweit gibt es Fortschritt! Aufgrund dieses Fortschritts leben die Menschen immer länger. Zugleich bewirkt der Fortschritt, dass die Maschinen und Gebäude immer schneller veralten. So nimmt wegen der steigenden Lebenserwartung das private Angebot an Kapital schneller zu als das Sozialprodukt. Aber die Nachfrage nach Realkapital kann allenfalls proportional zum Sozialprodukt mithalten.

### Von nicht ersichtlichen Staatsschulden

So kommt es zu dem Phänomen, das als „Sparschwemme“ bekannt ist. Dieser Vorgang ist im Grunde nicht neu. Es handelt sich um einen säkularen Trend. Warum wurde er nicht früher entdeckt? Im Grunde deswegen, weil der Staat massiv gegengehalten hat: durch „Entsparen“, sprich durch eine sehr stetig verlaufende Nettoneuverschuldung.

Die Staatsschulden beim Bürger sind heute weitaus höher, als es den meisten Menschen bewusst ist. Alle Welt schaut auf das Phänomen, das ich die expliziten Staatsschulden nenne. Aber diese sind nur die Spitze des Eisberges. Unter dem Meeresspiegel schwimmt der Rest des Eisberges. Der besteht aus den impliziten Staatsschulden. Dazu gehören insbesondere die in der Zukunft vom Staat zu zahlenden Renten der Sozialversicherung und der Beamten. Daneben gibt es weitere Posten. Beim Bürger sind diese impliziten Staatsschulden Vermögen. Das Bürgervermögen ist daher weitaus höher, als es bisher in den Vermögensstatistiken aufgeführt wird. Der Sozialstaat schafft ein beträchtliches privates Nettovermögen in der Form von Nettostaatsschulden.

In einem Buch, das ich zusammen mit Hagen Krämer verfasst habe, gehen wir diesen Fragen theoretisch und empirisch nach. Der geographische Raum, den wir betrachten, besteht aus den Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und zusätzlich aus der Volksrepublik China. Auf der Basis von Statistiken der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und von theoretisch abgesicherten Extrapolationen kommen wir zu einer Abschätzung des privaten Vermögens in diesem Raum unter Annahme eines Realzinses von null für risikofreie Anlagen.

Im Jahre 2015 macht das private Vermögen der Bevölkerung dieses Raumes ungefähr das Dreizehnfache des jährlichen privaten und öffentlichen Konsums aus. Von diesen dreizehn Konsumjahren sind mehr als sechs Vermögen in der Form von Nettoforderungen an den Staat. Das

heißt: Das gesamte private Vermögen ist fast doppelt so hoch wie das Realvermögen der Bürger in der Form von Gebäuden, Maschinen und Vorräten (Realkapital) und Bodenwerten. Hier ist das Vermögen der Unternehmen in privater Hand den Anteilseignern proportional zugerechnet. Die untenstehende Grafik gibt die Verteilung auf die drei Anlageformen wider: ein Drittel Realkapital, ein Fünftel Bodenwerte, sieben Fünfzehntel Nettoforderungen an den Staat.

Das Gesamtvermögen der Bürger ist damit viel größer als das herkömmlich ausgewiesene Vermögen. Es ist auch wesentlich gleichmäßiger verteilt. Denn die sozialstaatlich begründeten impliziten Staatsschulden sind als Bürgervermögen breiter gestreut als das übrige Vermögen. Man kann einen Schritt weiter gehen. Gerade weil es das sozialstaatliche Bürgervermögen gibt, ist das übrige Vermögen ungleichmäßiger verteilt. Hierzu folgendes Gedankenexperiment: Bei gegebener Lebenserwartung, aber ohne sozialstaatliche Absicherung müssten und würden die Arbeitnehmer wesentlich mehr für ihr Alter sparen, als sie es heute tun. Heute verlassen sie sich bei ihrer Altersvorsorge auf die Rentenansprüche – und sparen freiwillig entsprechend weniger. Das „Zwangssparen“ im Sozialstaat ersetzt zu einem großen Teil das freiwillige Sparen. Bei gleichem Einkommen muss der Selbständige wesentlich mehr sparen als der Arbeitnehmer und der Beamte.

Darum erscheint der Selbständige bei letztlich gleichem materiellem Lebensstandard wesentlich „reicher“ als der Arbeitnehmer und der Beamte. Ohne Zweifel handelt es sich hier um eine schiefe Optik. Sie kann nur dadurch korrigiert werden, dass man die künftigen Renten- und Pensionsansprüche gegenüber dem Staat ebenfalls als Vermögen anerkennt.

### **Leistungsbilanzüberschuss und -defizit**

Natürlich sind die Verhältnisse von Land zu Land verschieden. China ist anders als die Vereinigten Staaten; Griechenland anders als Deutschland oder Japan. Aber alle Volkswirtschaften des hier betrachteten Raumes sind wirtschaftlich eng verknüpft durch den internationalen Handel und Kapitalverkehr. So ergeben sich für China, Deutschland, die Schweiz, Österreich und die Niederlande erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse. Währenddessen weisen die Vereinigten Staaten hohe Leistungsbilanzdefizite aus. Im Übrigen findet man eine enge Korrelation zwischen dem Ausmaß der staatlichen Nettoneuverschuldung und dem Ausmaß des Leistungsbilanzdefizits. Staatliche Schuldenbremsen wie in der Schweiz und in Deutschland führen regelmäßig zu Leistungsbilanzüberschüssen. Daher sind diese Schuldenbremsen nicht verallgemeinerungsfähig. Es können nicht alle Staaten der Welt gleichzeitig hohe Leistungsbilanzüberschüsse ausweisen.

Der Euroraum, für den die europäische Zentralbank zuständig ist, weist einen Leistungsbilanzüberschuss auf. Selbst Italien mit seinem hohen Stand an expliziten Staatsschulden exportiert mehr Waren und Dienstleistungen als es importiert. Im Euroraum ist die private Sparneigung erheblich höher als die private Investitionsneigung. Nimmt man das „Zwangssparen“ bei der Sozialversicherung hinzu, kann man für den Euroraum von einer „Großen Divergenz“ zwischen privater Ersparnis und privaten Investitionen sprechen.

Der Staat hat mit dem „Entsparen“ zwar gegen die private Sparschwemme gegengehalten. Aber er hat dies nicht so weit getrieben, dass das Realzinsniveau des Weltkapitalmarktes konstant geblieben wäre. Je höher die Staatsschuldenquote stieg, desto lauter wurden die Warnungen vor einer Überschuldung. So sind auch viele internationale Vereinbarungen mit dem Ziel getroffen worden, die Staatsschulden nicht überborden zu lassen. Die Maastricht-Kriterien sind hierfür ein Beispiel. Aber auch der Internationale Währungsfonds verlangt für seine Hilfen immer eine drastische Senkung der Nettoneuverschuldung des jeweils betroffenen Staates. Nationale Staatsschuldenbremsen wie in Deutschland führten ebenfalls dazu, dass der weltweite Staatsschuldenstand die Tendenz zur Zinssenkung nur zum Teil aufgewogen hat. Schuldenbremsen sind mit schuld an den Nullzinsen.

## Preisstabilität als Eckpfeiler freiheitlicher Gesellschaften

Bei dem nun erreichten Realzinsniveau von praktisch null muss der Staat mit seiner Fiskalpolitik voll dagegen halten. Er muss verhindern, dass die „Große Divergenz“ zwischen privatem Sparen und privatem Investieren zu einem dauerhaft negativen Realzins führt. Die Staatsschuldenquote wird zum makroökonomischen Steuerruder der Weltwirtschaft. Es gibt so etwas wie einen optimalen Realzins. Den gilt es anzustreben. Er liegt im knapp positiven Bereich. Er sollte die Zielmarke für das makroökonomische Steuerruder werden.

Einerseits darf der weltweite Durchschnitt der Staatsschuldenquoten nicht zu niedrig sein. Er darf schon gar nicht mehr unter die schon erreichten sechs Konsumjahre sinken. Sonst läge der mit hoher Beschäftigung kompatible Realzinssatz weit im negativen Bereich. Das aber bedeutete Inflation. Und die Inflation als Dauerphänomen zerrüttet die Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger zur Eigenvorsorge. Der Fiskus wird dann mit den Ansprüchen der Bürger auf staatliche Fürsorge überfordert. Letztlich zerstört die Inflation die Gesellschaft freier Bürger. An ihre Stelle tritt mit der Inflation die Herrschaft des Kollektivismus. Schon Lenin hat diese Zersetzungskraft der Inflation für die bürgerliche Gesellschaft erkannt. Das mittels Inflation ausgesprochene „Verbot“ individueller Vorsorge führt zur Überbeanspruchung des staatlichen Steuerungspotentials. Das geht auf Kosten der Freiheit und des Wohlstands, es ist ein Rückfall in eine primitivere Gesellschaftsform.

Anders gesagt: Die Preisstabilität ist ein Eckpfeiler einer freiheitlichen Gesellschaft von hoher Komplexität. Diese Lehre aus der Geschichte sollte gerade in Deutschland nie vergessen werden. Der Inbegriff der Preisstabilität ist ein nicht-negatives Niveau der Realrendite auf risikofreie Kapitalanlagen. Daher sind angesichts der privaten Sparschwemme Staatsschulden und Preisstabilität nicht mehr Antagonisten, sondern Alliierte.

Andererseits darf die Staatsverschuldung nicht übertrieben werden. Sonst steigen die Realzinsen wieder, und es kommt zu einem „Crowding Out“ der privaten Investitionen. Und es entsteht die Gefahr der Inflation als Mittel der staatlichen Entschuldung. Auch wenn Schuldenbremsen antiquierte Steuerungsinstrumente sind, steht dahinter ein richtiger Gedanke: Verhinderung des historisch häufig beobachteten Missbrauchs der Staatsverschuldung. Um eine Metapher zu bemühen: Zum Bewirtschaften des Feldes bedarf es eines Pfluges; aber die Schuldenbremsen sind Holzpflüge. An ihre Stelle gehören Eisenpflüge.

## Die Gefahr des Protektionismus

Wie kann ein solcher Eisenpflug aussehen? Er sollte den optimalen Realzins für risikofreie Anlagen anstreben, den ich oben abgeleitet habe. Dieser liegt knapp über null. Ferner gilt es, den freien Handel zwischen den Staaten zu retten und zu fördern. Dieser hat gerade den ärmeren Staaten der Welt große Wohlstandsgewinne gebracht. Darüber hinaus ist er ein möglicherweise unentbehrlicher Beitrag für den Weltfrieden.

Es lauert immer die Gefahr des Protektionismus. Aber diese ist besonders groß, wenn das Realzinsniveau niedrig ist. Um diesen Zusammenhang zu verstehen, ist es nützlich, zwischen einer „Keynes-Welt“ mit niedrigen Zinsen und einer „Friedman-Welt“ mit höheren Zinsen zu unterscheiden.

Vor siebzig Jahren plädierte Milton Friedman für flexible Wechselkurse, sprich für eine nationale Autonomie in der Währungspolitik. Damals konnte von einer Sparschwemme noch keine Rede sein. Die hohen Realzinsen waren das Signal für Kapitalknappheit. Unter solchen Bedingungen war es den Vereinigten Staaten recht, wenn ein starker Dollar den Import von Kapital und Waren beförderte. Das Problem war nicht die Arbeitslosigkeit wegen mangelnder Nachfrage. Und wenn ein Nachfrageproblem auftauchen sollte, konnte die Zentralbank durch Zinssenkungen gegensteuern.

Wenn aber Importe wegen Kapitalknappheit willkommen sind, ist die Gefahr des Protektionismus nicht so groß. Eine solche Situation nenne ich „Friedman-Welt“.

Inzwischen befinden wir uns in einer Welt mit niedrigen Zinsen. Ich nenne sie eine „Keynes-Welt“. Hier sind weitere Zinssenkungen durch die Zentralbank entweder nicht möglich (Euroraum, Japan, Schweiz) oder doch schwierig (Vereinigte Staaten). Beim Wähler steigt die Furcht vor der Arbeitslosigkeit; er vertraut nicht mehr darauf, dass die Zentralbank das Thema im Griff hat. Kapital ist nicht mehr knapp, es wird reichlich angeboten. Das macht protektionistische Programme populär, zumal in Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten. Diese „Keynes-Welt“ ist der Hintergrund für den Wahlerfolg von Donald Trump, für die Brexit-Abstimmung, für den Zuspruch zu Nationalismus und Protektionismus.

### **Ein „Bilanzabkommen“ könnte helfen**

Als Ersatz für die Schuldenbremse schlage ich vor diesem Hintergrund ein multilaterales Abkommen vor, das ich „Bilanzabkommen“ nenne. Dieses Abkommen sieht vor, dass sich die Teilnehmerstaaten auf einen Zielwert für den Realzinssatz des Weltkapitalmarktes einigen. Er könnte zum Beispiel bei 1 oder 1,5 Prozent liegen. Ist der tatsächliche Realzinssatz geringer, so sind nach diesem Abkommen die Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen (derzeit zum Beispiel Deutschland und China) verpflichtet, durch eine expansive Fiskalpolitik für zusätzliche Nachfrage zu sorgen, sei es durch Steuersenkungen, sei es durch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Hierdurch vermindert sich auch ihr Leistungsbilanzüberschuss – und das Realzinsniveau steigt. Liegt der tatsächliche Realzinssatz hingegen über dem optimalen Wert, so sind die Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten in der Pflicht. Sie müssen dann mehr Sparsamkeit üben, indem sie die Ausgaben senken oder die Steuersätze anheben. Dadurch sinkt der Weltkapitalzins, gleichzeitig sinkt das Leistungsbilanzdefizit der in die Pflicht genommenen Staaten.

Die jeweiligen Pflichten der Staaten sind im Grunde in ihrem eigenen Interesse. Der Zins ist schließlich nicht nur für private Haushalte und Unternehmen ein unentbehrliches Preissignal, sondern auch für den Fiskus. Bei sehr niedrigen Vollbeschäftigungs-Realzinsen ist es ohnehin rational, das nationale Wirtschaftswachstum durch vermehrte öffentliche Investitionen oder Steuersenkungen anzukurbeln. Bei zu hohen Realzinssätzen ist es ohnehin rational, das nationale Wirtschaftswachstum durch erhöhte fiskalische Sparsamkeit zu fördern.

Zur Begründung dieses Vorschlags beachte man die politische Ökonomie des internationalen Handels in der „Keynes-Welt“. Diese neigt, wie ausgeführt, zum Protektionismus. Dem Wähler geht es hier primär um die Arbeitsplätze. So entsteht in Ländern wie den Vereinigten Staaten das Gefühl, dass die Arbeitsplätze international ungerecht verteilt seien. Zudem sitzen die Vereinigten Staaten bei den von ihnen angezettelten Handelskonflikten gerade wegen des Leistungsbilanzdefizits am längeren Hebel: Gehen die Zölle international in gleichem Ausmaß nach oben, verlieren die Amerikaner weniger als ihre Handelspartner.

Die Handelsdiplomatie sieht jedoch ganz anders aus, wenn man sich erst einmal mittels des skizzierten Bilanzabkommens gegenseitig zu Maßnahmen verpflichtet hat, die auf einen wirksamen Abbau der Leistungsbilanz-Salden hinauslaufen. Bei potentiellen Handelskonflikten hat dann jeder ein vergleichbar starkes Drohpotential. Es mag dann immer noch einen „kalten“ Handelskrieg geben. Aber der bleibt mit höherer Wahrscheinlichkeit „kalt“ – und dieser „kalte“ Handelskrieg ist nichts anderes als das Regime des Freihandels.

**Carl Christian von Weizsäcker und Hagen Krämer:** Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert. Die Große Divergenz. Verlag Springer Gabler, 2019, 39,99 Euro.  
Quelle: F.A.S.



## **Wortlaut der umstrittenen Passage der Rede von Alexander Gauland**

### **Beim Kongress der Jungen Alternative am 2. Juni 2018:**

„Aber wir wollen weder in der Welt noch in Europa aufgehen. Wir haben eine ruhmreiche Geschichte, die länger dauerte als 12 Jahre. Und nur wenn wir uns zu dieser Geschichte bekennen, haben wir die Kraft, die Zukunft zu gestalten.

Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die 12 Jahre. Aber, liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte. Und die großen Gestalten der Vergangenheit von Karl dem Großen über Karl V. bis zu Bismarck sind der Maßstab, an dem wir unser Handeln ausrichten müssen. Gerade weil wir die Verantwortung für die 12 Jahre übernommen haben, haben wir jedes Recht den Stauferkaiser Friedrich II., der in Palermo ruht, zu bewundern. Der Bamberger Reiter gehört zu uns wie die Stifterfiguren des Naumburger Doms.

Liebe Freunde, denken wir immer daran, dass ein deutscher Jude, Ernst Kantorowicz, den Ruhm des Stauferkaisers beschrieben hat. Nein, der Islam gehört nicht zu uns. Unsere Vorfahren haben ihn 1683 vor Wien besiegt. Aber das deutsche Judentum von Ballin und Bleichröder über Rathenau und Kantorowicz war Teil einer deutschen Heldengeschichte, die Hitler vernichten wollte.

Liebe Freunde, uns muss man nicht vom Unwert des Nationalsozialismus überzeugen. Wir haben diesen Unwert im Blut. (...)

157,74 (+ VIDEO)

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article176912600/AfD-Chef-Gauland-bezeichnet-NS-Zeit-als-Vogelschiss-in-der-Geschichte.html>

## Gauland bezeichnet NS-Zeit als „Vogelschiss in der Geschichte“

Veröffentlicht am 02.06.2018 | Lesedauer: 4 Minuten

Der Partei- und Fraktionschef der AfD, Alexander Gauland, hat die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland relativiert. „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“, sagte Gauland am Samstag beim Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) im thüringischen Seebach.

Dieser Satz fiel nach einem Bekenntnis von Gauland zur Verantwortung der Deutschen für den Nationalsozialismus von 1933 bis 1945. „Nur wer sich zur Geschichte bekennt, hat die Kraft, die Zukunft zu gestalten“, sagte der AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende. „Ja, wir bekennen uns zur Verantwortung für die zwölf Jahre.“

Er machte aber auch deutlich, dass das nur ein Teil der deutschen Geschichte sei. Gauland: „Wir haben eine ruhmreiche Geschichte – und die, liebe Freunde, dauerte länger als die verdammten zwölf Jahre.“

Viele der anwesenden JA-Mitglieder klatschten, einige erhoben sich nach der Rede, riefen „Gauland, Gauland, Gauland“. JA-Chef Damian Lohr verteidigte Gauland als „Grandseigneur der Partei“.

Später sagte Lohr WELT, dass er die Kritik an Gaulands Zitat für überzogen halte. „Ich glaube, Gauland hat das einfach nicht präzise genug formuliert.“ Es sei Gauland wohl nicht darum gegangen, die Bedeutung des Nationalsozialismus für die deutsche Geschichte kleinzureden. „Aber rein zeitlich betrachtet ist der Anteil der zwölf Jahre an der deutschen Geschichte natürlich gering.“

Lohr deutete an, dass er sich selbst nicht so ausgedrückt hätte. „Ich bin grundsätzlich dagegen, über Geschichte zu reden, auch wenn wir natürlich die Gedenkkultur beibehalten wollen.“ Seiner Jugendorganisation gehe es darum, Deutschland und Europa zu verändern. „Das erreiche ich nicht dadurch, dass ich Seminare über die Vergangenheit halte.“

Mit ähnlichen Äußerungen hatte Gauland bereits im September für Empörung gesorgt. Damals sagte er bei einem „Kyffhäuser-Treffen“ der AfD in Thüringen: „**Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr. Und das sprechen wir auch aus. Deshalb haben wir auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen.**“

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer verurteilte Gaulands neuerliche Aussage scharf. „50 Millionen Tote im Weltkrieg, Holocaust, totaler Krieg – und das alles zu bezeichnen mit einem Vogelschiss, das ist ein solcher Schlag ins Gesicht der Opfer. Und eine Relativierung dessen, was in deutschem Namen passiert ist“, sagte sie WELT am Samstag am Rande ihrer „Zuhörtour“ im thüringischen Rohr.

Gauland lasse mit einer solchen Aussage die Masken fallen: „Wer so etwas als Vorsitzender einer Partei sagt und dann sagt, das sei eine bürgerliche Partei, das macht einfach fassungslos.“ Das solle auch möglichen Wählern eine Warnung sein: „Jeder, der Sympathien für die AfD hat, muss sich genau überlegen, was er sich hinter der bürgerlichen Fassade wirklich einkauft.“

Scharfe Kritik kam auch von Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt: „Es ist ein unfassbarer Schlag ins Gesicht von allen Überlebenden des Holocaust, ihren Nachfahren und Angehörigen“, sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe laut einem Vorabbericht. „Unsere deutsche Geschichte hat gezeigt, wie Nationalismus, Hass und Hetze in den Abgrund führen.“ Die Parteivorsitzenden der Linken, Katja Kipping, sagte der Deutschen Welle: „So redet ein Faschist über die Verbrechen des Faschismus.“ (...)

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Witt forderte Konsequenzen aus Gaulands umstrittener Äußerung. „Das Mindeste ist eine Entschuldigung von Herrn Gauland“, sagte Witt WELT. Gefragt, ob Gauland nach seiner Äußerung noch als Parteichef haltbar sei, sagte Witt: „Das wird sich auf dem nächsten Bundesparteitag zeigen und der ist schon bald.“

Uwe Witt ist Sprecher der Alternativen Mitte, einer eher gemäßigten Gruppe in der AfD. Auf Twitter hatte er sich über die Äußerung Gaulands empört: „Der größte Massenmörder Deutschlands, Hitler, ist beileibe kein Vogelschiss!“ Als Politiker der AfD entschuldige er sich „bei allen jüdischen Mitbürgern und den Opfern des Naziregimes sowie deren Familien für diese unglaubliche Bagatellisierung unseres Parteivorsitzenden.“

AfD-Fraktionssprecher Christian Lüth hingegen reagierte auf die Debatte via Twitter mit einem weiteren Zitat von Gauland: „Vogelschiss ist das, was ich von der Nazi-Zeit halte. Quantitativ auf die rund tausend Jahre deutsche Geschichte gesehen.“

---

## **Wortlaut der umstrittenen Passage der Rede von Alexander Gauland Beim Kongress der Jungen Alternative am 2. Juni 2018:**

„Aber wir wollen weder in der Welt noch in Europa aufgehen. Wir haben eine ruhmreiche Geschichte, die länger dauerte als 12 Jahre. Und nur wenn wir uns zu dieser Geschichte bekennen, haben wir die Kraft, die Zukunft zu gestalten.“

Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die 12 Jahre. Aber, liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte. Und die großen Gestalten der Vergangenheit von Karl dem Großen über Karl V. bis zu Bismarck sind der Maßstab, an dem wir unser Handeln ausrichten müssen. Gerade weil wir die Verantwortung für die 12 Jahre übernommen haben, haben wir jedes Recht den Stauferkaiser Friedrich II., der in Palermo ruht, zu bewundern. Der Bamberger Reiter gehört zu uns wie die Stifterfiguren des Naumburger Doms.

Liebe Freunde, denken wir immer daran, dass ein deutscher Jude, Ernst Kantorowicz, den Ruhm des Stauferkaisers beschrieben hat. Nein, der Islam gehört nicht zu uns. Unsere Vorfahren haben ihn 1683 vor Wien besiegt. Aber das deutsche Judentum von Ballin und Bleichröder über Rathenau und Kantorowicz war Teil einer deutschen Heldengeschichte, die Hitler vernichten wollte.

Liebe Freunde, uns muss man nicht vom Unwert des Nationalsozialismus überzeugen. Wir haben diesen Unwert im Blut. (...)

157,76

<https://www.sueddeutsche.de/politik/golfkrise-saudi-arabien-drohnenangriff-1.4603917>

17. September 2019, 21:18 Uhr

**Golfkrise:**

## Europa schaut nur zu

*Die europäischen Staaten müssen nach den Angriffen auf saudische Ölanlagen ihre bescheidenen Mittel einsetzen, um einer weiteren Eskalation am Golf entgegenzuwirken.*

Kommentar von [Daniel Brössler](#), Berlin

Vor drei Jahren präsentierte Federica Mogherini, die nun bald scheidende EU-Außenbeauftragte, eine "globale Strategie" für die Europäische Union. Dabei stellte sie dem Dokument ein paar Worte über jenes scheinbare Rätsel voran, das Europas Rolle in der Welt prägt. Mit fast einer halben Milliarde Bürger und einer Wirtschaftsmacht, mit der sich nur die USA und China messen können, verfüge die EU über ein "beispielloses Potenzial". Der EU gelinge es aber nicht, konstatierte die Italienerin in formvollendeter Untertreibung, dieses Potenzial "in vollem Umfang auszuschöpfen". Mit dem Anspruch, das zu ändern, trat in Frankreich Präsident Emmanuel Macron auf den Plan. Europa sollte souverän werden. Nun, während sie schockiert auf den Brand am Golf blicken, müssen die Europäer feststellen, dass sie diesem Ziel in den vergangenen Jahren keinen Schritt näher gekommen sind. Im Gegenteil.

Seit den [Drohnenangriffen](#) auf saudische Ölanlagen ist die Kriegsgefahr am Golf noch einmal drastisch gestiegen. Und wiewohl es ein Krieg wäre, der Sicherheit und Wohlstand in Europa dramatisch gefährdet, müssen sich die Europäer eingestehen: Ihre Möglichkeiten, Einfluss auf das Geschehen zu nehmen, sind minimal. Wie klein der Spielraum ist, zeigen schon die ehrenwerten, aber mitunter hilflosen Versuche, das Atomabkommen mit Iran zu retten. Die Europäer werden zerrieben zwischen der kopflosen Politik des maximalen Drucks von US-Präsident Donald Trump und dem unerfüllbaren Anspruch der Iraner, vor den Folgen der US-Sanktionspolitik in maximaler Weise bewahrt zu werden.

Europa hat - realistisch betrachtet - kaum Einfluss in dieser Krise

In der jetzt noch einmal drastisch zugespitzten Lage sitzen die Europäer, und hier besonders die Deutschen, zunächst einmal auf dem Platz des bangenden Zuschauers. Sie müssen hoffen, dass [Saudi-Arabiens](#) selbstherrlicher Prinz Mohammed bin Salman die Nerven bewahrt. Sie müssen hoffen, dass die iranischen Machthaber nicht immer weiter und weiter zündeln, weil sie glauben, dass sie einen zaudernden Trump nicht fürchten müssen. Vor allem aber müssen sie hoffen, dass ein heillos überforderter US-Präsident sich nicht immer tiefer in Widersprüche verstrickt und einem Krieg nähert, den er eigentlich nicht will. Auf alle diese Akteure können und sollten die Europäer einreden, auf keinen aber wird es viel Eindruck machen. Sich das klarzumachen, ist Realismus. Sich damit tatenlos abzufinden, wäre Fatalismus.

Selbstverständlich muss Europa nun also seine bescheidenen Mittel einsetzen, um einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken. So unwahrscheinlich es ist, dass der französische Präsident Trump wirksam ins Gewissen reden kann, versuchen sollte er es. So wenig wahrscheinlich eine diplomatische Lösung ist, so sehr sollte Deutschland als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und mit seinen relativ guten Kontakten in alle Richtungen versuchen, zu einer Beruhigung beizutragen. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel nun versichert, Deutschland werde immer auf Seiten der Deeskalation stehen, lässt das die Frage offen, wie es effektiv zu einer Deeskalation beitragen kann. Kurzfristig sicher nicht durch eine Aufhebung des Waffenembargos gegen Saudi-Arabien, wie es einige aus der Union fordern. Langfristig aber schwächt moralischer Rigorismus Deutschlands Einflussmöglichkeiten - und damit auch die Europas.

157,77

<https://www.sueddeutsche.de/politik/klimakrise-fridays-for-future-streik-arbeitsrecht-1.4602474>

17. September 2019, 16:59 Uhr

**Klimastreiks:**

## Gefährliches Terrain



Erwachsene unterstützen die Fridays-for-Future-Bewegung. Arbeitnehmer müssen für Demonstrationen allerdings frei nehmen - streiken dürfen sie nicht.

*Sollen Arbeitnehmer fürs Klima streiken, wie es Anhänger von Fridays for Future fordern? Natürlich nicht! Politischer Streik ist hierzulande nicht erlaubt - aus guten Gründen.*

*Ein Kommentar von [Henrike Roßbach](#)*

Sollen Arbeitnehmer am Freitag für mehr Klimaschutz auf die Straße gehen? Was für eine Frage: Wem die Rettung des [Klimas](#) am Herzen liegt, der sollte natürlich mitdemonstrieren bei einer der Fridays-for-Future-Kundgebungen, die überall im Land stattfinden werden, während in Berlin das Klimakabinett tagt. Die heiklere Frage aber ist eine andere: Sollen Arbeitnehmer am Freitag für mehr Klimaschutz *streiken*? Auch hier ist die Antwort klar: Natürlich nicht!

Der Aufruf der Fridays-for-Future-Organisatoren erging dieses Mal an Schüler, Eltern, Lehrer, Arbeitgeber, Angestellte, Arbeitslose, Azubis. Ein Unterstützerbündnis aus Umweltverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen ruft ebenfalls zum Demonstrieren auf. Das aber ändert nichts daran, dass Arbeitnehmer trotzdem nicht fürs Klima [streiken](#) dürfen. Sie können Urlaub nehmen, ihr Gleitzeitkonto abbauen, die Mittagspause nutzen oder ihre Schicht tauschen. Und einige arbeiten sogar in Firmen, die ihren Beschäftigten dezidiert frei geben am Freitag. Alles stehen und liegen lassen aber dürfen die Arbeitnehmer nicht. Und das ist keineswegs eine beklagenswerte Lücke im Streikrecht, sondern gut so.

In Deutschland dürfen nur Gewerkschaften zu einem Streik aufrufen - und auch das nur für Dinge, die sich in Tarifverträgen regeln lassen. Greenpeace oder der ADAC also sind generell raus, und auch Verdi oder die IG Metall dürften ihre Mitglieder nicht zu einem Ausstand zur Rettung der Bienen oder

gegen Sterbehilfe mobilisieren. Der politische Streik ist hierzulande schlicht nicht vorgesehen, genauso wenig wie der Generalstreik. In anderen Ländern ist das zum Teil anders, etwa in Frankreich. In Deutschland aber sorgen Tarifpartnerschaft und Mitbestimmung für eine weniger konfrontative Kultur zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, und die hat sich schon oft bewährt, zuletzt etwa in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Hinzu kommt: Wer heute verlangt, Streiken fürs Klima müsse erlaubt werden, gerät auf gefährliches Terrain. Soll es dann auch zulässig sein, die Arbeit niederzulegen, um bei Pegida mitzumarschieren? Und wenn nicht: Wer soll entscheiden, was eine "gute" Demo ist, für die man streiken darf, und was eine "böse", für die das nicht gilt? Ein derartiges Gesinnungsstreikrecht wäre ein Unding und würde demokratische Grundrechte gerade nicht schützen, sondern nachhaltig beschädigen.

Die Gewerkschaften wissen, dass der politische Streik für sie eine No-Go-Area ist. Deshalb werben sie zwar dafür, am Freitag mitzudemonstrieren, achten aber sorgsam darauf, auf ihrer Seite des Absperrbands zu bleiben. Verdi etwa ruft dazu auf, dabei zu sein bei den Klimademos, ergänzt den Aufruf aber um den Halbsatz "wem immer es möglich ist".

Dass man am Freitag nicht einfach den Stift fallen lassen oder den Bagger abstellen kann, hat noch einen positiven Aspekt: Die Teilnahme an den Demonstrationen wird Arbeitnehmer etwas kosten, einen Tag Urlaub beispielsweise, und auch die Unternehmen, die mit von der Partie sind, müssen ein bisschen Umsatz opfern oder zumindest den gewohnt reibungslosen Gang der Dinge. Wie viele trotzdem mitmachen werden, könnte ein erster Gradmesser sein für die Bereitschaft der Bürger und der Wirtschaft, auch die anderen Kosten eines besseren [Klimaschutzes](#) zu tragen. Das wäre schon mal was.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/oecd-der-arbeitsmarkt-fuer-migranten-hat-sich-verbessert-16390629.html>

OECD:

## Beschäftigungsrekord für Zuwanderer in Deutschland

- AKTUALISIERT AM 18.09.2019-13:03

*Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Migranten habe sich verbessert, sagt die OECD. Die Jobqualität sei aber häufig bescheiden.*

Immer mehr Zuwanderer in Deutschland sind erwerbstätig. „Bei der Beschäftigungsquote hat Deutschland mit 70 Prozent Ende 2018 einen historischen Höchststand erreicht“, sagte der Migrations-Experte der Industriestaaten-Organisation OECD, Thomas Liebig, am Mittwoch in Berlin. Die Jobqualität sei aber häufig bescheiden. Auch die Zahl der Zuwanderer, die für ihre Tätigkeit eigentlich überqualifiziert seien, sei gestiegen. Als Zuwanderer gelten laut OECD im Ausland geborene Menschen, auch wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Flüchtlinge werden berücksichtigt, wenn sie einen Schutzstatus erhalten haben.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland weiter ein Zuwanderungsmagnet. Laut dem am Mittwoch in Paris vorgelegten Migrations-Ausblick der OECD kamen 2017 rund 860.000 dauerhafte Zuwanderer. Die Zahl sei zwar das zweite Mal in Folge gesunken, vor allem durch die geringere Flüchtlingszahl. Aber von den OECD-Ländern verzeichneten nur die Vereinigten Staaten noch mehr. Bei der zeitweisen Zuwanderung stieg Polen auf die Spitzenposition. 2017 habe Polen rund 1,1 Millionen temporäre Migranten verzeichnet. Darunter sind viele Ukrainer als Saisonarbeitskräfte.

### **Innereuropäische Zuwanderung verliert an Bedeutung**

Der OECD-Experte erwartet einen Bedeutungsverlust für den Zuzug aus EU-Staaten nach Deutschland, der bisher etwa die Hälfte der Zuwanderung ausmacht. „Die Arbeitsmigration aus dem Westbalkan ersetzt zunehmend die mittel- und osteuropäische Zuwanderung“, sagte Liebig unter Verweis auf erste Trends des Jahres 2019. Dies gelte noch nicht für die EU-Staaten Rumänien und Bulgarien als Herkunftsländer, aber unter anderem für Polen, das durch die wirtschaftliche Erholung mit einem guten Arbeitsmarkt auch Einheimischen bessere Zukunftschancen biete.

Von dem Fachkräfte-Einwanderungsgesetz, das zum 1. März 2020 in Kraft tritt, verspricht sich Liebig nicht sehr viel. Dieses werde eine „sehr beschränkte Wirkung entfalten“. Das Gesetz soll Fachleuten ohne Studium die Zuwanderung aus Staaten außerhalb der EU erleichtern, verlangt aber eine vorherige Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses. Liebig sieht darin einen Konstruktionsfehler, der das Verfahren komplizierter mache und zudem einen falschen Schwerpunkt setze. Für Arbeitgeber seien formale Qualifikationen weniger wichtig als deutsche Sprachkenntnisse, sagte Liebig: „Das deutsche Zuwanderungssystem aber tut so, als ob es gar nicht wichtig ist, dass man in Deutschland Deutsch spricht.“

Positiv bewertet der OECD-Experte, dass Deutschland mehr internationale Studenten anzieht als jedes andere nicht anglophone Land. Mit 265.000 internationalen Studierenden haben Deutschland 2017 erstmals Frankreich abgehängt.

<http://www.lefigaro.fr/flash-eco/un-rapport-relance-l-idee-d-une-taxe-carbone-elargie-a-tous-les-secteurs-20190918>

## Taxe carbone : la Cour des comptes estime «inélucltable» sa hausse et son élargissement

• Par Anne de Guigné

Publié le 18/09/2019 à 13:58

**La France ne peut faire autrement si elle veut atteindre ses objectifs de réduction des émissions de gaz à effet de serre, explique un rapport. Le gouvernement assure ne pas envisager de hausse en 2020.**

Maniée sans doigté par l'exécutif, la taxe carbone a cristallisé la colère des Français des périphéries, ceux «qui fument des clopes et qui roulent au diesel», selon les mots malheureux de Benjamin Grivaux, les mêmes qui se sont retrouvés tout l'hiver dernier sur les ronds-points. Pour éteindre l'incendie, Emmanuel Macron avait suspendu puis annulé la trajectoire de hausse de la taxe au 1er janvier 2019. Depuis, plus personne n'ose en parler... malgré les appels pressants des experts, unanimes sur le sujet.

La Cour des comptes a ajouté ce mercredi sa pierre au débat. Dans un rapport intitulé «La fiscalité environnementale au défi de l'urgence climatique», le Conseil des prélèvements obligatoires (CPO), un organisme rattaché à la Cour, préconise «la reprise d'une trajectoire de fiscalité carbone, tant cet outil paraît conditionner l'atteinte des objectifs environnementaux». «La question est de savoir si on se donne les moyens de respecter les engagements (climatiques) que l'on prend», a martelé Didier Migaud, le premier président de la Cour, auditionné à l'Assemblée nationale. «La reprise d'une trajectoire permettrait de réduire les émissions de 5% à 18% d'ici à 2030», a-t-il encore souligné. Pour atténuer les effets de cette mesure, le conseil suggère d'«associer des mécanismes de compensation en direction des ménages les plus affectés, notamment les ménages modestes, de manière à favoriser l'acceptation de la fiscalité carbone et l'adaptation des comportements». Le tout, en veillant à «ne pas accroître le niveau global des prélèvements obligatoires».

D'autant que le CPO ne se contente pas de plaider pour une reprise de la trajectoire; il recommande aussi de lever toutes les dérogations à la taxe dont bénéficient certains secteurs comme le transport aérien et maritime ou le secteur routier. Selon, le CPO, il existe actuellement vingt-six dérogations à la taxation des consommations d'énergies fossiles, représentant plus de 10 milliards d'euros de manque à gagner pour les caisses de l'État.

### **Réduire les émissions de 40%**

Aujourd'hui, la fiscalité carbone est gelée à son niveau de 2019, soit 44,60 euros par tonne de CO<sub>2</sub>. Le CPO a testé deux trajectoires de taxe à l'horizon 2030, l'une modérée (100 euros la tonne), l'autre plus ambitieuse (317 euros). «Par rapport à une baisse tendancielle des émissions de gaz à effet de serre de 25% en 2030 avec les mesures existantes, la baisse serait comprise entre 29% (pour la première hypothèse) et 34% (pour la deuxième) par rapport à 1990», dit le rapport. Ces augmentations ne suffiraient donc pas à atteindre l'objectif d'une baisse de 40% fixé dans la loi.

Malgré l'urgence, le gouvernement ne veut sous aucun prétexte rouvrir le dossier explosif de la fiscalité écologique. «Nous n'envisageons pas de hausse de la taxe carbone en 2020», a ainsi déclaré mercredi la porte-parole du gouvernement, Sibeth Ndiaye, à l'issue du Conseil des ministres.



## Editorial. Immigration : un débat piégé

Publié aujourd'hui à 11h23, mis à jour à 18h23

En demandant aux députés LRM de « regarder en face » la question migratoire, Emmanuel Macron vient sur ce thème affronter le Rassemblement national, qui n'hésitera pas à faire monter les enchères.

La première est que le sujet inquiète de plus en plus les Français. Dans la dernière enquête sur les fractures françaises réalisée par Ipsos-Sopra Steria (*Le Monde* du 17 septembre), la majorité d'entre eux estime « *que la mondialisation est une menace pour la France* », que « *le pays doit se protéger davantage* », que « *les immigrés ne font pas d'effort pour s'intégrer* ». En un an, ces trois indicateurs ont progressé de 4 à 6 points, reflétant une crispation que tout gouvernement ne saurait négliger.

La seconde bonne raison est que le sujet creuse la fracture entre les gagnants et les perdants de la mondialisation, les milieux aisés et les classes populaires. C'est en effet dans l'électorat ouvrier que la question est la plus sensible et le rejet le plus aigu. Sur le plan politique, laisser prospérer un tel clivage est dangereux.

Le ministre des comptes publics, Gérard Darmanin, avait été le premier à le relever, au lendemain du mouvement des « gilets jaunes ». « *Le clivage conservateurs-progressistes ne doit pas se transformer en un clivage patriciens-plébéiens, les bourgeois et les élites étant la majorité présidentielle, et le peuple étant le Rassemblement national [RN]* », avait averti l' élu du Nord, qui revendique ses origines modestes. Faute de quoi, avait-il ajouté, il sera impossible de « *préserver la cohésion nationale* », de « *réformer le pays* » et de « *gagner l'élection présidentielle* ».

### Attiser les braises au lieu de contenir le feu

En adhérant à ce raisonnement, Emmanuel Macron assume le fait de placer la seconde partie de son quinquennat sous le signe du régalién, comme l'avait fait Nicolas Sarkozy après la grande crise de 2008. Mais, ce faisant, il prend le même risque que son prédécesseur : attiser les braises au lieu de contenir le feu. Cela fait des années que Marine Le Pen a préempté le thème de l'immigration. Chaque fois qu'un adversaire vient sur son terrain, elle fait monter les enchères. Qu'un débat soit organisé à l'Assemblée nationale, le 30 septembre, et elle riposte que son parti, faute d'une représentation suffisante, n'y aura pas la parole. Qu'Emmanuel Macron s'inquiète du nombre élevé des demandeurs d'asile, et M<sup>me</sup> Le Pen suggère d'interroger les Français par référendum avec « *des questions très simples* », comme « *oui ou non le droit du sol, oui ou non le regroupement familial, oui ou non la maîtrise à nouveau de nos frontières* ».

Pour contrer la présidente du RN, M. Macron veut que la majorité se dote d'une doctrine susceptible de rassurer face aux défis migratoires : la France, en lien avec ses partenaires européens, doit prendre toute sa part dans l'accueil des réfugiés, mais se montrer intraitable avec l'immigration clandestine. Cependant, il heurte une partie de sa majorité et prend le risque d'une fronde, ce qui n'est pas la meilleure façon d'affronter l'adversaire.

Mais le plus gênant est l'improvisation avec laquelle certains dossiers sensibles sont jetés en pâture, comme le montre l'exemple de l'aide médicale d'Etat (AME). Des responsables de la majorité, des ministres zélés, pointent « *les abus* » dont ferait l'objet la couverture maladie des étrangers en situation irrégulière. Un rapport a été commandé par le premier ministre dont les conclusions ne sont pas connues. Résultat : le fantasme prévaut là où des chiffres irréfutables permettraient de mener la réflexion. C'est tout le piège du débat sur l'immigration. Il s'ouvre en terrain miné.

<http://www.lefigaro.fr/actualite-france/les-depenses-liees-a-l-immigration-en-france-ressemblent-a-un-puits-sans-fond-20190917>

**Le Figaro, no. 23356**

Le Figaro, mercredi 18 septembre 2019 674 mots, p. 5

Politique

## **D'aides en allocations diverses, les dépenses liées à l'immigration en France ressemblent à un puits sans fond**

Leclerc, Jean-Marc

LA PERSPECTIVE des élections municipales réveille l'exigence de réponses intelligibles sur la question de l'immigration irrégulière. Emmanuel Macron avait déjà affiché sa fermeté il y a deux ans tout juste, se voulant « *intraitable* » sur les reconduites. Mais, avec à peine plus de 15 % de taux de retour effectif dans leur pays d'origine des quelque 100 000 clandestins soumis à une obligation de quitter le territoire, il n'a pas fait mieux que ses prédécesseurs. Implacable réalité internationale qui veut qu'un migrant ne puisse être renvoyé sans l'accord de son pays d'origine.

Le flux migratoire prend désormais en France la forme d'une immigration de rebond depuis l'Allemagne, la Belgique, l'Italie, l'Espagne. Ce qui nourrit les peurs et favorise les extrêmes.

Si la France échoue à renvoyer les étrangers qu'elle juge indésirables, peut-être doit-elle s'évertuer à devenir moins attractive, se demandent nos élites. Bercy, pour sa part, regarde les comptes. Les perspectives ne sont guère réjouissantes. Le poids de l'immigration pour les finances du pays atteint un tel niveau qu'il obère l'efficacité de bien des réformes visant à assainir les comptes publics. À quoi sert de réformer si ce qui rentre dans une poche sort aussitôt par une autre ?

Pour l'année 2014, la Cour des comptes avait mis en garde l'État, estimant alors le coût de l'asile à 1 milliard d'euros par an pour les demandeurs et à 1 milliard d'euros supplémentaires pour les déboutés, qui restent malgré tout, pour l'essentiel, sur le territoire national. C'était à une époque où le « pays des droits de l'homme » accueillait 65 000 demandeurs d'asile en un an. Ils sont aujourd'hui le double chaque année.

Un récent rapport des députés Jean-Noël Barrot (MoDem) et Alexandre Holroyd (LREM) a révélé qu'en décembre 2018 le seuil des 100 000 ménages bénéficiaires de l'allocation pour demandeurs d'asile (ADA) avait été franchi. Ce seul poste frôle le demi-milliard d'euros par an dans le budget de l'État.

Le cas des mineurs isolés étrangers, pudiquement rebaptisés mineurs non accompagnés (MNA), fournit une autre illustration des difficultés qui s'amoncellent. Ils sont passés de 264 à 40 000 en l'espace de vingt ans. Les départements, qui en ont la charge au titre de l'aide sociale à l'enfance, sonnent l'alarme. Le directeur général de l'Assemblée des départements de France (ADF), Pierre Monzani, chiffre ce coût annuel à « *pratiquement 2 milliards d'euros* », l'État ne participant qu'à hauteur de 15 % des frais. Alors qu'« *après son élection, le président de la République avait promis au bureau de l'ADF une prise en charge à 100 % des MNA* », rappelle le président de l'ADF, Dominique Bussereau. Ce dossier est au point mort.

## **1 milliard : le coût annuel de l'AME**

Et puis, il y a l'aide médicale d'État (AME). Elle donne une approche du niveau de l'immigration illégale en France, puisqu'elle est destinée aux seuls illégaux. En 2019, cette aide a bénéficié à 330 000 allocataires. Ils étaient 150 000 sous Jospin.

Deux audits ont été commandés par le gouvernement sur l'AME et les diverses charges au bénéfice des étrangers en situation irrégulière. Mais la situation est connue. Le député LR de Paris, Claude Goasguen, auteur des deux seuls rapports parlementaires sur le sujet, estime à plus de 1 milliard le coût annuel de l'AME. Car, en plus des 935 millions d'euros inscrits dans la loi de finances 2019, il faut ajouter, par exemple, les 100 millions d'euros que coûtent chaque année les urgences à Mayotte, département français d'outre-mer, dont la capitale est devenue la « première maternité de France », sous la pression de l'immigration comorienne, notamment.

Les expulsions ont aussi un coût : environ 14 000 euros par clandestin en métropole. L'idée a germé d'accentuer les retours aidés, moins coûteux. Au risque d'entretenir l'« appel d'air » ? Le débat parlementaire d'octobre sera plus qu'utile. Mais attention : il ne suffit pas de nommer les problèmes avant une échéance électorale pour qu'ils disparaissent. Sauf à reproduire les calculs cyniques de l'« ancien monde » tant décrié par le président Macron.

<http://www.lefigaro.fr/politique/laurent-bouvet-l-aveuglement-sur-l-immigration-est-l-une-des-raisons-de-l-echec-historique-de-la-gauche-20190917>

## **Le Figaro, no. 23356**

Le Figaro, mercredi 18 septembre 2019 783 mots, p. 3

Laurent Bouvet :

« L'aveuglement sur l'immigration est l'une des raisons de l'échec historique de la gauche »

Sugy, Paul

*Le professeur de science politique à l'Université de Versailles-Saint-Quentin-en-Yvelines, auteur notamment de L'Insécurité culturelle (Fayard, 2015) et de La nouvelle question laïque (Flammarion, 2019) se livre au Figaro.*

**LE FIGARO. - Emmanuel Macron a appelé lundi soir sa majorité à « regarder en face » le sujet de l'immigration. Faut-il comprendre par là qu'il reconnaît des insuffisances dans la politique migratoire qu'il a conduite jusqu'ici ?**

**Laurent BOUVET. -** C'est en tout cas un tournant majeur. C'est la première fois qu'un président de la République tient un discours réaliste, au sens propre du terme, sur le sujet. C'est-à-dire un discours qui se détache de l'alternative dans laquelle nous sommes enfermés depuis des décennies: l'immigration serait soit une chance pour la France, soit une menace pour le pays, une invasion, un « grand remplacement » ... Il me semble que pour la première fois, à ce niveau, l'immigration est considérée comme un fait social et géopolitique qui doit être traité politiquement, c'est-à-dire en prenant en compte, ensemble, les données objectives et les enjeux de société. Concernant les premières, quelle que soit la référence que l'on considère, l'immigration a très fortement augmenté ces vingt dernières années en France. Quant aux seconds, les effets conjugués de la crise sociale, de l'évolution mondiale - et européenne depuis 2015 - et de la montée en puissance de courants nationaux-populistes nous obligent à reconsidérer en profondeur nos positions sur la question migratoire.

**Le président a fait le procès de la gauche en général, lui reprochant son aveuglement sur ce sujet primordial pour de nombreux Français. Pourquoi ce ton nouveau maintenant ?**

Il y a du vrai dans ce reproche adressé à la gauche. Mais il y a aussi, de la part du chef de l'État, de la tactique politique. Le reproche d'une forme d'aveuglement de la gauche sur ce sujet important pour nos concitoyens, comme sur l'ensemble des enjeux concernant l'identité collective, est tout à fait justifié. Un indicateur simple permet de le comprendre : les voix, politiques ou intellectuelles, qui au sein de la gauche tentent depuis des années d'alerter sur ces questions ont systématiquement été dénoncées au sein de leur propre camp comme « faisant le jeu du Front national » . C'est devenu l'anathème ultime qui disqualifie tel ou tel dès lors que son analyse ou son opinion n'est pas conforme à la doxa sur l'immigration largement véhiculée dans les médias dits de gauche, chez une grande partie des chercheurs en sciences sociales ou dans les différentes organisations partisans, syndicales et associatives de ce camp. Ce qui a paralysé toute réflexion à gauche sur l'enjeu migratoire comme sur l'identité collective ou le commun français. C'est là une des raisons fondamentales de l'échec historique de la gauche française ces dernières années. Ne négligeons pas pour autant l'aspect tactique du propos présidentiel, qui entend aussi consolider un électorat qui l'a rejoint depuis 2017, venu de la droite, et pour lequel la question de l'immigration constitue de longue date un enjeu essentiel.

### **Le chef de l'État évoque une notion qui vous est chère, « l'insécurité culturelle » ...**

Emmanuel Macron avait déjà mentionné l'insécurité culturelle pendant la campagne présidentielle. Il connaît bien les analyses autour de ce terme et en mesure l'intérêt politique dès lors qu'il s'agit de dépasser les seules réponses économiques et sociales aux préoccupations de nos concitoyens. Mais la question qui reste posée aujourd'hui, une fois que l'on a pris en compte les propos du chef de l'État, est de savoir si l'on peut répondre aux interrogations et inquiétudes résumées sous le terme d'« insécurité culturelle » uniquement à partir d'une inflexion de la politique migratoire. Je pense évidemment que c'est insuffisant, il est indispensable de mener une politique globale de réponse à l'insécurité culturelle, qui, outre l'enjeu migratoire, implique une réflexion sur ce que j'appelle le « commun français », c'est-à-dire sur ce qui constitue à la fois historiquement et aujourd'hui notre identité collective, en termes à la fois matériels et symboliques, à partir, par exemple, de la manière dont on conçoit la nation dans le cadre européen, ou encore sur la façon dont on veut faire vivre notre culture laïque spécifique face à des mouvements religieux qui ne sont pas favorables à ses principes. Or, sur ces sujets, on attend encore une expression claire et engagée du président de la République. Il appartient à sa fonction d'incarnation de donner un sens politique, aujourd'hui, à ce qui fait de nous des Français. C'est, à mes yeux, la seule manière de relier à nouveau les îles de « l'archipel français » bien décrit par Jérôme Fourquet pour faire pièce au national-populisme qui déchire le continent. Et affronter avec efficacité les défis considérables qui se présentent à nous.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/praesident-macron-will-staerker-auf-das-einfache-volk-gehen-16391332.html?premium>

FRANKREICH:

## Der Präsident entdeckt das einfache Volk

- VON MICHAELA WIEGEL -AKTUALISIERT AM 18.09.2019-19:23



*Emmanuel Macron will in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit stärker auf die Ängste ärmerer Franzosen vor Migranten eingehen – und stößt damit auf Widerstand.*

Die Gelbwesten-Krise hat Emmanuel Macron verändert, auch in der Bewertung der Einwanderungspolitik. Der französische Präsident will fortan die Ängste des „einfachen Volkes“ stärker berücksichtigen, „das mit der Einwanderung leben muss“. „Die Bourgeois haben kein Problem damit, da sie davor geschützt sind“, sagte Macron vor 300 Abgeordneten seiner Regierungsfraktion. La République en Marche! (LREM) dürfe aber keine Partei nur für bessergestellte Bürger sein. „Unter dem Vorwand, humanistisch sein zu wollen, sind wir oftmals zu lasch“, sagte er.

Die Rede war als Einstimmung seiner Abgeordneten auf die zweite Hälfte seiner Amtszeit gedacht. Die Presse war bei der informellen Zusammenkunft am Montagabend nicht zugelassen, doch Abgeordnete zeichneten Äußerungen auf und übermittelten den Wortlaut an Journalisten. Macrons Tabubruch bestimmte am Mittwoch die Schlagzeilen.

Vor den Abgeordneten zitierte der Präsident das Sinnbild der drei Affen, die nichts sehen, hören und sagen. Er spielte damit auf die Vorbehalte in den eigenen Reihen an, „sich direkt der Herausforderung (durch Masseneinwanderung) zu stellen“. Während der Diskussionsrunden des „Grand Débat“ zur Befriedung der Gelbwesten-Proteste hatte Macron auf Druck seiner Partei darauf verzichtet, Einwanderung in den Themenkatalog aufzunehmen. Doch diese Vorsicht habe fortan ein Ende, betonte der Präsident. „Die Sezession von der Republik hat in bestimmten Wohnvierteln begonnen“, mahnte er und klang wie sein früherer Innenminister Gérard Collomb, der in seiner Abschiedsrede vor islamisierten Parallelgesellschaften gewarnt hatte. „Noch leben wir Seite an Seite. Aber ich fürchte, bald schon könnten wir gegeneinander stehen“, sagte Collomb.

### **Macron will Anreize verringern**

Macron wies darauf hin, dass die Flüchtlingszahlen in der ganzen EU rückläufig seien, aber Frankreich einen dramatischen Anstieg der Asylbewerberzahlen erlebe. Er gab zu verstehen, dass er künftig strikt gegen Asylmissbrauch vorgehen wolle. Frankreich hat im Jahr 2018 mit 123.000 Anträgen eine Rekordzahl von Asylanträgen registriert. Wie der neue Leiter der Asylbehörde Ofpra, Julien Boucher, vor kurzem mitteilte, ist die Tendenz zwischen Januar und Mai 2019 weiter steigend. So haben bereits 48.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Die meisten Antragsteller stammen aus Georgien, Albanien, Afghanistan, Guinea und der Elfenbeinküste. Darunter seien etliche sichere Herkunftsländer wie Albanien, Georgien oder die Elfenbeinküste, kritisierte Macron. Er will zudem die Anreize verringern, die für illegale Einwanderer bestehen. Darüber soll in der Nationalversammlung am 30. September debattiert werden.

Macron hat die von der Linksregierung im Jahr 2000 geschaffene medizinische Grundversorgung AME für illegale Einwanderer im Visier. Seit Jahresbeginn haben bereits 330.000 ohne gültige Aufenthaltspapiere in Frankreich lebende Menschen kostenlose ärztliche Leistungen der AME in Anspruch genommen. Der LREM-Parteivorsitzende Stanislas Guerini befeuerte die Diskussion mit der Behauptung, Frauen ohne Papiere ließen sich auf Kosten der Franzosen Brustprothesen fertigen. Es stellte sich aber heraus, dass Brustprothesen nur bei Krebspatientinnen im Leistungsumfang der AME eingeschlossen sind.

Laut einem parlamentarischen Bericht kostet die medizinische Grundversorgung illegaler Einwanderer jährlich etwa eine Milliarde Euro. Bei der Einführung der AME im Jahr 2000 gab es 150.000 Hilfeempfänger. Der französische Rechnungshof kritisiert regelmäßig die hohen Kosten. [Marine Le Pen](#) fordert seit langem die Abschaffung der AME. Ihre Forderung ist beliebt, denn gleichzeitig wird in den öffentlichen Krankenhäusern zum Unmut des Pflegepersonals und der Patienten ein harter Sparkurs gefahren. Macron versucht rechtzeitig vor den landesweiten Kommunalwahlen im nächsten März, Le Pens Lieblingsthemen zu besetzen.

Macrons Kurskorrektur in der Einwanderungspolitik stieß sofort auf Kritik im Linksflügel seiner Partei. Fünfzehn Abgeordnete veröffentlichten eine Stellungnahme, in der sie eine „humanistische Einwanderungspolitik“ einforderten. Die ärztliche Grundversorgung für illegale Einwanderer müsse bestehen bleiben.

Im Élysée-Palast heißt es, Macron habe genau die Schwierigkeiten der Bundeskanzlerin, aber auch der italienischen Regierung unter Paolo Gentiloni in der Einwanderungsdebatte verfolgt und analysiert. Im Januar 2017 hatte Macron geschrieben: „Kanzlerin Merkel und die ganze deutsche Gesellschaft waren auf der Höhe unserer gemeinsamen Werte. Sie haben unsere kollektive Würde gerettet, indem sie notleidende Flüchtlinge aufgenommen, untergebracht und ausgebildet haben.“

Macron sucht nach einem dritten Weg zwischen „Willkommenskultur“ und Abschottungspolitik, wie [Matteo Salvini](#) sie vorexerzierte. Das Zeitfenster, in der EU voranzukommen, sei günstig, so die Bewertung im Élysée-Palast. Es dürfe keine „Erleichterung“ über den Regierungswechsel in Rom vorherrschen. Es gelte vielmehr, eine dauerhafte Lösung für den Umgang mit den Flüchtlingen zu finden.

## **Zankapfel Flüchtlingsaufnahme**

Das Vorgehen von Bundesinnenminister Horst Seehofer bei einer Aufnahmequote wurde in Paris nicht kommentiert. Aber es war spürbar, dass Paris nicht den Eindruck einer Politik der offenen Tür erwecken will. Auch darüber wollte Macron am Mittwochabend mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte beraten. Die Flüchtlingsaufnahme ist seit Jahren ein Zankapfel zwischen Frankreich und Italien.

Mit teils rabiaten Methoden haben sich französische Grenzschützer gegen Versuche in Italien gestrandeter Migranten zur Wehr gesetzt, nach Frankreich zu gelangen. Zugleich kritisierte Macron scharf die Seehafen-Blockade, die Salvini für Schiffe von Hilfsorganisationen verhängt hatte. Die Rolle der Hilfsorganisationen im Mittelmeer wird im Élysée-Palast weiterhin kritisch gesehen.

Innenminister Christophe Castaner hatte im April beklagt, dass einige Rettungsschiffe Telefonkontakt zu Schleppern unterhielten. „In diesem Fall machen sich Nichtregierungsorganisationen zu Komplizen von Schleppern“, sagte er. Castaners Parteifreund, der Abgeordnete Aurélien Taché, organisiert den Widerstand gegen den verschärften Kurs Macrons mit einer Tagung, bei der die deutsche Kapitänin der „SeaWatch“, Carola Rackete, als Hauptrednerin auftritt.

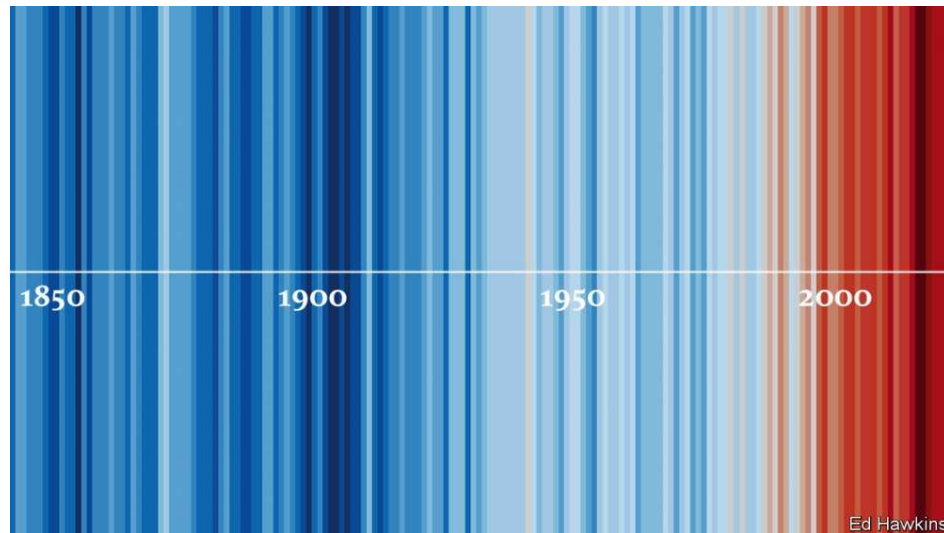
**A warming world**

# The climate issue

*Climate change touches everything this newspaper reports on. It must be tackled urgently and clear-headedly*

[Print edition | Leaders](#)

Sep 19th 2019



From one year to the next, you cannot feel the difference. As the decades stack up, though, the story becomes clear. The stripes on our cover represent the world's average temperature in every year since the mid-19th century. Dark blue years are cooler and red ones warmer than the average in 1971-2000. The cumulative change jumps out. The world is about 1°C hotter than when this newspaper was young.

To represent this span of human history as a set of simple stripes may seem reductive. These are years which saw world wars, technological innovation, trade on an unprecedented scale and a staggering creation of wealth. But those complex histories and the simplifying stripes share a common cause. The changing climate of the planet and the remarkable growth in human numbers and riches both stem from the combustion of billions of tonnes of fossil fuel to produce industrial power, electricity, transport, heating and, more recently, computation.

**All around us**

That the changing climate touches everything and everyone should be obvious—as it should be that the poor and marginalised have most to lose when the weather turns against them. What is less obvious, but just as important, is that, because the processes that force climate change are built into the foundations of the world economy and of geopolitics, measures to check climate change have to be similarly wide-ranging and all-encompassing. To decarbonise an economy is not a simple subtraction; it requires a near-complete overhaul.

To some—including many of the millions of young idealists who, as *The Economist* went to press, were preparing for a global climate strike, and many of those who will throng the streets of New York during next week's un General Assembly—this overhaul requires nothing less than the gelding or uprooting of capitalism. After all, the system grew up through the use of fossil fuels in ever-greater quantities. And the market economy has so far done very little to help. Almost half the atmosphere's



extra, human-made carbon dioxide was put there after the turn of the 1990s, when scientists sounded the alarm and governments said they would act.

In fact, to conclude that climate change should mean shackling capitalism would be wrong-headed and damaging. There is an immense value in the vigour, innovation and adaptability that free markets bring to the economies that took shape over that striped century. Market economies are the wells that produce the response climate change requires. Competitive markets properly incentivised, and politicians serving a genuine popular thirst for action, can do more than any other system to limit the warming that can be forestalled and cope with that which cannot.

This special issue of *The Economist* is not all about the carbon-climate crisis. But articles on the crisis and what can be done about it are to be found across all this week's sections. In this, our reporting mirrors the world. Whether it is in ensuring a future for the Panama Canal or weaning petrol-head presidents off their refinery habit, climate is never the whole story. Other things matter to Manhattan stockholders and Malawian smallholders. But climate change is an increasingly dangerous context for all their worlds.

To understand that context, it is important to understand all the things that climate change is not. It is not the end of the world. Humankind is not poised teetering on the edge of extinction. The planet itself is not in peril. Earth is a tough old thing and will survive. And though much may be lost, most of the wondrous life that makes Earth unique, as far as astronomers can yet tell, will persist.

Climate change is, though, a dire threat to countless people—one that is planetary in scope if not in its absolute stakes. It will displace tens of millions, at the very least; it will disrupt farms on which billions rely; it will dry up wells and water mains; it will flood low-lying places—and, as time goes by, higher-standing ones, too. True, it will also provide some opportunities, at least in the near term. But the longer humanity takes to curb emissions, the greater the dangers and sparser the benefits—and the larger the risk of some truly catastrophic surprises.

The scale of the implications underlines another thing that climate change is not. It is not just an environmental problem alongside all the others—and absolutely not one that can be solved by hair-shirt self-abnegation. Change by the people who are most alarmed will not be enough. What is also needed is change in the lives of those who do not yet much care. Climate is a matter for the whole of government. It cannot be shunted off to the minister for the environment whom nobody can name.

And that leads to a third thing that climate change is not. It is not a problem that can be put off for a few decades. It is here and now. It is already making extreme events like Hurricane Dorian more likely. Its losses are already there and often mourned—on drab landscapes where the glaciers have died and on reefs bleached of their coral colours. Delay means that mankind will suffer more harm and face a vastly more costly scramble to make up for lost time.

### **Hanging together**

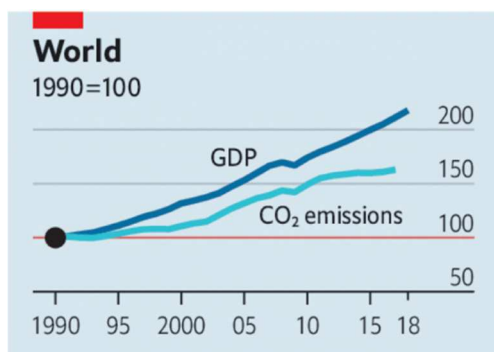
What to do is already well understood. And one vital task is capitalism's speciality: making people better off. Adaptation, including sea defences, desalination plants, drought-resistant crops, will cost a lot of money. That is a particular problem for poor countries, which risk a vicious cycle where the impacts of climate change continuously rob them of the hope for development. International agreements stress the need to support the poorest countries in their efforts to adapt to climate change and to grow wealthy enough to need less help. Here the rich world is shirking its duties.

Yet, even if it were to fulfil them, by no means all the effects of climate change can be adapted away. The further change goes, the less adaptation will be able to offset it. That leads to the other need for capital: the reduction of emissions. With plausible technological improvements and lots of investment, it is possible to produce electricity grids that need no carbon-dioxide-emitting power stations. Road

transport can be electrified, though long-haul shipping and air travel are harder. Industrial processes can be retooled; those that must emit greenhouse gases can capture them.

It is foolish to think all this can be done in ten years or so, as demanded by many activists and some American presidential hopefuls. But today's efforts, which are too lax to keep the world from two or even three degrees of warming, can be vastly improved. Forcing firms to reveal their climate vulnerabilities will help increasingly worried investors allocate capital appropriately. A robust price on carbon could stimulate new forms of emission-cutting innovations that planners cannot yet imagine. Powerful as that tool is, though, the decarbonisation it brings will need to be accelerated through well-targeted regulations. Electorates should vote for both.

The problem with such policies is that the climate responds to the overall level of carbon dioxide in the atmosphere, not to a single country's contribution to it. If one government drastically reduces its own emissions but others do not, the gallant reducer will in general see no reduced harm. This is not always entirely true: Germany's over-generous renewable-energy subsidies spurred a worldwide boom in solar-panel production that made them cheaper for everyone, thus reducing emissions abroad; Britain's thriving offshore wind farms may achieve something similar. But it is true enough in most cases to be a huge obstacle.



The Economist

The obvious fix will be unpalatable to many. The UN's climate talks treat 193 countries as equals, providing a forum in which all are heard. But three-quarters of emissions come from just 12 economies. In some of those, including the United States, it is possible to imagine younger voters in liberal democracies demanding a political realignment on climate issues—and a new interest in getting others to join in. For a club composed of a dozen great and middling-but-mucky powers to thrash out a “minilateral” deal would leave billions excluded from questions that could shape their destiny; the participants would need new systems of trade preference and other threats and bribes to keep each other in line. But they might break the impasse, pushing enough of the world onto a steeper mitigation trajectory to benefit all—and be widely emulated.

The damage that climate change will end up doing depends on the human response over the next few decades. Many activists on the left cannot imagine today's liberal democracies responding to the challenge on an adequate scale. They call for new limits to the pursuit of individual prosperity and sweeping government control over investment—strictures some of them would welcome under any circumstances. Meanwhile, on the right, some look away from the incipient disaster in an I'm-alright-Jack way and so ignore their duties to the bulk of humanity.

If the spirit of enterprise that first tapped the power of fossil fuels in the Industrial Revolution is to survive, the states in which it has most prospered must prove those attitudes wrong. They must be willing to transform the machinery of the world economy without giving up on the values out of which that economy was born. Some claim that capitalism's love of growth inevitably pits it against a stable climate. This newspaper believes them wrong. But climate change could nonetheless be the death knell for economic freedom, along with much else. If capitalism is to hold its place, it must up its game. ■

<https://www.economist.com/europe/2019/09/12/another-french-president-tries-pension-reform>

**Emmanuel Macron faces the rage of the aged**

## Another French president tries pension reform

*It hasn't ended well in the past*

[Print edition | Europe](#)

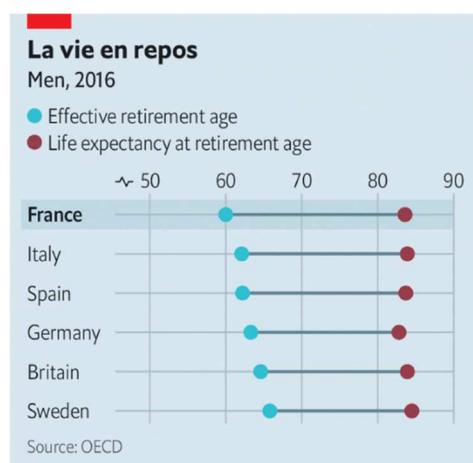
Sep 12th 2019 | PARIS

Sisyphus had it easy, compared with French pension reformers. The mythical Greek was damned eternally to roll a boulder up a hill and watch it roll back down again. But he never had to persuade Gallic workers to retire later. In 1995 Jacques Chirac's government shelved his attempt to reform the system after weeks of protests and strikes brought Paris to a standstill. He tweaked it in 2003 but faced protests of 1m workers and more. Nicolas Sarkozy made a bit more progress in 2010, but still not nearly enough.

Now Emmanuel Macron has put a cautious shoulder to the boulder. On September 9th the president invited Laurent Berger, leader of the Confédération Française Démocratique du Travail, the country's biggest private-sector union, to talks about pension reform at the Elysée palace. His prime minister, Edouard Philippe, held discussions last week with each of the big unions and employers' organisations.

After protesters wearing *gilets jaunes* (yellow jackets) brought the country to a standstill last year, a chastened Mr Macron wants to be seen to be listening. Reproached for his previously haughty know-it-all manner of governing, he is keen to avoid the impression that he is about to impose new rules on an unwilling public. Yet his caution raises questions about what, and how much, this reform is likely to achieve. The pension tsar, Jean-Paul Delevoye, made it clear in a report this summer that the new system would not change at all the overall amount that France spends on pensions.

Given the scale of the problem, this is disappointing. The French retire earlier than workers in any other oecd country (see chart). Thanks to high life expectancy, they enjoy an average of a quarter of a century in their armchairs. Moreover, the French pension system is hugely generous. Retirees receive on average 61% of previous earnings, pre-tax—less than in Italy (83%) but far more than in Germany (38%).



The Economist

This puts strain on the public purse, all the more severe because the French system relies on taxing today's workers to pay the pensions of their elders. In June the official pensions advisory council

warned that by 2022 the public-pension deficit would rise to €10bn (\$11bn), up from its previous forecast of half that figure. Overall, France spends nearly 14% of gdp on pensions, a bit less than massively indebted Italy (16%), but more than Germany (10%) and way above the 8% oecd average.

The obvious way to close this gap would be to raise the retirement age, as many other countries have done. In France, the most recent effort to do this dates back to Mr Sarkozy. In 2010 he raised the minimum age from 60 to 62 years, and the age for a full pension (without penalties) from 65 to 67. However, thanks to France's monstrously complex system, many people are allowed to retire much earlier than this, so that the male retirement age is, on average, still only 60. One problem is that Mr Macron campaigned in 2017 with a clear manifesto pledge not to touch the retirement age. This means that his reforms will, at best, solve only part of the problem.

Mr Macron's team argues that it is embarking on a redesign that will be as tough to pull off as it would have been to raise the retirement age. It will also be more complicated. France has no fewer than 42 different mandatory public pension systems, which have grown up over the decades to serve farmers, civil servants, actors, railway workers, mine engineers, notaries and so forth, including a default public scheme in which everyone not otherwise covered must enroll. Rules governing pension rights and contributions vary wildly between them, and cannot easily be combined. The system is opaque and curbs job mobility, as rights are hard to transfer. To replace this tangle, Mr Macron has promised to merge all these regimes into a single, points-based system that treats all workers equally.

"What the French are trying to do is a big deal," says Monika Queisser of the oecd. "France has one of the most fragmented public pension systems, and they are finally trying to get things harmonised." To this end, Mr Macron this month brought Mr Delevoye into government. He has already spent many months conducting a review of the French system and discussing reform options. After all these talks, a bill is promised, but not till next summer.

Up to a point, it makes sense to take the time to get it right. In the 1990s, notes Hervé Boulhol, a pensions specialist at the oecd, it took Sweden nearly a decade to put in place a similar system. The French government, wary of renewed unrest, wants to try to forge a consensus. A poll for the Institut Montaigne, a liberal think-tank, suggested that only 33% of the French currently back Mr Macron's reform.

If anything, such doubts will harden when details emerge. So far nothing is fixed. Mr Delevoye has said, for instance, that he wants to identify a "pivot age" of 64 years, around which incentives to work later and penalties for early retirement would be based. This could, it is hoped, help nudge people into working longer. Mr Macron, however, says that he "would prefer us to find agreement on the length of contributions rather than on age". Either way, harmonising rules will inevitably mean some lose out. In anticipation, unions were planning a big public-transport strike in Paris on September 13th.

The trouble is that, however ambitious they look, the reforms would not do enough. Mr Macron promises to close the pension deficit by 2025, and the idea is to put in an automatic mechanism that adjusts the contribution rules as life expectancy increases. He wants people to be able to make their own informed choice about when to leave their desks, and with what package. Yet the new universal system will do nothing to curb overall spending on pensions. Indeed, Mr Delevoye has made this a selling point, promising in July that the universal system "will keep an identical level of pensions spending".

At some point this will catch up with France. As it is, there have been big rows within government about the wisdom of Mr Macron spending so much political capital on a project that will not save money. It is true that once the system is in place, it will indeed become administratively, if not politically, simpler for future governments to change the rules and make savings. But in the meantime, Mr Macron is putting vast effort into a reform that will leave the task half-done. ■

# Die verdrängte Finalität

Von **Heinrich August Winkler**

1. May 2019 - 0:00 | von *Heinrich August Winkler*  
*Internationale Politik 3, Mai/Juni 2019, S. 8-13*

*Es war ein Fehler, kein Ziel für den Einigungsprozess der EU zu formulieren. Davon haben die Nationalisten profitiert. Ein Plädoyer für mehr Ehrlichkeit*

**ERSCHIENEN IN:**

- Internationale Politik 3, Mai/Juni 2019, S. 8-13
- 



Von allen deutschen Parteien hat sich keine im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament so ambitiös geäußert wie die FDP. In ihrem Ende Januar 2019 verabschiedeten Wahlprogramm fordert sie die Einberufung eines (zweiten) europäischen Verfassungskonvents bis spätestens 2022. Und auch der Auftrag der Konstituante wird eindeutig festgelegt: Sie soll ein Europa schaffen, das demokratisch, dezentral und bundesstaatlich verfasst ist.

Das noble Ziel, den bestehenden Staatenverbund in einen Bundesstaat zu verwandeln, ist in den vergangenen Jahren nur noch selten beschworen worden. Die deutsche Bundeskanzlerin hat zuletzt in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom Januar 2012 ihre Vorstellungen von einer föderativen Zukunft der Europäischen Union skizziert: Im Laufe eines langen Prozesses würden die Mitgliedstaaten der EU mehr Kompetenzen an die Kommission abgeben, „die dann für die europäischen Zuständigkeiten wie eine europäische Regierung funktioniert. Dazu gehört ein starkes Parlament. Die gleichsam zweite Kammer bildet der Rat mit den Regierungschefs. Und schließlich haben wir den Europäischen Gerichtshof als oberstes Gericht. Das könnte die Gestalt der Politischen Union Europas sein, in einiger Zukunft, wie gesagt, und nach vielen Zwischenschritten.“

Eineinhalb Jahre später, während des Bundestagswahlkampfes im August 2013, setzte Angela Merkel in einem Interview mit dem Fernsehsender Phoenix deutlich andere Akzente: „Mehr Europa ist mehr als nur eine Verlagerung einer Kompetenz vom Nationalstaat nach Europa, sondern ich kann auch mehr Europa haben, indem ich mich in meinem nationalen Handeln strenger und intensiver darauf einlasse, das mit anderen zu koordinieren. Das ist auch eine andere Form von mehr Europa.“ Vierzehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Europäischen Währungsunion begann sich die deutsche Position auf dem Gebiet der Europapolitik der britischen anzunähern. Der Wunsch, Großbritannien in der EU zu behalten, war ein wesentlicher Grund für Merkels Bekenntnis zum Intergouvernementalismus. Die Kurskorrektur der Kanzlerin war auch ein Signal an den im Mai 2012 gewählten französischen Staatspräsidenten François Hollande, mit dem sich bisher keine Übereinstimmung in Sachen Politische Union und Reform der EU hatte erzielen lassen. Nicht zufällig verwies Merkel in dem Phoenix-Interview auf das Beispiel der Niederlande. Deren Außenminister Frans Timmermans hatte im Juni 2013 in einem Brief an die Abgeordneten des Parlaments in Den Haag erklärt, die Zeit einer immer engeren Union in jedem möglichen

Politikfeld sei abgelaufen. Künftig solle die Devise gelten: „National, wo es möglich ist, europäisch, wenn es sein muss.“

## Das Demokratiedefizit

Der damalige niederländische Außenminister, spätere Vizepräsident der EU-Kommission und heutige Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten sprach aus, was die meisten europäischen Regierungen dachten. Interpretiert man die Formel der „ever closer union“ im Sinne einer bundesstaatlichen Vertiefung der Europäischen Union, ist heute mit Zustimmung vielleicht noch in Luxemburg und Belgien und in Teilen der deutschen Öffentlichkeit zu rechnen, aber kaum irgendwo sonst. Wer wie die FDP in ihrem Wahlprogramm die Mitgliedstaaten der EU auf dieses Ziel einchwören möchte, führt Europa nicht enger zusammen, sondern spaltet es. Dass dem so ist, ist keine Folge des europaweit erstarkenden Nationalpopulismus. Es ist vielmehr eine Konsequenz des Demokratiedefizits der EU oder, anders gewendet, der fortschreitenden Verselbständigung der europäischen Exekutivgewalt – einer Entwicklung, die mit dem Vertiefungsschub von Maastricht Ende 1993 in ein neues Stadium getreten ist und in vielen Staaten populistischen Anti-EU-Parteien kräftigen Auftrieb gegeben hat.

Eine oft gehörte Antwort auf die Frage, wie sich das Demokratiedefizit der EU beheben lasse, lautet, es gelte, das Europäische Parlament zu stärken und so die Europäische Union Schritt für Schritt zu parlamentarieren. Gegen diese Forderung spricht, dass das Europäische Parlament über eine geringere demokratische Legitimation verfügt als nationale Parlamente. Wäre das Straßburger Parlament nach dem demokratischen Prinzip „one person, one vote“ zusammengesetzt, müsste es, um auch der Bevölkerung kleiner Mitgliedstaaten eine angemessene Vertretung zu verschaffen, mehrere tausend Abgeordnete umfassen; es wäre also nicht arbeitsfähig. Es gibt mithin gute, ja zwingende Gründe, die kleineren Staaten auf Kosten der größeren zu bevorzugen.

Angesichts der immer noch begrenzten Rechte des Europäischen Parlaments ist dieser Mangel an demokratischer Legitimation hinnehmbar. Geleugnet werden aber darf er nicht. Denn nach wie vor gilt, was der ehemalige Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm 2015 so formuliert hat: „Die EU hat keine ausreichenden Ressourcen für eine Eigenlegitimation. Sie wird noch für längere Zeit von der Legitimation abhängen, die ihr die Mitgliedstaaten zuführen. Eine Vollparlamentarisierung würde diese aber gerade abschnüren. Sie liegt daher nicht im demokratischen Interesse.“

„Mehr Europa“ auch um den Preis von weniger Demokratie: Eine solche Politik zu betreiben, heißt dem europäischen Projekt zu schaden. Wer dieses Projekt den Grundprinzipien der Demokratie entsprechend weiterentwickeln will, muss konsequenterweise die „Integrationsverantwortung“ der nationalen Parlamente stärken. (Es war das Bundesverfassungsgericht, das diesen Begriff in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag im Juni 2009 in die öffentliche Debatte eingeführt hat). Die europapolitischen Entscheidungen der nationalen Parlamente lassen sich besser koordinieren und synchronisieren; ein gemeinsamer Ausschuss könnte dabei hilfreich sein. Von der demokratischen Legitimation der europäischen Politik hängt ihr Rückhalt in den Staaten ab, aus denen die Union besteht. Wer meint, das Europäische Parlament könne längerfristig an die Stelle der nationalen Parlamente treten, jagt einer ahistorischen Utopie nach und fördert wider Willen, was er zu bekämpfen glaubt: den Nationalismus.

Die Freunde Europas haben Grund zur Selbstkritik. Die nationalistischen Parteien hätten nicht so viel Zulauf, wären die Befürworter der europäischen Integration Grundsatzfragen wie der nach der Zukunft der Nationen und der Nationalstaaten in einem vereinten Europa und damit nach der Finalität des Einigungsprozesses nicht seit Langem beharrlich ausgewichen. Der Paradigmenwechsel von der „ever closer union“ zur „ever closer cooperation“, den auch Deutschland, vertreten durch seine Kanzlerin, vollzogen hat, ist ganz beiläufig erfolgt; er war nicht Gegenstand einer Regierungserklärung und klärender Parlamentsdebatten. Die europapolitischen Initiativen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron vom Sommer 2017 blieben nicht nur deswegen unbeantwortet, weil in Deutschland erst eine Bundestagswahl und dann langwierige Koalitionsverhandlungen anstanden. Es fehlte vielmehr im

Kanzleramt wie in den Parteizentralen der Großen Koalition an strategischer Klarheit über das, was Deutschland wollen sollte.

### *Es ist so einfach, das Blaue vom Himmel zu versprechen*

Europawahlen verleiten die Parteien sehr viel stärker als nationale Wahlen dazu, ihren Anhängern sprichwörtlich das Blaue vom Himmel zu versprechen. Die Propagierung des Bundesstaats Europa durch die FDP ist da nur ein aktuelles Beispiel. Die Grünen etwa fordern ein europäisches Einwanderungsgesetz, die Partei Die Linke eine einmalige Millionärsabgabe in allen EU-Staaten, ein Verbot von Rüstungsexporten und die Auflösung der Grenzschutzagentur Frontex sowie des Grenzüberwachungssystems EUROSUR, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer wie die SPD einen gemeinsamen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die SPD überdies die Umwandlung des Europatags 9. Mai in einen gemeinsamen europäischen Feiertag.

Plausibler klingt die Forderung der Sozialdemokraten, im europäischen Ministerrat bei außenpolitischen Entscheidungen das Einstimmigkeitsprinzip durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen. Doch abgesehen davon, dass diese Änderung erst einmal einstimmig beschlossen werden müsste, drängt sich noch ein anderer Einwand auf: Wie sich im Herbst 2015 während der Migrationskrise gezeigt hat, können politisch umstrittene Mehrheitsentscheidungen vorhandene Spaltungen noch vertiefen. Eine einende Wirkung darf man sich von der Abschaffung der Einstimmigkeit also kaum versprechen.

Anlässlich einer Europawahl der Öffentlichkeit wohlklingende, aber praktisch kaum durchsetzbare Vorschläge zu unterbreiten, ist keine deutsche Spezialität. Wenn Emmanuel Macron sich Anfang März in seinem „Brief an die Europäer“ für einen „an jedes Land angepassten und jedes Jahr gemeinsam neu verhandelten Mindestlohn“ ausspricht, hofft er, nicht nur im eigenen Land links der Mitte Zustimmung zu finden. Aber er wird kaum annehmen, dass ein Land wie Bulgarien sich mit einer Regelung einverstanden erklärt, die nach eigener Einschätzung zu Lasten seiner Wettbewerbsfähigkeit gehen würde. Sollen andere, wirtschaftlich stärkere Länder, obenan Deutschland und Frankreich, in die Bresche springen? Das bleibt offen.

Was die europafreundliche Rhetorik angeht, übertrifft Macron alle anderen Staats- und Regierungschefs der EU. Aber wenn er von europäischer Souveränität und einer europäischen Armee spricht, ist damit keine Preisgabe französischer Hoheitsrechte gemeint. Die alleinige Verfügungsmacht Frankreichs über seinen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und seine Atomwaffen ist sakrosankt. Was bei Macron supranational klingt, sind in Wirklichkeit vieldeutige Metaphern.

Auf die Kunst, europäisch zu reden und national zu handeln, verstehen sich deutsche Politiker freilich auch. Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 ist dabei ein besonders eklatantes, parteiübergreifendes Beispiel. Wenn die SPD eine gemeinsame, parlamentarisch kontrollierte Armee fordert, denkt sie wohl kaum an die Aufgabe des deutschen Parlamentsvorbehalts in Sachen Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr – es sei denn, es gelänge, alle europäischen Staaten auf ein analoges Vorbehaltsrecht des Europäischen Parlaments zu verpflichten, wehrpolitisch also ein „deutsches Europa“ zu schaffen.

In Sachen Asyl und Migration gilt Ähnliches: Wie 2015 gibt es auch heute noch eine linke Neigung, Deutschland in den Rang der moralischen Leitnation Europas zu erheben. Im 19. Jahrhundert wurde in Deutschland gern ein auf die Konservativen gemünzter Spottvers aus dem 1826 verfassten „Nachtwächterlied“ von Adelbert von Chamisso zitiert: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Inzwischen scheint sich Deutschland links von der Mitte an einer leicht abgewandelten Devise zu orientieren: „Und Europa absolut, wenn es unsern Willen tut.“

### *Ein Gegengewicht zu den „illiberalen Demokratien“ schaffen*

Von einigen wirklich brennenden Fragen ist im deutschen Europawahlkampf 2019 nur selten die Rede. Ist die Europäische Union noch eine Wertegemeinschaft? Gegen die offene Missachtung der Rechtsstaatsregeln, wie sie in den Kopenhagener Beitrittskriterien von 1993 und dem Lissabon-Vertrag von 2009 niedergelegt sind, durch Ungarn,

Polen und Rumänien hat die EU bislang nicht viel ausrichten können. Was bleibt vom Postulat, Europa müsse in wichtigen außenpolitischen Fragen mit einer Stimme sprechen, wenn einige Mitgliedstaaten sich wirtschaftlich vom Russland Putins oder der Volksrepublik China so abhängig gemacht haben, dass sie moskau- oder pekingkritische Beschlüsse der Gemeinschaft nicht mehr mittragen wollen oder können und deshalb immer wieder blockieren? Was will die EU dem Unilateralismus Donald Trumps entgegensetzen, wenn sie selbst in grundlegenden normativen Fragen so zerstritten ist wie gegenwärtig? Was bleibt von der Idee eines avantgardistischen Kerneuropa, wenn selbst ein Gründungsmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Währungsunion wie Italien auf Kollisionskurs zu Brüssel und zum gemeinsamen Regelwerk der EU geht?

Da Änderungen der verfassungsähnlichen europäischen Verträge der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bedürfen, ist es in den meisten Fällen eine Illusion, offenkundige Missstände auf dem Weg der Vertragsänderung beseitigen zu wollen. Aber nichts hindert die im weitesten Sinn liberalen Demokratien innerhalb der EU daran, enger zusammenzuarbeiten und so ein Gegengewicht zu den „illiberalen Demokratien“ zu schaffen, ehe sich deren Zahl, ob mit oder ohne den Beitritt von so problematischen Kandidatenstaaten wie Serbien, noch vergrößert.

Eine bessere Abstimmung der liberalen Demokratien ist aber auch über den Rahmen der EU hinaus dringend erforderlich. Großbritannien bliebe auch nach einer Trennung von der Europäischen Union durch seine politische Kultur den Staaten der Europäischen Union eng verbunden. Dasselbe gilt für die einstigen britischen Siedlungskolonien Kanada, Australien und Neuseeland. Und es gilt, trotz Donald Trump, für die Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht nur auf dem Gebiet der Verteidigung bleibt Europa auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA angewiesen. Was wir so gern die „europäischen Werte“ nennen, sind in Wahrheit westliche, im hohen Maß von Amerika geprägte Werte. Wenn der Westen noch eine Zukunft haben soll, müssen die liberalen Demokratien Europas einer weiteren transatlantischen Entfremdung mit aller Kraft entgegenwirken.

Populisten und Nationalisten sind Nutznießer von Versäumnissen und Fehlern der Verteidiger der liberalen Demokratie. Ein besonders schwerwiegender Fehler war und ist es, der Frage nach der Finalität des europäischen Einigungsprozesses auszuweichen, ja sie zu verdrängen. Die Europäische Union ist ein Staatenverbund postklassischer Nationalstaaten. Postklassische Nationalstaaten unterscheiden sich von den älteren, klassischen, voll souveränen Nationalstaaten dadurch, dass sie einige ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben und andere auf supranationale Einrichtungen übertragen haben.

Wer die Parole ausgibt, es gelte, die Nationalstaaten in einem vereinigten Europa aufzulösen, übersieht, dass die überwältigende Mehrheit der Europäerinnen und Europäer gar nicht daran denkt, ihren historisch gewachsenen Nationalstaat aufzugeben. Zudem bildet der Nationalstaat in Europa bis heute den sichersten Hort von Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie. Um diese Errungenschaften zu bewahren und weiterzuentwickeln, bedarf es einer immer engeren Zusammenarbeit der europäischen Staaten, die sich zu diesen Werten bekennen.

Dieses Ziel ist bescheidener als das eines europäischen Bundesstaats oder einer europäischen Republik. Aber es ist realistischer und demokratischer als jede nur vermeintlich europafreundliche Utopie.

**Prof. Dr. Heinrich August Winkler** lehrte Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Herbst erscheint „Werte und Mächte. Geschichte des Westens in einem Band“.





"Und ich war da":

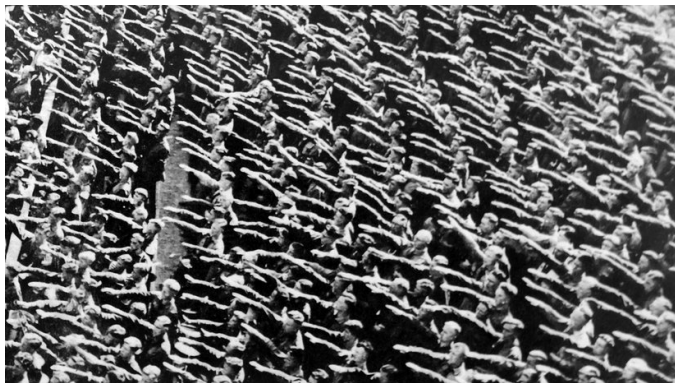
## Am schlimmsten sind die Mitläufer

Martin Beyers Roman "Und ich war da" erzählt die Geschichte der NS-Zeit aufregend neu und zeitgemäß.

Eine Rezension von Tomasz Kurianowicz

11. September 2019, 16:59 Uhr Editiert am 20. September 2019, 11:40 Uhr

DIE ZEIT Nr. 38/2019, 12. September 2019 [19 Kommentare](#)



Mitglieder der Hitlerjugend 1936 in Nürnberg © Photo12/Universal Images Group/Getty Images

Ist es nicht Zeit, den Zweiten Weltkrieg als Erzählstoff auszulassen? Müsste man mit Blick auf all die Krisen und Probleme der Gegenwart nicht Wichtigeres erzählen als den Feldzug nach Stalingrad? Es gibt viele gute Gründe, diese Fragen beherzt mit Ja! zu beantworten, wenn da bloß nicht der Roman *Und ich war da* von Martin Beyer wäre. Der 1976 geborene Autor aus Bamberg, der dieses Jahr beim Bachmann-Wettbewerb mit Textauszügen aus seinem Werk für hitzige Debatten sorgte, schleudert jetzt einen Text in die Welt, der voller Sprengkraft ist und nebenbei beweist, warum das literarische Nachdenken über die NS-Zeit kein Fünkchen an Relevanz verloren hat. Man muss nur die richtige Form finden.

Martin Beyer hat diese Form gefunden, sie passt ideal in die Gegenwart: Der Text ist rasant, irre gut konstruiert und von einer erzählerischen Kraft, die selbst ein von Instagram und Twitter zerfurchtes Hirn nicht davon ablenkt, geradezu hypnotisiert durch die Kapitel zu rauschen und sich jene Frage zu stellen, die schon Büchner nicht beantworten konnte: "Was ist das, was in uns hurt, lügt, stiehlt und mordet?"

Der Roman beginnt 1936, wenige Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Im Zentrum stehen zwei Bauernsöhne im ländlichen Bayern, die von ihrem jähzornigen Vater zur Feldarbeit gepeitscht und für ihr verkopftes Verhalten verprügelt werden. Dennoch gelingt es ihnen, sich allabendlich vom Hof zu stehlen, um sich einer sinnstiftenden Freizeitbeschäftigung zu widmen: der Gründung einer neuen Organisation namens "Hitlerjugend". Der Bruder Anton ist von Anfang an begeistert. August wiederum, der Protagonist und Ich-Erzähler des Romans, kann mit dem Vaterlandsgerede wenig anfangen, trotzdem nimmt er an den Mutproben teil. Bereits hier ist die Saat für seine weitere Existenz

gesät: Der Junge ist ein gutherziger, aber rückgratloser Schwärmer, der sich rein zufällig in den Sog der Nazidiktatur hineinziehen lässt.

Man könnte dem Roman nun vorwerfen, zu viel Unerhörtes auf einmal zu verrühren: Erst freundet sich August mit einem Jungen an, der sich als Maulwurf innerhalb der "Hitlerjugend" erweist. Dann gerät er in die Umtriebe einer kommunistischen Widerstandsbewegung und verliebt sich in deren Anführerin (die Gestapo sorgt dafür, dass das Mädchen spurlos verschwindet). Dann muss sich August gegen den HJ-Anführer Max behaupten, der in August einen ideologieschwachen Träumer sieht. 1941 kommt es dann zur Wandlung: Der Junge hat genug vom versoffenen Vater, von der Feldarbeit, den HJ-Abenden und zieht als Wehrmachtsoldat an die Ostfront.

Dort erlebt er alle Widerwärtigkeiten, die der Krieg zu bieten hat. Dort verwandelt er sich vom Bauernjungen zum Mörder ohne Motiv. Dieser Teil ist das Herzstück des Romans. Der Text suhlt sich im Schlamm der Brutalität und zeigt in einer schnell getakteten Sprache, wie sich eine Existenz im kriegerischen Ausnahmezustand anfühlt: Das Wehrmachtregiment vergewaltigt, stiehlt und mordet; bricht mit allen Regeln der Menschlichkeit. August beteiligt sich daran, selbst ein Massenmord rüttelt ihn nicht wach: Kurz vor Moskau ist er dafür zuständig, den Tod jener Juden zu überprüfen, die von der SS an Gruben gestellt wurden, erschossen und dort verscharrt wurden. Am Ende bleibt vom sensiblen Jungen nichts weiter übrig als eine menschliche Hülse, ein seelenloser Leib. August wirkt geradezu befreit, als ihm ein russisches Mädchen in den Arm schießt und die Hoffnung in ihm weckt, an den Wunden endlich krepieren zu dürfen. Doch der Wunsch geht nicht in Erfüllung: August überlebt die Schlacht und reist als Versehrter nach Deutschland zurück.

Es ist das Jahr 1943. Hier beginnt der kontroverse Schlussteil der Romans, den Beyer beim Bachmann-Wettbewerb auszugsweise vorgelesen hat. Der Protagonist wird, nahezu zufällig, zum Gehilfen des Scharfrichters Johann Reichhart, der die Hinrichtung der Widerstandskämpfer Hans und Sophie Scholl verwaltet. Der Roman beschreibt die bürokratische Prozedur des staatlichen Tötens. Der Rückbezug auf das reale Schicksal der Geschwister Scholl wirkt allerdings unausgegoren und schmälert die Ausdrucksstärke des Romans. Trotzdem ändert dieser Missgriff nichts daran, dass Beyer einen berührenden Text geschrieben hat, der eine Leserschaft zu erreichen vermag, die längst in die Welt der Streamingportale abgedriftet ist.

Beyer bedient sich des modernen Storytellings, um diese Leser zurückzuholen und sie zu fragen: Was macht einen Menschen zum Mittäter und Mörder? Ist es die Gewalt in der Familie, Ignoranz, ein schwammiges Moral-Fundament, die Abwesenheit von Mut? Was die Gründe auch sind: Diese Geschichte beschreibt den Typus des Mitläufers als gefährlichstes Element in einer porös werdenden Gesellschaft. Vor diesem Typus sollte man Angst haben. Vor so einem Typus wie August – er ist wie wir.

*Martin Beyer: Und ich war da. Roman; Ullstein Verlag, Berlin 2019; 192 S., 20,- € , als E-Book 16,99 €*

KLIMASCHUTZ:.,

## Die wichtigste Herausforderung ist die internationale Koordination“

- VON NIKLAS ZÁBOJI
- -AKTUALISIERT AM 21.09.2019-08:58  
*Was ist vom Klimapaket der Bundesregierung zu halten, wie muss es jetzt weitergehen? Fünf Fragen an den Kölner Ökonomen Axel Ockenfels.*

Herr Ockenfels, wie beurteilen Sie das von der Bundesregierung beschlossene Klimapaket im Grundsatz?

Es gibt Licht und Schatten. Aber wichtig ist, dass die Bepreisung von CO<sub>2</sub> in der deutschen Klimapolitik angekommen ist. Das markiert eine grundlegende Wende.

Werden die Maßnahmen ausreichen, um klimapolitisch auf Kurs zu kommen?

Ich hätte mir den Start in das neue Klimaprogramm ambitionierter gewünscht. Aber grundsätzlich ist es eine gute Idee, moderat zu beginnen und sich danach auf einen ansteigenden Preispfad zu verpflichten. So können sich Haushalte und Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen darauf einrichten, zum Beispiel wenn ein Autokauf oder ein Umzug ansteht. Ein zu schneller Einstieg in eine ambitionierte Preispolitik könnte sogar kontraproduktiv wirken, wenn nämlich viele Menschen ihr Verhalten kurzfristig nicht ändern und der zusätzlichen finanziellen Belastung nicht ausweichen können.

Der Einstiegspreis von 10 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> im nationalen Zertifikatehandel ist niedriger als in vielen Berechnungen, auch der spätere Preiskorridor von 35 bis 60 Euro scheint gering. Lässt sich das Klimaziel für 2030 auf diese Weise trotzdem erreichen?



Axel Ockenfels, Wirtschaftsprofessor an der Universität zu Köln :Bild: privat

Prinzipiell spricht nichts dagegen. Es ist ja ein enges Monitoring durch einen Expertenrat sowie ein aufmerksames Nachsteuern geplant. Auch für solche dynamischen Anpassungsprozesse gibt es übrigens kein besseres Instrument als die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Die eigentliche Preisfrage wird allerdings am Ende des Tages sein, wie teuer das Erreichen des Klimaziels wird. Falls der Preis sehr hoch steigen sollte, bezweifle ich, dass die Politik und die Bevölkerung an dem Klimaziel festhalten werden. Dies

gilt vor allem dann, wenn andere Länder weniger ambitioniert sein werden. Das ist bisher vollkommen unklar.

Welche der flankierenden Einzelmaßnahmen sind aus Ihrer Sicht geboten, welche weniger?

Flankierende Maßnahmen sind notwendig, um Klimaschutzpolitik sozial ausgewogen auszugestalten und die notwendige Infrastruktur bereitzustellen, das gilt etwa bei Ladestationen für Elektroautos. Ansonsten reicht ein ambitionierter CO<sub>2</sub>-Preis; zusätzliche Förderprogramme sind überflüssig. Ich bezweifle zum Beispiel, dass eine Reduktion der Ticketpreise der Bahn den Individualverkehr signifikant reduzieren wird. Selbst wenn es dadurch gelingt, einige Autofahrer von der Straße in die Bahn zu bewegen, so zieht dies neue Autofahrer an und schon bald sind die Straßen genauso verstopft wie vorher.

Wie muss es klimapolitisch jetzt weitergehen, vor allem langfristig?

Die wichtigste Herausforderung von allen ist die internationale Koordination von Klimaschutz. Im vergangenen Jahr war der Anstieg der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen größer als die Menge aller Emissionen in Deutschland. Außerdem werden Emissionen durch nationale Politiken oft nur verschoben. So wäre es zum Beispiel naiv zu glauben, dass das Öl, das wir nicht verfeuern, in der Erde bleiben und nicht woandershin verkauft werden würde. Wenn es also nicht nur um Wohlfühlpolitik gehen soll, ist die alles entscheidende Frage, wie wir andere Länder dazu bringen können, mitzuziehen. Die gute Nachricht ist: Die Forschung legt nahe, dass CO<sub>2</sub>-Preise sich vergleichsweise leicht international koordinieren lassen. Das Klimapaket ist also auch eine Chance in dieser Hinsicht. Es ist zu hoffen, dass diese Chance genutzt wird.

157,101

<https://www.sueddeutsche.de/politik/klimadebatte-wenn-protest-zur-saekular-religion-wird-1.4607802>

21. September 2019, 14:34 Uhr

**Klimadebatte:**

## Wenn Protest zur Säkular-Religion wird



Der Klimastreik lebt auch von der Erlösungshoffnung, die Summe der Bekenntnisse möge zur CO<sub>2</sub>-Reduktion führen und zur neuen Harmonie zwischen Mensch und Natur.

(Foto: REUTERS)

**In der Klima-Kritik steckt auch apokalyptische Angstlust, die aus jedem heißen Sommertag den Weltuntergang herausliest. Die Bewegung sollte sich dem Zweifel öffnen. Sonst droht Haltung in Arroganz umzukippen.**

*Kommentar von [Matthias Drobinski](#)*

Wundersames, ja Wunderbares ist passiert seit dem vorigen Sommer. Ein 16-jähriges, sehr ernsthaftes Mädchen aus Schweden ist nach den Ferien freitags nicht mehr zur Schule gegangen, um gegen die Ignoranz gegenüber dem [Klimawandel](#) zu protestieren. Nicht ein Jahr später sind weltweit Millionen Menschen auf der Straße statt bei der Arbeit.

Bayerns CSU-Ministerpräsident Markus Söder redet grüner als die Grünen, die Koalition in Berlin stellt ein Klimarettungspaket vor. In New York laden die Vereinten Nationen zum Klimagipfel, und Greta Thunberg, die Prophetin wider Willen aus Schweden, wird den Mächtigen zurufen: Bekehrt euch! Viele Jahre haben Warnungen vor der Erderwärmung folgenloses Kopfnicken bewirkt. Jetzt ist die Erweckungsbewegung da, ausgelöst von einem Mädchen mit strengen Zöpfen, das freitags nicht mehr zur Schule ging.

Der Protest hat eigene Rituale entwickelt, bei Kleidung und Fastenspeise

Eine säkulare Klimareligion sei da entstanden, sagen vor allem jene, denen das alles zu weit geht, die gar behaupten, es gäbe kein Problem mit dem Klima - und wer in der Welt nasse Füße bekomme, solle halt die Beine hochziehen. Das ist infam, weil es die Erkenntnis der Wissenschaftler, dass die Erderwärmung menschengemacht und menscheitsgefährdend ist, in den Bereich des Irrationalen verlagert: Kann man glauben oder nicht, was die Klimapfaffen predigen. Es gibt aber trotzdem eine säkularreligiöse Dimension der Klimaproteste, die man diskutieren kann.

Dieser Protest nährt sich ja nicht nur aus der Rationalität, sondern auch aus apokalyptischer Angstlust, die aus jedem heißen Sommertag den Weltuntergang herausliest, in jeder herrenlosen Plastiktüte ein Menetekel sieht und in jeder Grillparty den Feueratem des Gottseibeius zu spüren glaubt. Sie hat ihre eigenen Rituale und Bußübungen entwickelt, mit Kleidung, kratziger als das Kamelhaar, mit dem einst Johannes sich in der Wüste bedeckte, mit strengerer Fastenspeise als die Heuschrecken, die er aß. Der Klimastreik lebt auch von der

Erlösungshoffnung, die Summe der Bekenntnisse möge zur CO<sub>2</sub>-Reduktion führen und zur neuen Harmonie zwischen Mensch und Natur.

Das ist verständlich. In den Klimaprotesten lebt die Sehnsucht nach der Auflösung jener Lebenswidersprüche, in denen jeder steckt, der nicht entweder als Eremit sein Gemüse selber zieht oder einen "Fuck you, Greta"-Aufkleber aufs dicke Auto klebt und das Gaspedal durchtritt. Für alle anderen beginnen die Ambivalenzen beim Aufstehen.

Eine fröhliche Gemeinde der Gleichgesinnten meint es ernst

Warm duschen? Das Müsli aus der Plastikverpackung essen? Mit der Bahn zur Arbeit, auch wenn es eine Stunde Beziehungszeit kostet? Das Leben des Durchschnittsklimaretters ist strukturell ungenügend, weil er in ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingebunden ist, dessen Freiheit und Lebensqualität an den Ressourcenverbrauch gekoppelt ist, keine Spende an den Klimafonds macht das wett. Wie gut tut es da, für einen Tag zu bekennen: Wir meinen es ernst - und das noch in einer fröhlichen Gemeinde der Gleichgesinnten.

Die Ritualisierung des Protests hat ihre Gefahren, angefangen bei der Aufteilung der Welt in Erlöste und Verdammte. Manche der Einteilungen haben auch mit dem zu tun, was die Schwarmmeinung für sozialadäquat hält: SUVs sind böse, der spritfressende alte VW-Bus ist süß; Kreuzfahrten sind schlimm, der Flug zur Öko-Safari nach Tansania ist cool. Wer noch Billigfleisch und Plastikzeugs kauft, soll sich was schämen - dabei lebt eine Alleinerziehende, die sich weder Biomarkt noch Urlaub leisten kann, nur die nötigste Kleidung kauft und die alte Karre immer weiter fährt, klimafreundlicher als viele Ökobewegte. Manche Ablehnung, die den Streikenden entgegenschlägt, entspringt dem Gefühl, dass hier mit gewisser Arroganz der feine Unterschied demonstriert wird.

Andererseits: Ohne visionären Eifer gibt es keine Bewegung, ohne Überzeugte, die den Teufel an die Wand malen, damit endlich was passiert. Die Vorstellung, dass Rationalität alleine zur Veränderung führt, ist irrational. Es brachte die Angst vorm Waldsterben den Katalysator ins Auto und die Schwefelfilter in die Fabriken, die Furcht vorm weltweiten Hautkrebs durchs Ozonloch das FCKW-Verbot - so vernünftig wie wirksam.

Jede Bewegung braucht Zweifel und die Wertschätzung des Halbgläubigen

Und die Klimafrage erfordert tatsächlich eine Wertentscheidung. Es gilt, jetzt Geld auszugeben, Regeln und Strukturen zu schaffen, Freiheiten zu beschneiden und Opfer zu verlangen, damit später, vielleicht, die Katastrophe abgewendet werden kann. Wer im reichen Deutschland lebt, über 35 Jahre alt ist und ausreichend ignorant, kann sagen: Für mich reicht es, die Zeche sollen die anderen zahlen. Sollen sie das? Das ist das Bekenntnis, das die "Fridays for Future"-Bewegung einfordert.

Deshalb ist es gut, dass Gretas Follower laut sind und ziemlich moralisch. Sie brauchen aber, was jede bekenntnisgetriebene Bewegung braucht: den Zweifel und die Wertschätzung des Halbgläubigen. Und die Erkenntnis, dass es kein Leben ohne Klimasünde gibt, ohne die Verschwendung im rechten Maß zur rechten Zeit. Jeder kann was tun fürs Klima. Aber niemand muss die Welt im Alleingang retten.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/torben-iversen-david-soskice-democracy-and-prosperity-16331710-p2.html>

BUCH ÜBER ÖKONOMIE & POLITIK:

## Neoliberalismus ist der Effekt starker Demokratien

- VON PHILIP MANOW
- -AKTUALISIERT AM 21.09.2019-22:05

Warum aber treibt die demokratische Politik die kapitalistische Wirtschaft zur beständigen Erneuerung an und den Staat dazu, sich unangenehmen Reformen zu unterziehen? Weil sie ihrerseits angetrieben wird, und zwar von einer Klasse „ehrgeiziger“, aufstrebender und gleichzeitig entscheidender Wähler, denen der fortgeschrittene Kapitalismus einen Lebensstandard ohne historische Präzedenz beschert hat und die deswegen ihre Lebensentwürfe eng mit ihm verknüpft haben. Das ist eine Wählergruppe der Mitte, die den entwickelten Kapitalismus als Garanten eines auskömmlichen Lebens und des Versprechens auf sozialen Aufstieg erfahren hat und erhalten will und daher ihre Wahlentscheidung danach ausrichtet, wer glaubwürdig wirtschaftspolitische Kompetenz – also die Fähigkeit, eine hochentwickelte kapitalistische Ökonomie erfolgreich politisch zu managen – vorweisen kann.

### Andere Ansichten von der Globalisierung

Deswegen liegt es im Eigeninteresse der politischen Parteien, die auf die wahlentscheidenden Stimmen genau dieser Gruppe angewiesen sind, eine solche Programmatik zu entwickeln und umzusetzen. Es sind auch die Interessen dieser Wählergruppe an ihrem erworbenen Immobilienvermögen und ihren Pensionsansprüchen und nicht die eines ominösen „Kapitals“, in deren Diensten sich die Finanzialisierung von den neunziger Jahren an vollzogen hat, die für den Großteil der von Thomas Piketty und anderen konstatierten Ungleichheit in der Vermögensentwicklung verantwortlich ist. Wir müssten also eigentlich, wenn wir vom Neoliberalismus sprechen, korrekterweise von den Gesetzen der Demokratie und nicht von den Gesetzen des Kapitalismus sprechen.

Folgte man diesen oft ketzerischen Argumenten der beiden Autoren – die sich auch mit Gegenargumenten wie etwa dem Hinweis auf den Populismus als gegenwärtiges Krisensymptom kapitalistischer Gesellschaften detailliert auseinandersetzen –, ließen sich eine Reihe von bemerkenswerten Zusammenhängen erklären. Zusammenhänge, die in den einschlägigen Debatten vermutlich deswegen wenig Aufmerksamkeit bekommen haben, weil sie weder mit den Annahmen des gängigen Post-, Neo- oder Sonstwie-Marxismus noch mit denen der hergebrachten Neoklassik gut in Übereinstimmung zu bringen sind.

### Zusammenspiel von Kapitalismus und Demokratie

Etwa die Frage, warum zur Gruppe der fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts im Wesentlichen dieselben Staaten zählen – eben weil das komplexe Zusammenspiel von demokratischer Politik, starkem Staat und kapitalistischer Dynamik voraussetzungsvoll ist und nach 1945 nur wenige Länder – wie etwa Südkorea und Israel – neu zu dieser Gruppe stoßen konnten. Oder die Frage, warum die Globalisierung ökonomisch nicht zu einer „flachen Erde“ geführt, sondern die verschiedenen Spielarten des Kapitalismus eher stabilisiert hat – eben weil es komparative Vorteile geographisch spezifischer Wirtschaftsmodelle gibt. Oder warum die Globalisierung im Wesentlichen ein Phänomen ist, das sich zwischen den hochentwickeltesten Ökonomien, und nicht zwischen ihnen und den weniger entwickelten Ökonomien abspielt – unter anderem deshalb, weil nur ausländische Direktinvestitionen und die territoriale Diversifikation der Unternehmen es erlauben, von den spezifischen, lokal gebundenen Produktivitätsvorteilen zu profitieren. Und erklären ließe sich schließlich mit den beiden Autoren, warum – anders als von Mill, Marx, Hayek, Schumpeter bis Piketty angenommen – Kapitalismus und Demokratie offensichtlich

doch sehr gut miteinander auskommen können, sie sich sogar wechselseitig stabilisieren und rationalisieren, zumindest in denjenigen „advanced capitalist democracies“, von denen hier die Rede ist.

Man muss dabei das Buch als durchgearbeiteten Beweis seines eigenen Arguments verstehen: Entstanden an herausgehobenen Orten akademischer Wissensproduktion – Soskice lehrt an der London School of Economics, Iversen in Harvard –, verfasst von zwei brillanten Vertretern ihrer Fächer, die in ein dichtes kollegiales Netzwerk eingebettet sind und dadurch privilegierten Zugang zu den neuesten Erkenntnissen benachbarter Disziplinen haben, ist auf hocharbeitsteilige Weise ein ungemein wettbewerbsfähiges, glänzendes Werk der vergleichenden Politischen Ökonomie entstanden. Man kann dem Buch gar nicht genug ehrgeizige Leser wünschen.

**Torben Iversen und David Soskice: „Democracy and Prosperity“. Reinventing Capitalism through a Turbulent Century.** Princeton University Press, Princeton 2019. 280 S., geb., 25,- .  
Quelle: F.A.Z.



<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/afd-debatte-steinmeiers-angriff-auf-gauland-trifft-das-wahlvolk-16387560.html?premium>

AFD-DEBATTE:

## Maßregeln hilft nicht weiter

- VON PAUL INGENDAAY
- -AKTUALISIERT AM 17.09.2019-06:23



*Jetzt mischt sich sogar der Bundespräsident ein: Steinmeiers Angriff auf Gauland trifft auch das Wahlvolk, aber der moralisierende Kampf gegen die AfD befördert die Auszehrung der Traditionsparteien.*

Am vergangenen Samstag zwischen 17 und 18 Uhr fuhren rund tausend Mitglieder der Hells Angels aus dem gesamten Bundesgebiet auf ihren Harley Davidsons durch Berlin, und wer Zeuge war, wurde von einem leisen Gefühl des Absurden angeweht: Da dröhnten die harten Jungs und auch ein paar harte Mädchen auf ihren schweren Maschinen aufs Brandenburger Tor zu, der Sonne entgegen, viele in Leder, mit Sonnenbrillen, manche der Männer auch mit wilden Bärten und eisgrauen Zöpfen, und zwischendrin fuhr brav unsere cremefarben gekleidete Bundespolizei, leider nicht auf Harley Davidsons und auch sonst nur halb so hart. Die Polizei musste ja lediglich aufpassen, dass alles seine Ordnung hatte. Bei manchen Bikes zum Beispiel war die Betriebsgenehmigung erloschen. Und ein paar der Rocker überfuhren rote Ampeln. Nichts Schlimmes im Vergleich zu Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Zuhälterei und anderen Delikten, mit denen Mitglieder der Hells Angels in Verbindung gebracht werden.

Das Motiv der Demo hatte etwas rührend Legalistisches: Die Hells Angels wollen das aufgenähte Totenkopf-Emblem auf ihren Lederklamotten wiederhaben, das der Gesetzgeber ihnen weggenommen hat. Seit 2017 gilt nämlich das „verschärfte Kennzeichenverbot“, das Vereinen das öffentliche Tragen gewaltverherrlichender Symbole untersagt. Weil das Ganze juristisch durchaus umstritten ist, haben die Hells Angels dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Der Rocker-Chef André Sommer begründete den Protest in Berlin mit dem Motto der Bande: „Freedom is our religion“.

Man könnte etwas Ähnliches auch über die ideale Bundesrepublik sagen. Auch für uns, eine inzwischen einigermaßen erfahrene Demokratie, könnte Freiheit die Religion sein. Etwa die Meinungsfreiheit. Selbst Außenseiter wie die Motorradrocker, die deutsche Gesetze und die deutsche Polizei nicht anerkennen, können ihr Demonstrationsrecht ungehindert wahrnehmen. Kaum jemand regt sich darüber auf, dass manche von ihnen einen zwielichtigen Lebenslauf haben. Während die Hells Angels auf ihren Maschinen über den Boulevard Unter den Linden rollten, standen Passanten am Straßenrand und machten Fotos.

### Erstes Opfer: die Sprache

Vergleichbares Wohlwollen schlägt der Alternative für Deutschland nicht entgegen. Denn die AFD ist für einen politischen Mainstream, der aus Anhängern der Regierungskoalition, der Grünen, der FDP

und der Linken besteht, zum permanenten Reizthema und Ärgernis geworden. Nachdem sich die AfD zum Beginn der Legislaturperiode durch scharfe Kampfansagen und aggressive Sprüche unbeliebt gemacht hatte, war sie ein für allemal unten durch. Bis heute werden AfD-Vertreter in öffentlichen Diskussionsrunden, auch im Fernsehen, meist mit Gereiztheit und Unwillen behandelt. Gerechtfertigt sehen das die Vertreter der anderen Parteien durch das bisweilen ungehobelte, dann wieder larmoyante Verhalten der AfD-Politiker, noch mehr aber durch die kalkulierte Nähe von Teilen der Partei zu rechtsextremen und völkischen Positionen.

Die ersten Opfer fordert diese Konstellation in der Sprache, mit der wir politische Gegebenheiten bezeichnen. Die AfD nennt alle ihre Gegner höhnisch „Altparteien“, als lebten die hinter dem Mond und hätten die Zeitenwende verpennt, während die Gemeinten sich schulterklopfend und en bloc als „demokratische Parteien“ bezeichnen, den Gegner vom rechten Rand dagegen konsequent – so etwa der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil – als „Rechtsextremisten“. Dass diese Bezeichnung gegenüber vielen AfD-Wählern grob unfair ist, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Und so wandert der Schwarze Peter hin und her, von einer Vergrößerung zur nächsten, ohne dass irgendetwas sich bemüßigt fühlte, den Diskurs wieder zu Sinnen zu bringen.

Bei alledem ist mindestens dreierlei auf der Strecke geblieben. Zum Ersten das Gefühl, jede im Bundestag vertretene Partei repräsentiere Anliegen, die innerhalb der durch Gesetz und öffentliche Ordnung gezogenen Grenzen eine gewisse Legitimität beanspruchen dürfen, also zumindest zur Debatte zugelassen werden sollten. Zweitens der Umgangston zwischen den Parteien, aber auch zwischen verschiedenen, nur noch ihren Kommunikationsblasen verpflichteten Teilen der Gesellschaft. Und drittens die alte Idee, die politischen Parteien vertreten unterschiedliche Programme, mit denen sie in einen Wettbewerb um die Gunst der Wähler treten.

### **Oberstes Ziel: Die AfD darf nicht regieren**

Allein schon die „Berliner Runde“ nach den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg hat gezeigt, dass alle Parteien bestrebt sind, gegen die AfD ein Bündnis der aufrechten Demokraten zu bilden, um gegen den von Jahr zu Jahr stärker werdenden Gegner eine geschlossene Front zu wahren. Die Folge ist, dass die selbsternannten „demokratischen Parteien“ ihre eigenen Konturen bis zur Unkenntlichkeit verwischen und schon deshalb an demokratischem Elan einbüßen: Sie schrauben ihre Ansprüche in den Bundesländern auf das Ziel herunter, Regierungen mit AfD-Beteiligung zu verhindern. Damit lassen sie nicht nur zu, dass der politische Gegner sie unwiderruflich verändert, sondern überspielen eigene Verluste beim Wahlvolk mit frischer Aggression, die sie als inhaltliche Programmatik ausgeben.

Die Aversion der großen Mehrheit deutscher Wähler gegen jedes Kokettieren mit rechtsextremen, antisemitischen oder völkischen Thesen ist einerseits generationsbedingt, andererseits historisch gut begründet. Sie bildet nicht nur den politisch-moralischen Konsens, sondern gleichsam die DNA der heutigen Bundesrepublik. Dagegen verstößt man nicht ungestraft, wie die vulgärereren Vertreter der AfD immer wieder erfahren müssen, so gerade wieder [Björn Höcke](#) im abgebrochenen Interview mit der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ – was AfD-Vertreter freilich nicht abhält, es immer wieder zu probieren. Doch selbst wenn man die Antipathie, die sie auslösen, nachvollziehbar findet, verblüfft doch die beharrliche Weigerung des Mainstreams, die inzwischen sechs Jahre alte Partei überhaupt zum Gespräch zuzulassen. Frühere Beispiele – erst die Grünen, dann PDS/Die Linke – haben doch gezeigt, wie das geht: Der Parlamentarismus gemeindet am Ende alle ein, überzieht sie im Lauf der Jahre mit bundesrepublikanischem Grau und macht sie ebendeshalb koalitionsfähig: Abnutzung sorgt für Angleichung. Auch wenn eine Partei wie Die Linke noch immer nicht nach dem Geschmack vieler CDU/CSU-Politiker ist – von der „Rote-Socken“-Kampagne der frühen Jahre ist man mittlerweile ebenso weit entfernt wie von der Fundamentalablehnung im politischen Gespräch.

## Ab in die rechte Schmutzdecke

Unterdessen lässt unser Bundespräsident der AfD via „Spiegel“-Interview ausrichten, sie sei aufgrund fremdenfeindlicher und völkischer Tendenzen „antibürgerlich“. Doch die präsidentiale Maßregelung hilft wenig weiter. Während Alexander [Gauland](#) den Begriff des „Bürgerlichen“ für die AfD erkennbar reklamiert, um mit wehender Jagdhund-Krawatte ins konservative Lager zurückzurudern und die braunen Ränder der Partei vergessen zu machen, drückt der Bundespräsident den AfD-Fraktionsvorsitzenden genüsslich in die rechte Ecke zurück, um jegliches Gespräch über das AfD-Parteiprogramm unmöglich zu machen.

Um Gauland muss man sich dabei sicherlich nicht sorgen. Aber die kontroversen Inhalte bleiben auf der Strecke, von Migration und Islam über Multikulturalismus und Globalisierung. Ein weiterer Effekt dieser Verdrängung: Die Idee des Konservativen ist marginalisiert; statt dessen fuchelt alle Welt nur noch mit dem sinnentleerten Kampfbegriff „rechts“ herum und verteilt damit großräumig Watschen an den politischen Gegner. Der Schriftsteller und Jurist Bernhard Schlink hat beim Umgang des liberalen Mainstreams mit der AfD (F.A.Z. vom 1. August) ein beunruhigendes Muster ausgemacht: „Die Themen, die er (der Mainstream) nicht diskutiert hat und die von den Rechten usurpiert wurden, sind nun rechte Themen, und als rechte Themen kann der Mainstream sie erst recht nicht mehr diskutieren.“

Deswegen könnte man ins Grübeln darüber kommen, ob [Steinmeier](#) seine überparteiliche Verantwortung gegenüber den AfD-Wählern, den jetzigen wie den künftigen, wirklich wahrnimmt. Eigentlich gibt der Bundespräsident ihnen nämlich zu verstehen, dass ihre Wünsche so illegitim sind wie ihre Sorgen. Untersteht euch, so Steinmeiers Botschaft, von dem Programm abzuweichen, das die Riege von CDU/CSU bis zur Linken zu bieten hat. So festigt der Bundespräsident ungewollt den Eindruck, der durch die Angstreaktionen der anderen Parteien in den letzten Jahren entstanden ist: dass jene, die ans Regieren gewöhnt sind, auf die Eindringlinge von rechts keine andere Antwort haben als Kleinmut, Rechthaberei und steriles Moralisieren. Statt der Herausforderung durch die AfD inhaltlich zu begegnen, arbeiten die Volks- und Traditionsparteien langfristig an ihrer eigenen Auszehrung.

Quelle: F.A.Z.

157,108

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/09/20/la-poursuite-du-deluge-monetaire-ressemble-a-l-action-de-pompiers-pyromanes\\_6012405\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/09/20/la-poursuite-du-deluge-monetaire-ressemble-a-l-action-de-pompiers-pyromanes_6012405_3232.html)

## « La poursuite du déluge monétaire ressemble à l'action de pompiers pyromanes »

### TRIBUNE

Il faut substituer aux politiques monétaires impuissantes contre la déflation une politique d'investissement massif en faveur de la transition écologique, plaident l'économiste Gaël Giraud et le haut fonctionnaire Jean-Marc Sauvé dans une tribune au « Monde ».

Publié le 20 septembre 2019 à 12h01 Temps de Lecture 5 min.

**Tribune.** La conférence annuelle des banquiers centraux, du 22 au 24 août à Jackson Hole, aux Etats-Unis, avait pour thème : « Les défis de la politique monétaire ». Elle a permis aux grands argentiers de répéter ce qui est devenu un refrain – la politique monétaire ne peut pas tout, aux gouvernements de faire leur part –, mais n'a pas esquissé de piste de solution aux paradoxes et aux dilemmes devant lesquels nous nous trouvons.

Le premier d'entre eux est que les liquidités injectées par les banques centrales depuis le krach de 2007-2009 n'ont pas permis d'éviter la trappe déflationniste qui, comme on le sait pourtant depuis les années 1930, guette toute économie en convalescence d'une crise financière : l'excédent des dettes privées obère l'investissement et réduit la croissance potentielle, obligeant les survivants surendettés à vendre des actifs réels dont la baisse des prix accroît le poids de la dette réelle... Le Japon se débat dans ce cercle vicieux depuis presque trente ans.

Après de trop longues années de dénégation, plus personne, aujourd'hui, ne nie la réalité de la déflation en Europe, dont les taux d'intérêt négatifs sont l'un des symptômes les plus préoccupants. Or l'entre-deux-guerres nous a appris que, dans ce piège, injecter de la liquidité ne sert à rien : hier comme aujourd'hui, le secteur bancaire, très fragilisé par la crise financière, ne peut qu'absorber la manne monétaire pour combler la défaillance de ses « actifs pourris », sans irriguer suffisamment l'économie réelle. Le déficit d'investissement, tant privé que public, se creuse, et le mal s'approfondit. Les taux négatifs, eux, accroissent la pression en faveur d'une rentabilité immédiate très élevée dans les entreprises pour faire monter les cours de Bourse et accroître le rendement du capital investi. Ils encouragent les investissements risqués et spéculatifs, donc irresponsables, bien plus que l'investissement productif.

### **On éteint un incendie avec ce qui embrasera le suivant**

Pire encore, et c'est le deuxième problème, les milliers de milliards créés par les banques centrales ont alimenté une gigantesque bulle financière dont n'ont bénéficié qu'une fraction des Européens – creusant les inégalités de manière inédite – et qui ne manquera pas, tôt ou tard, de crever : le hiatus entre la valorisation des actifs financiers et la léthargie de l'économie réelle se soldera inévitablement par une « correction » dont, compte tenu du niveau extravagant des dettes privées, on ne voit pas quelle forme elle peut prendre sinon celle d'un nouveau maelström financier. De sorte que la poursuite du déluge monétaire ressemble à l'action de pompiers pyromanes : on éteint un incendie avec ce qui embrasera le suivant. La récente panique bancaire américaine et l'injection en hâte de 270 milliards de dollars par la Fed à cette occasion en témoignent.

Devant la commission des affaires économiques du Parlement européen, Christine Lagarde a reconnu à juste titre que la Banque centrale européenne (BCE), dont elle va prendre la direction le 1<sup>er</sup> novembre, ne peut pas « relever le potentiel de croissance à plus long terme des pays » et que « les taux bas ont des implications pour le secteur bancaire et plus généralement pour la stabilité financière ». Elle a suggéré qu'un nouvel examen stratégique des missions de la BCE soit lancé, le dernier datant de 2003.

## **« Il faudra bien, un jour, arbitrer entre le sauvetage d'une planète en péril et celui de certaines banques dont le modèle d'affaires n'est plus viable depuis longtemps »**

Au-delà du seul mandat de contrôle de l'inflation, ce pourrait être l'occasion de donner à l'institut de Francfort la mission de financer la transition écologique, par exemple en autorisant la BCE à refinancer systématiquement la Banque européenne d'investissement ou un réseau de banques publiques européennes qui pourraient recevoir des institutions communautaires la mission de financer les infrastructures vertes sans lesquelles nous n'atteindrons jamais les objectifs de décarbonation que nous nous sommes fixés.

Cela suppose que le secteur bancaire européen se convertisse pour de bon à la nécessité de cette transition, au lieu de se contenter d'un *green washing* dont les « obligations vertes » restent à ce jour un avatar parmi d'autres : d'après Oxfam, pour 1 euro destiné au financement des énergies renouvelables, les banques françaises continuent d'accorder en moyenne 7 euros aux hydrocarbures fossiles.

### **Nous ne pouvons pas réécrire les lois de la physique**

Il faudra bien, un jour, arbitrer entre le sauvetage d'une planète en péril et celui de certaines banques dont le modèle d'affaires n'est plus viable depuis longtemps, surtout si les soins palliatifs prodigués à ces dernières, en creusant les inégalités et en préparant la prochaine crise, fonctionnent comme une maladie auto-immune. En politique comme en médecine, mettre fin à une thérapie qui efface provisoirement les symptômes mais renforce le mal est une décision difficile. C'est pourtant la seule qui soit responsable.

## **« Un programme d'investissements massifs en faveur de la transition écologique ne constitue-t-il pas la meilleure manière de sortir de l'ornière déflationniste ? »**

Quant à la politique budgétaire, comment peut-elle agir ? Au sein de l'Union européenne, les traités semblent interdire l'accumulation de déficit public. Il est temps de revoir leur interprétation. Nous nous sommes déjà autorisés à extraire du calcul du déficit public certaines dépenses destinées à sauver provisoirement le secteur bancaire après 2008. Rien n'interdit de faire de même pour des investissements « verts » de long terme. Le surcroît de dette publique qui en résulterait doit être apprécié au regard de la dette écologique que nous laisserons aux générations futures si nous n'agissons pas aujourd'hui. La création d'un fonds consacré au financement de ces investissements et bénéficiant de la garantie publique serait une option complémentaire à un renouvellement des traités et aux financements par la BCE et par des banques publiques.

Un programme d'investissements massifs en faveur de la transition écologique ne constitue-t-il pas la meilleure manière de sortir de l'ornière déflationniste ? Cela créerait des emplois et assainirait notre balance commerciale en réduisant les importations d'énergie fossile. A condition, bien sûr, que les politiques réglementaires, fiscales et budgétaires créent les incitations qui poussent ménages, entreprises et collectivités à se saisir des nouvelles opportunités de financement pour prendre leur part dans le « verdissement » de notre société. Les décisions à prendre aujourd'hui exigent du courage politique, mais elles sont nécessaires. Nous pouvons interpréter de diverses manières nos conventions comptables, mais nous ne pouvons pas réécrire les lois de la physique associées au réchauffement climatique. Pour survivre, l'humanité a davantage besoin d'eau, d'énergie et des services écologiques rendus gratuitement par notre environnement que des marchés financiers et de banques de l'ombre.

**Gaël Giraud** (Directeur de recherche au CNRS, ancien économiste en chef de l'Agence française de développement) **et Jean-Marc Sauvé** (Ancien président du conseil d'administration de l'ENA)



## Macron critique les marches climat: «Qu'ils aillent manifester en Pologne!»

• Par Pierre Lepelletier Publié le 23/09/2019 à 11:24

**Interrogé par *Le Parisien*, le chef de l'État affirme que les manifestations hebdomadaires des jeunes ne règlent pas «le problème». Il leur propose «une forme d'action collective» via des «grandes opérations de ramassage».**

«Les dénonciations, on est au courant». Le ton d'Emmanuel Macron est strict. Dans la nuit de dimanche à lundi, le chef de l'État s'est confié au *Parisien*, depuis son avion présidentiel qui le conduisait à New York. Il est attendu aux États-Unis ce lundi, avec une soixantaine de dirigeants mondiaux, pour un sommet spécial sur le climat dans le cadre de l'Assemblée générale des Nations unies. Un rendez-vous où le président américain, Donald Trump, et son homologue brésilien, Jair Bolsonaro, tous deux climatosceptiques, brilleront par leur absence.

### «Opérations de ramassage sur les rivières ou les plages corses»

Avant d'arriver outre-Atlantique, Emmanuel Macron est revenu auprès du quotidien sur les marches pour le climat qui soulèvent des millions de jeunes partout dans le monde, et notamment en France. S'il se veut en première ligne dans la lutte contre le réchauffement climatique, le chef de l'État a cependant un point de vue sévère sur ces manifestations. «Défiler tous les vendredis pour dire que la planète brûle, c'est sympathique, mais ce n'est pas le problème», fustige-t-il. Emmanuel Macron propose: «On doit rentrer dans une forme d'action collective. Je préfère que tous les vendredis on fasse de grandes opérations de ramassage sur les rivières ou les plages corses».

Il souligne par ailleurs que le problème sur le climat n'est pas nouveau. «C'est comme s'il n'y avait pas eu le discours de Chirac il y a maintenant vingt ans», estime-t-il, rappelant le discours de l'ancien président en 2002: «Notre maison brûle et nous regardons ailleurs».

### «Qu'ils aillent manifester en Pologne!»

Le chef de l'État affirme également que le problème ne vient pas de la France. Il pointe du doigt le rôle de la Pologne qui, avec la République Tchèque, la Hongrie et l'Estonie, a refusé que l'agenda de neutralité carbone en 2050 soit adopté par l'Union européenne lors du sommet des 20 et 21 juin derniers à Bruxelles. «La vérité, c'est qu'il y en a un qui bloque tout, c'est la Pologne. Mon objectif, c'est de convaincre les autres pays de bouger», a-t-il martelé. Avant d'envoyer un message aux jeunes: «Qu'ils aillent manifester en Pologne! Qu'on vienne m'aider à faire bouger ceux que je n'arrive pas à faire évoluer».

Emmanuel Macron a aussi évoqué les «gilets jaunes», soutenant qu'il était «malhonnête» de les opposer à «la transition climatique». «Les gens ont dit une souffrance sociale mais aussi, pour certains, une vraie conscience écologique. Ils nous ont simplement dit: “Ne nous mettez pas dans une impasse”. Ils ont dit: “On a le droit de ne pas avoir les moyens de changer de voiture et être sensible au climat”. C'est au pays de s'adapter, et on doit donner les moyens aux gens de faire cette transition. Ça, c'est notre boulot», a-t-il martelé.

157,112

<https://www.nytimes.com/2019/08/31/world/europe/east-germany-afd-elections-saxony-brandenburg-merkel.html?searchResultPosition=55>

## German Elections Reveal, and Deepen, a New East-West Divide



In Forst, eastern Germany, a textile hub that lost thousands of jobs and half its population after the fall of the Berlin Wall, the far-right Alternative for Germany has the biggest group on the town council. CreditCreditGordon Welters for The New York Times

**By Katrin Bennhold**

- Aug. 31, 2019

FORST, Germany — On the eastern edge of former Communist Germany, Dr. Thomas Jähn sees his patients five days a week. Some come to talk about their own health, others about the health of German democracy.

About the local post office that just closed down. About the train line to Berlin that was promised but never built. About the coal production that is being phased out nearby and the thousands of jobs going with it.

And about the lingering inequality between East and West three decades after the Berlin Wall fell.

“They ask me, ‘What’s the point of voting when no one listens?’ ” Dr. Jähn said before two closely watched eastern state elections this Sunday.

Dr. Jähn, a family doctor in the small town of Forst, has been listening. Three months ago, he was elected to the town council for the far-right Alternative for Germany, alongside other respected figures in the community: a fireman, a plumber, a businessman and a soccer coach.



An AfD election campaign event. CreditGordon Welters for The New York Times

That, in a nutshell, says Mayor Simone Taubenek, an independent, helps explain why the far right is so strong here: “When the local doctor votes far right, it gives them legitimacy.”



The far right may be flatlining, even borderline imploding, in Western Germany, trailing far behind Chancellor Angela Merkel's conservatives and garnering less than half the support of the resurgent liberal Greens.

But here, in the former Communist East, the Alternative for Germany, known by its German abbreviation AfD, is competing to be No. 1. A broad-based political force embedded at the grass-roots level, the party has become Exhibit A for a Germany that is more divided between East and West than at any point since reunification.

That is one reason Sunday's state elections in Saxony and Brandenburg, coming 30 years after the fall of the Berlin Wall, have taken on an outsized symbolic importance.

"It's a moment to take stock of reunification — and of the strength of the far right," said Marcus Böick, a historian specialized in recent East German history.



In Brandenburg and Saxony, the two states that vote this weekend, polls give the AfD up to 25 percent support. Credit Gordon Welters for The New York Times

The two things have become inextricably linked, he said.

The AfD has both tapped into the East-West division and exacerbated it by actively styling itself as an Eastern identity party. "The East Rises Up!" reads one of its campaign posters. "Complete the revolution," another urges, a reference to the 1989 protests that brought down Communism and ushered in democracy and capitalism.

"East German identity is part of the AfD's identity," said Norbert Kleinwächter, a national lawmaker for the AfD, who was campaigning in Forst one recent evening. "There are Westerners and Easterners — their experiences are very different."

Such messaging plays well at a time when voters in the former East have started telling pollsters that they identify as "East German," something few did even under Communism. Over 70 percent of West Germans simply feel "German," a recent survey by the Allensbach institute showed. In the East, that was true of only 44 percent.

In Brandenburg and Saxony, the two states that vote this weekend, polls give the AfD up to 25 percent support. On Sunday, when voters elect a new regional legislature, the party could come first in one or both regions.

In Forst, a once prosperous textile hub on the Polish border that lost thousands of jobs and half its population after the fall of the Berlin Wall, the AfD is already No. 1.

ADVERTISEMENT



Eastern Germany also has big coal facilities, like this mine and power plant at Jänschwalde, in a country seeking to begin phasing out fossil fuels. CreditGordon Welters for The New York Times

One in three voters among the 18,500 inhabitants support the far right. The party has the biggest group in the town council.

Ask Ulrich Mäbert, a local businessman, why he votes for the AfD after years of casting his ballot for Ms. Merkel's conservatives, her social democratic coalition partner and, once, for the Greens, and he points to acres of undeveloped land on the town's edge.

"This is our industrial area," he said bitterly, his arm sweeping across the empty fields. The investment and jobs successive politicians promised never materialized, he said.

In downtown Forst, shuttered factories and smoke stacks still dot the sky line. Trees grow out of abandoned villas. A graffitied slogan sums up the mood: "Nobody can help."

Mr. Mäbert remembers the euphoria 30 years ago, when Ms. Merkel's one-time mentor and predecessor, Helmut Kohl, promised Easterners an economic miracle in a unified Germany.  
Image

"There is a sense that things are decided over your head, that you have no say in anything," said Diana Sonntag, a restaurant owner and mother of six. CreditGordon Welters for The New York Times

"In those days the election posters promised us 'Blooming landscapes,' " Mr. Mäbert recalled. "And we all believed it."

No one believes it now, he said.

Things have gradually improved since the 1990s, when in the space of a few years the entire textile industry collapsed and unemployment surged.

Today government money has improved roads and public buildings in the town. Forst has a recently renovated swimming pool with a 10-meter diving board. Half of the town's inhabitants live in houses of their own.

Now that the government has decided to phase out coal production, billions more will flow in to help compensate for the job losses.

But, as Carola Friebe, a local shop owner, put it: "People don't want money, they want a future."

Ms. Friebe does not vote for the AfD but she has friends who do. Her stationery shop is one of the few remaining retailers. "Tourists sometimes come in and ask me where the town center is," Ms. Friebe said. "I tell them, 'You're standing right in the middle of it.'"

Image



Ulrich Mäbert, second from left, during a lunch break at his company. German unification was meant to bring “blooming landscapes,” he said, but no one believed that anymore. Credit: Gordon Welters for The New York Times

But you would not know.

The shoe shop closed, so did a number of boutiques, a supermarket and then, in June, the post office. A proud 19th-century building, it gained particular significance under Communism, when older residents recall going there to place phone calls or pick up packages from relatives in the West.

“It’s all gone,” said Ms. Friebel.

So have her children, who like many others have grown up and moved away to find work.

Thirty-five percent of the population is over 60, said Ms. Taubenek, the mayor. “I’ve lost two generations,” she said.

But economics is only one reason the people of Forst are rebelling against traditional parties on the left and right.

“There is a sense that things are decided over your head, that you have no say in anything,” said Diana Sonntag, a restaurant owner and mother of six.



Steffen Kubitzki, center, of the AfD, at a political speed dating event. Credit: Gordon Welters for The New York Times

“We in the East are familiar with that,” she said. “We’ve been there before.”

Under Communism, the party called the shots, she said. Now the market does. “I’ve come to realize that everything they taught us about capitalism all those years ago is true,” Ms. Sonntag said. “Politics is just for show. Money rules.”

The disruption brought by capitalism is only the latest way the people of Forst have had their lives upended over the past century.

Nestled on the banks of the Neisse River, the town was shot to rubble by the advancing Russian Army in 1945.

Under Communism, local businesses were expropriated. Then, with the arrival of capitalism, unemployment surged and overnight, people's résumés became meaningless.

Margrid Schmidt, a 76-year-old retired nursery teacher who attended an AfD rally last week, remembers being told after reunification that her degree no longer qualified her to work in a nursery.



A shuttered factory in downtown Forst. Credit: Gordon Welters for The New York Times

She had to retrain. “One hundred hours to learn how to do the job I had done for 20 years,” Ms. Schmidt said.

The sense of injustice runs deep. And with the arrival of over a million migrants in Germany in 2015, it deepened again.

Although Forst has few migrants, many complain that the government is treating foreigners more generously than struggling Germans.

“My parents were around 50 when the wall fell,” said Mario Fitzke, a local car mechanic. “They had such high hopes and were bitterly disappointed and humiliated. And then you see what the refugees get — all the things that we didn’t get. That makes you angry.”

“No one should be surprised at the results of the AfD,” he said.

Jörg Rakete, a social democrat who is mayor of a nearby village, said traditional parties needed to show humility. “We are the ones who left this vacuum.”

In his village, four in 10 people vote for the AfD. Calling them extremists is not helpful, he said. “On the state and national level they are extremists,” he said. “On the local level, they are often citizens who no longer feel represented.”

**Global warming 101**

# The past, present and future of climate change

*Climate issue: Replacing the fossil-fuel technology which is reshaping the climate remains a massive task*

**Print edition | Briefing**

Sep 21st 2019

In the early 19th century Joseph Fourier, a French pioneer in the study of heat, showed that the atmosphere kept the Earth warmer than it would be if exposed directly to outer space. By 1860 John Tyndall, an Irish physicist, had found that a key to this warming lay in an interesting property of some atmospheric gases, including carbon dioxide. They were transparent to visible light but absorbed infrared radiation, which meant they let sunlight in but impeded heat from getting out. By the turn of the 20th century Svante Arrhenius, a Swedish chemist, was speculating that low carbon-dioxide levels might have caused the ice ages, and that the industrial use of coal might warm the planet.

What none foresaw was how fast, and how far, the use of fossil fuels would grow (see chart above). In 1900 the deliberate burning of fossil fuels—almost entirely, at the time, coal—produced about 2bn tonnes of carbon dioxide. By 1950 industrial emissions were three times that much. Today they are close to 20 times that much.

That explosion of fossil-fuel use is inseparable from everything else which made the 20th century unique in human history. As well as providing unprecedented access to energy for manufacturing, heating and transport, fossil fuels also made almost all the Earth's other resources vastly more accessible. The nitrogen-based explosives and fertilisers which fossil fuels made cheap and plentiful transformed mining, warfare and farming. Oil refineries poured forth the raw materials for plastics. The forests met the chainsaw.

In no previous century had the human population doubled. In the 20th century it came within a whisker of doubling twice. In no previous century had world gdp doubled. In the 20th century it doubled four times and then some.

An appendix to a report prepared by America's Presidential Science Advisory Committee in 1965 marks the first time that politicians were made directly aware of the likely climate impact of all this. In the first half of the century scientists believed that almost all the carbon dioxide given off by industry would be soaked up by the oceans. But Roger Revelle, an oceanographer, had shown in the 1950s that this was not the case. He had also instituted efforts to measure year-on-year changes in the atmosphere's carbon-dioxide level. By 1965 it was clear that it was steadily rising.

The summary of what that rise meant, novel when sent to the president, is now familiar. Carbon stored up in the crust over hundreds of millions of years was being released in a few generations; if nothing were done, temperatures and sea levels would rise to an extent with no historic parallel. Its suggested response seems more bizarre: trillions of ping-pong balls on the ocean surface might reflect back more of the sun's rays, providing a cooling effect.

The big difference between 1965 and now, though, is what was then a peculiar prediction is now an acute predicament. In 1965 the carbon-dioxide level was 320 parts per million (ppm); unprecedented, but only 40ppm above what it had been two centuries earlier. The next 40ppm took just three decades. The 40ppm after that took just two. The carbon-dioxide level is now 408ppm, and still rising by 2ppm a year.

Records of ancient atmospheres provide an unnerving context for this precipitous rise. Arrhenius was right in his hypothesis that a large part of the difference in temperature between the ice ages and the warm “interglacials” that separated them was down to carbon dioxide. Evidence from Antarctic ice cores shows the two going up and down together over hundreds of thousands of years. In interglacials the carbon-dioxide level is 1.45 times higher than it is in the depths of an ice age. Today’s level is 1.45 times higher than that of a typical interglacial. In terms of carbon dioxide’s greenhouse effect, today’s world is already as far from that of the 18th century as the 18th century was from the ice age (see “like an ice age” chart).

Not all the difference in temperature between interglacials and ice ages was because of carbon dioxide. The reflection of sunlight by the expanded ice caps added to the cooling, as did the dryness of the atmosphere. But the ice cores make it clear that what the world is seeing is a sudden and dramatic shift in fundamental parameter of the planet’s climate. The last time the Earth had a carbon-dioxide level similar to today’s, it was on average about 3°C warmer. Greenland’s hills were green. Parts of Antarctica were fringed with forest. The water now frozen over those landscapes was in the oceans, providing sea levels 20 metres higher than today’s.

### **Ping-pong ding-dong**

There is no evidence that President Lyndon Johnson read the 1965 report. He certainly didn’t act on it. The idea of deliberately changing the Earth’s reflectivity, whether with ping-pong balls or by other means, was outlandish. The idea that the fuels on which the American and world economies were based should be phased out would have seemed even more so. And there was, back then, no conclusive proof that humans were warming the Earth.

Proof took time. Carbon dioxide is not the only greenhouse gas. Methane and nitrous oxide trap heat, too. So does water vapour, which thereby amplifies the effects of the others. Because warmth drives evaporation, a world warmed by carbon dioxide will have a moister atmosphere, which will make it warmer still. But water vapour also condenses into clouds—some of which cool the world and some of which warm it further. Then and now, the complexities of such processes make precision about the amount of warming expected for a given carbon-dioxide level unachievable.

Further complexities abound. Burning fossil fuels releases particles small enough to float in the air as well as carbon dioxide. These “aerosols” warm the atmosphere, but also shade and thereby cool the surface below; in the 1960s and 1970s some thought their cooling power might overpower the warming effects of carbon dioxide. Volcanic eruptions also produce surface-cooling aerosols, the effects of which can be global; the brightness of the sun varies over time, too, in subtle ways. And even without such external “forcings”, the internal dynamics of the climate will shift heat between the oceans and atmosphere over various timescales. The best known such shifts, the El Niño events seen a few times a decade, show up in the mean surface temperature of the world as a whole.

These complexities meant that, for a time, there was doubt about greenhouse warming, which the fossil-fuel lobby deliberately fostered. There is no legitimate doubt today. Every decade since the 1970s has been warmer than the one before, which rules out natural variations. It is possible to compare climate models that account for just the natural forcings of the 20th century with those that take into account human activities, too. The effects of industry are not statistically significant until the 1980s. Now they are indisputable.

At the Earth Summit in Rio de Janeiro in 1992, around the time that the human effect on the climate was becoming clearly discernible, the nations of the world signed the UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). By doing so they promised to “prevent dangerous anthropogenic interference with the climate system”.

Since then humans have emitted 765bn more tonnes of carbon dioxide; the 2010s have been, on average, some 0.5°C hotter than the 1980s. The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) estimates that mean surface temperature is now 1°C above what it was in the pre-industrial world, and rising by about 0.2°C a decade. In mid- to high-northern latitudes, and in some other places, there has already been a warming of 1.5°C or more; much of the Arctic has seen more than 3°C (see map).

The figure of 1.5°C matters because of the Paris agreement, signed by the parties to the UNFCCC in 2015. That agreement added targets to the original goal of preventing “dangerous interference” in the climate: the signatories promised to hold global warming “well below” 2°C above pre-industrial temperatures and to make “efforts to limit the temperature increase to 1.5°C”.

Neither 1.5°C nor 2°C has any particular significance outside these commitments. Neither marks a threshold beyond which the world becomes uninhabitable, or a tipping point of no return. Conversely, they are not limits below which climate change has no harmful effects. There must be thresholds and tipping points in a warming world. But they are not well enough understood for them to be associated with specific rises in mean temperature.

For the most part the harm warming will do—making extreme weather events more frequent and/or more intense, changing patterns of rainfall and drought, disrupting ecosystems, driving up sea levels—simply gets greater the more warming there is. And its global toll could well be so great that individual calamities add little.

At present further warming is certain, whatever the world does about its emissions. This is in part because, just as a pan of water on a hob takes time to boil when the gas below is lit, so the world’s mean temperature is taking time to respond to the heating imposed by the sky above. It is also because what matters is the total amount of greenhouse gas in the atmosphere, not the rate at which it increases. Lowering annual emissions merely slows the rate at which the sky’s heating effect gets stronger; surface warming does not come to an end until the greenhouse-gas level is no longer increasing at all. If warming is to be held to 1.5°C that needs to happen by around 2050; if it is to be kept well below 2°C there are at best a couple more decades to play with.

### **Revolution in reverse**

Thus, in its simplest form, the 21st century’s supertanker-U-turn challenge: reversing the 20-fold increase in emissions the 20th century set in train, and doing so at twice the speed. Replacing everything that burns gas or coal or oil to heat a home or drive a generator or turn a wheel. Rebuilding all the steelworks; refashioning the cement works; recycling or replacing the plastics; transforming farms on all continents. And doing it all while expanding the economy enough to meet the needs and desires of a population which may well be half again as large by 2100 as it is today.

“Integrated assessment models”, which combine economic dynamics with assumptions about the climate, suggest that getting to zero emissions by 2050 means halving current emissions by 2030. No nation is on course to do that. The national pledges made at the time of the Paris agreement would, if met, see global emissions in 2030 roughly equivalent to today’s. Even if emissions decline thereafter, that suggests a good chance of reaching 3°C.

Some countries already emit less than half as much carbon dioxide as the global average. But they are countries where many people desperately want more of the energy, transport and resources that fossil fuels have provided richer nations over the past century. Some of those richer nations have now

pledged to rejoin the low emitters. Britain has legislated for massive cuts in emissions by 2050. But the fact that legislation calls for something does not mean it will happen. And even if it did, at a global level it would remain a small contribution.

This is one of the problems of trying to stop warming through emission policies. If you reduce emissions and no one else does, you face roughly the same climate risk as before. If everyone else reduces and you do not, you get almost as much benefit as you would if you had joined in. It is a collective-action problem that only gets worse as mitigation gets more ambitious.

What is more, the costs and benefits are radically uncertain and unevenly distributed. Most of the benefit from curtailing climate change will almost certainly be felt by people in developing countries; most of the cost of emission cuts will be felt elsewhere. And most of the benefits will be accrued not today, but in 50 or 100 years.

It is thus fitting that the most striking recent development in climate politics is the rise of activism among the young. For people born, like most of the world's current leaders, well before 1980, the second half of the 21st century seems largely hypothetical. For people born after 2000, like Greta Thunberg, a Swedish activist, and some 2.6bn others, it seems like half their lives. This gives moral weight to their demands that the Paris targets be met, with emissions halved by 2030. But the belief that this can be accomplished through a massive influx of "political will" severely underestimates the challenge.

It is true that, after a spectacular boom in renewable-energy installations, electricity from the wind and the sun now accounts for 7% of the world's total generation. The price of such installations has tumbled; they are now often cheaper than fossil-fuel generating capacity, though storage capacity and grid modifications may make that advantage less at the level of the whole electricity system.

One step towards halving emissions by 2030 would be to ramp such renewable-electricity generation up to half the total. This would mean a fivefold-to-tenfold increase in capacity. Expanding hydroelectricity and nuclear power would lessen the challenge of all those square kilometres of solar panels and millions of windmills. But increased demand would heighten it. Last year world electricity demand rose by 3.7%. Eleven years of such growth would see demand in 2030 half as large again as demand in 2018. All that new capacity would have to be fossil-fuel-free.

And electricity is the easy part. Emissions from generating plants are less than 40% of all industrial emissions. Progress on reducing emissions from industrial processes and transport is far less advanced. Only 0.5% of the world's vehicles are electric, according to BloombergNEF, a research firm. If that were to increase to 50% without increasing emissions the production of fossil-fuel-free electricity would have to shoot up yet further.

The investment needed to bring all this about would be unprecedented. So would the harm to sections of the fossil economy. According to Carbon Tracker, a think-tank, more than half the money the big oil companies plan to spend on new fields would be worthless in a world that halved emissions by 2030. The implications extend to geopolitics. A world in which the oil price is no longer of interest is one very different from that of the past century.

### **Putting off to tomorrow**

Dislocation on such a scale might be undertaken if a large asteroid on a fixed trajectory were set to devastate North America on January 1st 2031. It is far harder to imagine when the victims are less readily identifiable and the harms less cosmically certain—even if they eventually turn out to be comparable in scale. Realising this, the climate negotiators of the world have, over the past decade, increasingly come to depend on the idea of "negative emissions". Instead of not putting carbon dioxide into the atmosphere at all, put it in and take it out later. By evoking ever larger negative emissions later



in the century it is possible to accept a later peak and a slower reduction while still being able to say that you will end up within the 1.5°C or 2°C limit (see “four futures” chart).

Unfortunately, technologies capable of delivering negative emissions of billions of tonnes a year for reasonable prices over decades do not exist. There are, though, ideas about how they could be brought into being. One favoured by modellers involves first growing plants, which suck up atmospheric carbon dioxide through photosynthesis, and then burning them in power stations which store the carbon dioxide they produce underground. A surmountable problem is that no such systems yet exist at scale. A much tougher one is that the amount of land required for growing all those energy crops would be enormous.

This opens up a dilemma. Given that reducing emissions seems certain not to deliver quickly enough, it would seem stupid not to put serious effort into developing better ways of achieving negative emissions. But the better such r&d makes the outlook for negative emissions appear, the more the impetus for prompt emissions reduction diminishes. Something similar applies for a more radical potential response, solar geoengineering, which like the ping-pong balls of 1965 would reflect sunlight back to space before it could warm the Earth. Researchers thinking about this all stress that it should be used to reduce the harm of carbon dioxide already emitted, not used as an excuse to emit more. But the temptation would be there.

Even if the world were doing enough to limit warming to 2°C, there would still be a need for adaptation. Many communities are not even well adapted to today’s climate. Adaptation is in some ways a much easier policy to pursue than emissions reduction. But it has disadvantages. It gets harder as things get worse. It has a strong tendency to be reactive. And it is most easily achieved by those with resources; people who are marginalised and excluded, who the ipcc finds tend to be most affected by climate change, have the least capacity to adapt to it. It can also fall prey to the “moral hazard” problem encountered by negative emissions and solar geoengineering.

None of this means adaptation is not worthwhile. It is vital, and the developed nations—developed thanks to fossil fuels—have a duty to help their poorer counterparts achieve it, a duty acknowledged in Paris, if as yet barely acted on. But it will not stabilise the climate that humans have, in their global growth spurt, destabilised. And it will not stop all the suffering that instability will bring. ■

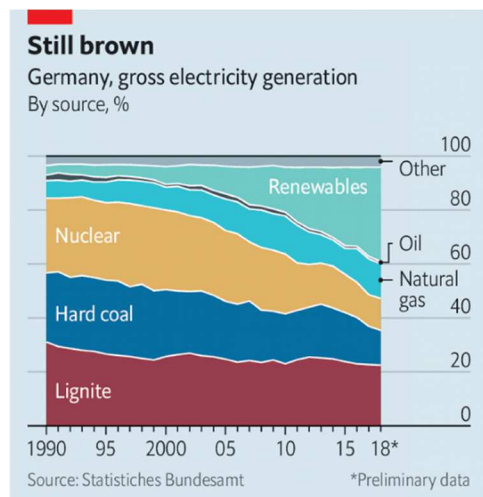
*This article appeared in the Briefing section of the print edition under the headline "What goes up"*

**Dirty, and not quick**

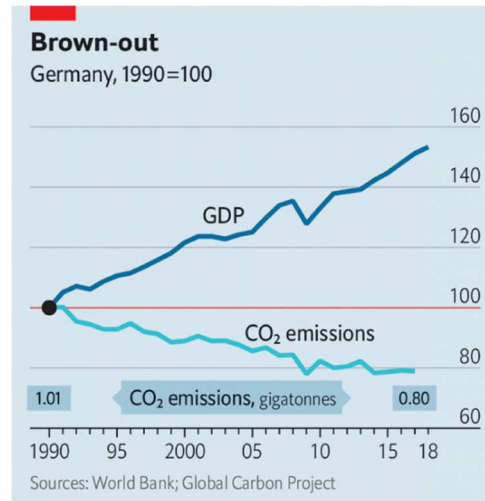
## Germany's pricey "coal exit"

*Climate issue: Brown coal is the worst*[Print edition | Europe](#)

Sep 19th 2019 | SPREMBERG



The Economist



The Economist

They came in hi-vis jackets and anoraks, beating drums and blowing whistles as the rain pelted down, defiantly defending their dying industry. Perhaps a thousand miners and other workers turned out at the Schwarze Pumpe coal-fired power plant in eastern Germany on September 9th, presenting a boisterous welcome to visitors at a conference on the future of the local Lausitz region. In a clever stunt, they forced those attending to enter through one of two makeshift arches marked “2030” and “2038”, signifying two possible end-dates for the use of coal in Germany. Anyone taking the first was roundly booted.

Next year Germany will miss its emission-reduction targets. Continued dependence on coal is one of the main reasons for this. The share in the electricity mix of brown coal (lignite), the cheapest and dirtiest sort, has remained stable for two decades. No country burns more of it than Germany. Last year the government assembled a commission spanning politicians, industry, scientists, activists and unions to get itself off the stuff.

This approach was designed to ensure common ownership of whatever proposals emerged. The commission's 275-page report, issued in January, commits Germany to end the use of coal no later than 2038, and pledges subsidies worth up to €40bn (\$44bn) over 20 years for Germany's remaining coal-mining areas. Regular reviews will determine when mines must close, and owners will be compensated.

The compromise, not yet implemented in law, left everyone a little dissatisfied. Utilities murmur about supply insecurity; business lobbies fear rising energy prices. The biggest howls come from environmentalists, who want the closure advanced to help meet Germany's target of cutting emissions by 55% on 1990 levels by 2030.

A trip across the Lausitz, where a third of Germany's lignite is mined, helps explain why coal-workers find this hard to swallow. This remote rural region, straddling the eastern states of Saxony and Brandenburg, once provided East Germany with 90% of its electricity (today it supplies around 7% of Germany's power). The otherwise featureless landscape is pocked by the vast opencast mines from which lignite is stripped, and the lakes formed when disused ones are flooded. Fans of Energie, based in Cottbus, serenade their players with hymns to coal. But this sentimental attachment to coal, notes Johannes Staemmler at the Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam, goes along with fear of change born from the ravages of deindustrialisation after German reunification in 1990, when most of the Lausitz's mines were shut down and tens of thousands lost their jobs.

Today there are no big employers in the Lausitz other than leag, the Czech-owned operator of the region's mines and coal plants. leag's three Lausitz plants, including Schwarze Pumpe, all sit among the top ten carbon emitters in the eu, but they also provide 8,000 well-paid jobs in a region not groaning with them, and thousands more indirectly. Such arguments helped local politicians secure €17bn of the promised €40bn. Plans to spend the cash have mushroomed, covering transport and mobile infrastructure, investment in r&d and the creation of government jobs. Christine Herntier, the mayor of Spremberg and a member of the coal commission, has her heart set on a state-of-the-art hydrogen plant at Schwarze Pumpe. Yet she too is losing faith, worried that federal funds will be spread too thinly, irritated that poor communities like hers must provide co-financing, and infuriated by turncoat greens.

When foreign competition devastated Germany's solar industry a few years ago, notes Felix Ekardt, head of the Research Unit Sustainability and Climate Policy in Leipzig, politicians simply shrugged and pointed to market forces. But private decisions are resented less than political ones. "People don't forgive the state if it removes jobs," says Jörg Steinbach, Brandenburg's energy minister. Two of the three remaining lignite regions are in the former East Germany, where old grievances have found new political expression. In recent state elections the populist Alternative for Germany (afd) swept the board in Lausitz after campaigning against the planned closures.

Mr Steinbach remains optimistic. "There will be losers," he says, "but not many." Two-thirds of lignite workers are already over 45, which will limit forced redundancies, and the skills younger ones pick up are often transferable. Yet independent forecasts have shown how exposed the local economy remains to closures. In the Lausitz there are few other employment opportunities, as there are in the lignite area in the Rhineland. "Well-trained people will see their future elsewhere," sighs Wolfgang Rupieper, head of Pro Lausitzer Braunkohle, a pro-coal association in Cottbus. Like others, he grumbles about the efforts expected of coal when emissions from other sectors, like transport, have barely shifted since 1990.

Such concerns animated a broad package of climate-protection measures the government was due to unveil on September 20th. Chief among these was expected to be some form of carbon price, needed to ensure that the end of coal does in fact reduce overall emissions. The costly and complex commission approach fits awkwardly with more efficient emission-reduction strategies. Yet as other countries attempt to walk the line between protecting the climate and sheltering left-behind economies, they will be watching the German experiment closely. ■

157,124

<https://www.sueddeutsche.de/politik/brandenburg-sachsen-kenia-koalition-bundesrat-gruene-1.4612200>

24. September 2019, 10:05 Uhr

**Koalitionen:**

## Wir leben in einer "Bundesrepublik Kenia"



Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Bundeskanzlerin Angela Merkel  
(Foto: imago; Bearbeitung SZ)

**In Sachsen und Brandenburg wollen CDU, SPD und Grüne zusammenarbeiten. Das ist kein ostdeutsches Phänomen. Auch im Bund regiert praktisch schon eine Kenia-Koalition.**

*Kommentar von [Robert Roßmann](#), Berlin*

Was ist in den vergangenen Jahren nicht alles vorausgesagt worden: Die einen sahen eine Ära der Jamaika-Koalitionen anbrechen, andere setzten wegen der rot-grün-roten Regierung in Bremen auf linke Mehrheiten auch anderswo. Doch gekommen ist jetzt "Kenia". In Sachsen und Brandenburg loten CDU, SPD und Grüne ein derartiges Bündnis aus. In Sachsen-Anhalt gibt es bereits eine solche Koalition. All das nur für ein ostdeutsches Phänomen zu halten, wäre falsch. Denn auch im Bund regiert faktisch längst ein Bündnis aus Union, SPD und Grünen. Wir leben politisch in einer "Bundesrepublik Kenia".

Union und SPD mögen über die Mehrheit im Bundestag verfügen. Um auch im [Bundesrat](#) zu reüssieren, brauchen sie aber die Unterstützung der Grünen. Wie groß deren Macht ist, demonstrieren sie gerade: Die Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck haben angekündigt, die Stärke ihrer Partei im Bundesrat dafür zu nutzen, das Klimapaket der großen Koalition zu verschärfen.

Falls es in Brandenburg und Sachsen zu Kenia-Koalitionen kommt, werden die Grünen an elf der 16 Landesregierungen beteiligt sein - und damit an genauso vielen wie Union oder SPD. Weil die Koalitionsverträge vorsehen, dass sich ein Land im Bundesrat enthalten muss, wenn sich dessen Regierungspartner nicht einigen können, und Enthaltungen faktisch wie Neinstimmen gezählt werden, können die Grünen bereits jetzt alle zustimmungspflichtigen Gesetze blockieren. Und davon gibt es trotz der Föderalismusreformen immer noch jede Menge. Mehr als ein Drittel aller Gesetzentwürfe, die der Bundestag beschließt, müssen auch vom Bundesrat gebilligt werden, um in Kraft treten zu können. Dazu gehören auch wichtige Teile des Klimapakets.

Für all jene, denen das Klimapaket nicht weit genug geht, mag das eine gute Nachricht sein. Für die Effizienz und Transparenz des politischen Systems generell ist es aber keine. "Das Schneckentempo ist das normale Tempo jeder Demokratie", hat der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal gesagt. Das stimmt. Richtig ist aber auch, dass es der Demokratie abträglich ist, wenn die Bürger nicht mehr genau erkennen können, welche Partei wofür verantwortlich ist. Zuständigkeiten von Bund und Ländern müssten entflochten werden

Die Erosion der Volksparteien hat auch den Bundesrat verändert. Wenn es in Brandenburg und Sachsen zu Kenia-Koalitionen kommt, werden zum ersten Mal die Hälfte aller Landesregierungen Dreierbündnisse sein. Schon in vielen Zweierkoalitionen sind Kompromisse nicht einfach zu erzielen, in Dreierkoalitionen ist es noch schwerer. Bereits jetzt retten sich deshalb Landesregierungen oft in eine Enthaltung - auch das verwischt Verantwortlichkeiten.

Den Landesregierungen vorzuschreiben, sich im Bundesrat entscheiden zu müssen, ist trotzdem keine gute Lösung. Die Vorgabe würde viele Dreierbündnisse regelmäßig an den Rand des Scheiterns bringen. Stattdessen ist eine neue Föderalismusreform nötig. Statt die Zuständigkeiten von Bund und Ländern - wie mit dem Digitalpakt für die Schulen - immer weiter zu verschränken, müssten sie dringend entflochten werden.

An der Lage würde sich übrigens auch bei einer schwarz-grünen Koalition im Bund nichts ändern. Die bräuchte dann nämlich die Unterstützung SPD-regierter Länder. Es bliebe also bei der "Bundesrepublik Kenia".

## Soziale Proteste in Frankreich

### Grün gegen Gelb

**Klimaschützer gegen Gelbwesten: In Frankreich streiten zwei soziale Bewegungen immer offener miteinander. Droht der Konflikt, das Land und Europa zu spalten?**

Von Georg Blume, Paris



Lucas Barioulet / AFP

**Gelbwesten-Demonstrant beim Klimaprotest in Paris: Ungefragt angeschlossen**  
Dienstag, 24.09.2019

Vergangenen Freitag näherte sich ein mit gelber Weste und Gitarre ausgestatteter Mann dem Demonstrationszug von "[Fridays for Future](#)" auf dem Pariser Boulevard Diderot. Er blieb auf dem Bürgersteig stehen und sang selbstgedichtete Lieder, zu denen er auf der Gitarre spielte: "Ihr seid die grünen Westen, wir sind die gelben Westen, lasst uns zusammen marschieren!", stimmte er an. Viele konnten es hören. Doch von den jungen Klimaschützern sang keiner mit. Leicht genervt schauten die meisten von ihnen weg.

"Es wäre unehrlich, die Gelbwesten zu Gegnern des Klimaschutzes zu erklären", hat der französische Präsident [Emmanuel Macron](#) gerade in einem Interview mit der Zeitung "Le Parisien" gesagt. "Es sind Leute, die ihr soziales Leid ausdrücken, die aber oft auch ein echtes ökologisches Bewusstsein haben", so Macron. Will er die Dinge schönreden?

Immer deutlicher tritt dieser Tage in Frankreich der Konflikt zwischen zwei sozialen Bewegungen hervor: der neuen [Klimaschutzbewegung](#) und der auch erst ein Jahr alten [Gelbwestenbewegung](#). In Paris war er am Wochenende mit Händen greifbar. "Gewalt brach an der Spitze des Zuges aus, die nicht von den Demonstranten für Klimaschutz kam", berichtete Jean-Francois Julliard, Direktor von [Greenpeace](#) in Frankreich, der Zeitung "Le Monde".

Tatsächlich hatten sich Gelbwesten und [einige Autonome](#) ungefragt einer zweiten Klimademonstration am Samstag angeschlossen. "Die Polizei warf Tränengas und verhinderte anschließend, dass Eltern mit ihren Kindern den Zug verlassen konnten", erzählte Julliard. "Mir kam das wie ein großer Rückschlag vor, zu einem Zeitpunkt, wo wir die Mobilisierung der Leute wirklich brauchen." Werden also Grün und Gelb demnächst nur noch getrennt marschieren? Oder vielleicht sogar gegeneinander?

Daniel Cohn-Bendit, Grünen-Politiker und Held der französischen 68er-Bewegung, würde das nicht wundern: "Die Anhänger der Gelbwesten haben in Frankreich bei den Europawahlen zu 70 bis 80 Prozent die Rechtsextremistin [Marine Le Pen](#) gewählt. Ihnen Nähe zur Klima-Bewegung nachzusagen, ist eine schiere Behauptung", sagte Cohn-Bendit dem SPIEGEL. Er verweist auf die Ursprünge der

Gelbwesten: Ihr Protest habe sich in Frankreich an der Erhöhung des Benzinpreises und einem Tempolimit von 80 km/h auf Landstraßen entzündet. Genau solche Maßnahmen aber forderten die Klimaschützer. "Stattdessen fühlen sich die Gelbwesten vom Staat gemolken."

## Alte Wunden

Der Gegensatz zwischen Gelb und Grün aber tritt nicht nur auf den Straßen von Paris zutage. Mit etwas Abstand betrachtet, prägt er ganz Europa und zeichnet einen Graben zwischen Frankreich und Deutschland. Rechts vom Rhein zogen die Klima-Demonstrationen in den letzten Tagen Hunderttausende an, in Frankreich dagegen nur Zehntausende. "10.000 in Paris, das ist nichts", urteilt Cohn-Bendit über die Pariser Klima-Demonstration vom Wochenende. Dafür aber demonstrierten im vergangenen Jahr in Frankreich Hunderttausende mit den Gelbwesten, mit denen sich in Deutschland nur wenige solidarisierten. "In Frankreich wird über die Rente mehr als über das Klima diskutiert. Das ist ein Riesenproblem", sagt Cohn-Bendit.

Solche Vergleiche reißen alte Wunden auf. Schon in der Achtzigerjahren gingen viele junge Deutsche im Zuge der Öko- und Friedensbewegungen gegen [Atomkraftwerke](#) und [Atomwaffen](#) auf die Straße, während es in Frankreich relativ ruhig blieb. Der französische Außenpolitik-Experte Dominique Moisi, Gründer des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen (IFRI) in Paris, erinnert an einen Ausspruch Cohn-Bendits von damals: "Hätte Hitler sechs Millionen Bäume gefällt, hätten die Deutschen protestiert", zitiert Moisi.

Zu dieser Aussage steht Cohn-Bendit immer noch. Moisi aber glaubt, dass Franzosen und Deutsche inzwischen weiter sind: "Frankreich hat viel aufgeholt. Die jungen Franzosen sind heute genauso umweltbewusst wie die jungen Deutschen", sagt er. Die Gelbwesten sieht er dagegen als französische Eigenart.

Ganz anderer Meinung ist Bundeswirtschaftsminister [Peter Altmaier](#). "Wir haben in Frankreich gesehen, wohin das führt, die Erhöhungen werden zurückgenommen", sagte Altmaier am Sonntag mit ausdrücklichen Bezug auf die Gelbwesten [im ARD-Talk bei Anne Will](#), als er die geringen Energiepreiserhöhungen des Klimapakets der Großen Koalition rechtfertigen musste. So wollte Altmaier Grün und Gelb, Deutschland und [Frankreich](#), auf eine Linie bringen.

Nichts anderes versucht auch Macron. Doch der Konflikt zwischen den sozialen Bewegungen könnte tiefer gehen, als es die Regierungen in Paris und Berlin wahrhaben wollen. Noch gab es zwischen Gelbwesten und Klimaschützern keine Prügeleien. Auch dem Gelbwestensänger in Paris passierte nichts. Das muss nicht so bleiben.

ZUR ETHIK DES KLIMAWANDELS:

# Ich bin doch nicht allein verantwortlich

**NIKIL MUKERJI lehrt Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.**

- -AKTUALISIERT AM 25.09.2019-11:45

- *Wer mehr Klimaschutz will, wird gerne moralisch in die Pflicht genommen. Geh Du voran, heißt es. Wir sollten uns aber von der Vorstellung lösen, dass der Einzelne die Verantwortung für den Klimawandel trägt. Ein Gastbeitrag.*

Die Wissenschaft des Klimawandels ist enorm kompliziert. Laien können sie kaum durchblicken. Dennoch kann jeder davon ausgehen, dass der menschengemachte Klimawandel real ist, denn die Experten sind sich hierin einig. Bei den ethischen Fragen, die der Klimawandel aufwirft, verhält es sich interessanterweise genau umgekehrt. Hier haben offenbar alle – auch Laien – klare moralische Intuitionen. Aber der Diskussionsstand unter Experten ist alles andere als eindeutig. Die ethischen Fragen, die der Klimawandel aufwirft, sind schwieriger, als es auf Anhieb aussieht. Das zeigt etwa die Frage der moralischen Verantwortung.

Diese Frage ist auf den ersten Blick einfach zu beantworten. Wir Menschen, so scheint es, sind moralisch für den Klimawandel verantwortlich. Denn gäbe es uns nicht, dann gäbe es auch keinen anthropogenen Klimawandel. Aber diese Schlussfolgerung ist problematisch. Die meisten Ethiker verstehen moralische Verantwortung als personale Kategorie. Moralisch verantwortlich kann nur sein, wer auch in der Lage ist, rational abzuwägen und zu handeln. Wir – die Menschheit – sind aber keine Person. Wer uns moralische Verantwortung zuschreibt, begeht also einen Kategorienfehler. Vielleicht tragen dann die einzelnen Personen, aus denen sich die Menschheit zusammensetzt, jeweils individuell die moralische Verantwortung für den Klimawandel?

Diese Schlussfolgerung scheint aus einem anderen Grund auszuschneiden. Üblicherweise vertreten Ethiker das Kontrollprinzip, nach dem moralische Verantwortung kausale Kontrolle voraussetzt. Wer ein Problem nicht verursacht, kann dafür auch nicht verantwortlich sein. Der Klimawandel tritt aber mitsamt seinen problematischen Folgen auch dann ein, wenn sich eine einzelne Person entscheidet, ein emissionsneutrales Leben zu führen. Also scheint auch der einzelne Mensch als Verantwortungsträger auszuschneiden.

Diese kurzen Überlegungen legen ein Resultat nahe, das schwer zu akzeptieren ist. Es scheint, als sei niemand moralisch für den Klimawandel verantwortlich. Der Klimawandel ist aber ein menschengemachtes Problem. Die moralische Verantwortung sollte sich also jemandem zurechnen lassen. Welche Lösungen gibt es? Diese Frage wird unter Ethikern kontrovers diskutiert. Klar scheint nur: Die Möglichkeiten sind begrenzt, und keine ist für alle Seiten befriedend.

Man könnte erstens die Vorstellung aufgeben, dass moralische Verantwortung eine personale Kategorie darstellt. Dann könnte man zwar der Menschheit die moralische Verantwortung für den Klimawandel geben. Der praktische Nutzen einer solchen Lösung wäre jedoch zweifelhaft. Denn die Menschheit hat keine Postadresse. Man könnte sie nicht zu Gericht vorladen oder in irgendeiner Weise zur Verantwortung ziehen.

Zweitens ließe sich das Kontrollprinzip aufgeben. Dann müsste man allerdings akzeptieren, dass Personen für Probleme verantwortlich gemacht werden, über die sie keine kausale Kontrolle haben. Das erschiene willkürlich. Alternativ könnte man das Kontrollprinzip beibehalten und stattdessen den Kausalitätsbegriff überdenken. So ließe sich eventuell argumentieren, dass der Einzelne doch einen kausalen Einfluss auf das Klima hat. Der Grund, warum einige Philosophen das eigentlich ausschließen möchten, liegt darin, dass das Verhalten einzelner Menschen den Klimawandel weder herbeiführt noch verhindert.



Gegen dieses Bedenken könnte man anführen, dass es auch Fälle von kausaler Überdeterminiertheit gibt. In diesen Fällen ist es oft möglich, eine Person für ein Problem kausal verantwortlich zu machen, obwohl es auch ohne ihr Zutun entstanden wäre. Wenn etwa zwei Mafiosi auf einen Mann schießen und jeder Schuss für sich genommen tödlich gewesen wäre, dann kann sich keiner der beiden rausreden, indem er sagt, der Mann wäre auch dann gestorben, wenn er nicht geschossen hätte. Deswegen arbeiten Rechtsphilosophen üblicherweise mit schwächeren Kausalitätskriterien.

Führt uns diese begriffliche Abschwächung in der Ethik des Klimawandels zu einer anderen Schlussfolgerung? Das lässt sich bezweifeln. Im Fall der beiden Mafiosi kann man sich immerhin ein Szenario vorstellen, in dem der Schuss eines Täters den Unterschied zwischen Leben und Tod macht. Das ist der Fall, in dem nur einer schießt, der andere aber nicht. Es ist dagegen äußerst fraglich, ob es einen denkbaren Fall gibt, in dem das Verhalten einer einzelnen Person einen moralisch relevanten Einfluss auf das Klima hat. Dafür erscheint der individuelle Beitrag zum Problem viel zu gering.

### **Die „esoterische“ Ethik-Lösung**

Vielleicht käme aber auch eine dritte, zynische Lösung in Betracht. Wir könnten, wie der englische Philosoph Henry Sidgwick, für eine „esoterische Ethik“ plädieren und wider besseres Wissen die These vertreten, dass jeder Einzelne moralisch für den Klimawandel verantwortlich ist. Das hätte unter Umständen die Wirkung, dass viele Menschen aufgrund des moralischen Drucks ihr Verhalten ändern würden, und das hätte eventuell einen wünschenswerten Einfluss auf das Klima. Allerdings würden wir damit die Menschen anlügen und gegen einen wichtigen Grundsatz unserer offenen Gesellschaft verstoßen.

Ich habe vor einigen Jahren zusammen mit dem Wirtschaftsethiker Christoph Lütge eine sozialontologische Lösung vorgeschlagen. Sozialontologie erforscht die Struktur unserer sozialen Realität. Typischerweise wird dort der methodologische Individualismus akzeptiert, wonach soziale Phänomene restlos durch das Verhalten von Individuen zu erklären sind. Diese These führt Sozialphilosophen normalerweise zu dem Schluss, dass nur Individuen zielgerichtet handeln können und damit die einzigen möglichen Träger moralischer Verantwortung sind. Unter Rückgriff auf Beiträge der Philosophen Christian List und Philip Pettit versuchen wir zu zeigen, dass dieser Schluss falsch ist und es andere mögliche Verantwortungsträger gibt: nämlich Gruppen.

Gruppen sind keine einfachen Kollektive wie die gesamte Menschheit, sondern normativ strukturierte Gemeinschaften wie etwa Staaten, Firmen oder Organisationen. Die normative Struktur dieser Entitäten führt dazu, dass sie Ziele verfolgen können, die von den Zielen der Gruppenmitglieder weitgehend unabhängig sind. Eine börsennotierte Firma kann beispielsweise aufgrund ihrer Statuten das Ziel verfolgen, den Gewinn zu maximieren, obwohl kein Angestellter des Unternehmens dieses Ziel verfolgt.

Diese Unabhängigkeit der Zielfunktion rechtfertigt es unserer Einschätzung nach, Gruppen eine moralische Verantwortung für ihr Handeln zuzuschreiben und sie auch zur Verantwortung zu ziehen, zum Beispiel für ihren Beitrag zum Klimawandel. Dabei ist nur zu beachten, dass der kausale Hebel, über den die jeweilige Gruppe verfügt, so groß ist, dass eine Zuschreibung von Verantwortung nicht aufgrund des Kontrollprinzips ausgeschlossen werden kann.

Was folgt aus alledem? Wenn wir recht haben, dann sollten wir uns von der Vorstellung lösen, dass der Einzelne die moralische Verantwortung für den Klimawandel trägt. Der ethische Diskurs über den Klimawandel sollte sich stärker auf mächtige gesellschaftliche Gruppen konzentrieren.

157,130

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ezb-direktoriumsmitglied-lautenschlaeger-tritt-vorzeitig-zurueck-16403414.html>

NACH KRITIK:

## Deutsche EZB-Direktorin tritt zurück

- VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 25.09.2019-21:55



*Mitte September hat die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik noch einmal gelockert. Jetzt tritt mit Sabine Lautenschläger eine Kritikerin der milliardenschweren Anleihekäufe zurück.*

Sabine Lautenschläger legt ihr Amt als Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB) vorzeitig nieder. Das hat die Notenbank am Mittwochabend mitgeteilt. Gründe wurden zunächst nicht genannt. Sie werde am 31. Oktober ausscheiden, hieß es lediglich. EZB-Präsident Mario Draghi dankte ihr für die wichtige Rolle, die sie beim Aufbau einer europaweiten Bankenaufsicht gespielt habe.

Auch wenn die Notenbank die Gründe für den Rücktritt nicht kommentierte: Es ist zumindest möglich, die Entscheidung als Protest gegen die jüngsten geldpolitischen Beschlüsse der EZB zu deuten: Lautenschläger hatte sich wie ein halbes Dutzend weiterer Mitglieder des EZB-Rates vor der jüngsten Zinsentscheidung öffentlich gegen neue Anleihekäufe ausgesprochen. Das war für ein Mitglied des EZB-Direktoriums ungewöhnlich gewesen. Bei der Zinsentscheidung selbst sollen zehn von 25 Mitglieder des EZB-Rates gegen Anleihekäufe gewesen sein.

Draghi sagte in der anschließenden Pressekonferenz, es habe Einmütigkeit in der Frage gegeben, dass man etwas machen müsse, nur über die Instrumente habe es unterschiedliche Auffassungen gegeben. Die Mehrheit für den jetzt gewählten Weg sei aber so groß gewesen, dass eine Abstimmung unnötig gewesen sei.

### **Rücktritte aus Protest**

Nach der Entscheidung haben jedoch offenkundig keineswegs alle Ratsmitglieder einfach hingenommen, dass sie sich mit ihrer Ansicht nicht durchgesetzt haben. So hatte der niederländische Notenbankchef Klaas Knot eine offizielle Pressemitteilung herausgegeben, in der er die Beschlüsse kritisierte; das ist unter Notenbankern sehr ungewöhnlich. Auch der französische Notenbankchef Francois Villeroy de Galhau hatte im Nachhinein die Entscheidung öffentlich kritisiert. Auch das war ungewöhnlich, weil Frankreich, anders als Deutschland, in der Vergangenheit weniger durch öffentliche Draghi-Kritik aufgefallen war.

In Deutschland gibt es zudem gleichsam eine Tradition der Rücktritte aus Protest gegen Anleihekäufe. Auch der frühere Bundesbankpräsident Axel Weber, dem Chancen für das Amt des EZB-Präsidenten eingeräumt wurden, hatte seinerzeit aus Protest gegen Anleihekäufe, sein Amt niedergelegt.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/mauerfall/mauerfall-debatte-wir-sind-doch-schon-viel-weiter-16402834.html?premium>

MAUERFALL-DEBATTE:

## Wir sind doch schon viel weiter

- VON CHRISTINA MORINA
- -AKTUALISIERT AM 26.09.2019-06:20



*Wandel durch Anerkennung: Der Streit um die Revolution von 1989 zeigt, wie festgefahren die Ost-West-Debatte inzwischen ist – und offenbart gleichzeitig, was in Zukunft noch getan werden muss. Ein Gastbeitrag.*

Die jüngste Debatte über die Revolution von 1989 findet auf vier eng miteinander verwobenen Ebenen statt. Diese Vielschichtigkeit unterstreicht einerseits, wie relevant Geschichte und Nachgeschichte dieses Ereignisses noch immer sind. Andererseits wirkt die Kontroverse selbstreferentiell, ja festgefahren, und sie offenbart in Bezug auf die politische Kultur des heutigen Deutschlands mehr Fragen als Antworten. Da ist die historische Ebene, auf der scheinbar ergebnisoffen verhandelt wird, wer die Revolution „gemacht“ hat. In der Geschichtsschreibung haben sich jedoch längst multikausale Erklärungsansätze durchgesetzt. Auf einer zweiten, erinnerungskulturellen Ebene wird „deutungshoheitlich“ verhandelt, wem diese Revolution „gehört“, wobei der Anschein entsteht, als könnten bestimmte historische Ereignisse nur nach ganz bestimmten Prämissen und getragen von ganz bestimmten historischen Akteuren gedeutet und erinnert werden.

Dabei lebt ein demokratisch-kritischer Umgang mit der Geschichte von der Vielstimmigkeit der Deutungen, von der Repräsentation unterschiedlicher Perspektiven und nicht zuletzt davon, dass sich jede Generation mit stets neuen Fragen dieser Geschichte zuwendet. Diese offen und respektvoll zu verhandeln und dabei dennoch einen gewissen Erinnerungskonsens, nicht im Sinne einer „Meistererzählung“, sondern einer mehrheitsfähigen historischen Orientierung zu erreichen, ist die schwierigste Herausforderung, und zugleich größte Hoffnung jeder öffentlichen Diskussion über die Vergangenheit.

### **Ein Mangel an intergenerationeller Gesprächsbereitschaft**

Eng damit verbunden ist die dritte, die biographische Ebene, die implizit oder explizit thematisiert wird und zu (recht vorhersehbaren) Empörungs- wie Abwehrreaktionen führt. Vorwürfe wie „Geschichtsklitterung“, „Diffamierung“, „Verhöhnung“ und „Moralismus“ stehen im Raum. Die schwierige, aber oft auch besonders aufschlussreiche Verknüpfung von persönlicher Erfahrung und gesellschaftlichem Erinnerungsbedürfnis gehört zu geschichtspolitischen Auseinandersetzungen selbstverständlich hinzu. Sie kann aber außerhalb der jeweils sprechenden Experten- und Erinnerungsgemeinschaften schnell zu Ermüdung oder, schlimmer noch, zu Unverständnis und Desinteresse führen.

Die vierte und mit Blick auf Deutschland im Jahre 2019 relevanteste Ebene ist die politische, die Hagen Findeis ins Spiel gebracht hat. Ein Mangel an intergenerationeller Gesprächsbereitschaft unter Ostdeutschen, insbesondere über die Rolle der angepassten Mehrheit als „Wasserträger“ des SED-Systems, sei nicht nur für die Heftigkeit dieser Debatte verantwortlich. Dies sei auch der Nährboden, auf dem die Idee, Gregor Gysi als revolutionären Festredner einzuladen, ebenso gedeihen konnte wie die „Vollende-die-Wende“-Parolen der AfD, die gerade unter „Normalos“ viel Zugkraft entfalteten. Unter Verweis auf Hermann Lübbes umstrittene Nachkriegsthese mutmaßt Findeis gar, in Bezug auf die DDR-Vergangenheit werde noch immer „kommunikativ“ geschwiegen – als gäbe es keine inzwischen drei Jahrzehnte andauernde Auseinandersetzung über die Gründe und Abgründe eines Lebens im DDR-Sozialismus, und zwar nicht nur in akademischen, literarischen, politischen und künstlerischen Räumen, sondern gerade auch in vertrauten Familien- und Freundeskreisen, die aller Umbrüche zum Trotz oft bis heute weiterbestehen.

### **Anerkennung unter Ostdeutschen**

Letztlich ist der Zusammenhang zwischen historischer Erinnerung und demokratischer Haltung beziehungsweise zwischen Geschichtskultur und politischer Kultur um ein Vielfaches komplexer und damit weniger eindeutig, als mit dieser Kritik insinuiert wird. Ein zentraler Punkt in all diesen Analyseversuchen ist die Frage nach Anerkennung: Anerkennung individueller Erfahrungen vor und nach dem Umbruch, persönlicher Lebenslagen voller Risiken, Dilemmata und Ambivalenzen, von Befreiungs- und Bevormundungserlebnissen. Und dabei geht es um Anerkennung unter Ostdeutschen (die auch in dieser jüngsten Debatte gerade nicht unter sich bleiben sollten!), aber vor allem doch im deutsch-deutschen Zwiegespräch. Leider wird aus diesem derzeit eine teilweise völlig überzogen negative Bilanz gezogen, wovon nicht zuletzt die AFD profitieren dürfte, die sich mit ganz eigenen Anerkennungschimären als Anwalt der Ostdeutschen geriert.

Anerkennung ist kein passiver Vorgang, nichts, was man einfach nur einfordern kann und geschenkt bekommt, sondern das Ergebnis einer dialogischen zwischenmenschlichen oder innergesellschaftlichen Auseinandersetzung. Sie beruht auf „Kenntnis“ – des anderen und des Eigenen, und dazu gehört auch, dass man bereit ist, (An-) Zeichen von Kenntnis wahrzunehmen. Die stets eingeforderte „Augenhöhe“ bedeutet auch, dass man die eigenen Augen in entsprechender Höhe öffnet und bereit ist, Erfahrungen und Perspektiven jenseits der eigenen Lebenswelt zumindest zur Kenntnis zu nehmen – also auch Anerkennung zu schenken, und nicht nur zu empfangen. Im ost-westdeutschen Dauerselbstgespräch fehlt es daran in eklatanter Weise.

### **Deutsche Buchpreise für Ostdeutsche**

Sicher gibt es in Ostdeutschland fundiert belegte materielle, soziale und kulturelle Schwierigkeiten. Stärker denn je werden derzeit Statistiken über die Unterrepräsentation ostdeutscher Eliten, und damit Interessen, diskutiert, deren Prämissen aber nicht immer überzeugen und eingehender thematisiert werden sollten. Doch bleibt dabei merkwürdig unbeachtet, wie stark ostdeutsche Erfahrungen aus der Zeit vor und nach 1989 und nicht nur enttäuschte, sondern vielfach auch erfüllte Erwartungen die gesamtdeutsche Kulturlandschaft seit drei Jahrzehnten prägen und bereichern.

Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung sind die Ostdeutschen mit „ihren“ Themen überaus häufig das Sujet von preisgekrönten Büchern sowie populären Kinofilmen und Fernsehserien. Drei der letzten elf Deutschen Buchpreise gingen an ostdeutsche Autoren, nicht zuletzt, weil deren Werke von Sinnfragen getragen sind, die weit über die Geschichte der DDR hinausreichen. Es gibt, ganz abgesehen von den ebenso klugen wie routiniert gehaltenen Sonntagsreden über den Stand der „inneren Einheit“, eine große Zahl von westdeutsch oder jüngeren, gesamtdeutsch sozialisierten Wissenschaftlerinnen, Unternehmern, Schriftstellerinnen, Journalisten und überhaupt Bürgern, die mit Offenheit, Neugier und Empathie – also mit Kenntniswillen im besten Sinne – in Ostdeutschland leben

und arbeiten, über Ostdeutschland forschen und schreiben und sich für die dort drängenden Belange einsetzen.

Daran zu erinnern und sich zu wünschen, dass gerade Politiker der demokratischen Mitte in ihren derzeit so beliebten „Bürgergesprächen“ im Osten häufiger darauf hinweisen und nachdrücklicher danach fragen, heißt nicht, vorhandene Marginalisierungen und Stigmatisierungen zu negieren. Man sollte sie nur nicht verabsolutieren und damit zu ihrer Fortschreibung beitragen.

Am Ende des Rundgangs durch die neue Dauerausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig findet man sich in einer schwarzen Kammer wieder, in der Interviews mit ehemaligen Treuhandmanagern gezeigt werden. Einer der westdeutschen Protagonisten reflektiert unter mühsam unterdrückten Tränen darüber, was man – er – ostdeutschen Arbeitnehmern damals angetan hat. Seine Offenherzigkeit ist ein Ereignis an sich; sie ist nur ein Beleg dafür, dass wir im deutsch-deutschen Zwiegespräch über „89“ und die Folgen doch um einiges weiter sind, als manche wahrhaben wollen oder es für politisch opportun halten.

Sie unterstreicht aber auch, dass es für diese Offenherzigkeit Räume geben muss und die Bereitschaft, sie auch zur Kenntnis zu nehmen. Ohne Kenntnis kein Anerkenntnis – das gilt für alle Seiten in diesem ansonsten zum Scheitern verurteilten innerdeutschen Selbstgespräch.

**Die Autorin, geboren 1976 in Frankfurt an der Oder, lehrt in Bielefeld Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte. Sie ist Ko-Autorin des im Frühjahr erschienenen Buchs „Zur rechten Zeit: Wider die Rückkehr des Nationalismus“ im Ullstein Verlag.**

**Quelle: F.A.Z.**

157,134

<https://olivierdemeulenaere.wordpress.com/2019/09/13/la-presse-allemande-compare-mario-draghi-au-comte-dracula/>

## La presse allemande compare Mario Draghi au comte Dracula !

Publié le 13 septembre 2019 par [Olivier Demeulenaere](#)

**GELD-WAHNSINN**

# So saugt **GRAF DRAGHILA** unsere Konten leer

**In seiner Amtszeit haben wir Milliarden verloren**



*Le journal Bild Zeitung affiche en Une :*

**Délire monétaire : Comment le COMTE DRAGHILA vampirise nos comptes bancaires ! Sous son mandat nous avons perdu des milliards.**

**Taux directeurs de la BCE – mauvais pour les épargnants : Mme Merkel, arrêtez enfin les taux négatifs !**

**Journée noire pour les épargnants : Mario Draghi, le patron de la BCE, veut accentuer sa politique de taux zéro peu avant la fin de son mandat !**

**Colère contre Mario Draghi : « On veut nous pomper avec la drogue du crédit ».**

Source : [Bild Zeitung](#), 13.09.2019 (traduction OD)

## En Allemagne, les taux bas de la BCE critiqués

L'absence de rémunération de l'épargne suscite un fort rejet aux relents populistes de la politique monétaire de la Banque centrale européenne outre-Rhin.

Par Jean-Michel Hauteville Publié aujourd'hui à 11h07

Temps de Lecture 5 min.

### La baisse des taux d'intérêt...

taux d'intérêt dans la zone euro, en %



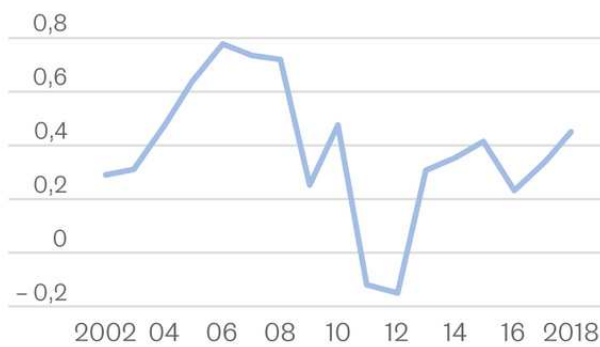
Le Monde

En Allemagne, la décision de la Banque centrale européenne (BCE) de baisser ses taux d'intérêt de dépôt de  $-0,4\%$  à  $-0,5\%$  continue de faire grincer des dents. Preuve mercredi 25 septembre, la démission de Sabine Lautenschläger du directoire de la banque centrale. L'Allemande était très critique des dernières mesures prises.

Lundi 23 septembre, deux régulateurs du secteur bancaire allemand – la Bundesbank et la BaFin (organisme de supervision financière) – publiaient les résultats d'un « stress test » de 1 412 petites et moyennes banques, qui représentent  $89\%$  des établissements de crédit et  $38\%$  des actifs bancaires outre-Rhin. Le verdict est clair. Alors que ces banques et caisses d'épargne de taille modeste ont déjà vu fondre leurs marges, du fait de la faiblesse des taux directeurs, « *la perspective d'un niveau historiquement bas des taux d'intérêt rend très probable une nouvelle baisse de leur rentabilité* », souligne le rapport de la Bundesbank et de la BaFin. Face à ce risque, « *les banques envisagent de plus en plus, dans leurs prévisions, de répercuter sur leurs clients les taux d'intérêt négatifs* », avertit Joachim Wuermeling, membre du directoire de la Bundesbank.

### ... pèse sur les résultats des banques...

Profits des banques, en % du pib



Le Monde

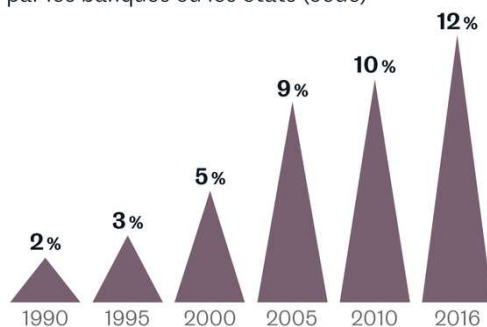
Certes, il n'y a pas qu'en Allemagne que la politique de Mario Draghi, le président de la BCE, provoque un malaise de plus en plus perceptible. Dans une note publiée le 17 septembre, Patrick Artus, chef économiste chez Natixis, énumérait treize effets pervers des taux bas sur l'économie de la zone euro, alors qu'ils sont censés la soutenir. Sans surprise, selon l'expert, la situation des banques et des sociétés d'assurance-vie se dégrade du fait de l'érosion de leur rentabilité. Les épargnants font aussi partie des grands perdants. En particulier, ceux qui se constituent un capital pour leur retraite.

### Des « entreprises zombies »

Mais les effets secondaires de cette politique monétaire expansionniste vont plus loin. Dans la durée, les taux d'intérêt plus bas que les taux de croissance engendrent des bulles immobilières, rappelle l'économiste, et cette situation aggrave les inégalités de patrimoine entre les propriétaires, qui voient s'envoler la valeur de leur bien, et les autres. Par ailleurs, la faiblesse du coût du crédit maintient artificiellement en vie des « entreprises zombies », peu compétitives, et favorise aussi une sortie de capitaux de la zone euro vers les Etats-Unis, où ils sont mieux rémunérés.

### ... favorise le développement d'entreprises zombies...

sociétés en faillite virtuelle, mais soutenues par les banques ou les états (ocde)



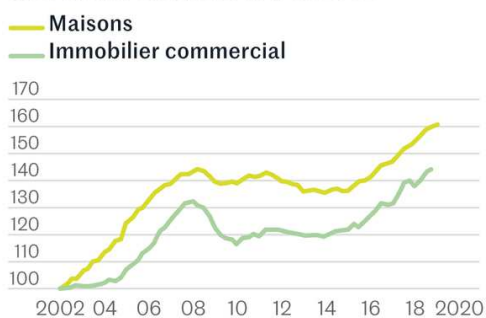
Le Monde

Bref, la politique menée par la BCE remplit bien sa mission, notamment en améliorant la solvabilité des emprunteurs. Et elle n'a pas eu que des effets négatifs : elle a soutenu l'économie, évité la déflation, contribué à créer des millions d'emplois... Mais, « quand une politique économique a treize inconvénients graves, elle pourrait être remise en cause », conclut prudemment l'économiste.



### ... alimente la hausse des prix de l'immobilier...

prix des maisons et de l'immobilier commercial dans la zone euro, base 100 en 2002



Le Monde

Outre-Rhin, les détracteurs de la politique monétaire de la BCE et de son président sont volontiers plus acerbes. M. Draghi « *a dépassé les bornes* », critiquait Jens Weidmann, le président de la Bundesbank, au lendemain de l'annonce du dernier paquet de mesures, le 12 septembre. « *La BCE fait penser à un automobiliste qui entre dans une impasse, mais accélère quand même* », déplore, pour sa part, Hans-Walter Peters, président de l'association des banques privées allemandes. L'économiste Markus Krall, filant la métaphore routière, comparait dimanche la BCE à « *un char d'assaut déboulant à contresens sur l'autoroute* ». La politique économique de M. Draghi ? Du « *socialisme monétaire d'économie planifiée* », critiquait l'expert.

## « Une nation d'épargnants »

La colère se cristallise autour de la faible rémunération de l'épargne. Voilà déjà plusieurs années que les taux d'intérêt sur les dépôts bancaires sont tombés à zéro et, en Allemagne, la coupe est pleine. « *Nous sommes une nation d'épargnants*, souligne Gertrud Rosa Traud, chef économiste à la banque Helaba à Francfort. *Les Allemands sont obligés d'épargner pour leurs vieux jours, car les retraites, rapportées au dernier salaire, sont bien plus faibles qu'en France, en Espagne ou en Italie.* » Avec un âge médian frôlant les 47 ans, la population allemande est la plus vieillissante d'Europe, ce qui la rend d'autant plus encline à mettre de l'argent de côté.

Face au courroux des épargnants allemands, le ministre des finances, Olaf Scholz, avait annoncé, à la fin août, étudier la possibilité de préparer une loi interdisant les taux d'intérêt négatifs sur les comptes bancaires des petits épargnants. Au cours des semaines suivantes, le ministre a ensuite multiplié ses avertissements à l'égard des banques.

« *Ces attaques contre la politique monétaire, c'est du populisme anti-européen* », estime Marcel Fratzscher, directeur de l'institut économique DIW à Berlin. Le problème de l'Allemagne n'est pas la faiblesse de la rémunération de l'épargne, mais l'inaction de Berlin pour soutenir l'économie, analyse l'expert. « *Mais nos politiciens préfèrent rendre la BCE responsable de leurs propres échecs, c'est plus commode.* » Certains médias s'en donnent à cœur joie, à l'exemple du *Bild* qui en « une » le 13 septembre représentait Mario Draghi en vampire avec un titre sans équivoque : « *Le comte draghila vampirise nos comptes.* »

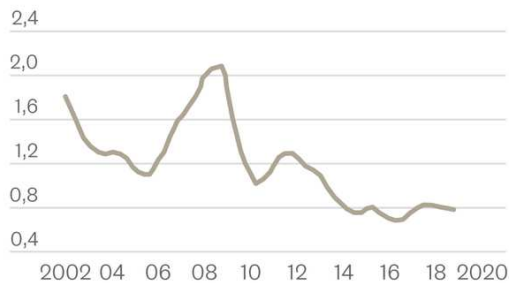
## Sentiment d'être lésé

Pour la sociologue Cornelia Koppetsch, ce climat de « BCE bashing » a effectivement un arrière-goût de populisme, et il n'est pas surprenant que le parti Alternative pour l'Allemagne (AfD, extrême droite) cherche à surfer sur la vague. « *Après tout, ce parti a été fondé par des économistes euro-sceptiques pendant la crise de l'euro* », souligne-t-elle. Mais, depuis l'arrivée d'un grand nombre de réfugiés en 2015, AfD focalise son message avant tout sur l'immigration et le rejet de l'islam, bien

plus que sur les questions monétaires. « *Il faudrait que l'Allemagne subisse une crise économique et que les gens voient leur situation financière se détériorer, et dès lors, AfD pourrait réellement marquer des points sur la défense des épargnants* », note la sociologue.

### ... et réduit les intérêts des épargnants

intérêts reçus par les ménages dans la zone euro, en % du pib



Sources : Datastream, Natixis, Bloomberg, BCE, Eurostat

Le Monde

D'ailleurs, malgré le caractère « vertueux » de l'épargne outre-Rhin, dicit Marcel Fratzscher, pour qui ses compatriotes accordent volontiers une « dimension morale » à l'argent, seule une minorité d'Allemands est réellement concernée par ce débat enfiévré. « *Les 50 % des Allemands les moins riches ne détiennent que 3 % du capital*, rappelle Miriam Rehm, professeure de socioéconomie à l'université de Duisbourg-Essen. *Pour la grande majorité de la population, la non-rémunération de l'épargne représente une perte de quelques dizaines à quelques centaines d'euros par an.* » Mais plus que le montant, c'est le sentiment d'être lésé qui alimente frustrations et populisme.

Bien que les Allemands aient définitivement pris M. Draghi en grippe, ils ne sont pas pour autant en passe de succomber à la tentation europhobe. « *L'Allemagne est europhile, son économie bénéficie du cadre de l'Union européenne. L'adhésion de la population reste forte* », souligne M<sup>me</sup> Koppetsch. Le passage de relais à la tête de la BCE, le 1<sup>er</sup> novembre, sera peut-être l'occasion pour la Banque centrale de réparer le lien abîmé avec l'opinion publique allemande. « *Christine Lagarde est très charismatique, s'enthousiasme M. Fratzscher. Peut-être saura-t-elle convaincre les Allemands du bien-fondé du travail de la BCE.* »

**Jean-Michel Hauteville**\_(Berlin, correspondance)

# Die gefährlichen Tricks der EZB

**Die Kommunikationsstrategie der EZB könnte zum gefährlichen Bumerang werden. Denn das Inflationsziel der EZB tangiert auch die Politik Donald Trumps.**

**Hans-Werner Sinn**

*Handelsblatt* (ref. *Project Syndicate*, Juli 2019), Nr. 150, 7. August 2019, S. 48.

Ihr neues Programm zum Ankauf von Anleihen (QE) hat die Europäische Zentralbank (EZB) mit einer Modifikation ihres Inflationsziels vorbereitet. Was harmlos als symmetrisches Inflationsziel von 1,9 Prozent daherkam, soll in den nächsten Jahren die Basis für eine neue Phase der expansiven Geldpolitik schaffen, die noch weit über das hinausgeht, was bislang realisiert wurde.

Erinnern wir uns: Im Maastrichter Vertrag wurde der EZB das nicht verhandelbare Ziel mitgegeben, für stabile Preise zu sorgen, was, wenn man es wörtlich nimmt, eine Inflationsrate von null bedeutet. Angesichts der in Südeuropa in den ersten Jahren des Euros grassierenden Inflation argumentierte der EZB-Rat dann aber, das Ziel der Preisstabilität könne man nicht genau erreichen, und im Übrigen gebe es viele Messfehler. Deswegen solle man eine gemessene Inflationsrate von bis zu zwei Prozent im Durchschnitt aller Länder tolerieren.

Dann kam die große Krise, und die Inflationsraten sackten ab. Nun verwandelte der EZB-Rat die noch tolerierbare Obergrenze für die Inflationsrate in ein Ziel. Auf einmal hieß es, eine Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent werde angestrebt. Ja, der EZB-Präsident trat sogar vor die Fernsehkameras und behauptete allen Ernstes, dies sei das Mandat der EZB.

Und nun bindet der EZB-Rat die Nachfolgerin von Mario Draghi durch einen Beschluss des Rates, der sie zwingt, einen Wert von 1,9 Prozent „symmetrisch“ anzustreben. Im Klartext heißt das, sie soll den Wert im Mittel der Jahre zu erreichen versuchen, und da die Inflationsrate lange Zeit unter zwei Prozent lag, kann sie nun auch einige Zeit darüber liegen.

Als Begründung für die neue Phase der expansiven Geldpolitik verwies der Präsident in seiner Pressekonferenz mehrfach auf die sich rapide verschlechternde Konjunkturlage im verarbeitenden Gewerbe. Dabei hatte er Deutschland im Blick. Die Geldpolitik müsse einer neuen, expansiven Fiskalpolitik zu Hilfe eilen, um die europäische Wirtschaft zu beleben.

Aber eine expansive Geld- und Fiskalpolitik kann gerade der Industrie kaum helfen, denn deren Geschäft liegt in der weiten Welt. Binnennachfrage gibt es in der Euro-Zone genug. In vielen Ländern boomt der Bau, und die Dienstleistungen werden stark nachgefragt, was zu raschen Lohnsteigerungen führte, wie der Präsident zustimmend vermerkte. Setzt die EZB da nun noch eins drauf, erzeugt sie einen Kostendruck, der der Industrie das Leben eher noch schwerer macht.

Eine gleichgewichtige geld- und fiskalpolitische Expansion erzeugt stets einen Boom der Binnennachfrage und belebt die Binnenwirtschaft vom Bau bis hin zu allem, was am Staat hängt. Nur wird dem verarbeitenden Gewerbe, das international wettbewerbsfähig bleiben muss, dadurch das Leben erschwert statt erleichtert, weil ihm über die Faktormärkte die Produktionsfaktoren entzogen werden.

Anders ist es, wenn die expansive Geldpolitik die Fiskalpolitik dominiert, denn dann kommt es zu einer Abwertung des Euros, die der Industrie natürlich hilft. So war es unter dem ersten QE-Programm, das schon im Sommer 2014 eine massive Kurssenkung bis weit unter die OECD-Kaufkraftparität hervorrief, die nie wieder korrigiert wurde. Aus europäischen Staatspapieren wechselten die Anleger in US-amerikanische Staatspapiere, und die dortigen Verkäufer gingen bei einem fallenden Euro-Kurs in europäische Beteiligungswerte, die nun billig zu haben waren. Sie gingen vor allem nach Deutschland und kauften, was nicht niet- und nagelfest war. Das wiederum ließ die Targetsalden hochschnellen. Im Endeffekt wurden deutsche Firmenwerte gegen Targetforderungen der Bundesbank hergegeben, damit die überschuldeten Staaten Europas ihre verbrieften Staatsschulden durch bloße Targetschulden ihrer Notenbanken ersetzen konnten.

Das Spiel soll jetzt offenbar wiederholt werden. Es kann aber nicht so ohne Weiteres wiederholt werden, weil eine neuerliche Abwertung nun US-Präsident Donald Trump auf den Plan rief, der sich ohnehin schon über das erste QE-Programm beschwert hat. Wenn das Schatzamt nach China nun auch noch die EU offiziell zum Währungsmanipulator erklärt, darf er anschließend eine Kette von Maßnahmen in Gang setzen, die die deutschen Automobilverkäufe in den USA massiv behindern. Gedroht hat er damit ja schon. Dann würde sich die fein ausgeklügelte Kommunikationsstrategie der EZB, die sich hinter dem harmlosen Wort „symmetrisch“ verbirgt und ihren nächsten großen Schlag vorbereiten soll, als gefährlicher Bumerang erweisen.

Es zeigt sich einmal mehr, dass die EZB ihre Hände von der Wirtschafts- und Wechselkurspolitik lassen sollte. Dafür hat sie weder ein Mandat noch eine hinreichende politische Kompetenz.

Nachzulesen auf [www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com) und [www.project-syndicate.org](http://www.project-syndicate.org).

# Die Ökonomie der Klimapolitik

**Die Zeit der sinnlosen Spielereien ist vorbei. Von nun an brauchen wir eine ernsthafte, tabufreie Klimapolitik, meint Hans-Werner Sinn.**

**Hans-Werner Sinn**

*Handelsblatt* (ref. Project Syndicate), 4. Juli 2019, S. 48.

Emmanuel Macron hält Deutschlands Wirtschaft für ein Auslaufmodell. Wenn er damit die Energiepolitik meint, könnte er recht haben. Während Frankreich siebzig Prozent seines Stroms aus Kernenergie herstellt, will Deutschland den Doppelausstieg aus Atomkraft und Kohle.

Das ist jedoch kaum zu schaffen, denn der Widerstand gegen die Windanlagen wächst, weil sie die Landschaft verschandeln und in Industriegebiete verwandeln. Wie Pilze schießen die Bürgerbewegungen gegen die Grobiane aus dem Boden.

Wind- und Sonnenstrom sind zudem sehr unstat, und sie sind außerstande, den Strom nach Bedarf zu produzieren. Mal fehlt der Strom, mal gibt es zu viel davon. Weht kein Wind und scheint keine Sonne, müssen konventionelle Kraftwerke die Versorgung sichern. Kein einziges konventionelles Kraftwerk kann wegen der Wind- und Solaranlagen abgebaut werden. Weht ein kräftiger Wind und scheint zugleich die Sonne, gibt es bisweilen schon heute so viel grünen Strom, dass der Strompreis negativ wird. Das Problem wird sich dramatisch verschärfen, wenn der Marktanteil des Wind- und Sonnenstroms, der heute 25 Prozent beträgt, über 30 Prozent hinaus erhöht wird. Dann nämlich beginnen die ersten Stromspitzen den Verbrauch zu übersteigen, und man weiß nicht, wohin damit. Der Anteil der auf den Überschuss entfallenden Energie wächst progressiv gegen 100 Prozent, wenn auch der Marktanteil des direkt nutzbaren Wind- und Sonnenstroms gegen 100 Prozent geht. Selbst wenn man einen perfekten Stromverbund von den Alpen bis nach Norwegen herstellen und in den beteiligten Ländern alle geologisch möglichen Pumpspeicher bauen würde, könnte der Marktanteil des Wind- und Sonnenstroms nicht über 50 Prozent wachsen, ohne dass ein immer größerer Teil der überschießenden Stromspitzen verklappt oder durch den Wechsel der Entropiestufe (Umwandlung in Wärme oder Gas) degeneriert wird.

Schon heute zahlen Deutschlands Haushalte wegen der Subventionierung des grünen Stroms durch das EEG die höchsten Strompreise Europas. Wenn nun auch noch große Teile des Verkehrs mit Strom betrieben werden sollen, wie es die EU mit ihrer Flottenverbrauchsregulierung zu erzwingen versucht, wird der Nachfrageschub die Strompreise noch weiter in den Himmel treiben und den Industriestandort Deutschland nachhaltig schädigen. Und wenn Deutschland stattdessen die Preise konstant halten möchte, indem es darauf verzichtet, seinen Strommix weiter zu vergrünen, wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch die Elektrifizierung des Verkehrs nicht zu verringern sein. Das Land wird dann seine CO<sub>2</sub>-Ziele kläglich verfehlen.

Technisch gibt es nur zwei Auswege aus der Zwickmühle. Der erste besteht darin, die Kohlekraftwerke auf Gas umzustellen, denn bei der Gasverbrennung entsteht nur etwa halb so viel CO<sub>2</sub> wie bei der Kohleverbrennung. Deutschland kann damit immerhin 130 Millionen von insgesamt 900 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Dafür braucht es neue Gaspipelines wie zum Beispiel die Nord-Stream-2-Pipeline. Gerade diese Pipeline wird jedoch von der EU-Kommission, nicht zuletzt auch von Frankreich massiv behindert.

Der zweite liegt in der Kernkraft. So kann Deutschland ausländischen Atomstrom kaufen oder selbst neue Kernkraftwerke bauen. Schweden hat bereits 2016 den Ausstieg aus dem Atomausstieg verkündet. Auch Greta preist die Atomkraft als Lösung des Klimaproblems.

Die besten Wege zur CO<sub>2</sub>-Reduktion durch Technologiewandel und Nachfrageeinschränkung sollte man ergebnisoffen vom Markt suchen lassen, indem man den CO<sub>2</sub>-Ausstoß flächendeckend und europaweit mit einem einheitlichen Preis versieht.

Statt den Preis politisch festzulegen, ist es freilich besser, ihn durch einen Emissionshandel mit einem Preiskorridor festlegen zu lassen, weil man nur so die CO<sub>2</sub> - Mengen selbst im Griff hat. Der vorhandene Emissionshandel ist dazu von den Kraftwerken auf die gesamte Wirtschaft inklusive der privaten Verbraucher fossiler Brennstoffe auszuweiten. Dann braucht man keine DIN-Verordnungen für die Isolierung von Häusern mehr und auch keine EU-Vorschriften zur Begrenzung der Kraft von Staubsaugern oder zum Verbot bestimmter Leuchtmittel. Das teure und wegen des Emissionshandels ohnehin unwirksame EEG kann genauso entfallen wie die Flottenverbrauchsregulierung bei den Autos, mit der die EU so viel Schindluder betreibt. Die Zeit der sinnlosen Spielereien muss ein Ende haben, denn die Welt wird tatsächlich wärmer. Von nun an ist ernsthafte, tabufreie Klimapolitik angesagt.

TEXTANALYSE DER RECHTEN:

## Mit Hitlerlektüre Höcke verstehen?

- VON PATRICK BAHNERS
- -AKTUALISIERT AM 27.09.2019-06:18



*Enthüllung durch Textabgleich ist eine allzu riskante Strategie im journalistischen Kampf gegen rechts: Ein Antifaschismus, dessen Wehrbeitrag zur Demokratie sich in schwarzen Wörterlisten erschöpft, beschränkt den demokratischen Streit.*

Unsere linken Verfassungspatrioten haben einen neuen Helden. David Gebhard, der ZDF-Journalist, der den thüringischen AfD-Vorsitzenden Björn Höcke dazu brachte, ein Interview abzubrechen, welches das ZDF dann trotzdem gesendet hat, soll einen Meisterstreich politischer Aufklärung vollbracht haben. Der intellektuelle Arm der Antifa rühmt die Interview-Aktion als Musterleistung eines republikanischen Enthüllungsjournalismus kämpferischen Stils, der die Staatsfeinde auf der Rechten dazu bringen soll, sich selbst zu dekuivieren.

Der Publizist Andreas Kemper, der die vom Verfassungsschutz als nahezu unwiderleglich eingestuften Belege für die Vermutung gesammelt hat, dass Höcke früher unter einem falschen Namen in Blättchen der NPD publiziert habe, schrieb auf Twitter: „Interviews sollten generell so aussehen wie das von Gebhard.“ Die österreichische Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl lobt, dass das ZDF-Team sich „eine Strategie zurechtgelegt“ habe. Als „riskanten Move“ würdigt sie, dass die Fernsehjournalisten sich entschieden hätten, „mit Höcke exklusiv Sprach- und Ideologieanalyse zu machen“.

In dieser Sicht wird der Gesprächspartner vom rechten Rand von vornherein als Gegner einsortiert. Eine persönliche, zur Publikation vorgesehene Begegnung muss man planen wie eine Schachpartie. Gebhards Eröffnungszug bestimmte den Ablauf des Spiels. Er konfrontierte Höcke mit den Ergebnissen eines Experiments. Das ZDF hatte Bundestagsabgeordneten der AfD zwei Zitate Höckes vorgelesen und sie bei laufender Kamera gefragt, ob diese Sätze wohl von Höcke oder von Adolf Hitler stammten. Dass die Befragten sich dieser Probe mit mehr oder weniger launigen Sprüchen entzogen, fasste Gebhard gegenüber Höcke in der Feststellung zusammen, auch dessen Parteifreunde könnten Höcke und Hitler nicht auseinanderhalten. Es entfaltete sich ein Wortwechsel über die Sprache des Nationalsozialismus und die Rhetorik der AfD, der den Pressesprecher Höckes schließlich bewog, sich aus dem Hintergrund einzuschalten und unfaire Methoden zu rügen.

### Kein nationalsozialistisches Sondergut

In der Presse haben auch Kommentatoren, die den Coup der Redaktion von „Berlin direkt“ zwiespältig beurteilen, weil er der AfD wieder einmal Gelegenheit gab, sich als Opfer zu inszenieren, den Inhalt des Interviews, die Inspektion von Höckes Sprüchen und Redensarten, als informativ bewertet. Die „taz“ befand: „Nach den normalen Regeln des Journalismus kann man ein Interview mit Höcke kaum

besser führen, als Gebhard es vorgemacht hat.“ Und sogar ein Deutschland-Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, die nicht müde wird, angesichts der erstickenden Konsenskultur im Nachbarland die freiheitlichen Hände zu ringen, kam zu dem Urteil: „Die Konfrontation mit dieser Sprache im Interview war wichtig.“ Aber warum?

Was sagt es aus, dass Sätze Höckes Erinnerungen an Formulierungen wecken, die man aus Hitler-Texten im Gedächtnis zu haben meint? Die Zitate stammen aus Höckes Gesprächsbuch von 2018. „Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen, aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt.“ Sowie: „Die Sehnsucht der Deutschen nach einer geschichtlichen Figur, welche einst die Wunden im Volk wieder heilt, die Zerrissenheit überwindet und die Dinge in Ordnung bringt, ist tief in unserer Seele verankert.“

Die Verheißung einer Schicksalswende, die Deutschen als Volk der unbedingten Tatmenschen, die Hoffnung auf die charismatische Figur eines Nationalpsychotherapeuten – das sind Versatzstücke aus der nationalistischen Erbauungsliteratur. Es handelt sich aber keineswegs um nationalsozialistisches Sondergut. Die Vorstellung, dass ein bloßer Textabgleich genügt, um die braune Farbe von Höckes Gedankengut hervortreten zu lassen, hat eine hohe Suggestivkraft. Daran hängt die Überzeugung, dass die Identität von AfD und Nationalsozialismus evident sei.

### **Verkannt und unterschätzt**

Man muss Rednern dieser Partei nur zuhören und wird merken, wes Geistes Kind sie sind. Dieser Rat hat durchaus viel für sich. So fordert etwa die verteidigungspolitische Denkschrift der Bundestagsfraktion die Abrüstung aller Sicherungsmechanismen zur Garantie der zivilen Oberhoheit über das Militär, die in der Bundesrepublik in die Wehrverfassung eingebaut wurden. Die Alternative für Deutschland bietet tatsächlich an, was ihr Parteiname in Aussicht stellt: den Bauplan für eine andere Republik. Was die Form der von der AfD gepflegten Kommunikation angeht, so haben Literaturwissenschaftler wie Heinrich Detering gezeigt, dass die neue Rechte in der Bewirtschaftung von Hass, Furcht und Verachtung ganz die alte ist. Die Kontinuität von Redeweise und Denkungsart lässt sich aber nicht allein oder hauptsächlich am Vokabular festmachen.

Das Experiment, das David Gebhard mit den überrumpelten AfD-Repräsentanten durchführte, folgt einem forensischen Methodenideal. Die Objektivität des Textbefunds soll die Verwandtschaft erweisen und jeden Zweifel unmöglich machen. Wenn man Gebhards Ergebnis für triftig hält, drängt sich das Bild von der nationalsozialistischen DNA der AfD auf. Doch die Hoffnung, mit einer Wortfeldanalyse nicht nur eine ideengeschichtliche Zuordnung zum weiten, sumpfigen Feld des Radikalnationalismus vornehmen zu können, sondern spezifische nationalsozialistische Gehalte nachzuweisen, verkennt und unterschätzt die Wesensart der nationalsozialistischen Weltanschauung.

„Mein Kampf“ ist ein unoriginelles, über weite Strecken nach- und abgeschriebenes Buch. Gebhards Behauptung, „die Überschneidungen“ von Höckes Wortwahl „mit NS-Terminologie“ könnten „kein Zufall sein“, hielt der Interviewte entgegen: „Wer definiert, was NS ist? Ich glaube nicht, dass es eine allgemeingültige Definition dessen gibt, was NS-Diktion, was NS-Sprache ist.“ Das war, was Wörter wie „Lebensraum“ und „entartet“ angeht, eine Ausflucht. Gleichwohl enthielt die Antwort einen wahren Kern. Der Nationalsozialismus ist kein Gedankengebäude nach Art eines philosophischen Systems, in dem jeder Inhalt den ihm angemessenen, unverwechselbaren sprachlichen Ausdruck erhält. Gerade das Diffuse von Hitlers Botschaft, sein Einsammeln der auf der Straße herumliegenden Gemeinplätze, verschaffte ihm Anhänger. Die jüngere Forschung betont diesen Synkretismus stark, und es ist kein Zufall, dass der Autor einer einschlägigen Monographie, der Schriftsteller Per Leo, auch als eloquenter Kritiker eines Antifaschismus auftritt, der auf dem inneren Auge blind ist, will sagen: der seinen eigenen ideologischen Charakter nicht reflektiert.



## Das Toxische des Nationalsozialismus

Gebhards riskanter Move nahm ein zu hohes Risiko in Kauf. Höcke konnte den Angriff abwehren, indem er unter implizitem Verweis auf den Forschungsstand die Schwierigkeiten einer Definition von „NS-Sprache“ benannte. Die Evidenz des philologischen Augenscheinbeweises war damit zerstört. Viel zu riskant war es in jedem Fall, dass der Interviewer den Politiker mehrfach als Geschichtslehrer ansprach. Herablassung von Journalisten kommt immer schlecht an, und hier war sie ohnehin deplaziert, weil Höcke eben weiß, was er tut. Genau wie sein Parteivorsitzender Alexander Gauland kennt er die geschichtspolitischen Diskurse der Bundesrepublik. Auch Höcke und Gauland behaupten, aus der Hitlerzeit gelernt zu haben, und das ist nicht so einfach zu widerlegen, wie Antifaschisten glauben.

Als der Bundesvorstand der AfD 2017 den Parteiausschluss Höckes betrieb, stützte er sich auf das Gutachten eines Rechtsanwalts aus Gelsenkirchen, der etliche Seiten darauf verwendete, lexikalische Überschneidungen von Höcke und Hitler zusammenzustellen. Wie Justus Bender in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung notierte, las sich das Ergebnis „wie ein Recherchedossier der Gelsenkirchener Antifa“. Beispielsweise offenbarte Höckes Wort von der AfD als „Bewegungspartei“ in den Augen des Juristen „eine nicht akzeptable Nähe zu den Wahlkampfreden Adolf Hitlers im Jahre 1932“. Dieses nie publizierte, von Gegnern Höckes in Auftrag gegebene Gutachten hielt Gebhard ihm nun vor, als wäre es eine wissenschaftliche Ausarbeitung.

Dem Irrtum, das Toxische des Nationalsozialismus lasse sich in einzelnen Vokabeln isolieren, korrespondiert ein Missverständnis des Verfassungsstaats. Die republikanische Lebensform hängt nicht an Formeln. Das Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz zur AfD besteht größtenteils aus Kommentaren zu Sätzen von AfD-Funktionären, die auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz geprüft werden. Das Vorgehen ist angemessen für einen Nachrichtendienst, der sich aus öffentlichen Quellen informiert, aber seine Aussagekraft ist begrenzt. Immer wieder kommen die Verfassungsschützer zu dem Schluss, diese oder jene Aussage bewege sich gerade noch im Zulässigen. Im Zweifel für den gewählten Politiker – das muss in der Demokratie die Losung sein. Doch das bedeutet auch, dass die Doxographie, die Zusammenstellung von Lehrmeinungen, nicht besonders gut geeignet für die Früherkennung von Gefahren für die Verfassung ist. Es kommt nicht bloß auf die Worte an, sondern auch auf den Geist.

Die genaue Lektüre, der engagierte Sozialwissenschaftler wie Natascha Strobl und Andreas Kemper das Schrifttum der Rechten unterziehen, hat einen großen aufklärerischen Wert, auch abgesehen von kriminalistischen Spezialfällen wie Höckes mutmaßlichem Autorendoppelleben. Aber ein Antifaschismus, dessen Wehrbeitrag zur Demokratie sich in schwarzen Wörterlisten erschöpft, beschränkt den demokratischen Streit, statt ihn zu führen. Höcke verspottet im Interview die Journalisten, die nur böse Wörter mitschreiben, als „Stellenmarkierer“. Er hat recht: Die Gefahr, die von der radikalen Rechten ausgeht, wird unterschätzt, wenn man sich den von ihr produzierten Schmutz nach dem Muster der Pornographie vorstellt.

Quelle: F.A.Z.

157,146

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/joachim-gauck-die-angst-der-linksliberalen-vor-rassismus-16405501.html>

JOACHIM GAUCK:

## „Linksliberale müssen Toleranz lernen“

- AKTUALISIERT AM 27.09.2019-05:39



*Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck findet es bedrohlich, dass Linksliberale „alles ablehnen, was rechts von der politischen Mitte ist“. Es darf aus seiner Sicht nicht sein, dass aus Angst vor Rassismuskritik kritische Themen nicht angesprochen werden.*

Altbundespräsident Joachim Gauck hat es als „bedrohlich“ bezeichnet, dass „viele in den linksliberalen Kreisen sehr pauschal alles ablehnen und sogar als Gefahr für die Demokratie verurteilen, was rechts von der politischen Mitte oder rechts von der Union ist“. „Auch linksliberale Meinungsführer müssen lernen zu tolerieren, dass Teile unserer Gesellschaft anders ticken, anders denken, anders sprechen, auch wenn dies bei liberalen Eliten Kopfschütteln, Ratlosigkeit und Ablehnung hervorruft“, sagte Gauck dem Nachrichtenmagazin „Focus“.

„Altmodische, konservative oder gar reaktionäre Menschen sind nun einmal ein nicht zu übersehender Teil unserer Gesellschaft. Das wird vermutlich so bleiben. Und das erfordert echte Toleranz.“

Man könne in einer offenen Gesellschaft mit unterschiedlichsten Meinungen nicht alles akzeptieren, sagte Gauck. „Aber nicht alles, was wir nicht akzeptieren, ist deshalb gleich verfassungsfeindlich“.

Kritik übte Gauck an übertriebener Political Correctness. „Wenn man die deutsche Sprache unbedingt einer erhofften gesellschaftlichen Entwicklung anpassen will, kann das schnell zu Übertreibungen führen, die von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt werden.“ Er nenne diesen „Neusprech“ auch „betreutes Sprechen“. Es könne nicht sein, dass man aus lauter Angst vor dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit oder des Rassismus kritische Themen nicht mehr ansprechen dürfe. „Wenn die demokratische Mitte Reizthemen meidet, werden diese an den politischen Rändern zu Hauptthemen.“

Quelle: dpa

Fünf vor acht / Europäische Außenpolitik:

# Deutschlands stärkste Waffe ist Europa

*Eine Kolumne von Michael Thumann*

*Die großen Weltmächte wollen geltendes Recht brechen, Berlin versucht dagegenzuhalten. Das kann nur gelingen, wenn die EU mutig und zielstrebig weiterentwickelt wird.*

27. September 2019, 7:28 Uhr [186 Kommentare](#)

Hört eigentlich noch einer auf Europa? In zahlreichen globalen Krisen geraten die Europäer zwischen die Fronten. Im Handelskrieg zwischen den USA und China genauso wie in der Iran-Krise. Da widersprechen sie der brutalen Sanktionspolitik der USA, geißeln aber die iranischen Reaktionen auf diese Sanktionen. Die Europäer kritisieren zunehmend jene, denen sie ursprünglich helfen wollten.

Als Heiko Maas am Donnerstag vor der UN-Vollversammlung auftrat, schien dieses Dilemma auch in seiner Rede auf. Einerseits gegen Donald Trump und den Bruch des Atomabkommens durch die USA, andererseits gegen die Expansion Irans und die Hintermänner des Angriffs auf saudische Ölanlagen Anfang September. "Iran trägt dafür die Verantwortung", sagte Maas.

"Was ist denn die europäische Strategie?", fragen viele. Darauf gibt es im Iran-Konflikt derzeit keine schnelle Antwort, jedenfalls keine, in der Europa eindeutig Partei für die USA oder den Iran ergreifen würde. Das Iran-Abkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag, den Trump gebrochen hat. Der Iran gab zunächst vor, dass er zu dem Abkommen steht. Doch mit dem schrittweisen Abschied von den Vertragsbestimmungen und den Tarnkappenangriffen zeigt das Land, dass es sich nicht durch Abkommen binden will.

Hier ist das Grundproblem der Europäer, vor allem aber der deutschen Außenpolitik: Berlin muss sich zurechtfinden in einer Welt, in der große Mächte sehr viel anders machen wollen als bisher und dafür geltendes Recht brechen. Die Deutschen dagegen möchten, dass alles so bleibt, wie es ist. Deutschland ist mittlerweile eine Status-quo-Macht, die Politik machen muss gegen die großen Veränderer und Rechtsbrecher. Vier Beispiele zeigen das.

## USA brechen Vertrag um Vertrag

Die USA sind auf der Weltbühne von einer erhaltenden in eine revolutionäre Rolle geschlüpft. Präsident Trump fühlt sich und sein Land auf ganzer Linie unfair behandelt und bricht Vertrag um Vertrag, so das Pariser Klimaabkommen und die Nuklearvereinbarung mit Iran. Der Bruch des INF-Vertrags durch Russland war Trump durchaus willkommen, um endlich selbst Mittelstreckenraketen zu testen. Weder Deutschland noch Frankreich ist es bisher gelungen, diese Abkommen zu retten.

Russland mit Wladimir Putin an der Spitze will die Ordnung von 1990 kippen und hat in der Ukraine Grenzen verschoben. Die Moskauer Elite sieht in den Verträgen seit dem Ende des Kalten Krieges ein Komplott gegen Russlands traditionelle Größe und schüttelt die Vereinbarungen ab wie Fesseln, die der Westen, so die Sichtweise, in den Neunzigerjahren einem geschwächten Land aufgezwungen habe. Das führt Russland in einen strukturellen Gegensatz zu Deutschland, das diese Ordnung erhalten will.

China möchte die USA als größte Wirtschaftsmacht der Erde ablösen – und damit auch die Ordnungsfunktion beerben. Das Land ist der wichtigste Handelspartner Deutschlands, aber Berlin kann es nicht recht sein, wenn in Zukunft eine Autokratie die USA als globale Ordnungsmacht

ersetzen sollte. Zu aggressiv ist Chinas Auftreten in der Welt, auch gegenüber Nachbarstaaten im Pazifik.

Die konservativen Kräfte im Iran drängen mit aller Kraft darauf, die Vormacht im Nahen und Mittleren Osten zu werden. Und vielleicht auch Atommacht. Dieser Kurs trifft auf den erbitterten Widerstand von Saudi-Arabien und Israel. Saudi-Arabien wurde mit den Ölanlagen an seiner empfindlichsten Stelle getroffen. Gegen das Land und Israel rüstet Iran Stellvertreterarmeen in Libanon, Syrien, Irak, nicht zu vergessen Gaza und Jemen auf. Deutschlands Interesse steht dem entgegen. Berlin will das Gleichgewicht bewahrt und vor allem Israel in Sicherheit wissen.

## **Ohne Europa hat Berlin keine Chance**

Gegen die großen Rechtsbrecher dieser Welt, die ihr Interesse auf eigene Faust durchsetzen, hat Deutschland die Allianz für den Multilateralismus ins Leben gerufen. Heiko Maas hat in New York dafür geworben und gearbeitet. Das ist eine gute Sache, die den Einsatz verdient. Nur wird Deutschland mit Kanada, Australien, Japan und Südkorea und Dutzenden kleinerer Staaten nicht das Klima, nicht die Rüstungskontrolle, nicht das Iran-Abkommen retten können. Zumal sie alle über die Welt verteilt ihre eigenen Sorgen und Nöte haben.

Die stärkste Interessengemeinschaft, der die Deutschen angehören, bleibt die EU. Ja, Europa ist leider geschwächt – durch Rechtspopulisten, durch Einmischung von Russland, Amerika und China, durch Familienzoff über Migranten, Verfassungsrecht und Rüstungsexporte. Das Gegenargument: Die EU ist der stärkste Wirtschaftsblock der Welt, sie lässt die großen Monopole zittern, Europa setzt Normen und Standards von globaler Bedeutung, Europa hat zwei Länder mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat, wo derzeit auch Deutschland mitstimmt.

Ohne Europa kann Berlin den Rechtsbrechern nicht die Stirn bieten. Dass es mit ihr geht, zeigen die EU-Sanktionen gegen die russische Intervention in der Ukraine, die halfen, das russische Vordringen zu stoppen. Aber auch das gemeinsame Auftreten der E-3 in der Iran-Krise, wo Frankreich, Deutschland und Großbritannien fest vereint sind, allem Brexit-Theater zum Trotz. Diese Gruppe hat einst das Atomabkommen erfunden.

Die Status-quo-Macht Deutschland sollte sich deshalb für bestimmte Veränderungen mehr öffnen. Die Bundesregierung wirkt nämlich auch in der EU nur wie eine Weiter-so-Kraft. Besser wäre, Europa mutig und zielstrebig fortzuentwickeln, die EU mit Frankreich in ihrem Kern und ihren Gemeinschaftsaufgaben zu härten. So könnten die Europäer die eigene Welt wirksamer gegen die mächtigen Gegner da draußen verteidigen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/mauerfall/tanja-nause-zur-mauerfall-debatte-sind-wir-undankbar-16408984.html?premium=0x8789eb3042d1e7757587ef6548902134&GEPC=s5>

MAUERFALL-DEBATTE:

## Kein schöner Land

- VON TANJA NAUSE
- -AKTUALISIERT AM 30.09.2019-06:23



*Wir fielen vor dreißig Jahren in eine reife Demokratie wie Semmeln in einen Milchbach. Die Autorin Tanja Nause fragt in ihrem Gastbeitrag: Sind wir Ostdeutsche undankbar?*

Ein westdeutscher Bekannter fragte mich kürzlich, ob wir in der Debatte um den Mauerfall und die friedliche Revolution in der DDR vor dreißig Jahren – die auch in dieser Zeitung gründlich geführt wird – vielleicht etwas außer Acht gelassen haben. Ihn beschleiche das Gefühl, dass wir irgendetwas daran noch nicht richtig verstanden hätten. Er glaube, dass in den öffentlichen Debatten ein fremder Blickwinkel fehle, eine andere Sicht auf die Dinge, gleichsam ein Puzzleteil, welches das Bild endlich vervollständigen könne. Haben wir etwas vergessen?

Das ist eine sehr gute Frage. Denn was kann in den Debatten fehlen? Zu diesem Thema muss doch nun schon alles gesagt worden sein in dreißig Jahren, von unzähligen klugen Menschen, West- und Ostdeutschen. An der Diskussion beteiligen sich derzeit vor allem Historiker, Soziologen und Theologen, das liegt in der Natur der Sache. Den Bürger der uralten Bundesländer dürften die Artikel um unsere dreißig Jahre Mauerfall eher wenig ans Herz greifen, wie ja auch der Mauerfall an sich für die Mehrheit der Westdeutschen keine tiefgreifende Lebensveränderung war. Ich beziehe mich auf die Mehrheit der Bevölkerung der damaligen Bundesrepublik.

### Warum „nörgeln“ wir herum?

Das ist für uns anders. Jeder Ostdeutsche kann dazu eine Geschichte erzählen, nämlich seine. Oder ihre. Die persönliche Geschichte des November 1989. Nur, es gibt nicht so viele Ostdeutsche. Und Erzählen ist auch nicht jedermanns Sache. Ich erinnere mich daran, dass die spanische Tageszeitung „El País“ vor Jahren ein Video gedreht hat, in dem Zeitzeugen zum damals fünfundzwanzigjährigen Mauerfall zu Wort kommen sollten. Wenn ich mich recht entsinne, war ich die einzige Ostdeutsche, die daran beteiligt war. Und ich war zudem auch noch die Einzige, die etwas Negatives dazu gesagt hat.

Warum ist das so? Warum „nörgeln“ wir Ostdeutschen an der westdeutschen Welt herum und sind darin noch immer nicht angekommen? Warum konstatiert Hagen Findeis zu Recht, dass unsere

## „Benachteiligungsgefühle gegenüber dem Westen im Laufe der Jahre noch zugenommen“ haben?

Wenn doch so viel darüber geredet und geschrieben wurde – hören wir uns nicht richtig zu? Reden wir aneinander vorbei? Wir sind vor dreißig Jahren mit offenen Armen und herzlichen Gesten empfangen worden. Wir sind – gerade im Vergleich zu den anderen Ländern des Ostblocks – in eine gereifte Demokratie hineingefallen wie Semmeln in einen Milchbach. Sind wir Ostdeutschen undankbar?

Ich war siebzehn, als die Mauer fiel, und ich befand mich zu jener Zeit in der Berufsausbildung. Mir wurde damals von Lehrern und Vorgesetzten ein Lebensweg vorgezeichnet, der mir unendlich traurig erschien und fad: ein Studium der politischen Ökonomie (so hieß das damals), in Moskau oder Leipzig, womöglich.

### **Das Gefühl war atemberaubend**

Die Wende, der Mauerfall: Das bedeutete für meine Generation und auch für mich eine befreiende Abkehr von allem Alten und Grauen. Von allem Vorgezeichneten, Vorhersehbaren, ja Vorherbestimmten. Auch eine glückliche Befreiung von der moralischen Pflicht, eventuell einmal ernsthaft Widerstand leisten zu müssen. Das Gefühl war atemberaubend und herrlich. Was ist geblieben von jener phantastischen Zeit?

Nun, ich bin auf jeden Fall einmal dreißig Jahre älter geworden. Die blauen Bände des „Kapitals“ stehen inzwischen in meinem Büro (wovon ich niemandem erzähle), versehen mit zahlreichen Anstreichungen meiner Eltern, die das Werk nacheinander im Studium lasen. Ich werde von meinen Kollegen gerne nach Phänomenen befragt wie den Wahlerfolgen der Linken (früher) und der AfD (heute) in den fast dreißig Jahre alten neuen Bundesländern. Meine Herkunft scheint mich hier zu einer thematischen Meinungsführerschaft zu qualifizieren. Das ist alles. Und vielleicht liegt hier eine der möglichen Antworten auf die Frage nach dem Desiderat deutsch-deutscher Verständigung. Den öffentlichen Diskurs über die DDR beherrschen seit vielen Jahren krasse Vereinfachungen auf Wehmut und Verklärung – oder aber auf Demokratieförderung, Autoritätsabhängigkeit und Unmündigkeit. Und auf Fremdenhass.

Aus westdeutscher Sicht ist das nachvollziehbar. Das ostdeutsche Leben ist unverstanden geblieben. Auch aktuelle Bücher wie „Pullerpause im Tal der Ahnungslosen“ (Franziska Gehm) oder „Gegenlauschangriff: Anekdoten aus dem letzten deutsch-deutschen Kriege“ (Christoph Hein) werden, hauptsächlich aus Desinteresse, den Westdeutschen die DDR nicht nahebringen. Eine Lektion, die wir Ostdeutschen nach dreißig Jahren akzeptieren müssen: Daran kann und wird sich nichts mehr ändern.

Aus ostdeutscher Sicht wiederum war der Beitritt zur Bundesrepublik, den wir 1990 vollzogen haben, eine Machtübernahme unseres Landes. Das mag vielen drastisch und ungerecht klingen, wird aber so empfunden. Wir haben an die Tür der Freiheit geklopft wie an die Tür des Schlaraffenlands und wurden reich beschenkt, hatten aber plötzlich das unangenehme Gefühl, dass sich mit uns ein Markt erschloss, auf dem westdeutsche Unternehmer das Geld von den Bäumen schütteln konnten wie gute Kastanien. Zudem wurden an fast allen Universitäten, Theatern, Forschungsinstituten und ähnlichen Einrichtungen des Ostens die Eliten komplett ausgewechselt. Viele ostdeutsche Lebensläufe passten dann nicht mehr auf die neu ausgeschrieben Stellen.

Und so haben wir uns aus dem öffentlichen Leben der Bundesrepublik immer weiter entfernt. Wenn nach fast dreißig Jahren das Land die Hände über dem Kopf zusammenschlägt, weil in der Regierung möglicherweise kein einziger ostdeutscher Minister vertreten ist – eine Situation, die dann schnell noch verändert werden muss –, dann wird man sich wohl fragen dürfen, warum wir noch immer nichts beizutragen haben zu diesem Land. Einem Land, das seit 29 Jahren ja auch unser Land ist. Auf die kürzlich erfolgte Anfrage an den Bundestag, wie viele der 120 Abteilungsleiter in den derzeitigen Bundesministerien aus Ostdeutschland stammen, kam die Antwort: drei. 2013 waren es noch fünf.

Was ist also geblieben von jener phantastischen Zeit? Von jenem Aufbruch, jener Euphorie – jenem „Wahnsinn“? Mir hat sich ein Satz der Protestbewegungen ins Hirn eingraviert, der im Januar 1988 auf einer DDR-Großkundgebung von Oppositionellen ins Bild gehalten wurde. „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ stand auf dem Transparent. Im Januar 1988 war ich fünfzehn und habe lange über den Satz nachgedacht. Und auch darüber, was es bedeutete, dass auf einer Großkundgebung der DDR Leute ein Plakat hoch gehalten hatten, die „Bürgerrechtler“ genannt und danach verhaftet wurden. Ob der Satz korrekt zitiert war und wie Rosa Luxemburg ihn meinte – für mich hat er sich gleichsam wie ein Korrektiv über mein gesamtes Leben gelegt. Ich will es mir ohne die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die damals ausgelöst wurden, nicht vorstellen.

Haben wir etwas übersehen in den Debatten? Historische Fakten – kann ich mir nicht vorstellen. Ich bin keine Historikerin und schon gar keine Theologin, obwohl ich glaube, dass Widerstand oft nur Menschen möglich ist, die auf ein kirchlich verankertes Wertesystem zurückfallen können in Zeiten der Unterdrückung und Angst. Ich meine, wir haben es nicht geschafft, das „Andere“ an uns gegenseitig angemessen wahrzunehmen und – vor allem – in wichtigen Entscheidungen und öffentlichen Gesten und Äußerungen entsprechend zu berücksichtigen und zu respektieren. „Dabei seid ihr doch so sympathisch, ihr aus dem Osten“, sagt mein österreichischer Kollege. Aber was weiß er davon?

**Tanja Nause**, geboren 1972 in Berlin, leitet die Abteilung Aus- und Weiterbildung der Deutschen Handelskammer für Spanien in Madrid. 2017 erschien ihr Roman „Engels Federn“.  
Quelle: F.A.Z.

Brexit:

## Die Angst vor der Einkreisung

Wir konzentrieren uns beim Brexit sehr auf die Wirtschaft. Aber er bedeutet vor allem eine geopolitische Katastrophe für Europa.

Ein Gastbeitrag von **Herfried Münkler**

25. September 2019, 17:00 Uhr | Editiert am 30. September 2019, 20:00 Uhr | DIE ZEIT Nr. 40/2019, 26. September 2019 | [16 Kommentare](#)

Die Verhandlungen über den britischen EU-Austritt haben sich politisch am Backstop festgefahren, an der Übergangslösung dafür, wie das Grenzregime zwischen Irland und Nordirland aussehen soll. Die Gestaltung dieser neuen Außengrenze der EU ist keine Nebensächlichkeit, gehört aber kaum zu den zentralen Problemen, mit denen Briten wie Europäer durch den Brexit konfrontiert werden. Es ist eine Ironie der politischen Symbolik, dass das Projekt einer Rückgewinnung der politischen Kontrolle über das eigene Land durch die Wiedererrichtung alter Grenzen, wie die Anhänger des Brexits ihr Projekt begründen, an der Ausgestaltung des damit verbundenen Grenzregimes ins Schlingern geraten ist.

Das in den Fünfzigerjahren begonnene Europaprojekt hatte – unter anderem – zum Ziel, den Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten die politische Brisanz zu nehmen. Davon hat schließlich auch die Beendigung des Nordirland-Konflikts profitiert. Es spricht vieles dafür, dass die Wiedererrichtung einer Grenze zum Wiederaufflammen des Konflikts führen wird. Der eine Teil der Brexit-Befürworter will sich deswegen ohne eine die Irische Insel durchtrennende Grenze von der EU abgrenzen, was freilich ein Widerspruch in sich ist, weil der britische Austritt aus der EU bei Verbleib der Republik Irland in ihr zwangsläufig auf eine EU-Außengrenze inmitten der Irischen Insel hinausläuft. Der von der EU ins Spiel gebrachte Backstop sollte Zeit verschaffen, diesen Widerspruch aufzulösen. Tatsächlich lässt sich eine solche Grenze nur vermeiden, wenn Irland oder ganz Großbritannien in der EU-Zollunion verbleibt. Beides, Backstop wie Verbleib in der Zollunion, wird aber von dem anderen Teil der Brexit-Anhänger abgelehnt, weil dies eine klare Abgrenzung von der EU verhindern würde. Indem die harten Brexiteers den Austritt auch ohne Abkommen in Betracht ziehen, setzen sie den Fortbestand Großbritanniens aufs Spiel: Die Schotten könnten einen No-Deal-Brexit für ein neuerliches Referendum über ihren Verbleib im Vereinigten Königreich nutzen, und auch eine wachsende Zahl von Nordiren könnte über die politische Vereinigung mit der Republik Irland nachdenken. Das wäre das Ende Großbritanniens. Die Zerschlagung des Vereinigten Königreichs, ein Projekt, an dem sich die kontinentaleuropäischen Mächte in der Vergangenheit die Zähne ausgebissen haben, hätten dann die Briten selbst zustande gebracht.

In jedem Fall hinterlassen die innerbritischen Konflikte ein politisch tief gespaltenes Land. Selbst wenn, worauf in Deutschland viele hoffen, der Brexit ins Wasser fallen sollte, wäre die EU nicht mehr dieselbe, die sie vor den Brexit-Auseinandersetzungen war: Jede britische Regierung wäre ein extrem schwieriger Verhandlungspartner, der in Brüssel mit Rücksicht auf die EU-Gegner zu Hause immer wieder Sand ins Getriebe der europäischen Maschinerie streuen würde. Und umgekehrt müsste jede britische Regierung, die ein guter Kooperationspartner in Brüssel wäre, mit Widerständen im heimischen Parlament rechnen. Die in der EU ohnehin starken Zentrifugalkräfte würden durch die dann noch stärker auf Ausgabenbegrenzung bedachten Briten anwachsen, und die britische Regierung würde dabei mit Sicherheit auf eine Reihe von Verbündeten zählen können. Ein schmales Budget für Brüssel und Widerstand gegen jede institutionelle Vertiefung wären der Preis für den Verbleib der Briten in der EU. Es gibt deswegen in Brüssel nicht wenige, die einen Brexit, welchen auch immer, vorziehen.



HERFRIED MÜNKLER,

geboren 1951, ist emeritierter Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität Berlin. Zuletzt veröffentlichte er zusammen mit Marina Münkler *Abschied vom Abstieg* im Rowohlt Verlag.

Das politische Scheitern Theresa Mays hat offengelegt, dass das auf dem Kontinent von vielen lange bewunderte politische System Großbritanniens für die Herausforderungen eines gespaltenen Landes wenig geeignet ist. Ein Wahlrecht, das knappe Mehrheiten privilegiert, ist in politisch zentralen Fragen auf nationalen Konsens angewiesen; solange dieser Konsens vorhanden ist, ist der überwiegende Teil der Wahlbevölkerung bereit, den Grundsatz *"the winner takes it all"* zu akzeptieren. Das ist bei einer politischen Spaltung nicht mehr der Fall, jedenfalls so lange nicht, wie die politischen Wunden des *leave or remain* nicht verheilt sind. Im Prinzip bräuchten die Briten für die Zeit nach der Entscheidung, wie auch immer sie ausgehen mag, ein auf Kompromiss hin angelegtes politisches System, wie es etwa das deutsche ist, eines, das den Ausgleich anstelle einer Politik der Zuspitzung prämiert. Der Volksentscheid hat Großbritannien in eine Lage gebracht, für deren Bewältigung seine politischen Institutionen ungeeignet sind. Als Faustregel gilt: Wo ein Mehrheitswahlrecht besteht, sollte auf Referenden grundsätzlich verzichtet werden; dagegen können auf dem Verhältniswahlrecht begründete politische Systeme sich Volksabstimmungen gelegentlich leisten. Beim Mehrheitswahlrecht hat jede Wahl Referendumscharakter; das genügt für die demokratisch erforderliche politische Polarisierung.

Warum aber hat eigentlich die Volksabstimmung über den Brexit das Vereinigte Königreich so tief gespalten? In der Regel wird diese Frage mit den wirtschaftlichen Folgen der EU-Grundfreiheiten beantwortet, und es wird auf die mit dem Brexit verbundene Hoffnung einer Rückgewinnung wirtschaftlicher Prosperität in den abgehängten Regionen verwiesen. Andere wiederum machen für die Ablehnung der EU-Mitgliedschaft die starke voluntative Komponente im politischen System Großbritanniens verantwortlich, die durch die ausgeprägte Regelstruktur der EU immer weiter eingeschränkt worden sei, sodass ein Teil der Bevölkerung sich durch Brüssel bevormundet gefühlt habe. Eine dritte Erklärung hebt auf die Erinnerung an das frühere Empire ab und verbindet diese Erinnerung mit der Erwartung, dass bei einem EU-Austritt die alten Zeiten wiederaufleben würden. Es dürfte die Kombination dieser drei Motive gewesen sein, die eine Mehrheit der Abstimmenden veranlasst hat, das Verlassen der EU dem Verbleib vorzuziehen.

## **Trump und Putin wollen die EU in Gruppen aufzuspalten**

In der seitdem geführten Debatte sind die ersten zwei Motive ausführlich erörtert worden, während das dritte Motiv als nostalgische Verschrobenheit abgetan wurde. Dadurch ist eine wesentliche Dimension des Brexits unterbeleuchtet geblieben. Lässt man einmal dessen Charakterisierung als Nostalgie beiseite, so handelt es sich dabei um die geopolitische Dimension des britischen EU-Austritts, die offenbar weder auf der Insel noch in den europäischen Hauptstädten hinsichtlich ihrer Folgen durchdacht worden ist. Auf der Insel wurde sie durch ihre Präsenz in nostalgischer Gestalt gleichzeitig aufgerufen und der kritischen Reflexion entzogen, und auf dem Kontinent sorgte eine naive Distanz gegenüber geopolitischen Fragen dafür, dass sich die Brexit-Debatte um die ökonomischen Folgen des Austritts drehte, aber die mit ihm verbundene Veränderung der weltpolitischen Rolle Europas kaum in Betracht gezogen wurde. Allenfalls war davon die Rede, der Brexit schmälere die verteidigungspolitischen Fähigkeiten der Europäer, aber kaum hatte man dies angesprochen, beruhigte man sich auch schon wieder damit, dass die Briten ja in der Nato verblieben, weshalb der Brexit sicherheitspolitisch keine größere Rolle spiele. Das aber ist ein Irrtum.

Als Churchill in seiner berühmten Zürcher Rede am 19. September 1946 die Bildung eines Vereinigten Europas forderte, ging er ganz selbstverständlich davon aus, dass Großbritannien diesem Europa nicht angehören werde. Für Churchill war das Empire nach wie vor eine Weltmacht; es hatte den Krieg gegen Nazi-Deutschland gewonnen, ihn von den drei Siegermächten am längsten und zeitweilig auf

sich allein gestellt geführt, und die Konferenzen von Jalta und Potsdam hatten diesen Weltmachtanspruch bestätigt. Das Einzige, was sich in Churchills Wahrnehmung bis zur Zürcher Rede verändert hatte, war seine Beurteilung Stalins, der von einem Verbündeten zu einem potenziellen Gegner geworden war. Als Gegengewicht zur UdSSR wollte Churchill das Vereinigte Europa. So sollte auf dem Kontinent ein politisch-militärisches Gegengewicht entstehen, das den miteinander eng verbündeten Seemächten USA und Großbritannien zusätzlichen politischen und wirtschaftlichen Spielraum verschaffen würde. Boris Johnson, der Churchill als Vorbild hat, dürfte die Dinge so ähnlich sehen.

Nun haben sich die Konstellationen aber nicht so entwickelt, wie Churchill das 1946 erwartete: Zwar hat ein gutes Jahrzehnt danach ein Zusammenwachsen Europas begonnen, aber das war wesentlich wirtschaftlicher und später auch politischer, aber nicht militärischer Art; das britische Empire ist trotz Transformation ins Commonwealth in den späten Vierziger- und Fünfzigerjahren zerfallen, was die Voraussetzung dafür war, dass die Briten doch zu einem Teil des Europaprojekts wurden, und schließlich ist auch die Sowjetunion mitsamt ihren äußeren Imperien untergegangen, und der "Eiserne Vorhang" – ein von Churchill geprägter Begriff – ist verschwunden. In der Folge hat sich das vereinigte Europa bis ins Baltikum und zur weißrussischen und ukrainischen Grenze ausgedehnt. Dieses Europa ist mehr als ein Gegengewicht zur UdSSR; es kann, wenn es die Kraft dazu aufbringt, als weltpolitischer Akteur auftreten, was Großbritannien für sich allein schon lange nicht mehr kann. Oder um es in der Perspektive Churchills zu formulieren: Aus dem gleichberechtigten Bündnis der beiden Seemächte, wie es Churchill unter Rückbezug auf die beiden Weltkriege im Auge hatte, würde nach dem Brexit eine Abhängigkeitsbeziehung erwachsen, in der Washington den Ton angibt und London nach der US-amerikanischen Pfeife zu tanzen hat. Solche Aussichten erklären, warum US-Präsident Trump sich mehrfach für den Brexit ausgesprochen hat und die USA zuletzt sogar einen No-Deal-Brexit präferierten. Das könnte man als ein spezifisch britisches Problem ansehen, wenn es nicht die geopolitische Rolle der EU zentral tangieren würde.

Fast möchte man meinen, dass Trumps Blick auf die EU spiegelbildlich dem Putins gleicht: Beide setzen alles daran, die EU in Gruppen aufzuspalten oder gar in ein Konglomerat von Nationalstaaten aufzulösen, denen gegenüber sie dann durchweg in der stärkeren Position wären. Das ist bei einer handlungsfähigen EU, die von der Irischen See bis ins Baltikum und die Ägäis reicht, nicht der Fall. Sie kann als weltpolitischer Akteur auftreten – wenn sie denn einen gemeinsamen Willen hat. Putins Dekonstruktionsstrategie setzt bei den rechtspopulistischen Bewegungen in Europa an, während Trump die EU-Gegner in Großbritannien zu seinen Verbündeten gemacht hat. Es war nicht zuletzt die politische Schlafmützigkeit – sprich: geopolitische Naivität – der Brüsseler Politiker, die Putin und Trump das ermöglicht hat. Hieraus ist für die Zukunft zu lernen: Die Schwächung von Konkurrenten um Einfluss auf die Gestaltung der Weltordnung findet nicht mehr mit genuin militärischen Mitteln statt, sondern in Form ihrer politischen Dekonstruktion.

In dieser Hinsicht ist der Abschied Großbritanniens aus der EU mehr als eine wirtschaftliche und politische Schwächung der Union, sondern verändert fundamental deren geopolitische Selbstwahrnehmung. Im 18. Jahrhundert entstand in Frankreich die in Deutschland später übernommene geopolitische Vorstellung von Europa als "Mitte der Welt", die von zwei Flügelmächten gerahmt sei: der großen Seemacht Großbritannien und der großen Landmacht Russland. Was anfänglich ein Bild vom Ausgreifen der Europäer in die Welt war, wurde im 19. Jahrhundert zur obsessiven Vorstellung des Einkreiseltseins durch äußere Mächte. Wer so dachte, hatte eine Neigung zur bewaffneten Auseinandersetzung mit diesen Flügelmächten – von Napoleon bis Hitler. Derlei wird sich kaum wiederholen, aber dass nach dem Brexit und der Anlehnung der Briten an die protektionistisch auftretenden USA sowie einem Anschwellen informationspolitischer Störmanöver der Russen sich in der EU Einkreisungsvorstellungen analog zu denen des 19. und 20. Jahrhunderts entwickeln werden, ist recht wahrscheinlich. Und die wiederum sind einer der schlechtesten politischen Ratgeber, die man sich vorstellen kann. Noch ist das Vereinigte Königreich Europas "Tor zur Welt". Seine Schließung würde die geopolitischen Sichtweisen fundamental verändern.

157,155

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/buero-co/lohngefuelle-in-deutschland-unterschiede-zwischen-west-und-ost-16412593.html>

WEST UND OST:

## Gleiche Arbeit, weniger Geld

- AKTUALISIERT AM 02.10.2019-09:49
- 



*Gleich mehrere Gehalts-Untersuchungen kritisieren: Zwischen West und Ost gibt es noch große Unterschiede. Wo sie am stärksten sind, woran das liegen könnte und ob sich die Lage gebessert hat.*

Auch im gleichen Beruf verdienen Menschen in Ostdeutschland häufig weniger als jene in Westdeutschland. Zu diesem Ergebnis kommen gleich mehrere Untersuchungen anlässlich des nahenden Tages der Deutschen Einheit.

So hat die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden, dass der Lohnabstand bei Beschäftigten gleichen Geschlechts, im gleichen Beruf und mit vergleichbarer Berufserfahrung 16,9 Prozent beträgt. Einer der Gründe ist nach Ansicht der Forscher, dass in Ostdeutschland weniger Beschäftigte nach einem Tarifvertrag bezahlt werden – 45 Prozent der Beschäftigten statt 56 Prozent im Westen.

„Bei den Tariflöhnen haben die Gewerkschaften inzwischen eine weitgehende Angleichung zwischen Ost und West durchsetzen können“, sagte Studienautor Malte Lübker. Die Stiftung wertete für ihre Studie 175.000 Datensätze aus. Gemäß der Untersuchung sind die Löhne in Sachsen besonders niedrig, während der Rückstand in Brandenburg mit 13,9 Prozent am niedrigsten ist.



dpa

Quelle: BMWi, Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Bild: F.A.Z.

Der vergangene Woche vorgestellte Jahresbericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit verweist allerdings darauf, dass die Lohnunterschiede seit Jahren kleiner werden. Das zeigen auch Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die allerdings nur bis zum Jahr 2018 reichen (siehe Grafik). Demnach ist die Kluft in der jüngeren Vergangenheit wieder kleiner geworden.

Einen ähnlichen Tenor hat eine weitere Erhebung: Die Betreiber des Internetportals „Gehalt.de“ haben 188.532 Gehaltsdaten von Fachkräften ausgewertet und dabei die Region, die Branche und den Beruf berücksichtigt. Das Ergebnis: Das Gehaltsgefälle zwischen West und Ost ist dieser Auswertung zufolge zwar noch größer und beträgt aktuell rund 23,3 Prozent. Aber auch hier ist es über die Zeit geschrumpft: Im Jahr 2017 habe es noch bei 25 Prozent gelegen.

Den Gehaltsfachleuten zufolge liegt das jährliche Durchschnittseinkommen auf Basis dieser Daten in den ostdeutschen Bundesländern bei 38.300 Euro brutto und in den westdeutschen Bundesländern bei 47.300 Euro brutto. Vergleicht man nur die ostdeutschen Länder miteinander, so erhalten dieser Auswertung zufolge die Beschäftigten in Berlin die höchsten Gehälter, gefolgt von Thüringen. Mecklenburg-Vorpommern schnitt am schwächsten ab.

157,157

<http://www.lefigaro.fr/economie/le-scan-eco/eoliennes-le-livre-choc-qui-denonce-un-scandale-international-20191002>

**Le Figaro.fr**

mercredi 2 octobre 2019 - 06:00 UTC +02:00 1570 mots

Scan Eco

## Éoliennes: le livre choc qui dénonce un scandale international

Lenoir, Luc

**INTERVIEW EXCLUSIVE - Dans une synthèse particulièrement documentée, le militant Fabien Bouglé démonte un à un les arguments en faveur de l'éolien. Imposture écologique, dangers pour la santé, gaspillage d'argent public, corruption: les faits qu'il rapporte sont préoccupants.**

*Fabien Bouglé est un militant associatif français. Depuis dix ans, il dénonce le désastre écologique et financier des éoliennes. Entre 2011 et 2016, il est en lien avec le service central de prévention de la corruption du ministère de la Justice français. En 2019, il est auditionné par la commission d'enquête parlementaire sur les énergies renouvelables de l'Assemblée nationale. Chef d'entreprise dans le secteur financier et culturel, il est également élu municipal (sans étiquette) à Versailles. Son dernier livre, Éoliennes, la face noire de la transition écologique, est publié le 2 octobre aux éditions du Rocher.*

**LE FIGARO.- Pourquoi un tel livre aujourd'hui, alors que la filière éolienne est déjà bien implantée en France, et que l'éolien maritime s'apprête à décoller?**

**Fabien BOUGLÉ.** - Ce livre est le résultat de dix ans d'enquête sur l'éolien, réalisée localement, nationalement et internationalement. Face aux désinformations et contrevérités diffusées par les promoteurs éoliens, il y avait un besoin urgent de synthétiser l'ensemble des informations et études mondiales sérieuses publiées sur la question. Écrire m'a permis de reconstituer un puzzle qui, une fois terminé, donne un visage inquiétant du système industriel éolien, entre pollution et mafia, et très éloigné de l'image vertueuse de cette source d'électricité. C'est la particularité de mon ouvrage de ne pas aborder la question sous le seul angle franco-français, pour comprendre l'émergence de ce scandale à l'échelle internationale. J'espère amener les pouvoirs publics à reconsidérer une politique qui fonce, à tous les niveaux, droit dans le mur.

**Dans votre livre, vous détaillez l'imposture écologique des éoliennes. En quoi consiste le «paradoxe» éolien que vous évoquez?**

Même si l'image des éoliennes commence à se craqueler, elles restent officiellement un symbole de transition écologique et d'électricité verte. Partout sur les sites internet ou dans les publicités, les communicants utilisent des champs d'éoliennes pour incarner l'avenir. Dans les écoles, les professeurs n'hésitent pas à faire de la propagande auprès de leurs élèves, sans recul et sans mise en perspective. La vérité selon laquelle les éoliennes allaient sauver la planète s'est imposée comme un dogme, religieusement, pourrait-on dire... Et pourtant la réalité est très différente! D'abord, les matières premières nécessaires aux éoliennes sont de véritables fléaux écologiques: les terres ou métaux rares nécessaires pour leur fabrication (entre 200 kilos et une tonne par éolienne) génèrent des déchets radioactifs et conduisent en Chine à des leucémies. Les fibres de carbone nécessaires pour les pales sont non recyclables et cancérigènes si elles sont incinérées. Les milliers de tonnes de béton des socles sont enfouies pour très longtemps. Bref, pour fabriquer les éoliennes, toutes les matières premières utilisées sont polluantes et non recyclables. Même le directeur de l'Ademe [Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie, NDLR] a lancé l'alerte sur ce paradoxe.

Concernant les gains en termes d'émissions de gaz à effet de serre, l'intermittence des éoliennes entraîne l'utilisation d'énergie fossile (pétrole, gaz ou charbon) lorsqu'elles ne fonctionnent pas. Or, ces centrales sont particulièrement polluantes et très émettrices de carbone dans l'atmosphère. En Allemagne, malgré un effort financier considérable pour installer des éoliennes [plus de 500 milliards d'euros, NDLR], la Cour fédérale des comptes vient d'annoncer que la politique de baisse des émissions de gaz à effet de serre se soldait par un échec. Le paradoxe, c'est tout simplement que l'augmentation du nombre d'éoliennes s'accompagne d'une augmentation des émissions de gaz à effet de serre! Nous le constatons aussi en France.

### **A-t-on suffisamment de recul à propos des dégâts sur la santé? Si la question fait consensus, pourquoi les pouvoirs publics ne réagissent-ils pas?**

La question des impacts des éoliennes sur la santé est un véritable tabou et constitue ce que j'appelle le scandale du «vent contaminé». Une omerta, comme on en a déjà connu sur d'autres sujets médicaux, s'est progressivement mise en place. Pourtant, à l'échelle mondiale, de nombreuses études sérieuses ont été publiées sur le syndrome éolien, avec des troubles bien identifiés: maux de tête, tachycardie, vertige, cancers notamment. Au Canada, les médecins ont identifié plusieurs origines des problèmes de santé liées aux éoliennes: électricité sale, bruit, courant tellurique et effet stroboscopique. D'autres études, dont celle de la Nasa, soulignent que ces problèmes de santé proviennent pour une certaine part des infrasons produits par les éoliennes, qui se propagent jusqu'à 20km. Certains pays utilisent d'ailleurs les infrasons comme armes de guerre...

Malgré une documentation récurrente, les autorités médicales françaises font l'autruche, estimant que ce syndrome n'est que le résultat d'un trouble psychosomatique qu'elles appellent «l'effet nocébo»: ils seraient dus aux informations négatives véhiculées sur le sujet! En Loire Atlantique, 300 vaches sont mortes depuis l'installation d'une centrale éolienne. Il sera bien difficile d'imputer ces décès à des informations anti-éoliennes circulant sur les réseaux sociaux...

### **Sait-on combien cette énergie coûte réellement aux Français?**

Pour les six parcs éoliens en mer prévus sur le littoral français, les subventions aux promoteurs sont de 30 milliards d'euros. Si on ajoute les subventions de l'éolien sur terre, de l'ordre de 50 milliards d'euros, ainsi que les sommes que la France doit à EDF au titre des rachats d'électricité subventionnée, l'éolien représente une dépense située entre 80 et 100 milliards d'euros minimum, pour quelques pourcents de la production. Financée par l'augmentation de la facture d'électricité et par la taxe carbone sur les carburants, cette dépense est d'ailleurs intimement liée à la crise des «gilets jaunes».

Pour mettre cela en perspective, il faut aussi rappeler que la production électrique française est excédentaire. Nous subventionnons donc de l'électricité qui est ensuite revendue en Allemagne, au prix du marché. C'est donc de l'argent des Français dépensé à fonds perdu et qui sert à fournir des pays limitrophes... Ce gaspillage d'argent public empêche enfin l'État de réaliser les investissements novateurs réellement écologiques qui s'imposent.

### **Votre livre donne d'ailleurs l'impression que l'appareil d'État est entièrement verrouillé par les lobbies. Les élus sont-ils encore assez puissants pour amender notre stratégie énergétique?**

Pour avoir côtoyé, rencontré nombre d'élus et de hauts fonctionnaires, j'ai conscience que l'urgence du quotidien oblige ces derniers à survoler certaines questions. En outre, la propagande répétée à l'envi par les lobbyistes du vent conduit certains à perdre toute lucidité sur le sujet. Aussi, j'appelle les élus vraiment intéressés par la question à se saisir du sujet au plus vite et à ne pas se laisser dicter leur conduite par des structures d'influence financées par les promoteurs, voire par le ministère de l'écologie lui-même. Savent-ils qu'un lobby franco-allemand de l'industrie éolienne est abrité au sein du ministère? Connaissent-ils la réalité du financement des ONG «environnementales» par les promoteurs éoliens?

### **» LIRE AUSSI - Les technologies «vertes» sont-elles si vertueuses ?**

Nos dirigeants doivent tous prendre conscience du danger de continuer dans la voie de l'éolien. Je le dis sans sous-entendu politique, car la question transcende les courants politiques traditionnels. Il y a un an j'avais dénoncé dans les colonnes du *Figaro* le tarif de rachat d'électricité des éoliennes en mer, et peu après le gouvernement avait rouvert ce dossier et renégocié les prix. Qu'il fasse de même sur le sujet complet des éoliennes en mer et sur terre. Il y a urgence!

## **Mais les Français comprennent-ils l'ampleur du problème? La politique nationale d'installation d'éoliennes terrestres et maritimes peut-elle vraiment être stoppée?**

Il existe une véritable cassure sociologique entre le monde de la ruralité et de la mer et les centres urbains. Les pêcheurs artisanaux du littoral qui voient leur vie bousculée par ces éoliennes sont très inquiets de l'avenir de leur profession. Dans les campagnes, le gigantisme des centrales éoliennes commence même à détruire le corps social, entre ceux qui touchent de l'argent (propriétaires et élus) et ceux qui subissent les nuisances. Mon livre aborde d'ailleurs la question de la corruption et de la mafia dans ce secteur d'activité et qui est au cœur du mécanisme institutionnalisé d'installation des éoliennes.

### **» LIRE AUSSI - En Allemagne, remplacer le charbon et le nucléaire coûtera cher**

Malgré tout, notre stratégie nationale peut être modifiée, puisque d'autres pays le font: après la COP24, la Pologne vient de décider d'arrêter totalement l'éolien avec un plan de désinstallation des éoliennes existantes à échéance 2040. L'Allemagne n'a installé que 35 éoliennes au premier semestre 2019 soit une baisse de 82 % des installations par rapport au premier semestre 2018. Partout dans le monde, les États prennent conscience de l'impasse des éoliennes. La France ne doit pas être la cinquième roue du carrosse!

